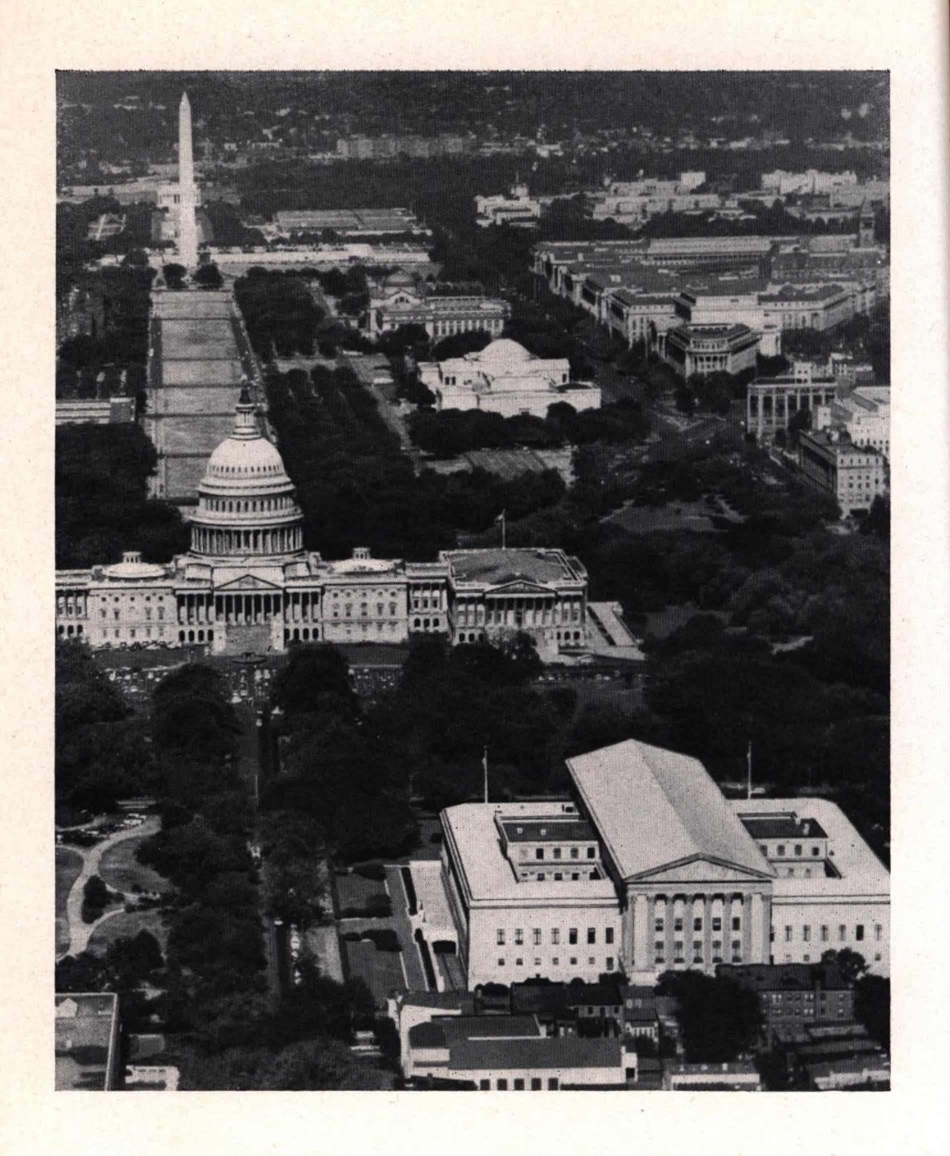
HELMUT SÜNDERMANN

DIE PIONIERE UND DIE AHNUNGSLOSEN

Skizzen amerikanischer Vergangenheit und Gegenwart



Blick auf das Kapitol in Washington

Im Vordergrund: das Amtsgebäude des Obersten Gerichtshofs
Halbrechts erkennbar: die zum Weißen Haus führende Pennsylvania Avenue

HELMUT SÜNDERMANN

DIE PIONIERE UND DIE AHNUNGSLOSEN

SKIZZEN AMERIKANISCHER VERGANGENHEIT UND GEGENWART

DRUFFEL-VERLAG

LEONI AM STARNBERGER SEE

Schutzumschlag und Kartenskizzen: Hasso Freischlad
Bilder: United Press International, New York · Keystone Ltd., London

Die 8 Bildtafeln sind eingeschaltet vor den Seiten 3, 81, 113, 145, 161, 193, 209, 225.
Die 2 Kartenskizzen sind eingeschaltet auf den Seiten 15 und 235.

1960
 · Satz, Druck und Bindearbeiten: Graph. Betriebe Dr. F. P. Datterer & Cie. - Inhaber Sellier - Freising · Printed in Germany

Sind die Amerikaner „an allem schuld", haben sie „beide Kriege verloren"?

„Sie reisen also nach Amerika" – in den Augenwinkeln des alten britischen Generals blitzt leichte Ironie. Ich hatte ihn auf seinem kleinen Landsitz in Südengland besucht, um einige Daten aus dem Zweiten Weltkrieg zu klären.

Nun verabschiedete er mich: „Sie dürfen nicht vergessen – die Amerikaner sind an allem schuld. Wären sie im Jahre 1917 nicht in den Ersten Weltkrieg eingetreten, dann hätte es damals einen ausgehandelten Frieden und niemals Versailles gegeben. Das deutsche Kaiserreich wäre nicht zerstört und die Sowjetunion nicht geboren worden."

Ich erlaubte mir, den Ton aufzugreifen: „Gewiß, niemand würde den Namen Lenin kennen, dieser Mann wäre als vergrämter Emigrant inzwischen längst in der Schweiz gestorben."

„Auch Euer Hitler hätte ohne Wilson die Weltgeschichte nicht beunruhigt."

„Herr General, ich bewundere Ihren Scharfblick: Ohne den November 1918 und ohne Versailles wäre der Gefreite Hitler in der Tat vermutlich Architekt geworden ..."

Und aus dem Auto heraus, mit dem der alte Herr mich zur Bahnstation gebracht hat, nochmals die lächelnde Bemerkung: „Ja, so ist es, die Amerikaner sind an allem schuld."

*

Knapp acht Wochen nach dieser Szene sitze ich an einem schwülen Sommerabend im Garten einer Washingtoner Vorstadt-Villa einem anderen munteren alten Herrn gegenüber; diesmal ist es kein General, sondern ein Professor. Seine Ansichten sind nicht minder verblüffend:

„Sie müssen wissen, daß wir Amerikaner die beiden Weltkriege verloren haben."

„Nein, das wußte ich bisher noch nicht."

„In den ersten Krieg sind wir eingetreten, um die Welt ‚reif für die Demokratie' zu machen; in den zweiten angeblich, um

das Ende aller Kriege herbeizuführen – habe ich recht, wenn ich behaupte, daß wir Amerikaner beide Weltkriege verloren haben?!"

Er wird ernster: „Wir haben nicht nur nicht erhalten, was wir erstrebten; wir haben mutwillig Deutschland und Japan zerstört – die beiden Staaten, die allein Rußland zurückhalten konnten. Wir waren beide Male nicht bedroht, wir haben nur unseren Feinden geholfen ..."

*

Der Leser hat nicht zu befürchten, es werde ihm hier das neunundneunzigste Reisebuch über die Vereinigten Staaten vorgelegt. So ziemlich jeder Publizist, der durch dieses weite Land reist, läßt sich durch die Fülle widerspruchsvoller Eindrücke zu farbigen Schilderungen verlocken, die schließlich oft mehr verwirren als klären.

Dieser Staat – man hat ihn einmal eine „riesige Insel zwischen Europa und Asien" genannt – ist zu groß und zu problematisch, als daß er nur durch Gespräche und Besichtigungen begriffen werden könnte. Auch wer – wie ich es während einer gewiß aufschlußreichen privaten Reise tun konnte – von der Golden Gate-Brücke bei San Francisco auf den Pazifik und von der New Yorker Freiheitsstatue zum Atlantik blickte, wird durch solche unvergeßlichen Eindrücke doch nicht der Mühe enthoben, den amerikanischen Hoffnungen unserer Vorfahren, den amerikanischen Enttäuschungen unserer Gegenwart und den Fragezeichen der Zukunft gründlicher nachzuforschen.

In diesem Buch soll das wenigstens in einigen Streiflichtern versucht werden.

Sowohl auf der weiten Reise, wie bei der Arbeit an den nachstehenden Skizzen haben zwei Sätze den Weg gewiesen, die der verstorbene Hans Grimm – sein „Volk ohne Raum" ist infolge des fremden Eingriffs unser deutsches Schicksalswort geblieben – zu Beginn des Jahres 1956 an den damaligen amerikanischen Außenminister John Foster Dulles geschrieben hat:

„Wir alle, Deutsche und Amerikaner, können das was hinter uns liegt, nicht ändern, wir können nur im voraus besser machen. Wir können nur gemachte Erfahrungen mit dem

Verstande abprüfen und, wo das geschehen ist, für das Gemüt eine neue Bereitschaft herstellen, also es befreien von heimlicher Bitterkeit."

So ist dieses Buch entstanden: Aus mancher persönlichen Erfahrung, in nüchterner Prüfung, für eine neue Bereitschaft ...

*

Noch ein Wort zur Methode dieses Buches: Was schon zu meinem England- und zum Rußlandbuch gesagt war, gilt auch hier – es gibt nach meiner entschiedenen Ansicht keine Gegenwartsgeschichtsschreibung in wissenschaftlichem Sinn. Historie setzt nicht nur gründlichen Einblick in *alle* Quellen (einschließlich der heute noch verschlossenen!) voraus, sondern auch Abstand und Unbeteiligtsein an den Vorgängen. Wer heute schon über unsere Zeit handelt, hat sich mit der Rolle des Publizisten zu bescheiden, der Material sammelt und Ansichten äußert, aber den Katheder meidet. Statt dessen darf er in die Zukunft blicken!

Ich versichere dem Leser: jede in diesem Buch mitgeteilte Tatsache – und mag sie noch so vergessen oder verblüffend sein – ist sorgfältig geprüft und belegt. Die dazu geäußerten Meinungen sind von einem deutschen Standpunkt aus entwickelt. Vielleicht bietet gerade diese bewußt zeitgenössische Erörterung späteren wissenschaftlichen Historikern manchen Hinweis auf Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen, wie sie aus dem trockenen Stoff der Akten auch dann nicht immer deutlich werden, wenn einmal alle Seiten des Geschehenen überblickbar sind.

Dank schulde ich der Kongreßbibliothek in Washington D. C., der Bibliothek des Britischen Museums in London und der Bayerischen Staatsbibliothek in München.

Das Indianerland und die „Yankee-Preußen"

„Der große Unterschied zwischen Nord- und Südamerika besteht darin, daß Ihr Nordamerikaner Eure Frauen mitgebracht habt."

Dieser auf den ersten Blick banale Satz, den ein amerikanischer Journalist von seinem brasilianischen Freund zu hören bekam*, beleuchtet in Wirklichkeit scheinwerferartig den Hintergrund einer mehrhundertjährigen Geschichtsepoche.

Als die Spanier und Portugiesen auf den Spuren des Christoph Kolumbus nach Mittel- und Südamerika vordrangen, dachten sie in der Tat nicht daran, ihre Frauen mitzunehmen. Sie wollten – beladen mit wertvollen Schätzen und im Gefühle vollbrachter Christianisierungs-Pflicht – entschieden wieder in die Heimat zurückkehren. Wer von ihnen dann schließlich doch jenseits des Meeres blieb, der nahm eine getaufte Indianerin zur Frau.

Den Rest der Geschichte berichtet die Gegenwarts-Statistik: Von den rund 120 Millionen Einwohnern der zwanzig Länder Mittel- und Südamerikas sind nur etwa 25 Millionen reine Weiße, etwa 17 Millionen reine Indianer, 15 Millionen reine Neger und der ganze Rest – über 60 Millionen – sind Mischlinge all dieser Rassen ...

In Nordamerika dagegen sieht es – heute noch – beträchtlich anders aus.

Zwar kamen da (nach den Streifzügen der Wikinger) die frühesten Entdecker – die Franzosen – zunächst auch nur zur Erkundung und nicht zum Siedeln, lockten Indianer auf ihre Schiffe, um sie in Paris vorzuzeigen; aber bald folgten sie dem Beispiel jener festentschlossenen und ziemlich fanatischen Briten, die im Jahre 1620 eine ganze Schiffsfracht voll Familien in die Neue Welt transportierten, um sich dort für alle Dauer niederzulassen.

Von den glaubensstarken Protestanten, die mit dem berühmten 180-Tonnen-Schiff „Mayflower" das England des katholisch gesinnten Stuartkönigs Jakob I., des Sohnes der hingerichteten

---

* John Gunther: Inside Latin America, New York 1941, Seite 4.

Maria Stuart, verließen, um ihr Leben genau so leben zu können, wie sie es wünschten, sind die Namen noch erhalten und nicht nur in historischen Spezialwerken, sondern auch in der weit verbreiteten „Encyclopaedia Americana“ nachzulesen. Es handelt sich um 41 Familienväter vom John Alden bis zum Gilbert Winston. Diese „Pilgerväter“, wie man sie seither nennt, nahmen noch 61 Angehörige – ihre Frauen und Kinder – mit sich, um jenseits des Atlantik eine neue Heimat zu suchen und zu finden.

Im Jahre 1898 kam man in den Vereinigten Staaten auf den Einfall, eine Gesellschaft zu gründen, deren Mitgliedschaft auf die nachgewiesene direkte Nachkommenschaft jener 41 Familien beschränkt bleibt. Wenn die „Encyclopaedia Americana“ zutreffend berichtet, dann verzeichnen diese „Mayflower Descendents“ heute nicht weniger als 5946 Mitglieder!

Wichtiger als eine solche Anekdote ist die Tatsache: in Nordamerika leben jetzt – dreieinhalb Jahrhunderte nach der Mayflower-Affäre – etwa 200 Millionen Menschen; davon sind an die 180 Millionen Weiße; wir haben es also, in einigem Gegensatz zu Mittel- und Südamerika oder gar zu Asien, Afrika oder Australien, mit einem Kontinent zu tun, der dem weißen Mann nicht nur gehört, weil er ihn zivilisiert hat und beansprucht, sondern weil er ihn besiedelt und deshalb wirklich besitzt.

*

Die Mayflower-Leute waren so christlich, daß ihr Staat Massachusetts von späteren Einwanderergruppen bald gemieden wurde, weil es hier allzu fromm und sittlich zuging; gelegentlich wurden sogar noch Hexen verbrannt und nicht einmal Eheleute durften sich öffentlich küssen! Auch hinsichtlich der Indianer, die sie im Lande antrafen, hatten sie strenge Ansichten. Ganz im Gegensatz zu den Spaniern in Südamerika verschwendeten sie keine Mühe auf eine Christianisierung der Ureinwohner. Für die „Pilgerväter“ und ihre Nachkommen waren diese Lebewesen so etwas wie die Kanaaniter des Alten Testaments, die vor den Heiligen des Herrn „hinweggefegt“ werden mußten – wie eine Art Ungeziefer, das beseitigt gehörte. Schließlich wurden sogar behördliche Kopfpreise für erlegte Indianer öffentlich

ausgezahlt; und als abgeschnittene Köpfe hundertstückweise abgeliefert wurden, vereinfachte man das Verfahren in Anlehnung an die Kriegsbräuche der indianischen Gegner: als Beweis genügte schon die abgetrennte Kopfhaut, der seither literaturfähig gewordene „Skalp“. Aus dem Jahre 1689 wissen wir, daß damals für den Skalp eines indianischen Kriegers der immerhin ansehnliche Preis von 8 Pfund bezahlt wurde. Später, als die Indianer sich immer wirksamer zur Wehr setzten und das Risiko sich dadurch verschärfte, mußten die Skalp-Prämien noch beträchtlich erhöht werden. „Freiwilligen ohne Löhnung“ – also Siedlern, die nicht behördlich zur Indianerjagd eingesetzt und dafür bezahlt waren – wurden durch Gesetz vom 7. März 1707 sogar 100 Pfund für einen Skalp zugesichert! Das Schlagwort der entschlossenen Kolonisten ist in die Geschichte eingegangen: „Every Indian is a bad Indian, only a dead Indian is a good Indian“ (Jeder Indianer ist ein schlechter Indianer, nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer).

*

Um zum Indianer-Thema gleich hier die Hauptpunkte zu berichten: Natürlich blieb den indianischen Landesbewohnern das Methodische an diesen Geschehnissen nicht verborgen und sie leisteten bald immer nachhaltigeren Widerstand. Fast zweieinhalb Jahrhunderte dauerten in unterschiedlicher Heftigkeit die nordamerikanischen „Indianer-Kriege“. Zeitweise nahmen diese Auseinandersetzungen sogar politische Formen an: Die Franzosen hatten mildere Ansichten hinsichtlich der Urbewohner und infolgedessen bessere Beziehungen zu den Irokesen, Huronen, Apalachen und wie die großen Indianerstämme alle hießen. Solange in Kanada und den Mississippi entlang die französischen Stützpunkte bestanden – das war bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts der Fall – gelang es den britischen Siedlern nicht, über ihre Küstengebiete hinaus weiter nach Westen vorzudringen; die indianisch-französische Sperre war zu stark.

Später – nach dem Abzug der Franzosen – war die Sache dann natürlich anders und die Lage der Indianer wurde hoffnungslos, obwohl nun etwas menschlichere Formen ihrer Bekämpfung die

Oberhand gewannen. Skalps und Indianermumien sind seither nur noch museale Gegenstände und als solche heute noch zu besichtigen (z.B. in Denver).

Immerhin blieb bis zum Jahre 1849 das Washingtoner *Kriegs*ministerium für die Indianerfrage zuständig und noch 1890 wurde ein letzter „Indianerkrieg" gegen die Sioux geführt. Bei diesem Kampf kam es zu einem Gefecht bei Wounded Knee in South Dakota; über die dort erfolgte „Abschlachtung von zweihundert fliehenden Weibern, Kindern und Säuglingen durch Soldaten der Vereinigten Staaten" heißt es in einem zeitgenössischen Bericht des „Bureau of Ethnologie"* selbstkritisch:

> „Für den Forscher der menschlichen Natur ist es interessant zu sehen, wie schonungslos wir die Grausamkeiten anderer Nationen verdammen und wie vollständig wir die übersehen, welche wir selbst begehen."

Das Ergebnis dieser jahrhundertelangen kompromißlosen Indianerpolitik kann jedermann, der in Chikago das sehenswerte Naturhistorische Museum besucht, von einem großen Schaubild ablesen. Danach leben heute in den Vereinigten Staaten noch etwa 250000 Indianer**, während im spanisch kolonialisierten Mexiko sich immerhin 4,5 Millionen Indianer erhalten haben. Aus den Zahlen der Schautafel wird sogar ersichtlich, daß schon in Kanada die Lage der Indianer weniger hoffnungslos war. Dort lebt heute zwar ebenfalls nur eine Viertelmillion Indianer, aber die Zahl der weißen Einwohner ist auch beträchtlich geringer als in den Vereinigten Staaten.

Umgerechnet auf die unterschiedliche Gesamteinwohnerzahl sieht die Lage heute so aus: Auf *jeden* weißen Einwohner Mexikos trifft *ein* Indianer, von etwa *siebzig* heutigen Ein-

---

* Zitiert nach „Süddeutsche Monatshefte", München, Juni 1916, Seite 329; nach „Encyclopaedia Britannica" (Ausgabe 1958, Band XII Seite 208) haben Einheiten der 7. Kavalleriebrigade die zweihundert indianischen Männer, Frauen und Kinder am 29. Dezember 1890 niedergeschossen, obwohl sie „bereits bereit waren, in ihre Niederlassung zurückzukehren". „Sitting Bull", der Anführer des damaligen indianischen Aufstandsversuches, war schon zwei Wochen vorher bei seiner Verhaftung niedergemacht worden.

** Die Zahl der ursprünglich in der Zeit der Entdeckungen in Nordamerika lebenden Indianer schätzt Fred W. Wellborn: The growth of American nationality 1492–1865, New York 1952, Seite 16, auf wahrscheinlich nicht mehr als eine Million, „aber der rote Mann lebte so weit ausgebreitet, daß der weiße Mann fast überall auf ihn stieß".

wohnern Kanadas und von etwa *siebenhundert* heutigen Einwohnern der Vereinigten Staaten gehört ebenfalls je *einer* der Urbevölkerung an!

Es bedarf nur dieser einfachen Rechnung, um zu erkennen, wie geringfügig das indianische Rassenproblem heute in Nordamerika ist. Es drängt sich nur ein gelegentliches Staunen auf, daß die großen amerikanischen Zeitungen – sie werden nicht müde, die „Apartheid"-Politik der Südafrikanischen Union zu verurteilen –, bestenfalls in gelegentlichen Leserbriefen* davon Notiz nehmen, daß die amerikanischen Resteingeborenen auch heute noch einem Sonderregime unterworfen sind: Obwohl ihre geringe Zahl geradezu belanglos ist, gelten die Indianer in den Vereinigten Staaten staatsrechtlich nach wie vor als „unmündig" und stehen unter Vormundschaft der Regierungsbehörden. Man hat ihnen Reservate zugewiesen, in denen sie eine bescheidene Selbständigkeit genießen.

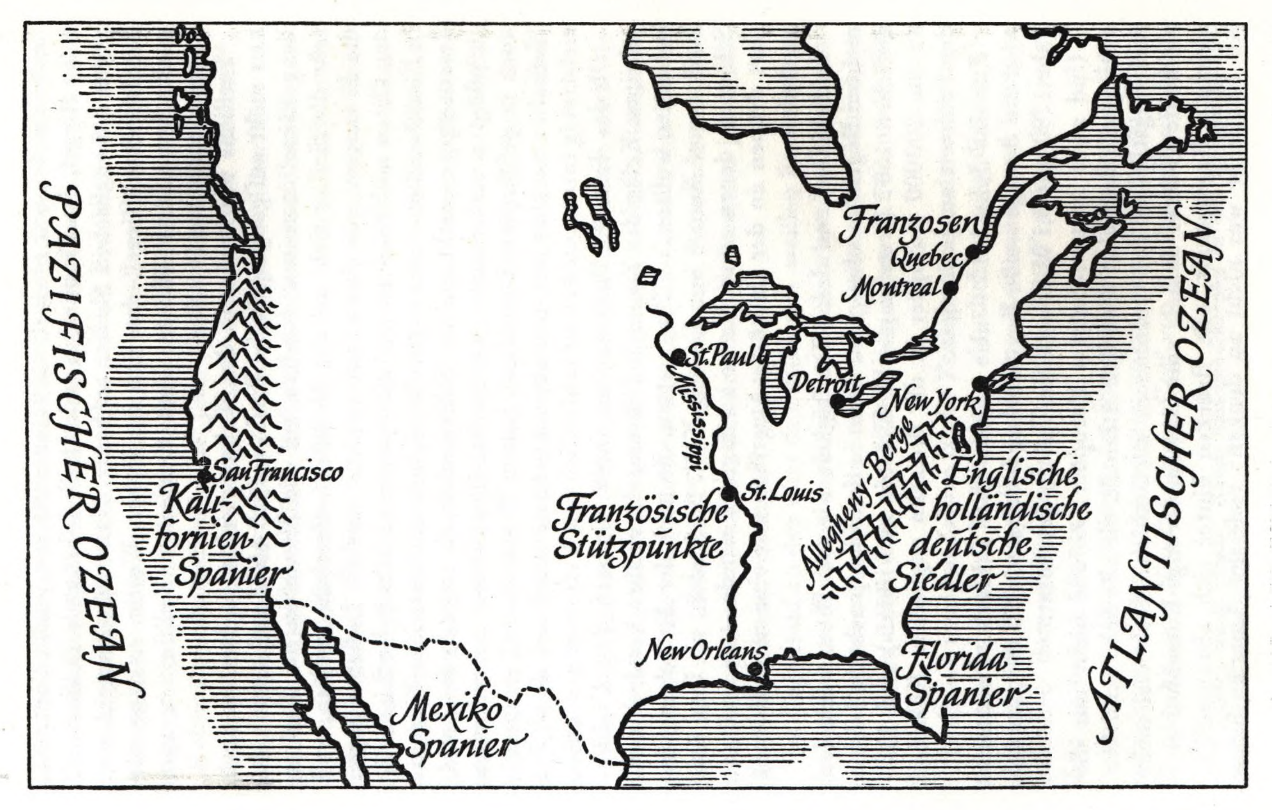
*

Die Indianer waren freilich nicht das einzige Problem der britischen Siedler, die sich im östlichen Amerika zu der gleichen Zeit festkrallten, in der man im fernen Europa den Dreißigjährigen Krieg ausfocht.

Vor den Engländern waren im Süden die Spanier dagewesen, im Norden die Franzosen. Und während der Buschkrieg um die Indianerskalps noch fast in Küstennähe geführt werden mußte, hatten die französischen Konkurrenten längst die Wasserwege erkundet, die den heute kanadischen St. Lorenzstrom aufwärts durch die großen Seen hinunter in das Mississippi-Tal und durch dieses südlich in den damals spanischen Machtbereich führen. Die Franzosen, für die – wie erwähnt – die indianische Bevölkerung kein so ernstes Problem bedeutete, da sie mit ihr Freundschaft hielten und auch nicht viel Siedlungsland wollten, saßen mit ihren Militärposten bald im Rücken der Engländer. Detroit – Saint Paul – Saint Louis – New Orleans:

---

* Z.B. Chicago Daily Tribune 11. Mai 1959: „Kenner der indianischen Angelegenheiten wissen, daß die Indianer in der Gesellschaft des weißen Mannes nicht konkurrieren können. Die traurige Geschichte der Indianer, die die Reservate verlassen und es versucht haben, bestätigt diese Ansichten".


PAZIFISCHER OZEAN
San Francisco
Kali-
fornien
Spanier
Mexiko
Spanier
St.Paul
Mississippi
St.Louis
Französische
Stützpunkte
New Orleans
Detroit
Franzosen
Quebec
Montreal
New York
Allegheny-Berge
Englische
holländische
deutsche
Siedler
Florida
Spanier
ATLANTISCHER OZEAN

heute künden nur noch die Städtenamen von jenem kontinentalen Riegel, den Frankreich anderthalb Jahrhunderte hindurch gegen die englischen Siedler aufbaute. Ganz zu schweigen von dem zweiten Riegel, der sich im fernen Westen entlang der pazifischen Küste bildete, vom spanischen Kalifornien zum damals russischen Alaska!

Freilich: wie immer in der Weltgeschichte, so kam es auch hier nicht auf geographische Punkte, auch nicht auf wirtschaftliche Einzelinteressen, sondern auf die Menschen an. Und so sehr die Siedler sich an der Ostküste vorsehen mußten, weil die Franzosen von ihren Stützpunkten aus die Indianer gegen den Osten mobilisierten und die Spanier nicht minder feindselig in Florida saßen – den englisch-holländisch-deutschen Einwanderern ging es nicht nur um Stützpunkte, sie rodeten das Land, sie pflügten und ernteten, bauten ihre Blockhäuser unverdrossen auch in gefährdetes Grenzland, holten Menschen und nochmals Menschen herüber aus dem alten Kontinent und weil sie all das zielstrebig taten, mußten sie schließlich den Wettstreit gewinnen.

Ob das deutsche Protestanten waren, die nach dem Dreißigjährigen Krieg der Zwangsbekehrung durch ihre Landesherren entrinnen wollten, ob Hugenotten, die nach der Aufhebung des Edikts von Nantes vor Ludwig XIV. flüchteten, ob Iren und Schotten, denen es zu Hause zu englisch wurde – sie wußten: dort drüben an der Ostküste Amerikas war eine neue Heimat zu finden.

In Schiffen, von deren Dürftigkeit wir uns kaum noch den rechten Begriff machen, sind allein in den knapp achtzig Jahren zwischen 1607 (erste englische Kolonie in Virginia) und 1688 an die 200000 Europäer in die dreizehn englischen Kolonien der Frühzeit ausgewandert.

Für das Jahr 1715 – also weitere drei Jahrzehnte später – wird die dortige weiße Bevölkerung bereits mit 375000, für das Jahr 1790 mit 3,1 Millionen Europäern geschätzt.

Und zwar hartgeschnitzte Europäer: es war nicht nur die abenteuerliche Fahrt über den Atlantik, die alle Schwächlichen und Ängstlichen von vornherein zurückhielt. Noch viel mehr als heute gehörte damals zum Auswanderungs-Entschluß eine absolute Bereitschaft, alle Brücken hinter sich abzubrechen. An Rückkehr war nicht zu denken; viele der Amerika-Kolo-

nisten jener Zeiten mußten zunächst sogar sich selbst und ihre Arbeitskraft verpfänden, um überhaupt die Überfahrt gewährt zu bekommen. Natürlich verfügte nur ein Bruchteil der vielen Auswanderer über ausreichende Barmittel, um die Schiffsgebühren bezahlen zu können. Deshalb entwickelten die englischen „Kolonialgesellschaften", die jene rasche Besiedlung organisierten, das System der sogenannten „endentured servants", der „Vertragsarbeiter". Ihnen wurde kostenlose Überfahrt zugesichert – aber sie mußten dafür ihre Arbeitskraft auf längere Zeit an die Schiffsgesellschaften verkaufen. Nach Ankunft in der amerikanischen Kolonie fanden dann Versteigerungen statt, nicht unähnlich den späteren Sklavenmärkten! Die so Eingewanderten hatten zwar Anspruch auf den Schutz der Gesetze, aber sie waren für die Dauer ihres Arbeitsvertrages gewissermaßen unter die Vormundschaft ihrer Dienstherren gestellt. Erst nach Ablauf des Vertrages erhielten sie Bürgerrecht und außerdem ein Stück Land zum Aufbau einer eigenen Siedlerstelle.

Von den deutschen Einwanderern der Frühzeit sind die meisten unter solchen bitteren Bedingungen nach Nordamerika gekommen – für die britischen Agenten, die damals das Rheinland und vor allem die Pfalz bereisten und Tausende zur Auswanderung überredeten, hat der deutsche Volksmund jener Zeit das Wort „Seelenverkäufer" geprägt.

Im Gegensatz zu den über drei Millionen weißen Einwohnern der englischen Kolonien zu Ende des 18. Jahrhunderts brachten es die Franzosen in Kanada – nach zeitgenössischen Zählungen – im Jahre 1668 erst auf 12000, im Jahre 1754 auf 55000 Siedler*.

In diesen wenigen Zahlen ist die Frühgeschichte der modernen nordamerikanischen Entwicklung deutlicher ausgedrückt als eine lange Schilderung all der kleinen Reibereien und Kämpfe zwischen dem „Neu-England" und „Neu-Frankreich" jener Zeit sie bieten könnte.

Eines war klar: solange der französische König jene weitgeschwungene Kette seiner Stützpunkte von Quebec im hohen Norden bis nach Neu-Orleans im Golf von Mexiko in Besitz hielt,

* Zahlen nach Ploetz: Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte, Band II, Würzburg 1955.

konnte er die in Dauerkämpfe mit indianischen Stämmen verwickelten britischen Kolonien in ernste Bedrängnis bringen. Nur die starke englische Flotte war fähig, den Sonnenkönig und seine Nachfolger von solchen Abenteuern abzuhalten und die Kolonisten vor einem Europa zu schützen, dem sie allesamt so gerne den Rücken gekehrt hatten.

*

Man muß diesen – heute so fernen – Hintergrund kennen, um die gelegentlich erwähnte und immer neu überraschende Tatsache zu begreifen, daß zwischen dem Siebenjährigen Krieg, den der preußische König Friedrich der Große gegen die damalige Allianz der Habsburger, der Russen und Franzosen auszufechten hatte, und der Gründung der „Vereinigten Staaten von Amerika" ein nicht unbeträchtlicher ursächlicher Zusammenhang besteht.

Bekanntlich war der englische König damals der einzige Verbündete des „alten Fritz" – und die Briten wurden schließlich auch die einzigen wirklichen Gewinner des Siebenjährigen Krieges (1756–63). Während das Ergebnis des harten Kampfes für Preußen nichts anderes als die Bestätigung des bisherigen Besitzstandes (einschließlich Schlesien) erbrachte, gelang es König Georg III. – nachdem seine Truppen in Amerika infolge Frankreichs europäischer Abhaltung 1759 und 1760 Quebec und Montreal erobern konnten – im „glänzendsten Frieden der neueren englischen Geschichte" 1763 die Franzosen zum Verzicht auf alle ihre nordamerikansichen Besitzungen zu veranlassen!

Dem französischen König Ludwig XV., der in der Denkweise der damaligen Zeit die sicherlich unbedeutende Steuerkraft seiner amerikanischen Untertanen gegen die beträchtlichen Kosten der dortigen französischen Stützpunkte, Truppen und Beamten aufrechnete, mag das als eine durchaus vertretbare Vereinbarung erschienen sein. Ohne Wimperzucken zog er die ganze Führungsschicht zurück, die drüben die französischen Stellungen besetzt hatte; nur etwa 60000 französische Bauern mit ihren katholischen Priestern blieben zurück (die Nachkommen dieser Siedler bilden heute noch ein besonderes Element der kanadischen Provinz Quebec).

Oft haben so krasse Entscheidungen ganz unerwartete Wirkungen: Es vergingen genau zwei Jahrzehnte bis der englische König seinerseits – wenn auch nicht auf alle nordamerikanischen Besitzungen – so doch auf das dortige britische Kernland, auf die „dreizehn Kolonien", verzichten mußte!

Die Gründe und Anlässe des „Unabhängigkeitskrieges" (1776 bis 1783) sind in vielerlei Deutungen schon oft geschildert worden. Wie es bei historischen Vorgängen häufig der Fall ist, bietet die farbigste und auf den ersten Blick einleuchtendste nicht unbedingt die zutreffendste Erklärung.

Natürlich hat nicht nur eine „Teesteuer", nicht nur eine Hafensperre einen jahrelangen erbitterten Krieg zwischen Kolonie und Mutterland ausgelöst. Die Entfremdung hatte tiefere Gründe. Da waren im Zuge der tausendfachen Einwanderungen viele Siedler gekommen, die sich keineswegs als Briten fühlten*. Ferner ist zu bemerken, daß nach dem Wegfall der französischen Drohungen der Schutz des englischen Königs an Bedeutung verloren hatte. Schließlich begründete die britische Krone selbst im Schicksalsjahr 1763 eine der ernstesten Ursachen des Konfliktes: Man war in London der Ansicht, die Verhältnisse zwischen Siedlern und Indianern seien nun reif zur gütlichen Regelung und so wurde in einer königlichen Proklamation vom 7. Oktober 1763* verfügt, das ganze bisher französische Einflußgebiet am Mississippi (also der spätere mittlere Westen) habe

---

* Der spätere Präsident Woodrow Wilson gab in seiner Biographie George Washingtons (New York 1896, Seite 18) eine lebhafte Charakteristik der Einwanderung im 18. Jahrhundert: „Eine neue Einwanderungswelle war von England in die Kolonien gekommen und die Engländer sahen mit Zuversicht ihre Landsleute ein Reich in Amerika aufrichten. Aber vielleicht doch nicht ein Reich aus reinem englischen Blut. New York war lange Zeit nicht viel weniger als eine holländische Provinz ... Entlang dem Delaware waren noch die Schweden; und Pennsylvania musterte seine Kolonisten ... aus Deutschen, Franzosen, Holländern, Finnen und Engländern. Sogar in Virginia, das stets seinen englischen Charakter bewahrte, gab es Gruppen französischer Hugenotten und Deutscher, die neidlos willkommen waren; und South Carolina, obwohl ebenfalls streng englisch, hatte bestes Blut aus Frankreich erhalten, als Ludwig der Welt so großzügig 50000 Familien feinster Rasse durch die Aufhebung des Edikts von Nantes schenkte."

* Die Proklamation reservierte den Indianerstämmen „alle Länder und Gebiete westlich der Quellen aller Flüsse, die in das Meer münden", das bedeutete, daß die Gebirge an der Atlantikküste die Grenze bilden sollten. Die „Encyclopaedia Britannica" (1958, Band XII Seite 208) bemerkt dazu: „Diese Schranke wurde bald überschritten, tausende von Siedlern kamen während der amerikanischen Revolution über die Berge."

in Zukunft als „Indianerschutzgebiet“ zu gelten. Anstelle des französischen Gegners war nun auf einmal die englische Krone als Hindernis gegen weiteres Vordringen aufgetreten!

Es ist müßig, darüber zu grübeln, ob sich der Konflikt zwischen London und Philadelphia (wo die Dreizehn Kolonien – seit Jahrzehnten an militärisches Zusammenwirken gegen Indianer und Franzosen gewöhnt – im Jahre 1776 ihre „Unabhängigkeit“ erklärten) hätte beilegen lassen. Tatsache ist, daß der Kampf nicht nur ausgefochten wurde, sondern auch: daß die hartnäckigen Siedler im entscheidenden Punkt einen vollen Sieg errangen; England behielt zwar Kanada – aber den Weg in den Westen gab es frei!

Im Winter 1782/83 wurde das in Paris ausgehandelt. Natürlich haben die Franzosen die Schwierigkeiten, in die der englische König verwickelt wurde, mit großer Genugtuung bemerkt und von früher Stunde an den Unabhängigkeitskrieg mit Geld, guten Ratschlägen und der Entsendung tüchtiger Berater – an ihrer Spitze Lafayette – unterstützt. Der Kongreß der Dreizehn Kolonien seinerseits entsandte Benjamin Franklin als Sonderbevollmächtigten nach Paris und noch anderthalb Jahrhunderte später beklagte sich der Londoner amerikanische Botschafter Page beim Präsidenten Wilson darüber, wie bescheiden und begrenzt seine Mittel seien gegenüber den 17000 Dollar jährlich, mit denen Franklin ausgestattet wurde, um im Paris Ludwigs XVI. für die Sache der Unabhängigkeit zu werben.

Es ging dabei nicht nur um Wohlwollen – zu den praktischen Angelegenheiten, mit denen Franklin sich befaßte, gehörte auch die Anwerbung geeigneter Offiziere für den Kampf gegen die Engländer. Als er im September 1777 den früheren Adjutanten Friedrichs des Großen und preußischen Generalstabsoffizier Friedrich Wilhelm von Steuben zum Schiff nach Amerika einwies, hatte er einen guten Griff getan. Preußische Schulung war genau das, was den Aufständischen fehlte.

Zunächst gab es eine Überraschung: Als Steuben – nach mehr als zweimonatiger Schiffsreise – drüben gelandet war, machte ihm ein Ausschuß des Kongresses höfliche Aufwartung im Stile der Zeit, um die Forderungen und Ansprüche des Herrn Generals zu erkunden. Als er sich als „Freiwilliger“ bezeichnete und erklärte, die Bezahlung sei eine Sache, die nach

dem Siege geregelt werden könne, war man im Kongreß tief beeindruckt. In der Folgezeit wurde Steuben – obwohl er kein Wort Englisch sprach – „Generalinspekteur“ der Armee; er „drillte“ die borstigen Siedlersöhne einen Winter lang im Lager Valley Forge so gründlich, daß der spätere Präsident Wilson in seiner Biographie Washingtons (a.a.O. Seite 200) sich zum anerkennenden Urteil veranlaßt sah, Steuben habe „das hoffnungslose Lager“ (desolate Camp) erfolgreich in eine „Ausbildungsschule für Lehren, die diese Truppen niemals vorher gekannt hatten“ verwandelt. Später – nach dem Krieg – verfaßte Steuben dann noch die grundlegenden „Regulations for the order and disciplin of the troops of US“ – als „Blaubuch“ späteren amerikanischen Soldaten-Generationen zum Begriff geworden.

Sicherlich war es Steubens Geist, der noch im März 1944 den amerikanischen General Patton zu allgemeinen Weisungen an seine in Italien eingesetzte Armee veranlaßte, in denen es drastisch-preußisch hieß: „Es gibt nur eine Art von Disziplin: die absolute.“*

Was Steuben auf der Seite der Aufständischen organisierte, das beobachtete ein anderer später preußischer Offizier auf der Gegenseite: Neithardt von Gneisenau, zu jener Zeit noch Offizier des Markgrafen Alexander von Ansbach-Bayreuth kam 1782 zu den englischen Truppen nach Kanada und kehrte mit starkem Eindruck von der leidenschaftlichen Kampfesweise der „Patrioten“ zurück. Trotz geringerer materieller Versorgung zeigten sie sich den Truppen des Königs überlegen – es war dieser „Volkskrieg“** der Dreizehn Kolonien, der Gneisenaus spätere Kampfvorstellungen gegen Napoleon und schließlich die Reform der preußischen Armee nach 1806 tief beeinflußte!

*

Solche Erinnerungen bezeichnen zwar alte Bindungen und Beziehungen – bereits 1786, kurz nach dem Tode Friedrichs des

* General Patton: Krieg wie ich ihn erlebte, Deutsche Ausgabe, Bern 1950, Seite 286.

** In einer Abschiedsbotschaft des damaligen Oberbefehlshabers und späteren Präsidenten General Washington wurde 1783 unter Hinweis auf Steubens Leistung hervorgehoben: die Armee sei „mit einem Schlag zu einem Bund patriotischer Brüder zusammengewachsen“ (zitiert nach Hans Kohn: Die Idee des Nationalismus, Heidelberg 1950, Seite 390).

Großen, wurde der erste deutsch-amerikanische Vertrag in Berlin geschlossen – aber sie deuten doch nur auf Randgeschehnisse hin, die für die fernere Entwicklung ohne tiefere Wirkung geblieben sind.

Immerhin wundert es uns nicht, daß unsere Vorfahren mit Verständnis und Zuneigung auf diese hartnäckigen Burschen blickten, die da drüben sich Raum geschafft haben, die fest entschlossen ihre Söhne noch weiter ins Land hineinschickten und schließlich dem englischen König die Unabhängigkeit abtrotzten.

Adolf Halfeld, ein inzwischen verstorbener deutscher Publizist, der in den 20er Jahren im Anschluß an einen langjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten ein vielbeachtetes Buch „Amerika und der Amerikanismus" geschrieben hat, glaubte schon in den puritanischen ersten Einwanderern den Typus des „Yankee-Preußen" zu entdecken:

> „der überschüssige Proletarier der Alten Welt, den die Reformation frei und gleich vor seinem Gott gemacht hat, der Methode in das Leben bringt und den aristokratischen Idealen die Tugenden der Ordnung, Arbeit und Enthaltsamkeit entgegenstellt."

Gewiß läßt sich der Aufbau der „neuen Welt" auch so begreifen.

Kapitol und Weißes Haus

Einer der Höhepunkte der üblichen Besichtigungs-Rundfahrt durch Washington, die heutige Hauptstadt der aus den einstigen Dreizehn Kolonien hervorgegangenen „Vereinigten Staaten von Amerika“, ist der Besuch in der Ehrenhalle des National-Archivs. Der mit zweiundsiebzig korinthischen Säulen geschmückte Bau – erst 1933–37 errichtet – hält sich so streng an antike Vorbilder, daß die großen Bronzetüren sogar mit dem Liktorenbündel geschmückt sind, das in jenen Jahren bekanntlich das Symbol des faschistischen Italien gewesen ist.

Der deutsche Besucher notiert auch den gewiß zutreffenden Satz, der hier nachdrücklich eingeprägt wird: „Das Erbe der Vergangenheit ist die Saat, die die Ernte der Zukunft erbringt“ (The heritage of the Past is the seed that brings forth the harvest of the Future).

Hauptschaustück des National-Archivs – in einer Art Tabernakel beleuchtet zur Schau gestellt und von einem Ehrenposten bewacht – ist die Originalfassung der „Declaration of Rights“ (1776), flankiert von Niederschriften der Verfassung von 1789.

Schon die Kolonisten des 18. Jahrhunderts hätten den nüchternen Gedanken, ihr Kampf gegen England sei einfach Ausdruck eines räumlichen Ausdehnungsstrebens, ganz entschieden zurückgewiesen. Sie waren zutiefst überzeugt, im höheren Sinn Recht zu tun, indem sie sich gegen Georg III. von England auflehnten und sie machten mit Nachdruck alle Argumente geltend, die ihrem Aufstand das Odium der Rebellion nehmen und den Adel hoher Zielsetzung verleihen mußte. Noch in der Form einer Adresse an den englischen König war bereits vor der Unabhängigkeits-Erklärung die „Declaration of Rights“ verkündet worden und bereits über ein Jahrzehnt vor der französischen Revolution hielt sie dem britischen Herrschaftsanspruch die Sätze entgegen:

„Alle Menschen sind von Natur unabhängig und frei. Alle Macht ist eingesetzt und daher abgeleitet vom Volke.“

Das waren damals kühne Worte – sie sind es sogar heute noch, wenn man bedenkt, wie einfach solche Forderungen zu Papier gebracht und wie schwierig sie in der Welt der Tatsachen verwirklicht werden können. Schon in jenen Zeiten idealistischen Schwunges, der als „Geist von 1776" in amerikanischen Schriften stets gerne zitiert wird, dachte niemand daran, unter „allen" Menschen etwa auch die Ureinwohner des Landes zu begreifen. Und bereits kurz nach dem Ausbruch der Kämpfe hatte der Kongreß sich mit dem Problem der sog. „Loyalisten" zu beschäftigen: das war der keineswegs unerhebliche Teil der Siedler, der den Streit mit England durchaus mißbilligte und dem König treu zu bleiben entschlossen war. Moderne Historiker gehen so weit, zu behaupten: nur etwa ein Drittel der damaligen Bürger der Dreizehn Kolonien habe die Unabhängigkeitsbewegung gebilligt, eine gleichstarke Gruppe habe sie dagegen schärfstens abgelehnt, ja sie als „Brudermord" angeprangert, während das letzte Drittel sich neutral verhalten habe.

Es mag dahingestellt bleiben, ob Kampf und Sieg des Generals Washington und seiner Getreuen wirklich nur das Werk einer entschlossenen Minderheit war; jedenfalls ist ganz unbestritten, daß das Problem der dem britischen König treugebliebenen Bürger sich ernsthaft stellte und daß es schließlich nur auf eine recht unduldsame, um nicht zu sagen gewalttätige Art geregelt werden konnte. Es erinnert geradezu an europäische Verhältnisse im 20. Jahrhundert, wenn wir hören, daß die „Loyalisten" nicht nur ihres Wahlrechtes entkleidet wurden und man ihnen verbot, öffentliche Ämter wahrzunehmen, sondern daß sie auch auf Redefreiheit und den Schutz der Gerichte zu verzichten hatten. Schließlich gingen die meisten der Dreizehn Staaten auch noch dazu über, das Eigentum der Leute zu beschlagnahmen, die am Unabhängigkeitskampf teilzunehmen sich weigerten. Was nach 1945 im besetzten Deutschland der „Spruchkammerbescheid" bedeutete, war seinerzeit im Herrschaftsbereich des Kongresses das „Certificate of Americanism", eine schriftliche Beglaubigung der einzig zulässigen politischen Denkweise.

Im Frieden von 1783 nahm sich der englische König des beklagenswerten Schicksals seiner Getreuen an – sie erhielten die Erlaubnis zur Übersiedlung nach Kanada und bildeten dort den

Kern des englischen Bevölkerungsteils dieses Dominions. Nicht weniger als 60000 „Loyalisten“ ließen sich in jener Zeit in der kanadischen Provinz Ontario nieder und das Londoner Unterhaus bewilligte zu ihrer Unterstützung die beträchtliche Summe von 6 Millionen Pfund Sterling.

*

Auch zur Formel: „Alle Macht ist eingesetzt und daher abgeleitet vom Volke“ – ein großartig einigendes Wort, um zum Sturz von Machthabern aufzurufen – ergaben sich, als der Sieg errungen war, ernsthafte Probleme, und es dauerte nach 1783 noch sechs turbulente Jahre, bis eine Lösung gefunden wurde. Als „Volk“ fühlten sich die Kolonisten *jedes* der Dreizehn Staaten; sie hatten zwar natürlich nur vereinigt gegen England kämpfen können – für alles Weitere, fürs Steuerzahlen und für die Landnahme im Westen: war da nicht jeder der Staaten für sich selbst genug?! Und genügte nicht ein „Kongreß“, um die paar Angelegenheiten zu regeln, die alle angingen?! Der „Separatismus“ trieb hohe Blüten und nach Ansicht amerikanischer Historiker* blieb die Frage, ob die USA vielleicht nur eine „Assoziation von Staaten“ sei, bis zum Bürgerkrieg (1862–1865) irgendwie ungeklärt.

Unter den Verhältnissen jener Anfangszeit mußte eine strikte Anwendung des rein demokratischen Prinzips zu weitgehender Ablehnung einer gemeinsamen Regierung führen. Dieser Widerspruch zwischen Idee und Wirklichkeit lähmte die gerade erst unabhängig gewordenen „Staaten“ auf Jahre hinaus so sehr, daß Hans Kohn in seinem erwähnten Werk „Die Idee des Nationalismus“ (Seite 390) sogar von einem „Sumpf des Elends“ zu jener Zeit spricht und der deutsche Publizist Colin Ross in seinem Buch „Amerikas Schicksalsstunde“ (Leipzig 1935, Seite 307) einen Vergleich zum Deutschland nach 1918 zieht: „Unruhen, Revolte, schlimmste Inflation, Regierungen ohne genügende Autorität und das ganze Land Anarchie und Auflösung entgegentreibend.“ Eine Lösung mußte gesucht werden und sie wurde schließlich in einer Verfassung gefunden, die ich in einem kritischen amerikanischen Buch von E. Merill Root (Brain-

* Wellborn a.a.O. Seite 287.

washing in the High Schools, New York 1959, Seite 28) wie folgt bezeichnet sehe:

„Unsere amerikanische Regierungsform ist keineswegs eine ‚Demokratie', ihre Väter erläuterten die Art der Regierung, die sie begründeten, als eine konstitutionelle Republik."

*

Das Regime, das nach den Jahren der Wirrnis durch die „Constitution" schließlich in Gang gesetzt wurde und durch das erst die „Vereinigten Staaten" als *ein* Staat in die Geschichte eingetreten sind, verdient einige Aufmerksamkeit.

Jedermann weiß heute Bescheid über die berühmte „Teilung der Gewalten", mit der die amerikanische Verfassung – auch hier der französischen Revolution vorausgehend – das politische Leben des Staates neu regelte. Der Kongreß (zusammengesetzt teils aus den direkt ausgewählten „Repräsentanten", teils aus dem „Senat", in dem jeder Einzelstaat, gleichgültig ob groß oder klein, durch zwei Senatoren vertreten ist) erläßt die Gesetze, der Präsident führt sie durch und der Oberste Gerichtshof wacht darüber, daß keinesfalls die Verfassung verletzt werde.

Wohl abgewogen, wie diese grundlegenden Vorschriften, waren auch die Pläne der gemeinsamen Hauptstadt – sie gehört zu keinem der Einzelstaaten, bildet einen eigenen Distrikt, dessen Gouverneur der Präsident ist.

Als Jefferson – der geistige Vater der „Constitution" und dritter Präsident der USA – im Jahre 1803 erstmals das neuerbaute „Weiße Haus" bezog und den weiteren Ausbau Washingtons plante, dachte er noch, die Stadt werde sich hauptsächlich um den Kapitols-Hügel entwickeln, um den Sitz von Repräsentantenhaus und Senat – er meinte, das werde bestimmt der Mittelpunkt des politischen Lebens sein und bleiben, genauso wie dies in der Verfassung beabsichtigt war.

Wer heute durch die Hauptstadt der Vereinigten Staaten wandert – fast die einzige amerikanische Stadt, in der solches Wandern Vergnügen macht – ist verblüfft zu sehen, daß „Capitol Hill" nahezu am Rande liegt; natürlich breiten sich

auch hier rundherum die Straßenzüge, aber es sind stille Wohnbezirke, die sich am Kapitolshügel entwickelt haben. Ganz anders sieht es in der Gegend des Weißen Hauses aus, das die damaligen Architekten eigentlich etwas abseits geplant hatten. Hier ist in anderthalb Jahrhunderten das wirkliche pulsierende Zentrum der Hauptstadt entstanden, hier flutet das politische und geschäftliche Leben, hier sammelt sich der Atem des großen Reiches.

Nicht die „Capitol-Street", nicht die „Constitution-" oder die „Independence-Avenue" haben den großen Verkehr auf sich gelenkt, sondern in der ganz ordinär bezeichneten H-Straße und in der 16. Straße entwickelte sich der Geschäftsmittelpunkt Washingtons: sie gehen vom Weißen Haus aus und führen dorthin.

Das Kapitol freilich überragt die Stadt, jeder Stein hat die offenkundige Aufgabe, imposant zu wirken; die Kuppel hat man in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts sogar noch umgebaut, um sie zu erhöhen. Dutzende von Denkmälern ehemaliger Senatoren und Abgeordneter zieren die Wandelhallen. Der Besucher wird auf den „längsten Korridor der Welt" aufmerksam gemacht – wirklich eindrucksvoll ist nur der Blick durch die Fenster hinaus auf die weite Fläche der Grünanlagen, die sich bis zum Potomac-Fluß erstrecken.

Im Gegensatz zu dem gewollten Prunk und den übertriebenen Dimensionen des Kapitols wirkt das „Weiße Haus" bescheidener als sein Ruf. Neben einer alten spanischen Kirche in San Francisco ist es das einzige Bauwerk, das ich auf der ganzen Reise als ästhetisch schön empfunden habe. Schon, daß man nicht von einem „Palast des Präsidenten" sprach und auch keine sonstige altrömische Erinnerung damit verband, macht deutlich, wie bescheiden zu Anfang des 19. Jahrhunderts von der Rolle des „Chief Executive", des „Verwaltungschefs" gedacht wurde. Noch in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts war es üblich, daß der Präsident vormittags zwischen 11 und 12 Uhr jedem Bürger, der da kam, die Hand reichte. Heute noch versammelt sich morgens um 10 Uhr eine lange Menschenschlange vor dem Seiteneingang, um anschließend die Repräsentationsräume des Hauses zu besichtigen – ein paar Salons im englischen Stil, nicht prunkvoller als das Coburger Stadtschloß.

Die Büros der Mitarbeiter des Präsidenten sind in einem Nebengebäude untergebracht, das sich in keiner Weise mit der Vornehmheit etwa des „Senate-Office-Building“ vergleichen läßt, in dem jeder Senator über eine Zimmerflucht verfügt. Dennoch wird die amerikanische Politik nicht hier, sondern in den kleinen Verhältnissen rund um das Weiße Haus bestimmt, wo sich so ziemlich alles zusammenballt, was die „Hauptstadt“ ausmacht.

Diese bauliche Entwicklung ist wie ein Spiegelbild: Es war nicht nur die überragende soldatische Gestalt George Washingtons, der in den Jahren 1787–95 als erster Präsident dem neuen Amt die Richtung gab; da „Politik“ keineswegs mit Gesetzgebung identisch ist, ja nur in seltenen Fällen formeller Gesetze bedarf, waren in den fast zwei Jahrhunderten nordamerikanischer Geschichte seither stets die Präsidenten die entscheidenden Faktoren der Entwicklung. Es gab Kluge und weniger Gescheite unter ihnen, Weitschauende und Engstirnige, Idealisten und kühle Rechner – aber unbedeutend war ihr Wirken nie; der Kongreß dagegen hat sie bestenfalls kritisieren, mäßigen oder die schlimmsten Ergebnisse ihres Wirkens nachträglich korrigieren können; auch der Bundesgerichtshof hat dies manchmal getan – aber damit mußte er sich bescheiden. Der Vorrang des praktischen Handelns hat sich als viel bedeutender erwiesen, als die klügsten Verfassungsgeber es vorhersehen konnten.

Man kann das, was in Amerika seither geschah, in aller Regel nicht begreifen, wenn man nicht klar in Rechnung stellt, daß drüben stets ein „Diktator auf Zeit“ am Werke war und ist – ein treffendes Wort, das schon mehrfach von kundigen Beobachtern ausgesprochen wurde.

Wie alle Generalsentenzen, bedarf freilich auch diese einer verständigen Anwendung: natürlich sind die Senatoren und Repräsentanten keine Nullen – es gab und gibt in ihrem Kreis ganz überragende Gestalten. Aber schon die allgemein bekannte Tatsache, daß das Amt des amerikanischen Vizepräsidenten nahezu einflußlos ist, solange der Präsident lebt, macht die Lage deutlich; der Vizepräsident ist „nur“ Präsident des Senates, er amtiert „nur“ im Kapitol – im Weißen Haus oder beim Weißen Haus hat er nicht einmal ein Büro. Jeder wirkliche

„Berater“ des Präsidenten – wir werden noch von einigen dieser Leute zu sprechen haben – hat mehr Einfluß auf die täglichen Entscheidungen als der Vizepräsident, der das Weiße Haus nur betritt, wenn er gerufen wird, und das ist selten genug der Fall.

Es ist natürlich auch zu sagen, daß der Präsident keineswegs „Diktator“ im Sinne freier Willkür sein kann – zumindest die Geldmittel, die er für seine Politik benötigt, muß der Kongreß bewilligen, und kein Präsident wird deshalb das Parlament als belanglos behandeln – aber schon oft gab es einen Kongreß mit oppositioneller Mehrheit und trotzdem hat der Präsident weiter regiert, oft sogar in sehr entschiedener Weise.

Das Kapitol wurde zu einer Hochburg rhetorischer Kundgebungen – die Sitzungsberichte des Kongresses füllen eine ganze Bibliothek und jede „Geschichte der Vereinigten Staaten“ mit großartigen Sentenzen. Das bescheidene Weiße Haus dagegen wurde und blieb die Schaltstelle der ernstlichen Ereignisse, die sich nicht selten in direktem Kontrast zu den idealistischen Verkündungen der Philosophen und der Wahlkampfparolen entwickelten.

Nur wenige Präsidenten hatten keinen Streit mit dem Kongreß und fast jeder Präsident setzte sich dabei durch, wenn es um wichtige Dinge ging. Gewiß, es gibt Fälle, in denen das Umgekehrte gilt – ja manchmal war man im Kapitol sogar realistischer als im Weißen Haus. Aber diese Beispiele bilden im bisherigen historischen Ablauf nur die Ausnahme, die eine anders lautende Regel bestätigt.

Und weiter: der „Chief Executive“ ist absetzbar, aber noch nie wurde ein amerikanischer Präsident wirklich abgesetzt.

Außerdem: der weise General Washington begründete bewußt die Regel, ein Präsident solle nur einmal wiedergewählt werden. Aber einer seiner umstrittensten Nachfolger amtierte trotzdem über zwölf Jahre im Weißen Haus!

Alle strahlend beleuchteten und andächtig bestaunten Papiere in der marmornen Ausstellungshalle des National-Archives ändern nichts an solchen Tatsachen.

Vorwärts — um jeden Preis

Durch zwei leicht zu erfassende Zahlen wird deutlich gemacht, was zunächst in Nordamerika geschah, nachdem die USA, die „United States of America", sich aus der britischen Abhängigkeit gelöst hatten und zum „Staat" geworden waren:

Im Jahre 1790 zählte man in den Dreizehn Kolonien 3,1 Millionen Weiße, hundert Jahre später – im Jahre 1890 – ergab die Volkszählung in den Vereinigten Staaten 55,1 Millionen weiße Einwohner! Die Zahl der in der Union zusammengeschlossenen Einzelstaaten war in der gleichen Zeit von 13 auf 45 angewachsen!

Außer durch Kauf oder kriegerische Erwerbung waren die 32 neuen Staaten in rascher Folge dadurch entstanden, daß die sogenannte „Nordwest-Ordonnanz" von 1787 die Neubildung eines eigenen Staates schon bei Vorhandensein von 60 000 weißen Einwohnern zuließ und sie förderte. Zwei Jahre vorher (1785) hatte der Kongreß das freie weite Indianergebiet zwischen Ohio, Mississippi und den Großen Seen auf dem Papier in „Townships" von je etwa 93 Quadratkilometer und diese in „Sections" von je etwa 2,6 Quadratkilometer gegliedert. Diese „Sections" wurden zunächst nur ungeteilt von der Regierung verkauft, ab 1820 ging man auch zur Übertragung kleinerer Teile über – bis zur untersten Grenze von einer Achtel-Sektion (etwa 320 Hektar). Der amtliche Verkaufspreis für ein solches Stück Land – natürlich weit draußen in kaum erkundetem Gebiet – betrug 100 Dollar! Einige Jahrzente später (im Jahre 1862) folgte schließlich noch ein „Homestead-Act", ein Heimstätten-Gesetz, das jedem amerikanischen Bürger und jedem, der erklärte das Bürgerrecht erwerben zu wollen, kostenlose Niederlassung auf einer Viertel- oder Achtel-Sektion unbesetzten Landes gestattete. Nach fünfjähriger Ansässigkeit und Bebauung ging das Grundstück in das Eigentum des Siedlers über.

Dieses drastische Hinweisen auf die freie Weite des Kontinents wirkte, wie es wirken mußte: als eine gewaltige Anziehungskraft, die bis ins alte Europa die Gemüter erregte. Die erstaunliche Zunahme der weißen Bevölkerung ist nach

Ausweis der Statistiken freilich nur zu einem Drittel auf den Einwanderungsstrom zurückzuführen, zu zwei Dritteln dagegen auf Geburtenüberschuß!

Wir haben hier eines der eindrucksvollsten historischen Beispiele für die anfeuernde Wirkung vor uns, die freier Raum auf die Lebensentwicklung eines Volkes ausübt.

*

Es war ein hundertjähriger Sturm, der in Nordamerika neue Tatsachen schuf: die drei Millionen Kolonisten Ende des 18. Jahrhunderts mögen für europäische Begriffe recht belanglos gewesen sein; vielleicht hätten alle Begeisterung und alle Disziplin im Unabhängigkeits-Krieg den Erfolg gegen die britische Macht nicht erzwingen können, wenn England zum Kampf wirklich ernst entschlossen gewesen wäre. Aber zu Beginn unseres Jahrhunderts waren die 50 Millionen Amerikaner und der Großstaat, den sie inzwischen geschaffen hatten, ein Faktor geworden, eine der grundlegend neuen Tatsachen der modernen Welt.

*

Es war freilich nicht nur die Landnahme zwischen den östlichen Allegheny-Bergen und dem mittel-westlichen Mississippi-Bereich, die das so entschiedene Emporwachsen der Vereinigten Staaten bewirkte – eine sehr entschiedene Ausdehnungspolitik auch auf Kosten anderer Staaten trat hinzu. Wir Europäer sind im 20. Jahrhundert gewohnt, schon begrenzte Bemühungen eines Staates, seinen Nachbarn Gebiete abzunehmen, als Imperialismus zu verdammen; vergleichsweise geringe Veränderungen der europäischen Landkarte sind in zwei Weltkriegen blutig umkämpft worden.

Die beträchtlich weiter ausgreifende Dehnung und Abrundung des Staatsgebietes der USA erfolgte mit geringeren Opfern, wenn auch nicht ohne manches spannende Zwischenspiel.

Da tauchte schon für Präsident Jefferson (1801–1809) ein recht brennendes Problem auf: Im fernen Europa war der General Napoleon Bonaparte Frankreichs Herr geworden und auf die Idee gekommen, die französisch besiedelte Provinz

„Louisiana“ am unteren Mississippi von den Spaniern wiederzuerwerben; diesen war die Provinz im Friedensvertag von 1763 zugesprochen worden. In bezug auf Louisiana stellte Napoleons spanischer Vertrag nur den Zustand wieder her, der vor dem für Frankreich unerquicklichen Ende des Siebenjährigen Krieges bestanden hatte. Da in der Provinz Louisiana damals nur französische Siedler (etwa 11 000) lebten, darf man vermuten, daß sie dieser Veränderung gerne zustimmten.

Für den Präsidenten der Vereinigten Staaten sah die Sache anders aus: Er erblickte – natürlich mit Recht – in dem politischen Schachzug Napoleons eine neue Festsetzung Frankreichs auf amerikanischem Boden und so beschloß er – ohne im geringsten die vermutlichen Wünsche der in Louisiana lebenden Siedler in Betracht zu ziehen – in Paris mit aller Entschiedenheit vorstellig zu werden; die Vereinigten Staaten, so ließ Jefferson den Ersten Konsul Napoleon Bonaparte wissen, würden Frankreich künftighin als Feind betrachten, wenn es bei der neuen Louisiana-Regelung verbliebe.

Napoleon – seit den britischen Siegen bei Abukir und Trafalgar von der See vertrieben – sah ein, daß er Louisiana keineswegs werde verteidigen können und daß es für ihn nicht nützlich war, die Leute in Washington geradezu in die Arme der Engländer zu treiben; also ging er auf Jeffersons Vorschläge ein. Für den baren Betrag von 15 Millionen Dollar wurde die ganze Provinz Louisiana auf eine „gerade heraus imperialistische und undemokratische Art“ (wie Kohn – sonst ein Bewunderer Jeffersons – a.a.O. Seite 438 mißbilligend urteilt) – von den Vereinigten Staaten gekauft. Kohns Bemerkung stützt sich nicht nur auf den Umstand, daß die Bewohner von Louisiana bei diesem Handel keineswegs befragt wurden, sondern sie berücksichtigt auch den Umstand, daß dieses neuerworbene Gebiet zunächst als eine Art Kolonie verwaltet wurde. Erst nach neun Jahren, am 30. April 1812, wurde das Land als „Staat“ in die Union aufgenommen und den weißen Siedlern Bürgerrecht gewährt. Über die Angelegenheit des Louisiana-Kaufes kam es zwar zu einigen Debatten im Kongreß, aber der Präsident setzte sich mit seinen Ansichten durch.

Es ist zu bemerken, daß Napoleon keinen schlechten Schachzug getan hatte; er kassierte nicht nur gute Dollars, sondern er

ermutigte auch die Amerikaner, erneut mit den Engländern zu streiten. Der Krieg, den sie in leidenschaftlicher Stimmung im Jahre 1812 begannen und der wider alles Erwarten* zu beträchtlichen britischen Erfolgen führte (englische Truppen besetzten sogar die Stadt Washington und brandschatzten das Kapitol und das Weiße Haus), hätte vielleicht zum Erwerb Kanadas durch die Vereinigten Staaten führen können, wenn nicht schließlich Napoleon in Europa besiegt worden wäre. Als der Präsident Madison erkannte, daß die Briten jenseits des Atlantik Sieger geblieben waren, schien es ihm an der Zeit, Frieden zu schließen und dieser kam dann an Weihnachten 1814 in Gent zustande; der „status quo ante bellum" wurde vereinbart – es blieb alles wie bisher. Die napoleonische Karte hatte nicht gestochen; Kanada blieb britisch.

Die Blicke der amerikanischen Präsidenten richteten sich wieder südwärts. Jeder Schulatlas belehrt über die strategische Bedeutung der Halbinsel Florida. Dort hatten sich bereits zweieinhalb Jahrhunderte früher, im Jahre 1565, die Spanier festgesetzt. Und da zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Madrid ein Bruder Napoleons regierte, ließ man die Angelegenheit zunächst ruhen, denn man wollte schließlich nicht gleichzeitig mit allen damaligen Großmächten in Konflikt geraten.

Als aber Joseph Bonaparte im Jahre 1813 vom spanischen Königsthron vertrieben war, begannen die USA eine recht unverblümte militärische „Durchdringung" Floridas. Das fing damit an, daß Indianer auch auf spanisches Gebiet verfolgt wurden, zunächst noch ohne Angriffe auf die spanischen militärischen Stützpunkte. Dann aber waren auch diese an der Reihe und der spanische Gouverneur zog es vor, nach Havanna zu fliehen. Ein paar Weiße wurden erschossen, weil sie angeblich „die Indianer unterstützt" hätten – das abschreckende Beispiel genügte, und im Mai 1817 waren die amerikanischen Truppen Herren von Florida, ohne daß man von der ganzen Affäre behaupten könnte, es habe ein „Krieg" stattgefunden.

Schließlich erwog man im Weißen Haus, wie die Sache zu protokollieren sei und man erinnerte sich des Louisiana-Kaufes.

* Jefferson – als Präsident zwar nicht mehr im Amt, aber natürlich noch hochangesehen – meinte zunächst optimistisch: „Die Erwerbung Kanadas bis Quebec wird mehr eine Angelegenheit des Marschierens sein" (Wellborn a.a.O. Seite 435).

Am 22. Februar 1819 – fast zwei Jahre nachdem das Land bereits besetzt war – „kauften“ die Vereinigten Staaten die Provinz Florida für diesmal nur 5 Millionen Dollar von der spanischen Regierung.

Die angewandten Methoden und die aufgewendeten Mittel waren nicht verschwendet: Ein blühendes Land etwa von der Größe der Tschecho-Slowakei des Jahres 1938 war erworben worden – und fast die ganze nordamerikanische Küste von der Mündung des Mississippi bis Neu-Schottland befindet sich seither in dem Besitz der Vereinigten Staaten.

*

Spanien – das vordem eine so bedeutende Rolle in Süd- und Mittel-Amerika gespielt hatte – war damals so etwas wie der „kranke Mann“ unter den Kolonialmächten. Schon 1810 hatten Venezuela, Argentinien und Chile die spanischen Gouverneure heimgeschickt und sich selbständig gemacht; in Mexiko gärte es und im spanischen Mutterland selbst brach bald nach der Florida-Affäre ein Aufstand aus. Hier freilich griff Metternichs „Heilige Allianz“ ein – in ihrem Auftrag überschritt eine französische Armee die Pyrenäen und stellte in Madrid die Herrschaft des Königs wieder her. Im Anschluß an diese Aktion gingen Gerüchte um, eine französisch-spanische Flotte werde ausgerüstet, um unter der Aufsicht der „Heiligen Allianz“ auch die abgefallenen spanischen Kolonien wieder zur Räson zu bringen.

Zur „Heiligen Allianz“ gehörte formell auch England – und die überseeischen Phantasien Metternichs brachten das Londoner Kabinett in Harnisch. Der britische Premierminister Canning erinnerte sich bei dieser Gelegenheit des bis dahin in London sehr abweisend behandelten Gesandten der Vereinigten Staaten. Am 20. August 1823 vertraute er sich ihm an: Die Rückgewinnung Argentiniens, Chiles und Mexikos (das 1820 seine Unabhängigkeit erklärt hatte) durch Spanien oder die Übertragung irgendeines Teiles dieser Staaten an eine andere Macht sei weder im britischen noch im Interesse der USA gelegen, deshalb empfehle sich eine gemeinsame Erklärung in diesem Sinne. Cannings Vorschläge sahen überdies auch Formeln vor,

die es den USA erschweren sollten, sich auf Kuba festzusetzen – diese noch in spanischer Hand befindliche Kolonie hatte Jefferson dem britischen Gesandten schon 1805 als Interessengebiet der Vereinigten Staaten bezeichnet*.

Es gab damals noch keine telegraphischen Verbindungen und der nach vielen Jahren eisiger Ablehnung überraschend mit wichtigem Auftrag beehrte Gesandte Rush eilte mit dem nächsten Segelschiff über den Atlantik. In Washington war inzwischen Herr Monroe Präsident geworden, der über die enthüllten Pläne der „Heiligen Allianz" nicht weniger verblüfft, wie gegenüber dem britischen Vorschlag mißtrauisch war. Monroe beriet sich ein paar Wochen lang mit seinen Amtsvorgängern Jefferson und Madison und beschloß dann, eine eigene Erklärung zu verfassen, die schließlich am 3. Dezember 1823 vor dem Kongreß verlesen wurde. Als „Monroe-Doktrin" ist sie seither in die Geschichte eingegangen. Man zitiert sie meist unter der Formel „Amerika den Amerikanern", aber sie besteht in Wirklichkeit aus zwei einander ergänzenden Grundsätzen:

Erstens: Jegliche weitere Einmischung europäischer Mächte in amerikanische Angelegenheiten wird von den Vereinigten Staaten als feindlicher Akt betrachtet.

Zweitens: Die Vereinigten Staaten ihrerseits mischen sich nicht in die Politik der europäischen Mächte und in Konflikte, die nur diese etwas angehen. Sie lehnen es insbesondere ab, irgendwelche politische Vereinbarungen mit irgend einer europäischen Macht einzugehen.

Beide Punkte waren damals – genau genommen – eine recht hochmütige Erklärung im Munde des Präsidenten eines weit abgelegenen Klein-Staates (Einwohnerzahl im Jahre 1820: 7,8 Millionen Weiße). Für Metternich spielte die „Monroe-Doktrin" gar keine Rolle mehr – er hatte die phantastischen Pläne einer Südamerika-Expedition der „Heiligen Allianz" (wenn er sie je ernstlich erwogen haben sollte) schon auf Grund des britischen Widerstandes fallengelassen. Für den stolzen Premierminister Canning, der seine Anregung als Auftakt zu einer anglo-amerikanischen „Verständigung" erteilt hatte, bedeutete der zweite Punkt eine Abfuhr. Diese war freilich unschwer vorauszusehen gewesen, denn alle bis dahin entwickelten

* Wellborn a.a.O. Seite 509.

außenpolitischen Grundsätze der jungen USA hatten stets zu dem Bekenntnis geführt: „Wir wollen nicht in die europäischen Streitereien verwickelt werden."

Schon vor der Unabhängigkeits-Erklärung hatte Thomas Paine aufrufartig verkündet: „Es ist das wahre Interesse Amerikas, sich von den europäischen Spannungen freizumachen" und George Washington hatte diesen Leitsatz zwanzig Jahre später in seiner berühmten Abschieds-Botschaft vom 19. September 1796 geradezu zu einem politischen Testament* erhoben:

„Unsere große Verhaltensmaßregel gegenüber fremden Nationen ist – bei aller Ausweitung unserer Handelsbeziehungen –, so wenig wie möglich politische Verbindung zu ihnen zu haben. ... Europa hat eine Reihe von primären Interessen, die keine oder nur eine sehr entfernte Beziehung zu uns haben. Daher ist es häufig in Streitigkeiten verwickelt, deren Ursachen uns ganz fremd sind. Es wäre daher unklug von uns, uns durch künstliche Bindungen in die Wechselfälle seiner Politik oder in die Kombinationen seiner Freundschaften oder Feindschaften zu verwickeln."

Der im Jahre 1823 – angesichts des Mangels an Macht noch recht verfrüht – erhobene Anspruch der Vereinigten Staaten ist uns seither als eine Art Schutzmacht aller amerikanischen Länder anerkannt zu werden, zu einer Selbstverständlichkeit geworden; der zweite Teil der Monroe-Doktrin – man hat sie die „Absage des jungen Amerika an das alte Europa" genannt – wurde dagegen im 20. Jahrhundert so gründlich über Bord geworfen, daß er heute vergessen ist.

*

* Den entscheidenden Anlaß zur strikten Neutralitätserklärung bot der erste sog. „Koalitionskrieg", den die europäischen Mächte nach der Hinrichtung Ludwigs XVI. im Jahre 1793 an das revolutionäre Frankreich erklärten. Unter Berufung auf den Allianzvertrag aus dem Unabhängigkeitskrieg sandten die Franzosen einen Sondergesandten zum Präsidenten Washington und forderten von ihm eine Kriegserklärung an die Engländer. Der Präsident lehnte kühl mit dem Hinweis ab, der einstige Vertrag sei mit dem hingerichteten König geschlossen worden und damit hinfällig. Um die Enttäuschung voll zu machen, erließ er eine Proklamation, jeder US-Bürger habe in dem augenblicklichen Konflikt zwischen dem französischen Direktorium und König Georg III. „strikte und absolute Neutralität" zu wahren und weder in Wort noch in Tat Partei zu ergreifen.

Es muß hier noch ein ganz unpolitisches Kapitel gestreift werden, das freilich bald große Bedeutung für das „neue Amerika“ und für sein Selbstbewußtsein gewinnen sollte.

Bekanntlich begann das, was man gemeinhin die „industrielle Revolution“ nennt, einerseits mit dem erfolgreichen Versuch des Engländers James Watt, eine brauchbare Dampfmaschine zu konstruieren und andererseits mit der ebenfalls englischen Erfindung eines mechanischen Webstuhls. Während Napoleon durch seine „Kontinentalsperre“ die Engländer niederzuzwingen hoffte, hatte der britische Unternehmungsgeist die ersten modernen Fabriken entwickelt und zunächst „Kleidung für die Massen“ zu produzieren begonnen. Man war sich auf den britischen Inseln bald klar darüber, daß dieser technische Vorsprung bares Geld bedeutete. Weder nach Europa noch nach den Vereinigten Staaten durften Textilarbeiter auswandern, es war auch nicht erlaubt, Maschinen oder Zeichnungen von Maschinen dorthin mitzunehmen. In der Geschichte der USA ist deshalb ein junger englischer Facharbeiter namens Samuel Slater verzeichnet, der es nicht nur wagte, trotz Verbotes über den Atlantik auszuwandern, sondern der auch so geschickt war, dort aus dem Gedächtnis einen mechanischen Webstuhl nachzubauen.

Es ist freilich zu sagen, daß die nordamerikanische Industrie erst später ernstliche Bedeutung gewann; es dauerte bis in die 30er Jahre des 19. Jahrhundert, bis man begann, die gewaltigen Kohle- und Erzvorkommen in ihrem Wert zu erkennen und in einer Eisen-Industrie auszuwerten. Dann freilich zeigte sich sehr bald, daß dieses weite reiche Land mit seiner wachsenden Millionenzahl von begabten Siedlersöhnen und strebsamen Einwanderern mit kühnen Schritten ganz neuen Verhältnissen entgegenging.

Als wichtigste Triebkraft der technischen Vorwärtsentwicklung wirkte zunächst das beträchtliche Verkehrsbedürfnis, das durch das Vordringen der Siedler in den Westen ganz von selbst entstand. Es ist bezeichnend für die völlig freizügige, nur auf den einzelnen abgestellte Pionier-Atmosphäre der jungen „Staaten“, daß zunächst sogar der Straßenbau meist der privaten Initiative überlassen wurde. Das führte natürlich zu kläglichen Ergebnissen, denn durch Straßenzoll ließen sich im Zeitalter des Pferdefuhrwerks die riesigen Strecken von der Küste in das

Innere des Landes nicht erfolgreich entwickeln. Man hat deshalb früher als anderswo großzügige Kanalbauten geplant und Dampfschiff-Linien eingerichtet; schon 1807 verkehrte Robert Fultons „Clermont" fahrplanmäßig auf dem Hudson bei New York. Aber das wichtigere Verkehrsereignis wurde natürlich die Dampflokomotive und die Schienenbahn. Während die erste kontinental-europäische Eisenbahn ihre Jungfernfahrt zwischen Nürnberg und Fürth im Jahre 1835 durchschnaufte, war schon sieben Jahre vorher der erste Spatenstich zur „Baltimore-Ohio-Railroad" getan worden und man hatte in voller Erkenntnis der Bedeutung dieses Ereignisses den letzten überlebenden Unterzeichner der Unabhängigkeits-Erklärung zu dieser Feier herbeigeschafft.

Im Jahre 1833 — also immer noch zwei Jahre vor Nürnberg-Fürth – war bereits die etwa 200 Kilometer lange amerikanische Bahnstrecke von Charleston nach Hamburg (am Savannah-River) in Betrieb, die damals mit Abstand längste Eisenbahnstrecke der Welt!

Im Jahre 1840, als man bei uns glücklich und endlich zwischen Leipzig und Dresden, zwischen Berlin und Potsdam mit der Bahn fahren konnte, waren in Nordamerika bereits etwa 3000 Meilen, also über 4500 Kilometer in Betrieb, zehn Jahre später über 15000 Kilometer; und am 10. Mai 1869 konnte schon die berühmte goldene Schraube am „Promontory Point" in die Schwelle gedreht werden, die den ersten durchlaufenden Schienenstrang vom Pazifik zum Atlantik vollendete. Auch die heutigen schnellen Züge brauchen drei Tage und drei Nächte, um diese gewaltige Entfernung zu überwinden.

Das alles war nicht nur für die Verkehrserschließung des Landes von Bedeutung; der Eisenbahnbau zeigt ein Abbild des Aufschwungs aller technischen Zweige einer ganzen kontinentalen Industrie. Daß man in kühner wirtschaftlicher Entwicklung den „alten Kontinent" überrundete und bald sogar England hinter sich ließ – das hat den nicht unberechtigten Stolz begründet, mit dem jene Generationen von der „manifest destiny", der „amerikanischen Sendung" zu träumen begannen. „To know how" – zu wissen, „wie man es macht" wurde zu einer Art von Weltanschauung.

*

Auch wichtige amerikanische Erfindungsleistungen sind aus jener Zeit zu verzeichnen: so wurde der erste Schreibtelegraph von Morse schon 1837 zwischen zwei New Yorker Häusern ausprobiert und sieben Jahre später die erste Überland-Telegraphenlinie zwischen Washington und Baltimore eröffnet.

Von einer anderen damals bedeutsamen amerikanischen Erfindung berichtet das bereits mehrfach erwähnte große Werk von Professor Wellborn: „The Growth of American Nationality“, sie sei vom Volk „rascher als andere Erfindungen“ in ihrem Wert erkannt worden und habe eine „bedeutende Rolle bei der Eroberung der Prärie“ gespielt: Es handelt sich um den automatischen Revolver, mit dem Samuel Colt schon 1837 seinen Beitrag zum menschlichen Fortschritt geleistet hat. Dieser Revolver ist bis heute aus den Wildwest-Filmen nicht wegzudenken, wir erfahren auch aus dem erwähnten Werk (Seite 615), daß er schon zu Beginn des mexikanischen Krieges (1846) zur üblichen amerikanischen Heeresausrüstung gehörte.

*

Mit diesem Hinweis sind wir beim nächsten und erneut erstaunlichen Ländererwerb der USA angelangt:

Die spanische Herrschaft in Mexiko – sie bestand seit 1540 – hatte, wie erwähnt, den Zwangsverkauf von Florida nicht lange überlebt. Schon 1820 gab es in diesem Land einen Aufstand, nach dem Zwischenspiel eines Kaisers Augustin von Mexiko wurde eine Republik gegründet, die natürlich das Augenmerk der nördlich und östlich angrenzenden Vereinigten Staaten auf sich zog. Die Nachbarschafts-Beziehungen blieben eine ganze Weile normal, aber zu Beginn der 30er Jahre kam es zunächst zu Handelsgezänk und bald war es wieder soweit: diesmal verließ Mr. Samuel Houston – ein alter Freund des damaligen US-Präsidenten Jackson – seinen Gouverneursposten, um sich genau nach dem Florida-Rezept zunächst mit Grenzgebiets-Indianern in Streit einzulassen; alsbald erschien Mr. Houston in der mexikanischen Provinz Texas – freilich nicht als Heerführer, sondern als Politiker, der sich an die Spitze einer „Unabhängigkeitsbewegung“ stellte.

Der mexikanische Versuch, die Ordnung wieder herzustellen, scheiterte kläglich – in einer „Schlacht“, die nur eine Viertelstunde dauerte, blieb Houston Sieger und ließ sich anschließend als Präsident der unabhängigen Republik Texas ausrufen, die als „Ein-Stern-Republik“ von 1836–1844 ein halb selbstständiges Dasein führte. So lange nämlich dauerte in Washington der ziemlich heftige Streit darüber, ob Texas annektiert werden solle oder nicht. Es spielte hier bereits die Sklavereifrage eine Rolle – von ihr wird noch zu sprechen sein.

Wie üblich in solchen Diskussionen siegte auch hier der Wunsch nach sichtbarem Fortschritt. Nachdem im Wahlkampf um die Präsidentschaft 1844 der energische James Knox Polk seine Wahl mit der Parole der Texas-Annexion durchgesetzt hatte, spielte ihm sein Vorgänger den Streich, am letzten Tage vor der Amtsübergabe den Anschluß noch selbst zu vollziehen. Die „Ein-Stern-Republik“ war damit verschwunden und die Grenze der USA um ein Beträchtliches weitergerückt.

Für Polk, den die „Encyclopaedia Americana“ als den „am stärksten imperialistischen aller amerikanischen Führer“ bezeichnet, stand dann zunächst ein heftiger Streit mit den Engländern wegen der Kanada-Grenze im Vordergrund. Mit dem Schlagwort „Fifty four–forty or fight“ (54–40 oder Krieg) hatten Polks Anhänger die nördliche Ausdehnung des US-Staates Oregon bis zur Alaska-Grenze gefordert, während die Briten keineswegs gesonnen waren, diesen ganzen westlichen Teil Kanadas mit dem Hafen Vancouver aufzugeben. Schließlich kam es zum Kompromiß über jene damals fast noch menschenleeren Landstriche: die kanadische Grenze verläuft seitdem am 49. Breitengrad und biegt bei Vancouver sogar noch weiter südlich aus.

Kaum war diese Angelegenheit geregelt, als sich Präsident Polks Interessen eilig wieder auf Mexiko richteten; diese schwache Republik war nämlich damals trotz des Verlustes von Texas noch im Besitz weiter Landstriche an der pazifischen Küste – und Kalifornien war für Polk ein lockendes Ziel. In diesem weiten fruchtbaren Gebiet lebten damals neben 30000 Indianern nur etwa 5000 Weiße. Unter ihnen ließen sich als Vorboten dessen, was bevorstand, einige amerikanische Abenteurer nieder. Mehrere Jahre gingen in örtlichen Unruhen und Revolutionsversuchen dahin; schließlich zeigte

sich, daß die kalifornische Frage doch mit der mexikanischen Regierung unmittelbar ausgestritten werden mußte. Polk versuchte es zunächst mit Verhandlungen – sie erwiesen sich als schwierig, denn Mexiko unterhielt seit der Texas-Affäre keine diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Als Polk dennoch einen Gesandten hinschickte, der das übliche Kaufangebot mit sich führte, wurde er abgewiesen.

Daraufhin marschierte wieder einmal – wie schon fast gewohnt und in jenen weiten leeren Gebieten möglich – eine amerikanische Truppe ohne jegliche Erklärung in fremdes Land. Bei der Stadt Matamaros am Rio Grande stieß sie auf eine mexikanische Besatzung, deren Befehlshaber immerhin protestierte. In aller Ruhe wurden daraufhin zunächst Stellungen bezogen und Geschütze eingerichtet. Was geschehen mußte, geschah: nach zwei Wochen, am 25. April 1846, stießen Patrouillen aufeinander und es gab eine Knallerei, bei der 16 Nordamerikaner zu Tode kamen – wieviel Mexikaner dabei fielen, versuchte ich vergeblich festzustellen. Denn nur die toten Amerikaner haben eine historische Rolle gespielt: Präsident Polk – ein sehr frommer Mann, der nicht nur den Sonntag, sondern, obwohl kein Israelit, auch den Sabbath heiligte, unterbrach an einem solchen Feiertag seine religiösen Übungen, setzte sich eilends hin und forderte den Kongreß zur sofortigen Kriegserklärung an Mexiko auf, denn es sei „amerikanisches Blut auf amerikanischem Boden vergossen worden". Mit überwältigender Mehrheit nahm das Parlament die Kriegsbotschaft auf und genehmigte sofort die Aushebung von 50000 Mann, um die Mexikaner zu züchtigen. Freilich gab es mehrere kritische Stimmen, und ein Senator (wir hören noch von ihm: Abraham Lincoln) forderte ironisch, der Präsident möge doch auf der Landkarte den Punkt genau bezeichnen, an dem das amerikanische Blut vergossen worden war...

Geistvolle Ironie macht selten Geschichte, aber die 50000 Mann taten, was man von ihnen erwartete. Schließlich wurde sogar die Hauptstadt Mexiko City erobert und die mexikanische Armee völlig in die Flucht geschlagen, wobei eine vom amerikanischen General Grant kommandierte und in einem Kirchturm installierte Haubitze eine entscheidende Rolle spielte.

Im Jahre 1848 suchte und fand man schließlich eine Regierung, die den Frieden schloß: Mexiko mußte alle Besitzungen

nördlich des Rio Grande abtreten, sowohl „Neu-Mexiko“ wie Kalifornien runden seither den Besitzstand der Vereinigten Staaten ab. Polk hatte bereits die Annexion ganz Mexikos erwogen, aber schließlich kamen die Mexikaner doch mit einem blauen Auge davon.

In Washington freilich herrschte noch einige Verwirrung über die Frage, was mit den neuen Riesen-Provinzen eigentlich zu geschehen habe. Es gab Politiker, die meinten, man solle jedenfalls aus Kalifornien einen unabhängigen Staat machen, denn es sei doch viel zu weit entfernt, um mit den USA verbunden zu werden. Auch diese Bedenken verflüchtigten sich bald.

Am 24. Januar 1848 – neun Tage vor dem Friedensschluß, der Kalifornien endgültig von Mexiko trennte – stieß eine Gruppe von kalifornischen Arbeitern, die damit beschäftigt waren, für ein Sägewerk einen Graben am American River zu schaufeln, auf blinkendes Metall ...

Es dauerte nur noch wenige Jahre und die ganze Welt sprach vom kalifornischen Gold.

Eine solche etwas nüchterne Betrachtung der nordamerikanischen Raumeroberung entspricht nicht ganz der in den USA üblichen patriotischen Geschichtsdarstellung. Ich finde freilich, daß die vielerlei frommen Redensarten, mit denen die Ereignisse im Washingtoner Kapitol begleitet wurden, nicht entfernt so interessant sind wie die Tatsache, daß in der Weltgeschichte seit den Zeiten Alexanders des Großen und Dschingis Khans kein weiteres Beispiel einer so drastischen Ausdehnung eines Staatswesens in so kurzer Frist bekannt ist.

Das Abenteuer dieser triebhaften Vorwärtsbewegung vom Louisiana-Kauf zur Florida-Besetzung, zur Texas-Annexion und zum Mexiko-Krieg ist für europäische Augen besonders verwunderlich: In unseren engen Verhältnissen sind wir jahrhundertelange Völkerfeindschaft, jahrzehntelange mörderische Kriegszustände um Landstriche bescheidenen Ausmaßes gewöhnt; drüben wechselten Länder von fast kontinentaler Weite durch kaum beachtete Wildwest-Unternehmungen den Besitzer und die Grundlage eines neuen Weltreiches wurde gelegt, ohne daß die bisherigen Großmächte es auch nur ernstlich bemerkten.

Und weiter: Bei uns ereifern sich heute noch die Gelehrten über die Frage, ob die Ansprüche Friedrichs des Großen auf

Schlesien berechtigterweise erhoben wurden oder ob er als „Angreifer" zu gelten habe – drüben entdeckte man das Völkerrecht erst, als es der eigenen Ausbreitung nicht mehr in den Weg treten konnte.

*

Es bleibt das Vorrecht der Jugend, über Formeln hinwegzusehen und so ist man auch geneigt, ohne bösartige Ironie die Tatsache zu verzeichnen, daß zwar schon im Jahre 1776 die „Bill of Rights" würdevoll verkündete: „Alle Menschen sind von Natur frei und unabhängig", daß aber acht Jahrzehnte später im Washingtoner Kapitol immer noch über die Aufhebung der Sklaverei gestritten werden mußte. Nur der Staatsgerichtshof des Staates Massachusetts war schon 1783 auf den Gedanken gekommen, daß der staatliche Verfassungsgrundsatz der Menschenfreiheit auch die Abschaffung des Menschenhandels bedeute. Einige weitere der alten Dreizehn Kolonien folgten zögernd dieser Auslegung; immerhin galten bereits im Jahre 1799 Sklaverei und Sklavenhandel in New York und ab 1804 auch in New Jersey als unzulässig.

Ähnlich wie die Sklaverei im englischen Mutterland, wo sie kaum eine Rolle spielte, schon 1771 aufgehoben wurde, in den westindischen Kolonien, wo sie wirtschaftlich von Bedeutung war, jedoch bis 1838, in Britisch-Indien bis 1843 zulässig blieb, so entwickelten sich die Dinge auch in den Vereinigten Staaten: insoweit es sich nur um ein paar Fälle handelte, ließ sich die Einrichtung ohne allzu große Widerstände beseitigen. Schwierig wurde die Sache nur dort, wo die Negersklaven – nur um solche handelte es sich, Indianer eigneten sich nicht – für das Wirtschaftsleben von Bedeutung waren, und dies wiederum war im Süden, vor allem in den dortigen Baumwoll-Plantagen der Fall.

In Virginia waren die ersten Neger bereits 1620 – im gleichen Jahr, in dem weiter nördlich die „Pilgerväter" landeten – von holländischen Handelsschiffen eingeführt worden. Man muß wirklich von „Import" sprechen, denn fast zwei Jahrhunderte hindurch war ein nicht unbeträchtlicher Teil des Schiffsverkehrs über den Atlantik solcher Menschenfracht gewidmet.

Man muß wissen, daß alle heute in Nordamerika lebenden Neger – das sind über 15 Millionen – Abkömmlinge der Sklaven

sind, die zwischen 1620 und 1808 aus Afrika eingeführt wurden. In diesem Jahr 1808 war man immerhin soweit, durch Bundesgesetz die weitere Einfuhr zu verbieten – die bevorstehende Sperre hatte sich herumgesprochen und bewirkte noch eine besondere Hausse. Allein der Staat Carolina führte zwischen 1804 und 1808 50000 Sklaven ein*. Nach 1808 waren die Sklavenbesitzer darauf beschränkt, ihren Bestand durch geeignete Nachzucht zu behalten, was in beträchtlichem Umfang gelang; ohne jeglichen weiteren Nachschub vermehrte sich die Zahl der Neger in den USA zwischen 1810 und 1860 von 1,3 auf 4,4 Millionen – also mehr als das Dreifache. In den hundert Jahren seither hat eine nochmalige beträchtliche Vermehrung fast ausschließlich durch Nachwuchs stattgefunden.

*

Man möchte es angesichts der stolzen Sätze über die Menschenwürde in der amerikanischen Verfassung nicht für möglich halten, aber doch ist es so: die Zahl der Unions-Staaten, in denen die Sklavenhaltung geltendes Zivilrecht war, wurde in den ersten sechs Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nicht nur nicht vermindert, sondern im Zuge der Gebietsausdehnung noch beträchtlich vermehrt. Im Jahr 1838 beschloß der Kongreß schlicht und durchgreifend die grundsätzliche „Nichtberücksichtigung aller auf die Sklaverei bezüglichen Petitionen". Im Jahre 1850 wurde gar noch ein Bundesgesetz erlassen, das alle Bundesbeamten verpflichtete, entlaufene Sklaven wieder einzufangen und an ihre Herren auszuliefern.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß all das zu heftigen Auseinandersetzungen führte, und daß die Sklavereifrage schließlich in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts – als die Gebietsprobleme im wesentlichen gelöst waren – zum Hauptthema der nordamerikanischen Innenpolitik geworden ist. Man ist geneigt zu sagen: unvermeidlich. Längst hatten bereits die Engländer in all ihren Kolonien auf die Sklaverei verzichtet, außer in einigen südamerikanischen Staaten und im Sudan gab es in der ganzen Welt kein Zivilrechts-System mehr, das die Menschen- und die Tierhaltung nahezu gleichsetzte.

* Ploetz a.a.O. Seite 189.

In der Hauptstadt der Vereinigten Staaten war man freilich trotz aller Debatten entschlossen, die Sklavereifrage nicht in die höhere politische Sphäre vordringen zu lassen und die „Abolitionisten“, d.h. die Leute, die ganz einfach ein Sklaverei-Verbot forderten, wurden als wirklichkeitsfremde Phantasten belächelt und als „Extremisten“ abgelehnt. Noch 1857 erklärte der Oberste Gerichtshof in einer Entscheidung ausdrücklich, daß ein Neger kein Bürger im Sinne der Verfassung sein könne; diese „unglückliche Rasse“ setze sich aus „Lebewesen niedrigerer Ordnung“ zusammen und der Neger werde „gerechter- und gesetzlicherweise zu seinem Vorteil in Sklaverei gehalten“.

*

Die historische Legende will wahrhaben, daß der nordamerikanische Bürgerkrieg wegen der Sklavereifrage ausgefochten worden sei. Eine genauere Untersuchung bestätigt nur, daß dieses Problem nicht unwesentlich mitgewirkt hat – wirklich gekämpft aber wurde um ein anderes umstrittenes Thema: um das Recht von Einzelstaaten, aus dem Verbande der „Union“ wieder auszutreten. In der Sprache des 20. Jahrhunderts würden wir sagen: um das „Selbstbestimmungsrecht“.

Die ganze Affäre hatte nur insoferne mit der Sklaverei zu tun, als die damalige „Demokratische Partei“ sich im Streit um jene Bundesgerichtserklärung spaltete und dadurch den „Republikanern“ die Gelegenheit bot, bei der Präsidentschaftswahl 1860 erstmals einen Mann des Nordens – den Rechtsanwalt Lincoln aus Illinois – in das Weiße Haus zu bringen. Die unerfreuliche Aussicht, daß die bis dahin jahrzehntelang entschieden „südlich“ beherrschten Regierungsstellen in Washington von Nord-Republikanern überflutet würden, daß überhaupt eine „neue Richtung“ zum Zuge käme, genügte, um zunächst den Staat South-Carolina im Dezember 1860 – einige Wochen nach der Wahl Lincolns, aber noch vor seinem Amtsantritt – zu einer Selbständigkeits-Erklärung zu veranlassen, der sich im Januar und Februar 1861 sechs weitere Südstaaten anschlossen.

Es muß hier bemerkt werden, daß Lincoln nicht etwa ein radikaler Gegner der Sklaverei war: er wollte – was gewiß nicht verfrüht war – eine „Eindämmung“ der Sklaverei. Aber er

dachte nicht daran, etwa den Negern eine gleichberechtigte staatsbürgerliche Stellung in dem von ihnen nicht geschaffenen weißen Reich einzuräumen – wie es dann nach seinem Tode eine Zeitlang versucht wurde und heute wieder unternommen wird*.

In der ersten Phase des Bürgerkrieges stand das Sklavereiproblem so wenig im Mittelpunkt, daß nicht weniger als vier Staaten, in denen die Sklaverei noch geltendes Recht war, auf seiten der Nordstaaten kämpften!

Über die Frage, ob die „Sezessionisten" berechtigt seien, aus der Union auszutreten, waren die Ansichten so sehr geteilt oder, besser gesagt, so einhellig zugunsten der Abtrünnigen, daß man den Auszug der Süd-Senatoren aus dem Washingtoner Kapitol zunächst nur mit gefühlvollen Redewendungen kommentierte: „Gehet hin in Frieden."

Zwischen dem Dezember 1860 und dem April 1861 geschah auf seiten der Nordstaaten zunächst gar nichts – während der Süden sich eine neue Verfassung gab, die der bisherigen fast aufs Wort ähnlich war (und auch das Verbot der Sklaven-Einfuhr bestätigte) und außerdem einen Präsidenten wählte.

Es konnte freilich nicht ausbleiben, daß in Washington sowohl eine politische wie eine militärische Rechnung aufgemacht und durchgedacht wurde:

a) Falls es bei der Abtrennung bleiben würde: wäre dann nicht die erst kürzlich so kühn geschaffene Größe des neuen Staates empfindlich beeinträchtigt, ja müßte die Sonderexistenz der „Konföderierten Staaten von Amerika" nicht geradezu als eine Einladung an europäische Mächte wirken, sich nun doch dafür zu interessieren, was jenseits des Atlantik alles geschehen war?!

b) Die weiße Bevölkerung der elf Staaten der „Konföderation" betrug nur 5,5 Millionen Weiße, die der in der Union verbliebenen Staaten jedoch 23 Millionen.

c) Die industrielle Leistungsfähigkeit der Nordstaaten gegenüber den abgefallenen Südstaaten war mit 10 zu 1 einzuschätzen

* Wellborn zitiert (a.a.O. Seite 805) folgende Erklärung Lincolns: „Ich befürworte in keiner Weise die soziale und politische Gleichheit der weißen und schwarzen Rasse; ich befürworte auch nicht, aus Negern Wähler oder Geschworene zu machen, oder sie zu Ämtern zuzulassen oder Heiraten mit Weißen zu gestatten; ich füge hinzu, daß es physische Unterschiede zwischen der weißen und der schwarzen Rasse gibt, die nach meiner Ansicht ein Zusammenleben der beiden Rassen in sozialer und politischer Gleichheit ausschließen."

– aber die Baumwollausfuhren des Südens bildeten einen Faktor, auf den der Norden nicht gern verzichtete*.

Die Rechnung war klar genug – die „Vereinigten Staaten“ entschlossen sich endgültig für den Begriff der „Republik“, d.h. für die unteilbare Staatseinheit und um ihretwillen beantwortete Präsident Lincoln am 15. April 1861 ein Scharmützel bei Fort Sumter mit einer Kongreß-Botschaft, in der er 75 000 Mann Truppen anforderte und bewilligt erhielt.

Es folgte der erste harte und blutige Kampf auf amerikanischem Boden. Bis zum endgültigen Sieg der Nordstaaten im April 1865 zählten sie 280 000 Kriegstote, davon 180 000 allein durch Seuchen; die Verluste der Südstaaten wurden auf über 300 000 Menschenleben geschätzt.

Um diesen Punkt nicht unerwähnt zu lassen: nach anderthalbjähriger Dauer des Bürgerkrieges verkündete Präsident Lincoln am 22. September 1862 schließlich die Abschaffung der Sklaverei mit Wirkung vom 1. Januar 1863.

Diesem Dekret waren lange Überlegungen vorausgegangen. Eine Rolle spielte dabei die Tatsache, daß die Südstaaten in ihrem angesichts der Kräfteverhältnisse fast aussichtslosen Kampf beträchtliche Neger-Hilfe genossen und daß auch gegen die wachsende europäische Unterstützung für die Südstaatler ein wirksames Argument nötig war. Zunächst wollte man nur den Sklaven der „Rebellen“ die Freiheit versprechen, schließlich entschloß man sich nach langem Feilschen zu einer Proklamation, in der die Sklaverei-Aufhebung geographisch geregelt wurde**: Die Sklaverei wurde abgeschafft in allen Staaten und Bereichen, die von den Südstaaten beherrscht waren und

* Eine andere erwähnenswerte Deutung bietet Giselher Wirsing in seinem bekannten, freilich vielfach polemischen Buch „Der maßlose Kontinent“ (Jena 1942, Seite 36): „Der Süden lieferte seine Baumwolle vor allem nach England und bezog dafür im Austausch englische Industriewaren ... Für den Norden war der Krieg vor allem ein Krieg um den inneramerikanischen Markt und gegen den englischen Kaufmann.“

** Präsident Truman berichtet darüber in seinen Memoiren (Deutsche Ausgabe Bern 1955, Band I Seite 317) eine Anekdote, die jedenfalls die Stellung eines amerikanischen Präsidenten interessant beleuchtet: „Bei der Debatte über die Proklamation zur Aufhebung der Sklaverei sprachen sich seine (Lincolns) sämtlichen Kabinettsmitglieder dagegen aus. Er ließ darüber abstimmen und alle stimmten ‚nein‘. Lincoln meinte dazu, das sei schön und gut, aber der Präsident stimme ‚ja‘, und deshalb werde die Proklamation erlassen.“

sie wurde beibehalten in den Gebieten, in denen die Nordstaaten die Kontrolle hatten, insoweit sie dort nicht schon vorher abgeschafft worden war. Mit anderen Worten: „Die Proklamation befreite nicht einen einzigen Sklaven" – dieses boshafte Urteil stammt nicht von mir, sondern es findet sich in dem bereits mehrfach zitierten, 1951 erschienenen Werk des Professors Wellborn von der University of Maryland (a.a.O. Seite 888).

Dennoch: Das Ergebnis des Krieges war nicht nur die feststehende Tatsache, daß die USA eine Republik sind, der ein Staat sich zwar anschließen, aus der er aber nicht wieder austreten kann* – sondern auch die zwar späte aber doch endgültige Abschaffung der Sklavenhaltung in diesem Teil der Welt.

*

Es braucht nicht unterstrichen zu werden, daß der Preis, den die Amerikaner in ihrem bitteren Bürgerkrieg zahlten, hoch gewesen ist.

Aber sie hatten ihr ruheloses „Vorwärts" nun gesichert.

* „Der lange währende Streit über den Charakter der Union war endlich beigelegt worden, und zwar hatte dabei die nationalistische Auffassung gesiegt" – so urteilen die heutigen amerikanischen Historiker (Morrison – Commager: Das Werden der amerikanischen Republik, Deutsche Ausgabe, Stuttgart 1949, Band II Seite 2).

Notwendige Zwischenbemerkung über den „Schmelztiegel“

An diesem Punkt der Erörterung ist eine Einschaltung nötig: Bekanntlich vollzieht sich die Weltgeschichte – sehr im Gegensatz zu den Theorien des Karl Marx und seiner Nachbeter – durchaus nicht automatisch und mechanisch. In Wirklichkeit ist sie Spiegelbild von Lebensvorgängen und kann deshalb nur von der Natur her begriffen werden. Der deutsche Historiker Treitschke hat die „Rassenfrage“ als den „Schlüssel der Weltgeschichte“ bezeichnet, und – so viel Verworrenes und Verwirrendes inzwischen darüber gesagt wurde und wird – Tatsache bleibt: Die *Art* der wirkenden Menschen, ihr Instinkt, ihre Willensbildung, ihre Leidenschaft gibt den Entwicklungen die Richtung und es geschähe höchst Unterschiedliches, wenn etwa in gleicher Umwelt ein Brite oder ein in gleicher Weise erzogener Inder oder Neger oder Indianer mit gleichen Mitteln sich vor die gleiche Aufgabe gestellt sähe.

In dem bereits erwähnten Naturhistorischen Museum von Chicago – der großzügigen Stiftung des Kaufhaus-Magnaten Marshall Field – ist eine Halle den „Rassen der Menschheit“ gewidmet. Im Mittelpunkt stehen drei lebensgroße Statuen: ein weißer Mann, ein gelber Mann und ein schwarzer Mann. Eine Inschrift belehrt den nachdenklichen Besucher: „Diese drei Figuren repräsentieren die drei Hauptrassen und symbolisieren die Einheit der Menschheit.“ Dieser Text ist offenkundig unlogisch; um eine *Einheit* darzustellen, müßte *ein* Symbol genügen. Da dies aber nicht der Fall ist, wäre zumindest von einer *Dreiheit* zu sprechen!

Andererseits erteilen diese sehr sorgfältig gestalteten Figuren eine wichtige Lehre: Der typische Asiate ist ebenso wie der typische Neger eine volle, in sich ruhende Gestalt und es fällt angesichts dieses überzeugenden Eindrucks schwer, die gewohnte Überheblichkeit des weißen Mannes begründet zu finden.

Es ist richtig, daß die weiße Rasse – und nur sie – jene ausgreifende Strebsamkeit entwickelt hat, die der historischen Welt

das Gesicht gab und gibt. Aber es bleibt doch höchst zweifelhaft, ob das alles einen sittlicheren Wert begründet, als er sich im geschichtslosen Dasein aller anderen Rassen spiegelt. Mit dem *Wert*vergleich kommen wir in der Tat nicht zu befriedigenden Einsichten und wir tun gut daran, uns nicht mehr als moralisch belehrender Vormund anderer Rassen zu fühlen.

Solche Einsicht schlägt aber in entgegengesetzte Extreme um, wenn wir – wie es heute oft, und auch auf dieser Inschrift im Chicagoer Museum geschieht – nun auf einmal alle offenkundigen Tatsachen außer Betracht setzen und von einer „Einheit“ schwärmen, die die Natur nicht geschaffen hat und die sie nicht einmal zuläßt – über das Schicksal aller groben Mischungen sind wir längst belehrt.

*

Mit dieser einleitenden Bemerkung befinden wir uns bereits mitten im Thema.

Bis in die Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg war die rassische Zusammensetzung der neuentstandenen amerikanischen Nation ganz eindeutig und unproblematisch; Franz Otto Wrede hat in einer Arbeit über den „Schmelztiegel Amerika“ (Berlin 1941) auf Grund amerikanischer Statistiken die Herkunft der weißen Bevölkerung der USA für das Jahr 1783 mit folgenden Prozentzahlen bezeichnet:

89,1 vom Hundert englischer bzw. schottischer Abstammung.
5,6 vom Hundert deutscher Abstammung.
2,5 vom Hundert holländischer Abstammung.
1,9 vom Hundert irischer Abstammung.
0,6 vom Hundert französischer Abstammung.
0,3 vom Hundert anderer Abstammung.

In großen Zügen glaubt Wrede feststellen zu können, daß sich das Gesamtverhältnis von fast 9 : 1 zugunsten der britischen Herkunft bis zum Jahre 1880 erhalten hat. Allerdings spielte im 19. Jahrhundert die deutsche Einwanderung (Höhepunkt im Jahre 1852 mit 215000 Einwanderern) ebenso wie die irische Einwanderung (1851: 221000) und auch der Zustrom aus Skandinavien eine beträchtliche Rolle.

Da in allen diesen Pionier-Jahrzehnten die Einwanderer der Konfession nach – mit Ausnahme der Iren – fast durchwegs Protestanten waren, konnte jedenfalls bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts der Satz George Washingtons weiter gelten, der in seiner Abschiedsbotschaft von 1797 sich nicht nur außenpolitisch geäußert, sondern auch gesagt hatte:

„Mit geringen Schattierungen habt ihr dieselbe Religion, Sitten und Gebräuche, politischen Anschauungen."

Was die letzteren betraf, so hat ein Nachfolger Washingtons, der spätere Präsident Wilson, geradezu kategorisch bemerkt: „Die wirkliche Grundlage moderner Regierungsformen ist arisch."*

Angesichts der eindeutigen Vorherrschaft angelsächsischen Volkstums**, seiner nahen Verwandtschaft zu den sonstigen Einwanderergruppen und der völligen Ausschaltung der indianischen Ureinwohner gab es damals kein Problem der „Amerikanisierung". Die Deutschen, die zeitweise den stärksten Neusiedleranteil stellten, waren viel zu idealistisch und unpolitisch eingestellt, wie das ihre Art ist, um jemals eine politische Gruppe zu bilden. In den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war einmal an die Bildung eines „deutschen Staates" im mittleren Westen gedacht worden – es hätte nur einiger entschiedener Willensbildung bedurft, um das zu bewirken; aber diese Bestrebungen verliefen rasch im Sande. Die Deutschen wurden ebenso wie die Schweden fast widerstandslos aufgesogen.

In manchen Gegenden – mir ist dieser Eindruck aus North-Dakota in Erinnerung – fühlt sich der deutsche Besucher fast in die Heimat versetzt, wenn er auf jedem Firmenschild, jedem Lastkraftwagen einen deutschen Namen liest; vergeblich aber horcht man auf ein deutsches Wort in den Straßen.

Damals wie heute war und ist der deutsche Einwanderer – nach dem englischen, der natürlich überall offene Türen findet –

---

* Woodrow Wilson: Der Staat, Elemente historischer und praktischer Politik, Deutsche Ausgabe, Berlin 1913, Seite 2.

** In den Briefen des amerikanischen Botschafters Walter H. Page an Präsident Wilson (Deutsche Ausgabe, Berlin 1926, Seite 178) wird für 1910 die Zahl der Amerikaner englischer Abstammung mit 55 Millionen beziffert und dazu bemerkt: „Es ist eine fast verblüffende Tatsache, daß die in Amerika geborene Bevölkerung die größte Gemeinschaft von Angelsachsen in der Welt darstellt."

vom nordamerikanischen Staatswesen her gesehen der geeignetste Ankömmling, weil er sich in angeborener Strebsamkeit rasch an die gegebenen Verhältnisse anpaßt und sein Nationalgefühl äußerstenfalls eine Generation hindurch in Gesang- und Heimatvereinen sentimental bewahrt, es nie fordernd geltend macht – der Deutsche „assimiliert" sich mühelos. Seine Verschmelzung mit dem Angelsachsentum vollzieht sich überdies ohne erkennbare Nachteile – es mag sogar sein, daß der Typus des „Onkel Sam" durch den lebhaften deutschen Blutzufluß zur englisch-schottischen Gemächlichkeit an Energie gewonnen hat.

Der wohl einzige echte Dichter, den Amerika – neben einer Fülle von geschäftstüchtigen Schriftstellern – bisher hervorgebracht hat, Walt Whitman (1819–1892), hat in jenen Jahrzehnten diese „Pionier-Rasse" sogar besungen und ihr mit der Frage: „Sind die alten Rassen zum Stillstand gekommen?" poetisch eine große Zukunft prophezeit: „Ich will die großartigste Rasse schaffen, die die Sonne je beschienen hat."*

*

Ohne eine genauere Erklärung für die aus den Statistiken entnommene Feststellung zu geben, berichtet Wrede (a.a.O. Seite 93f.) von einer erstaunlichen Veränderung in der Einwanderung Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts:

„Es beginnt eine auffallende Wandlung in der Zusammensetzung. Bis 1882 sind die britischen Inseln, Deutschland und Skandinavien ausschließlich an der Einwanderung beteiligt – von da an aber in schnell absinkendem Maße. Bereits im Jahre 1896 findet die Wende statt, von da an überwiegen die neuen Heimatländer der Einwanderer; im Jahre 1913, also im Jahre eines Höhepunktes der Gesamteinwanderung, beteiligen sich die Länder, die die Besiedlung Amerikas durchführten nur noch mit 13,6 vom Hundert an der Gesamteinwanderung."

Die neuen Elemente kamen aus Osteuropa, vom Balkan und aus den südeuropäischen Ländern. In Kalifornien hatte sich auch eine chinesische Einwanderung – durch die Eisenbahn-

* Aus Walt Whitman: Leaves of Grass, zitiert nach Weinberg: Manifest Destiny, Baltimore 1935.

Baustellen angezogen – bemerkbar gemacht; sie wurde jedoch vom Kongreß schon 1882 verboten. Die japanische Einwanderung dagegen blieb bis 1907 ungehindert und wurde erst von diesem Jahr an unterbunden.

Auch Ploetz (a.a.O. Seite 257) unterscheidet in seinen Statistiken sehr sorgfältig zwischen der sogenannten „alten Einwanderung“ aus Großbritannien, Irland, Skandinavien, Deutschland, Holland, Belgien, Schweiz und Frankreich einerseits und der „neuen Einwanderung“ aus Südeuropa, Österreich-Ungarn, Südost- und Osteuropa. Die Zahlen bestätigen die Feststellung Wredes: Während aus den Ländern der „neuen Einwanderung“ zwischen 1871 und 1880 nur 201000 Einwanderer kamen, waren es im nächsten Jahrzent bereits 958000, zwischen 1891 und 1900 2,5 Millionen und von 1901 bis 1910 sogar 6,1 Millionen! Im gleichen Zeitraum ging die „alte Einwanderung“ rapide zurück: von immerhin noch 3,7 Millionen in den Jahren 1881 bis 1890 auf 1,6 Millionen im darauffolgenden Jahrzehnt. In den dreißig Jahren von 1891 bis 1920 erhielten die Vereinigten Staaten insgesamt noch 4,5 Millionen Zuwanderer aus England, Skandinavien, Deutschland usw., dagegen 11,5 Millionen aus Italien, dem Balkan und aus Osteuropa!

Als die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg sich wieder ähnlich fortzusetzen begann, griff „unter starker Anteilnahme der öffentlichen Meinung“ und um den „englischen Charakter“ der Vereinigten Staaten zu erhalten – wie Wrede schreibt (a.a.O. Seite 111) – der Kongreß ein. Es wurde ein Einwanderungs-Gesetz erlassen, das bestimmte, daß aus jedem europäischen Land 3 vom Hundert derjenigen Zahl von Einwanderern zugelassen würde, die dieses Land im Jahre 1910 gestellt hatte. Wrede meint dazu:

> „Das war längst nicht ausreichend, um den gewünschten Erfolg zu erzielen. Bereits 1882 hatte ja die Wendung eingesetzt.“

*

Hatte die ursprüngliche britisch-skandinavisch-deutsche Mischung keinerlei staatspolitisches Problem mit sich gebracht, im Gegenteil recht hartnäckige Generationen geschaffen, so

fing schon mit der Italiener-Einwanderung (im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts: 651000, im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts: über 2 Millionen) die Einfügung der Zuwanderer in den Staatsorganismus an, eine ernste Aufgabe zu werden. Die Italiener sind nämlich sehr heimatliebende Leute und sie haben – bis heute – die Tendenz, sich zwar in den Vereinigten Staaten Dollars zu verdienen, ihren Lebensabend aber wieder zu Hause zu verbringen. Sie sind nur schwer dazu zu bringen, sich als „Amerikaner" zu fühlen. Auch manche slawische Zuwanderer-Gruppen begannen, sich zu organisieren – zunächst nur, um in dem harten Lebenskampf, der sie drüben erwartete, nicht unterzugehen, später aber auch mit politischen Akzenten.

Eine Sonderstellung nahmen bald auch die jüdischen Einwanderer ein, die ab Ende des Jahrhunderts in einer gutorganisierten Wanderbewegung aus Rußland vor allem nach New York strebten. Die russischen Judenpogrome und antijüdischen Ausnahmegesetze der 80er Jahre begründeten ein begreifliches jüdisches Emigrationsbedürfnis; der führende Kopf der damals entstehenden zionistischen Bewegung, der Wiener Journalist Dr. Theodor Herzl, hoffte den Auswandererstrom für die Bildung eines Judenstaates nützen zu können*, während er dann –

* In seiner Schrift „Der Judenstaat, Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage" (Wien 1896) fordert Herzl die Staatsgründung vor allem, weil er das Aufgehen des jüdischen Volkes in anderen Völkern, die „Assimilierung" verhindert wissen will: „Unsere Volkspersönlichkeit ist geschichtlich zu berühmt und trotz aller Erniedrigungen zu hoch, als daß ihr Untergang zu wünschen wäre ... Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu, wie das in der Geschichte immer so war. In der Bedrängnis stehen wir zusammen und da entdecken wir plötzlich unsere Kraft" (a. a. O. Seite 26). Als zweites, nicht minder wichtiges Argument für die Notwendigkeit, das jüdische Volk aus der Zerstreuung in eigenstaatliche Form zusammenzuführen, nennt Herzl den Antisemitismus, von dem er glaubt, daß er „weiter wachsen muß" solange „die Ursachen weiterbestehen und nicht behoben werden können". „Die causa remota ist der im Mittelalter eingetretene Verlust unserer Assimilierbarkeit, die causa proxima unsere Überproduktion an mittleren Intelligenzen, die keinen Abfluß nach unten haben und keinen Aufstieg nach oben – nämlich keinen gesunden Abfluß und keinen gesunden Aufstieg. Wir werden nach unten hin zu Umstürzlern proletarisiert, bilden die Unteroffiziere aller revolutionären Parteien und gleichzeitig wächst nach oben unsere furchtbare Geldmacht" (a. a. O. Seite 25). Herzl, der – wie diese Bemerkungen zeigen – von sehr hoher Warte aus urteilte, wünschte sich eine bäuerliche Regeneration des Judentums und proklamierte als Ziel des Zionismus „die völkerrechtlich gesicherte Souveränität auf einem für unsere gerechten Bedürfnisse ausreichenden

da zu Herzls Lebzeiten eine Verwirklichung seiner Pläne aussichtslos erschien – nach den Vereinigten Staaten gelenkt werden mußte.

Der Jahresabschnitt 1905/06 brachte mit 125000 jüdischen Einwanderern einen Höhepunkt dieser Wanderungsbewegung. Dem fühlbar werdenden Widerstand trat wirksam Israel Zangwill – ein international anerkannter jüdischer Schriftsteller*, Freund Herzls und Mitorganisator der Auswanderung aus Rußland – mit einem erfolgreichen Theaterstück entgegen, das unter dem Titel „The melting pot" (Der Schmelztiegel) ein bis heute vielzitiertes Schlagwort schuf. Das Schauspiel propagierte die weiter ungehinderte Einwanderung jeglicher Volksgruppen nach USA.

„The melting pot" war dem Präsidenten Theodore Roosevelt gewidmet (der die Widmung ausdrücklich annahm) und wurde am 5. Oktober 1908 im Columbia Theater in Washington uraufgeführt. Das Stück übte tiefgreifende Wirkung aus:

> „Das amerikanische Volk hatte begonnen über die Auswirkung der erstaunlichen Injektion fremder Elemente auf seine eigene Lebenskraft nachzudenken" (so schildert der amerikanische Soziologe Henry Pratt Fairchild in seinem Buch „The melting pot mistake", Boston 1926, Seite 10, die Lage zu Anfang des Jahrhunderts). „Könnten wir dem stand-

---

Landstrich" – also nicht eine neuerliche Umsiedlung in einen fremden Staat, wie sie von Rußland nach USA geschah, sondern Gründung eines Staates Israel, wie sie schließlich 1948 erfolgt ist. Herzl hatte seinerzeit – er starb bereits 1906 – zu internationalen Durchsetzung seiner Ziele an ein „deutsches Protektorat über die zionistische Bewegung" gedacht (wie Jacob de Haas in seiner zweibändigen großen Herzl-Biographie, New York 1927, mitteilt). Man darf es als tragisch bezeichnen, daß in den Jahren nach 1933, als Herzls biologisch-politischen Grundgedanken deutsche Staatsauffassung wurden, auf jüdischer Seite keine Persönlichkeit solchen Formates Hitler gegenübertrat, und daß andererseits auf deutscher Seite die zionistische Bewegung nicht richtig gewürdigt wurde. In meiner Schrift „Das Dritte Reich – Eine Richtigstellung in Umrissen" (Seite 21) habe ich bereits davon gesprochen: „Hier der deutsche Politiker, der die Juden aus dem öffentlichen Leben entfernen wollte – dort die ‚Zionisten', die einen eigenen jüdischen Staat erstrebten: konnten diese Zielsetzungen sich nicht in einer für beide Teile annehmbaren Lösung, in einer vernünftigen Entwicklung treffen?"

* Zangwill wurde besonders durch seine Ghetto-Romane bekannt, die in den 20er Jahren – von Hanns Heinz Ewers übersetzt – auch in deutscher Sprache erschienen sind („Kinder des Ghetto", „Tragödien des Ghetto", „Der König der Schnorrer" u.a.). Außerdem erwähnenswert ist Zangwills in Buchform (Berlin 1922) erschienener Vortrag „Auserwählte Völker – das altjüdische Ideal im Gegensatz zum germanischen".

halten, und wenn ja, wie lange? Wurden nicht die Grundlagen unserer gehegten Einrichtungen bereits teilweise unterminiert durch alle diese fremden Ideen, Anlagen und Gewohnheiten? Welche Art von Volk mußten wir rein physisch werden? War die amerikanische Nation als solche in Gefahr? Die Einwanderung wurde ein großes Problem, ein Urteil darüber war nötig. Da kam das Symbol, wie ein Wunder des Himmels. Amerika ist ein Schmelztiegel ..."

Über den großen Erfolg seines Lehrstückes äußerte sich Zangwill selbst rückblickend*, es sei „von den Amerikanern allgemein als eine Offenbarung des Amerikanismus anerkannt" worden, „obwohl es nur einen gebürtigen amerikanischen Charakter zeigt, und dies ist ein schlechter. Es wurde seit seiner Uraufführung landauf und landab überall in den Staaten gespielt, auch in Universitäten und Frauenkollegs, zitiert von Predigern und Journalisten, Politikern und Präsidentschaftskandidaten ..."

Die Wirkung war so beträchtlich, daß Zangwill sich genötigt sah, Mißverständnisse zu berichtigen, wie sie insbesondere auch in jüdischen Kreisen aufgetreten waren. Es sei, wie Zangwill vermerkt (a.a.O. Seite 208) behauptet worden, er wolle auch das jüdische Problem „durch Auflösung lösen". Der Autor verwahrt sich entschieden gegen eine solche Unterstellung.

Der Prozeß der amerikanischen „Amalgamierung", wie er ihn verstanden wissen will, sei *nicht* „Assimilierung" oder „einfache Kapitulation vor dem vorherrschenden Typ, wie es gemeinhin angenommen wird". Er vertritt die Ansicht, der Jude könne „amerikanisiert" und der Amerikaner „judaisiert" werden „ohne jegliche gegenseitige Heiratsverbindung" (without any gamic interaction, a.a.O. Seite 207).

In dieser Diskussion spiegelt sich das Problem ganz scharf: natürlich konnte und kann der „Schmelztiegel" nur insoweit ein *neues*, eben das amerikanische Volk schaffen, als eine *tatsächliche*, d.h. blutsmäßige Vermischung stattfindet. Die absolute Bereitschaft zur Aufgabe des bisherigen Volkstums in spätestens der zweiten Generation war stets die unabdingbare Forderung gewesen, die Amerika bis dahin gestellt hatte – das

* Vgl. die spätere Textausgabe von „The melting pot" mit Anhang, London 1914, Seite 215ff.

Opfer, das *jede* Einwanderergruppe bringen *mußte*. Andererseits war es begreiflich, daß die aus Rußland nach Amerika übersiedelten Juden nicht beabsichtigten – nachdem sie einer feindlichen Umwelt entronnen waren, in der sie ihre Art erhalten hatten – nun in der besseren Welt, in die sie geflüchtet waren, als Volk unterzugehen. Die Toleranz, die ihnen im Lande der „free opportunity", der „freien Gelegenheit" als Selbstverständlichkeit entgegengebracht wurde, schützte sie vor einer Zwangslösung.

Die gestellte Frage ist bis heute offen geblieben; das Phänomen, das Theodor Herzl mit sicherem Blick als „Verlust unserer Assimilierbarkeit" ansprach, hat sich hinsichtlich der amerikanischen Juden erneut interessant bestätigt. Noch zwei Jahrzehnte nach seiner ersten Kritik an der „Schmelztiegel"-These kommt Professor Henry Pratt Fairchild in einem Buch über „Race and Nationality as factors of american life" (New York 1947, Seite 182f.) zu dem Ergebnis, daß die jüdische Gruppe sich immer noch nicht assimiliert hat und es auch nicht zu tun beabsichtigt. Er ist der Ansicht, daß das jüdische Problem, das in den Vereinigten Staaten wie anderswo ein „Nationalitätsproblem" sei, ohne Schwierigkeit gelöst werden könne, es sei jedoch Voraussetzung, daß „die jüdische Gruppe als Ganzes wirklich assimiliert zu werden wünscht und daß sie willens und fähig ist, ihren kulturellen Zusammenhalt auf den Bereich einer einfachen Religion zu beschränken".

Schließlich brachten die gleichen Jahrzehnte, in denen der Neubürger-Zustrom von außen das angelsächsisch-germanische Element, wenn auch nicht gefährdete, so doch vor manche Fragezeichen stellte, auch noch die aus dem Sklavenstand befreiten Neger ins innenpolitische Kräftespiel.

Professor Fairchild vergleicht das hier gegebene Problem mit dem der jüdischen Einwanderer: während die Barriere im letzteren Fall nur kultureller Natur sei, bilde die Negerfrage ein „rassisches Problem" (a.a.O. Seite 182). Die Mischung erachtet er hier als unerwünscht; die Rassen sind zu ungleichartig, das Ergebnis wäre „mongrolisation" – Bastardisierung. In der Tat hat sich bisher der nordamerikanische Volksinstinkt gegen eine Weiß-Schwarz-Mischung auch dort gewehrt, wo keinerlei Schranken zwischen den beiden Rassen bestehen; die

Neger selbst fühlen, daß der Staat, in dem sie leben, nicht *ihr* Nationalstaat sein kann und sie bezeichnen sich selbst – sogar in ihren Zeitungen – als „Afro-Amerikaner". Ihr Anteil an der Gesamteinwohnerzahl der Vereinigten Staaten ist mit 10 vom Hundert seit Jahrzehnten fast unverändert geblieben. Der Streubereich der Negerbevölkerung hat sich freilich ausgedehnt; die Arbeitskraftbedürfnisse der beiden Weltkriege haben wie ein Sog gewirkt und in allen Industriestädten bis nach Chicago große Negerviertel entstehen lassen. In der Bundeshauptstadt Washington ist der Negeranteil geradezu ein Problem geworden: hier gehören nicht weniger als 60 vom Hundert der Einwohner der schwarzen Rasse an!

Gewiß können die 15 Millionen Neger auch dann das normale politische Leben der Vereinigten Staaten nicht ernstlich beeinflussen, wenn sie einmal unterschiedslos zur Stimmabgabe zugelassen sind (vgl. Seite 63), aber als eine durch mächtige Organisationen bereits heute aktivierte rassische Minderheit spielen sie in den großen Städten des Landes die Rolle einer ebenso untergründigen wie unberechenbaren Macht in der Hand einiger weniger, oft sogar weißhäutiger Führer*.

*

Das Schlagwort vom „Schmelztiegel" ist inzwischen schon ein halbes Jahrhundert alt und es ist – ohne Erinnerung an seinen Ursprung – oft wiederholt worden. Die Hoffnung, die sich damit verbindet, hat sich nicht erfüllen können: Was zusammenwachsen *wollte* und *konnte*, das ist in der Tat weiterhin zusammengewachsen; eine genauere Untersuchung würde freilich ergeben, daß sich der Prozeß der *rassischen* Amerikanisierung im wesentlichen immer noch und immer wieder auf die gleichen Gruppen beschränkt, die einst das große Land erobert und besiedelt haben.

Nur ein Blinder kann übersehen, daß um diesen Kern der aus verwandten Blutsströmen zusammengewachsenen amerikani-

* An der Spitze der wichtigsten Negerorganisation, der „National Association for the advancement of colored people (NAACP)" steht z.B. ein Mr. Arthur B. Spingarn. Diese Organisation tritt in der Öffentlichkeit fast täglich mit Kritiken und Forderungen in Negerangelegenheiten hervor und findet großes Echo in der Presse.

schen Staatsnation eine immer breitere Schicht anders gearteter und empfindender Völkergruppen sich gebildet hat. Die ihr angehören, haben entweder gar nicht die Absicht, ihre Nationalität aufzugeben, oder sie können aus tiefgreifenden biologischen Gründen nie Amerikaner in des Wortes unmittelbarer Bedeutung werden.

Ob all' das genau im Jahre 1882 begann und aus welchen Gründen es geschah – das mögen die Historiker noch sorgfältig untersuchen. Für unser heutiges Urteil ist vor allem von Bedeutung, daß die USA sich trotz aller Schmelztiegel-Parolen und -Bemühungen auf dem Wege befinden, ein „Vielvölkerstaat“ zu werden – und daß man sich sowohl im Weißen Haus wie im Kapitol bisher fast leidenschaftlich weigert, diese Entwicklung in ihrer ernsten Bedeutung zur Kenntnis zu nehmen.

Rassenunterschiede und -gegensätze gehören nicht dem Reich der bösen Träume, sondern der Welt der nüchternen Tatsachen an, und Tatsachen wirken auch dann, wenn man vor ihnen die Augen verschließt. Je länger das dauert, um so bitterer ist meist das Erwachen.

Wie und wann immer das der Fall sein wird: Walt Whitmans Rassenpoesie wurde von einer verwirrenden Wirklichkeit abgelöst – ein wichtiger Bereich von „Ahnungslosigkeit“ wird dem kritischen Blick sichtbar.

Großstaat ohne Feinde

Zurück zum Jahr 1865: Präsident Lincoln, der zunächst nur zögernd, dann aber durchgreifend die Abschaffung der Sklaverei zum Kriegsziel proklamiert und nicht zuletzt dadurch die europäischen Mächte von einer Unterstützung der Südstaaten im Bürgerkrieg abgehalten hatte, war sich klar darüber, daß nach der Niederkämpfung des Gegners eine neue Aufgabe an die Regierung herantrat: nun mußten die Abtrünnigen wieder gewonnen werden und der durch die Kriegführung schwer verwüstete und ruinierte Süden neu zum Leben erweckt werden.

Der Bürgerkrieg – die erste kriegerische Auseinandersetzung moderner Art – war reich an weiträumigen Zerstörungsvorgängen gewesen. Zahlreiche Städte waren niedergebrannt, ganze Landstriche verwüstet worden „Reconstruction" – „Wiederaufbau" – war ein zwingendes Programm.

Es fehlte nicht an Stimmen, die nach Rache riefen; aber Lincoln setzte ihnen ein verständiges Programm entgegen. Der Aufstand müsse vergessen, jeder Südstaat mit vollen Kräften wieder in die Union aufgenommen werden. Um die Verhältnisse zu klären, sollten die Bürger des Südens verpflichtet sein, einen Treueid auf die Vereinigten Staaten zu leisten; sobald jeder zehnte Bürger den Eid geleistet habe, seien die Einzelstaaten in ihrer früheren Gestalt wieder mit allen Rechten und Pflichten in die Union aufzunehmen. Allen, die den Eid leisteten, sei ihr inzwischen beschlagnahmtes Eigentum zurückzuerstatten; selbstverständlich war auch eine allgemeine Amnestie als erster Schritt vorgesehen.

„Wenn wir wirklich Frieden und Eintracht haben wollen, müssen wir vom Vergelten absehen." Am Nachmittag des 11. April 1865 hatte Lincoln diesen Satz in einer Kabinettsitzung ausgesprochen – am Abend war er ein toter Mann. Bei einem Theaterbesuch wurde er von einem halbverrückten Schauspieler niedergeschossen. Die Bewachung des Präsidenten war so mangelhaft und die entstehende Verwirrung so groß, daß der Mörder zunächst entweichen konnte – erst nach Tagen stöberte man ihn auf, er beging Selbstmord; zwei Komplizen und eine

Frau, die die beiden beherbergt hatte, wurden gehängt; wichtiger – für Jahrzehnte! – aber war, daß mit Lincoln die Stimme der Vernunft und des Anstands gegenüber den Besiegten verstummte.

Es folgten dunkle Jahre in Nordamerika. Gleich nach Lincolns Tod verkündete sein schwacher Nachfolger, der bisherige Vizepräsident Johnson „der Verrat muß diffamiert und die Verräter müssen der Armut ausgeliefert werden". Schon das Wort „Verrat" entsprach nicht der Vorgeschichte; die Ansicht der Südstaatler, sie seien zum Austritt aus der Union berechtigt, war nicht unbegründet gewesen und während des blutigen Ringens waren sie ebensowenig wie die Nordstaaten irgend eine Bindung an fremde Mächte eingegangen, Die Deutung der Geschehnisse erfolgt in der Weltgeschichte freilich häufig nach den Ansichten des Siegers und so geschah es auch hier. Bald ließ sich der Präsident – ein seltener Fall in der amerikanischen Wirklichkeit – von einem wildgewordenen Kongreß sogar das Gesetz des Handelns vorschreiben. Hier forderte ein fanatischer Senator – fast ein Benesch des 19. Jahrhunderts – sogar, die ganze weiße Bevölkerung der Südstaaten „aus dem Lande zu jagen und ins Exil zu schicken".

Zwar kam es nicht zu solchem Wahnwitz, aber die Regierungspraxis entsprach diesem Geist. Als die allgemeine Amnestie schließlich doch verkündet wurde, blieben nicht weniger als vierzehn „Kategorien" von ihr ausgeschlossen – angefangen von den Zivilbeamten, hohen Offizieren, Abgeordneten der „Konföderierten" bis zu allen Bürgern mit mehr als 20000 Dollar Vermögen. Die Proskription des alten Rom war wieder aufgelebt! Der Präsident hat immerhin viele von den Geächteten durch besondere Gnadenakte entlastet, aber es ergab sich doch „die allgemeine Wirkung des Verfahrens darin, die natürlichen Führer und erfahrenen Staatsmänner von der Teilnahme an der Schaffung neuer Staatsregierungen auszuschließen" (wie Morrison-Commager urteilen a.a.O. Seite 38).

Nicht genug damit: die Enteignungen und sonstigen wirtschaftlichen Verfolgungsmaßnahmen entwurzelten eine ganze Generation und es dauerte fast zwei Jahrzehnte, bis z.B. die Baumwollernte in den Südstaaten wieder die Erträge erbrachte, wie Ende der 50er Jahre. Zum fanatischen Experiment aber steigerte sich das Furioso dieser närrischen „Reconstruction"

durch das jahrelang durchgesetzte Verlangen des Kongresses, die soeben erst aus der Sklaverei entlassenen Negermassen als wahlberechtigte Bürger in das politische Leben einzuschalten.

Die Neger hatten die Befreiung – als sie über Nacht kam – zunächst dahin begriffen, daß sie nun nichts mehr arbeiten müßten und die Regierung ihnen kostenloses Land „und einen Esel" zur Verfügung stellen werde. Diesen Hoffnungen folgte die unvermeidliche Enttäuschung und die allenthalben eingesetzten „Freigelassenen-Büros" konnten zwar die Weißen tyrannisieren, aber den entwurzelten Schwarzen doch keine wirksame Hilfe bieten.

Die Militärregierungen, die über ein Jahrzehnt lang mit harter Hand das in fünf „Militärbezirke" aufgeteilte Land beherrschten, vermochten zwar langsam der wildesten Auswüchse Herr zu werden; aber eine Lösung der aufgeworfenen Probleme wollten und konnten sie nicht bieten. Vielleicht wäre es damals noch möglich gewesen, durch entschiedene Bildung eines reinen Negerstaates, oder durch eine organisierte Rückwanderung der Freigelassenen nach Afrika* eine Frage aus der Welt zu schaffen, die inzwischen eine ernste Sorge auch für die amerikanischen Nordstaaten geworden ist.

Damals dachte man daran nicht, viel wichtiger erschien das Anliegen: die verhaßten Südstaatler so tief wie möglich zu erniedrigen. Als schließlich – im Jahre 1876 – endlich die Militärregierungen ihre Tätigkeit beendeten und die Besatzungstruppen zurückgezogen wurden, mußten die wieder zugelassenen Staaten Verfassungsbedingungen annehmen, die den in aller Regel des Lesens und Schreibens unkundigen Negern das volle Wahlrecht zubilligten und nach dem Schema der Zahl schwarze Senatoren ins Kapitol entsandten.

Hendrik Willem van Loon drückt in seinem bekannten und überaus liberalen „Amerika, Roman eines Landes" (Deutsche Ausgabe Berlin 1949, Seite 348f.) die Sache so aus: Es sei eine

* Schon seit 1822 erfolgten auf Betreiben humanitärer amerikanischer Gesellschaften die ersten Rücksiedlungen entlassener Negersklaven nach Afrika, wo 1847 die Negerrepublik Liberia gegründet wurde – von den USA allerdings erst 1862 anerkannt. Die Rückwanderungsbewegung war nicht sehr erfolgreich. Bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges waren etwa 25000 Neger aus Amerika nach Liberia übersiedelt, wo sie eine Herrenschicht bildeten, die selbst Sklaven hielt. Noch 1930 wurde von einer Völkerbundskommission Sklavenhaltung in Liberia festgestellt.

„verkehrte Welt“ entstanden, „in der der Schwarze, unterstützt von den Bajonetten der Nordstaaten-Regimenter mit göttlicher Dummheit und Unverschämtheit über seinen früheren Herrn, den Weißen, herrschte“. Das bedeutete nach Loon:

„den vollständigen Zusammenbruch eines Gesellschafts-Systems, das trotz aller Fehler eine große Zahl sehr fähiger Männer hervorgebracht und den Löwenanteil der Last bei der Gründung der unabhängigen Republik der Vereinigten Staaten getragen hatte.“

Dieser Zustand, der dem Besiegten den Stiefel des Siegers stets sichtbar vor Augen hielt, konnte natürlich nur eine begrenzte Weile dauern. Schließlich hat man verschiedene Auswege gefunden. Jegliche Unterscheidung der Staatsbürger nach rassischer Herkunft blieb zwar verboten, doch wird – je nach Gesetz der Einzelstaaten – zur Stimmabgabe nur zugelassen, wer ein gewisses Mindesteigentum besitzt oder eine „Wahlsteuer“ bezahlt oder im Zweifelsfall in der Lage ist, vor einer Wahlkommision die Verfassung der Vereinigten Staaten zu erklären (sog. „Bildungs-Test“). Mit Hilfe dieser Beschränkungen (sie halten bis heute die Negermassen des Südens von den Wahlurnen fern und es gibt trotz der über 15 Millionen Negereinwohner in USA keine schwarzen Abgeordneten im Kapitol*) haben sich die politischen Verhältnisse in den Südstaaten dann wieder normalisiert, aber es dauerte noch bis zum Jahre 1898 – 33 Jahre nach Ende des Bürgerkrieges – bis die letzten politischen Beschränkungen für „belastete Konföderierte“ vom Kongreß aufgehoben wurden!

*

Diese Tatsachen habe ich nicht nur deshalb so ausführlich skizziert, weil sie dem deutschen Beobachter, der nach 1945 die Tätigkeit amerikanischer Militärregierungen im europäischen Raum erlebte, merkwürdig vertraut erscheinen, sondern auch: um zu verdeutlichen, wie wenig man in jenen Jahrzehnten diesseits des Atlantik von dem Notiz nahm, was drüben geschah.

* Nach Feststellungen von Gunnar Myrdal (An American Dilemma, The negro problem and modern democracy, New York 1944, Seite 475) gaben bei der Präsidentenwahl 1940 in acht amerikanischen Südstaaten von 3,6 Millionen wahlberechtigten Negern nur etwa 80–90 Tausend ihre Stimme ab.

Niemand in Europa kam auf den Gedanken, die zahlreichen Schwächemomente, die sich während dieser Haß- und Racheperiode für das Staatswesen der USA unvermeidlich ergaben, macchiavellistisch auszunützen. Schon die Jahre des Bürgerkrieges – für einmischungsinteressierte Mächte eine Gelegenheit von ungewöhnlichem Reiz – war ohne allzu ernsthafte europäische Unternehmungen vorübergegangen. Gewiß – Spanien, das damals immer noch müde und schwache Spanien, hat einen Aufstand in San Domingo zum Anlaß genommen, um sich dort erneut festzusetzen. Auch das Frankreich Napoleons III. war vor allem durch den amerikanischen Bürgerkrieg zu seinem mexikanischen Abenteuer* angeregt worden. Aber nicht einmal die Engländer dachten ernstlich daran, die nordamerikanische Krise mit Nachdruck auszunützen. Es wäre für die britische Flotte – damals unbestritten Herrin der Meere – ein Leichtes gewesen, die von den Nordstaaten gegen die Küste der Südstaaten verhängte Blockade zu sprengen – aber mehr als einige Zwischenfälle gab es nicht. Europa war nicht interessiert genug, um etwa das Kräfteübergewicht der Nordstaaten durch eine systematische Unterstützung des Südens auszugleichen. Von den deutschen Staaten – noch war das Bismarck-Reich nicht gegründet – spielte weltpolitisch außer Österreich nur Preußen eine bescheidene Rolle und hier hatte man ausschließlich für Lincoln Sympathien.

Das Rußland des Zaren – zur Zeit des Bürgerkrieges durch den Besitz Alaskas formell sogar noch eine amerikanische Macht – stand jenen fernen Bereichen so gänzlich gleichgültig gegenüber, daß es im Oktober 1867 gegen bare Dollars, diesmal waren es 7,2 Millionen, das Sternenbanner zur Beringstraße am Nördlichen Eismeer vordringen ließ. Alaska war seitdem – bis 1959 – offiziell Kolonialgebiet der Vereinigten Staaten. Heute erst leben genügend amerikanische Bürger dort, um einen „Staat“ bilden zu können.

*

* Angeblich zur Beitreibung von Staatsschulden ließ der französische Kaiser Napoleon III. im Jahre 1863 Truppen in Mexiko landen; nach der Eroberung von Mexiko City ließ er durch eine Notabeln-Versammlung den Habsburger Erzherzog Maximilian zum Kaiser ausrufen. Als sich die französichen Truppen 1866 zurückzogen, wurde Maximilian gestürzt und hingerichtet.

An diesem Punkt verdient ein erstaunliches Lebensschicksal aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit nicht nur des deutschen Lesers, weil es amerikanisch-europäisches Geschehen miteinander verflicht:

Carl Schurz, ein junger Deutscher, der 1848 auf seiten der Revolutionäre steht, 1849 im badischen Rastatt den letzten Aufstand mitkämpft, um Haaresbreite der drohenden Erschießung entrinnt, dann durch eine erstaunliche Tat Aufsehen erregt: aus dem Exil in der Schweiz kehrt Carl Schurz nach Preußen zurück und holt in einer ebenso geschickten wie tollkühnen Aktion mit der Hilfe eines Aufsehers den im Spandauer Gefängnis wegen politischer Delikte festgehaltenen Professor Kinkel in die Freiheit zurück. Die beiden – der Retter und der Gerettete – verlassen eilig das Festland, Richtung England; einige Jahre später – des Emigrantendaseins müde – fährt Schurz über den Atlantik und bald sitzt er nicht nur auf der Pressetribüne des amerikanischen Senates, sondern wird einer der einflußreichsten Männer der „Republikanischen Partei“. Als es im Frühjahr 1860 darum geht, Lincoln als Präsidenten durchzusetzen, gehört Schurz zu den Männern, die das Wahlprogramm entwerfen. Sein Aufruf stellt ein „Heimstättengesetz“ in den Vordergrund, wie es dann 1862 – noch mitten im Bürgerkrieg – auch wirklich in Kraft gesetzt wird*. Es war ein echtes Pionierprogramm, mit dem Schurz damals vor allem die vielen Einwanderer für Lincoln gewann.

Nach dem Sieg des Präsidenten und dem Ausbruch des Bürgerkrieges verwendet Lincoln den Deutschen zunächst als Gesandten in Madrid; obwohl Schurz eigentlich ein deutsches Freikorps aufstellen und als Soldat kämpfen will, muß er die Reise über den Atlantik antreten, denn die Haltung Spaniens ist nicht unwichtig für den weiteren Verlauf der Dinge. Schurz erlebt in der Ferne die anfänglichen Erfolge der Südstaaten und ihre Wirkung in Europa. Er bestimmt Lincoln zu einer klaren Stellungnahme in der Sklavenfrage und ermutigt ihn zum Handeln. Bald wird Lincoln diesem politischen Rat folgen, in der Zwischenzeit aber ruft er ihn zurück und ernennt den deutschen Freund zum Brigadegeneral – als solcher steht Schurz im

---

* Vgl. Seite 30.

Juli 1863 in der Entscheidungsschlacht bei Götzburg, dem heutigen Gettysburg, seinen Mann.

Nach dem Sieg und Lincolns Tod wieder als Journalist tätig, kehrt der berühmt gewordene Deutsch-Amerikaner erneut nach Europa zurück und fragt aus London in Berlin an: Ob er als in Abwesentheit Verurteilter mit Schwierigkeiten zu rechnen habe, wenn er Berlin besuche . . . Dort ist inzwischen Bismarck Ministerpräsident und Kanzler des Norddeutschen Bundes geworden, er lädt den amerikanischen General höflich ein – in stundenlangen Gesprächen wird eine erste menschlich-politische Beziehung zwischen dem jungen Deutschland von damals und der nordamerikanischen Republik angeknüpft. Berühmt geworden ist Schurz' köstliche Bemerkung zu Bismarck: „Daß das amerikanische Volk sich kaum zu einem so selbstvertrauenden, energischen, fortschrittlichen Volke entwickelt hätte, wenn an jeder Pfütze ein Geheimrat oder Schutzmann gestanden hätte, um die Leute davor zu bewahren, hineinzutreten."

Es dauert noch einige Jahre, bis eine erste praktisch-politische Frage zwischen Berlin und Washington auftaucht: Nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870 findet das amerikanische Kriegsministerium die Gelegenheit günstig, alte Waffenbestände zu guten Preisen zu verkaufen, und zwar an Frankreich. Das bedeutet natürlich eine Verletzung der Neutralität, der preußische Gesandte protestiert und auf der Rednertribüne des Senates gibt es Wortgefechte; auch Schurz beteiligt sich – mit einem Satz, der noch heute zitiert zu werden verdient:

> „Der Herr Senator von Wisconsin (der für den Waffenverkauf eingetreten war) kann mich nicht schrecken durch den Ausruf: ‚Mein Land – Recht oder Unrecht!' In einem Sinn sage ich auch so. Mein Land – das ist die große amerikanische Republik – ob Recht oder Unrecht; hat es recht, dann muß es recht behalten; hat es unrecht, dann muß es auf den rechten Weg geführt werden!"

Wirklich wichtig und für heute noch bemerkenswert wirkt Schurz in den Folgejahren – schon der Erwerbung von San Domingo widerspricht er im Senat. Der Besitz und der Erwerb tropischer Länder sei nachteilig, weil die Bevölkerung sich nicht assimilieren lasse und in Amerika habe man bereits Rassen-

probleme genug. Auch an Ausdehnungsflächen sei kein Mangel – was man allein brauche seien Pioniere!* Von da ab hörte Schurz nicht auf, immer wieder seine Stimme gegen die Entwicklung zu erheben, die er frühzeitig als „imperialistisch" und als uferlos erkannte. Was er kommen sah, war das Gegenteil dessen, was er erhofft und befürwortet hatte, das Gegenteil der „Heimstätten"-Entwicklung bäuerlicher Siedlung in den unermeßlichen Weiten eines reichen Kontinents, ja er sagte (in einem Artikel in „Harpers Magazine" Oktober 1893) den Vereinigten Staaten geradezu eine „Zukunft in Unruhe, Demoralisierung und schließlichem Verfall" voraus.

Und der gleiche Bismarck, der dreißig Jahre vorher sich mit dem Revolutionär Carl Schurz angefreundet hatte, in dessen Hauptquartier in Versailles 1871 der amerikanische General Sherman als gerne gesehener „Beobachter" tätig war und der noch 1890 bei einem Empfang von Deutsch-Amerikanern erklärte: „Deutschland und Nordamerika gehören zu den Staaten, die so glücklich sind, nicht nötig zu haben, sich in ihren gegenseitigen Beziehungen um etwas zu beneiden"** – dieser gleiche geradezu „amerikafromme" Bismarck fand am 2. Dezember 1897 – ein halbes Jahr vor seinem Tod – Anlaß zu einer ersten kritischen Bemerkung: Es sei „eine politische Notwendigkeit, amerikanischer Anmaßung oft und nachdrücklich entgegenzutreten"***.

*

Bevor wir uns den Geschehnissen zuwenden, die Schurz und Bismarck heraufziehen sahen, ist noch ein weiteres Streiflicht nötig:

Hatte schon der Bürgerkrieg mit seinen Rüstungsanforderungen die Industrialisierung der Nordstaaten beschleunigt, und in den Folgejahren durch die wirtschaftliche Ausschaltung des Südens ein Treibhausklima in den Städten erzeugt, so änderte in den weiteren Schlußjahrzehnten des 19. Jahrhunderts die gesamte Volkswirtschaft der Union in beträchtlichem Aus-

* Vgl. Rudolf Baumgart: Carl Schurz, Ein Leben zwischen Zeiten und Kontinenten, Berlin 1939, Seite 425.

** Zitiert bei Sven Hedin: Amerika im Kampf der Kontinente, Leipzig 1942, Seite 203.

*** „New York Times", 3. Dezember 1897.

maß ihren Charakter. Nach der Statistik stieg die Zahl der Unternehmungen einschließlich der Gewerbebetriebe zwischen 1869 und 1900 von 252000 auf 512000, die Zahl der darin Beschäftigten von 2,05 auf 5,71 Millionen, der Wert der Produktion von 3,38 auf 13,04 Milliarden Dollar*!

Den Hintergrund dieser bemerkenswerten Zahlen bilden so bedeutsame Ereignisse wie die Entwicklung der Elektrizität – die erste Glühbirne Edisons strahlte im Jahre 1881 in New York –, die Ölquellen-Erschließung und die weitgehende Vollendung des Eisenbahnnetzes. Es hatten sich dabei beträchtliche Vermögen in der Hand einiger Weniger angesammelt – ein Mann wie John D. Rockefeller, der Anfang der 60er Jahre nur einige Petroleum-Aktien besaß, war zwei Jahrzehnte später bereits einer der reichsten Männer des Landes. Und die paar Eisenbahn-Könige wie Stanford (der sein Vermögen später sehr löblich für eine Universität in Kalifornien stiftete) oder J. P. Morgan (er betrieb mit seinen Millionen später weniger erfreulich Weltkriegspolitik), ferner die Harriman, Vanderbilt usw. sind fast durchwegs in jenen Jahren groß geworden. Der spätere Präsident Theodore Roosevelt (nicht zu verwechseln mit seinem Neffen Franklin D. Roosevelt) fällt über diese Entwicklung in seinen Lebenserinnerungen das nachstehende drastische Urteil**:

> „In unserem Land war es zu einer wahren Schwelgerei im individualistischen Materialismus gekommen, in welcher sich die vollkommene Freiheit für den einzelnen ... in der Praxis in die vollkommene Freiheit der Starken zur Unterdrückung der Schwachen umgestaltet hat ... In keinem anderen Land der Welt waren so ungeheure Vermögen angesammelt worden. In keinem anderen Lande der Welt besaßen die Männer, die diese Vermögen erworben hatten, solche Macht."

Roosevelt drückte sich so energisch aus, um seine spätere „Anti-Trust"-Gesetzgebung zu begründen, die ihm in der Tat die ehrenwerte Gegnerschaft vieler dieser Großkapitalisten eingetragen hat***. Er hat diese in der Verfassung keineswegs vor-

---

* Ploetz a. a. O. Seite 263.

** Theodore Roosevelt: Aus meinem Leben. Deutsche Ausgabe, Leipzig 1914, Seite 333.

*** Als Roosevelt im Jahre 1910 nach Ende seiner Präsidentschaft eine Afrikareise unternahm, um Großwild zu jagen, erklärte der alte Morgan bissig, er hoffe, „der erste Löwe werde seine Pflicht tun!"

gesehenen Mächtegruppen einer scharfen Kontrolle unterworfen, aber den wichtigeren geistigen Hintergrund hat er nicht beachtet – im Gegenteil – gerade er wurde eine Art Vollstrecker einer neuen, in die weite Welt ausgreifenden Denkweise, die nun in den Vordergrund trat.

*

Schon die Unabhängigkeits-Revolutionäre von 1776 hatten – ganz im Stil des religiösen Fanatismus ihrer Voreltern – beträchtlichen Wert darauf gelegt, ihr Handeln und ihren Kampf moralisch zu begründen und ihm eine weltbeglückende Mission zuzuschreiben. Das äußerte sich nicht nur in den feierlichen Formeln der Deklarationen jener Frühzeit der USA, sondern auch in überschwenglichen, freilich harmlosen Predigten; drei Zitate, die Kohn (a.a.O. Seiten 373, 380, 401) anführt, mögen genügen:

„Die Besiedlung Amerikas habe ich immer mit Ehrfurcht und Bewunderung betrachtet, als ein großes Beginnen und einen großen Plan der Vorsehung zur Erleuchtung der Unwissenden“ (John Adams, 1765).

„Der Bund Gottes mit Israel zur Zeit Moses ... war eine andeutungsweise Prophezeiung eines künftigen Gedeihens und künftigen Glanzes der Vereinigten Staaten“ (Ezra Stiles, 1783).

„O Gott! Wie wenig wissen meine Landsleute davon, daß sie im Besitze kostbarer Glücksgüter sind, deren sich kein anderes Volk auf Erden erfreut“ (Thomas Jefferson, 1785).

Später waren die Äußerungen des jungen Nationalstolzes nicht mehr so fromm, dafür um manches kräftiger, ohne jedoch an weltpolitischer Bedeutung zu gewinnen. So hat sich Präsident Johnson – ausgerechnet der Mann, der die wilde „Reconstruction“ durchführte und hunderttausende weiße Südstaatler entrechtete – in einer Kongreß-Botschaft vom 8. Dezember 1868 salbungsvoll geäußert:

„In Amerika gewinnt jetzt schnell die Auffassung an Boden, daß mit der zunehmenden Erleichterung des Nachrichten-Austausches mit allen Teilen der Erde, die Grundsätze einer freien Regierungsform ... sich als stark und großzügig genug erweisen würden, um alle zivilisierten Nationen der Welt in den Bereich ihres Einflusses zu ziehen.“

Noch einen Schritt weiter ging im Jahre 1886 Andrew Carnegie – ein „Stahlkönig“, der später bei seinem Tode ein Vermögen von 400 Millionen Dollar hinterließ – in seinem Buch „Triumphierende Demokratie“ (New York 1886, Seite 506):

„So, meine Mitrepublikaner, wird die Welt Euch bald zu Füßen liegen; die amerikanische Verfassung wird mehr und mehr als das Muster angesehen werden, das neue Nationen sich zu eigen machen und die alten zu erreichen versuchen werden.“

Nicht so phantasievoll, sondern praktischer und wirksamer drückte sich der damalige Kapitän Alfred Thayer Mahan aus, der auf Grund seines 1890 erschienenen Werkes „The influence of sea power upon History 1660–1783“ („Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte“) als der „Doktrinär und Lehrmeister der expansionistischen Politiker“ galt*. Mahan weist die Amerikaner auf die Weltmeere, weil die Geschichte bezeuge, daß die Kontrolle der Seeverbindungen das Wichtigste der Elemente sei, die die Macht und den Wohlstand einer Nation bedingen. Bedauerlicherweise habe sich die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten bisher auf die Produktion für den eigenen Markt beschränkt. Das werde nicht so bleiben. „Ob sie wollen oder nicht: Die Amerikaner werden nach auswärts blicken müssen.“ Es werde sich überseeischer Handel entwickeln, der geschützt werden müsse und sowohl eine starke Kriegsflotte wie überseeische Stützpunkte fordere ...

*

Die Zeit, in der die Vereinigten Staaten ein „Großstaat ohne Feinde“ waren, mußte sich im Lichte solcher Ziele unvermeidlich dem Ende nähern.

Der Schweizer Historiker Weilenmann urteilt in seiner erst vor einigen Jahren erschienenen Untersuchung (a.a.O. Seite 24) nüchtern:

„Im Vergleich mit dem Einfluß der übrigen Denker auf die öffentliche Meinung dürfte derjenige Mahans am größten

* Vgl. Alex Weilenmann: Theodore Roosevelt und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten, Zürcher Studien zur allgemeinen Geschichte, Zürich 1953.

gewesen sein. Anders als seine Kollegen nahm er Stellung zu den aktuellen Problemen seiner Zeit, indem er konkrete Vorschläge zur amerikanischen Politik machte. Parlamentarier und Publizisten borgten sich bei ihm die Argumente, und er wurde in Kongreß-Debatten und in parlamentarischen Berichten zitiert."

Mahan habe das „intellektuelle Klima" vorbereitet, „das sich am Ende des Jahrhunderts durchzusetzen vermochte".

Nicht weniger wichtig war, daß Mahan bald einen sowohl gelehrigen wie auch tatbereiten Schüler fand – über die noch bescheidenen frühen 90er Jahre, in denen sich in den USA die Wendung zur Weltpolitik gerade erst anzubahnen begann, urteilt Theodore Roosevelt in seinen bereits erwähnten Lebenserinnerungen ebenso ironisch wie aufschlußreich (a.a.O. Seite 166):

„In der Zeit, von der ich hier rede, nahmen wir unsere Pflichten dem Ausland gegenüber noch nicht ernst, und da wir Großsprecherei mit der Weigerung, uns irgendwie zum Eingreifen vorzubereiten, vereinten, wurden wir auch von anderen nicht ernst genommen. Allmählich trat eine leichte Besserung ein, bei welcher die Schriften Kapitän Mahans keine unbedeutende Rolle spielten."*

Die Suche nach „intellektuellen Urhebern" ist ein bekanntes Anliegen moderner Zeitgeschichtsforschung.

Ich erlaube mir, auf Alfred Thayer Mahan zu verweisen. Im Jahre 1906 – die Vereinigten Staaten waren inzwischen in die Weltpolitik eingetreten – hat Präsident Theodore Roosevelt den seit 1896 bereits im Ruhestand lebenden Kapitän Mahan noch nachträglich zum Admiral ernannt, eine gewiß bescheidene Auszeichnung für ein bedeutendes Wirken!

* Die jahrelangen persönlichen Beziehungen zwischen Mahan und Theodore Roosevelt, insbesondere während dessen Präsidentschaft sind ausführlich dargestellt und belegt bei William E. Livezey: Mahan on Seapower, University of Oklahoma 1947.

Der Beginn der „neuen Laufbahn“

Diese Skizzen, die sich unvermeidlich auf einige Hinweise beschränken und nur umreißen, was für unser heutiges und künftiges Urteil von Wert sein mag, sind nun bei einem Mann angelangt, dem auch im Offizierskasino des Potsdamer Ersten Garderegiments der Ehrentitel „toller Kerl“ gewiß gewesen ist.

Solange Carl Schurz noch lebte (er starb 1906), hat er mit Theodore Roosevelt viel gestritten – obwohl sie beide der gleichen republikanischen Partei angehörten und ursprünglich befreundet waren*.

Ein anderer Senator, auch Republikaner, rief – als der energische Theodore zunächst zum Vizepräsidenten nominiert wurde, bestürzt aus: „Merkt denn keiner von Euch, daß jetzt nur noch *ein* Leben steht zwischen diesem Verrückten und dem Weißen Haus?“** Schließlich ist Theodore Roosevelt in der Tat durch die Ermordung des damals gerade wiedergewählten Präsidenten McKinley am 14. November 1901 an die erste Stelle im Staat gerückt.

*

Diesen Theodore Roosevelt – in New York als Sohn einer begüterten Familie geboren, auf der Universität ausgebildet – trieb das Abenteurerblut schon in jungen Jahren an den damals am Red River noch durchaus „wilden“ Westen, den er in seinen bereits zitierten Lebenserinnerungen lebhaft zu schildern wußte:

„Es war ein Land von ungeheurer Ausdehnung, mit einsamen Strömen und endlosen Ebenen, auf denen das Wild den vorüberziehenden Reiter anäugte. Es war ein Land mit

* Als Theodore Roosevelt für den New Yorker Gouverneursposten kandidierte, schrieb ihm Carl Schurz in aller Offenheit am 18. Oktober 1898: „Es ist mir unmöglich, Sie zu unterstützen. Angesichts unserer langen und aufrichtigen Freundschaft kann ich nicht ausdrücken, wie schmerzlich es mir ist, das sagen zu müssen.“ Drei Tage nach dieser persönlichen Mitteilung begründete Schurz seine Stellungnahme öffentlich in der „Evening Post“ mit dem Hinweis auf Roosevelts „militanten Imperialismus, der keine Grenzen kennt.“

** Weilenmann a. a. O. Seite 54.

vereinzelten Viehfarmen, mit Herden langgehörnter Rinder und waghalsigen Reitern, die dem Leben wie dem Tode unverzagt ins Auge blickten ... Wir lernten Mühe und Ungemach, Hunger und Durst kennen und wir sahen Männer eines gewaltsamen Todes sterben, während sie unter dem Vieh und den Pferden arbeiteten oder schlimme Fehden miteinander ausfochten; aber wir fühlten den Pulsschlag kühnen Lebens in unseren Adern, und unser war der Preis der Arbeit und die Freude am Leben" (a.a.O. Seite 75f.).

Später kehrte Roosevelt in den Osten zurück, bewarb sich um politische Aufgaben und wurde schließlich 1895 Polizeipräsident von New York – eine Funktion, bei dem ihm seine Sheriff-Erfahrungen im Cowboy-Land manchen Dienst leisteten; zwei Jahre später – nach heftiger Betätigung in mehreren Wahlkämpfen – wurde er nach Washington gerufen, und zwar nicht ohne Grund als stellvertretender Staatssekretär der Marine. Schon der junge Roosevelt hatte sich nämlich als Rufer nach einer starken Seemacht bemerklich gemacht. Der Senator Henry Cabot Lodge – einer der eifrigsten Verfechter der Mahan-Forderung nach überseeischer Ausbreitung – war auf Roosevelt aufmerksam geworden und hatte ihm den Washingtoner Posten verschafft. Er sollte es nicht bereuen.

*

Es gab in jener Zeit bereits einige weltpolitische Reibereien, in die die Vereinigten Staaten verwickelt waren. Da lagen beispielsweise Ende der 90er Jahre in verschiedenen Buchten der Insel Samoa deutsche, englische und amerikanische Kriegsschiffe auf der Lauer, von denen jedes sich der Insel bemächtigen wollte. Erst 1899 wurde man sich über eine Teilung einig. Außerdem war eine amerikanische Garnison seit 1893 auf der Insel Hawai in Pearl Harbor stationiert: die Frage der Annexion aber blieb jahrelang in der Schwebe. In dieser Angelegenheit machte Theodore Roosevelt erstmals ganz entschieden von sich reden: „Es war ein Verbrechen gegen die weiße Zivilisation, Hawai *nicht* zu annektieren"*; dieses „Verbrechen" des damaligen

* Aus „Republican View" November 1895 zitiert nach Weilenmann a. a. O. Seite 83.

demokratischen Präsidenten Cleveland wurde unverzüglich berichtigt, als der Republikaner McKinley ins Weiße Haus einzog. Die Annexion wurde 1897 vollzogen, inzwischen (1960) ist Hawai Bundesstaat geworden.

Nicht weniger wichtig war ein ebenfalls noch unter Clevelands Regierung beginnender internationaler Streit um Venezuela – dieser Staat war sehr verschuldet und europäische Mächte drohten, sich zur Sicherung ihrer Ansprüche dort festzusetzen. Die Sprache der amerikanischen Regierung in dieser Angelegenheit war scharf genug, um die europäischen Kabinette vor übereilten Schritten zu bewahren, und die amerikanische Öffentlichkeit zu befriedigen. Sie fand dennoch nicht Roosevelts Beifall, der damals noch Polizei-Präsident war – er fühlte sich angewidert von der Interesselosigkeit, mit der das Volk die außenpolitischen Aufgaben beurteilte und er vertraute dem Senator Lodge in Washington sein Heilmittel an: „This country needs a war" – „Dieses Land braucht einen Krieg"*.

*

Solchem Bedürfnis wurde bald Genüge getan. Der sog. Kuba-Krieg zwischen den USA und Spanien war zwar für europäische Augen nur eine Episode – aber dieses Ereignis bezeichnet doch einen Wendepunkt; seither haben sich im Laufe eines knappen halben Jahrhunderts die Interessen und die

* Aus Henry Cabot Lodge: Selections from the Correspondence of Theodore Roosevelt, zitiert nach Weilenmann a. a. O. Seite 51. In seinen Erinnerungen (a. a. O. Seite 165) gibt Roosevelt für den gleichen Gedanken eine ausführliche Begründung: „In der Reaktion nach den ungeheueren Kämpfen des Bürgerkrieges hatten unsere besten und fähigsten Männer sich mit ihrer ganzen Energie aufs Geschäft geworfen: aufs Gelderwerben, auf die Erschließung und besonders auf die möglichst schnelle Ausbeutung und Erschöpfung unserer natürlichen Hilfsquellen, der Bergwerke, der Wälder, des Bodens und der Flüsse. Diese Männer waren keine Schwächlinge, ließen sich aber zu Kurzsichtigkeit und Selbstsucht hinreißen, und wenn viele von ihnen im Grunde auch alle Haupttugenden – besonders auch die kriegerischen Tugenden – besaßen, so wiesen andere nur die Merkmale des gefeierten Hökers oder Pfandleihers auf; wenn dieser Typus auf Kosten aller anderen Eigenschaften entwickelt wird, so verkörpert er den armseligsten Nationalcharakter, den die Welt jemals gesehen hat. Dieser unvermischte Höker- und Pfandleihertypus pflegt keinen warmen Anteil an Fragen sozialen und industriellen Rechts zu nehmen, ist gewöhnlich körperlich furchtsam und liebt es, eine unwürdige Angst vor dem gerechtesten Krieg hinter hochtönenden Worten zu verbergen."

Stützpunkte der Vereinigten Staaten über den ganzen Erdball ausgebreitet. Die Weltlage von heute hat sich bereits damals – fast völlig unbeachtet – am Horizont abgezeichnet.

Die Insel Kuba – im Süden den Vereinigten Staaten vorgelagert – war durch alle Veränderungen des 19. Jahrhunderts hindurch in spanischem Besitz verblieben; gewiß gab es manche Aufstandsbewegungen gegen die Kolonialherrschaft. Fast ein ganzes Jahrzehnt lang – von 1868 bis 1878 – war Kuba von Unruhen erschüttert. Damals freilich waren die USA mit ihrer „Reconstruction" zu sehr beschäftigt und so konnten die Spanier ihre Herrschaft wieder befestigen. Als aber im Jahre 1895 der kubanische Aufstand erneut aufflackerte, war die Lage anders: Die Ereignisse fanden sofort lebhaftes Interesse in den Vereinigten Staaten und der republikanische Parteikongreß forderte schon 1896 die „Unabhängigkeit Kubas". Als dann der Wahlsieg McKinleys errungen war, konnte das Eingreifen in Kuba nur noch eine Frage der Zeit sein. Theodore Roosevelt weiß dies lebhaft zu schildern:

> „Kaum hatte ich das Amt eines Unterstaats-Sekretärs der Marine übernommen, als ich zu der Überzeugung gelangte, daß der Krieg kommen würde. Der Aufstand in Kuba hatte sich endlos in die Länge gezogen, bis die Zustände auf der Insel derart entsetzlich wurden, daß es uns zur dauernden Schande gereichte, daß wir sie noch immer duldeten" (a.a.O. Seite 167).

Der erwartete Krieg brach höchst merkwürdig aus:
Zum Schutz amerikanischer Bürger hatten die USA ein altes Kriegsschiff, die „Maine", in den Hafen von Havanna beordert. Eines Februartages 1898 ereignete sich auf diesem Schiff eine Explosion, die zwar keine schweren Opfer forderte, aber immerhin den Kampf zwischen den USA und Spanien zum Ausbruch brachte. Roosevelt beklagte sich später ironisch (a.a.O. Seite 171): „Natürlich stellten eine Anzahl von Frieden-um-jeden-Preis-Leuten sofort die Behauptung auf, die ‚Maine' sei von selbst in die Luft geflogen." Spätere Nachforschungen aber hätten ergeben, daß die Explosion doch von außen herbeigeführt worden sei. Wie dem auch immer gewesen sein mag, Roosevelt stellt fest: „Jedenfalls wäre es nicht möglich gewesen, den Krieg noch länger zu verhindern."

Was nun folgte, sei in der nüchternen Darstellung des Schweizer Historikers Weilenmann berichtet (a.a.O. Seite 29f.):

„Wenn auch das amerikanische Volk, Demokraten und Republikaner, in seiner großen Mehrheit aus humanitären Gründen und aus Sympathie für die Unabhängigkeits-Bewegung Kuba befreien wollte und somit kaum an Expansionismus und Imperialismus dachte, so gab es doch eine Gruppe von Politikern – zu ihr gehörte Theodore Roosevelt – welche über den Fall Kuba hinaussah und ‚Schicksal zu spielen' gewillt war. Die Vereinigten Staaten waren nicht nur mit den Spaniern in Kuba im Krieg, sondern mit dem *gesamten* spanischen Reich. Dies bedeutete – der Kreis um Lodge und Roosevelt erkannte es deutlich –, daß der Feind an *allen* Orten zu schlagen war, wo man ihn fand. Die amerikanische Pazifik-Flotte unter Admiral Dewey ‚fand' den Feind in den Philippinen entsprechend den Instruktionen des während eines Nachmittags selbständigen stellvertretenden Flotten-Sekretärs Roosevelt."

Der amerikanische Universitäts-Professor Howard K. Beale unterrichtet uns in seinem Werk „Theodore Roosevelt and the Rise of America to World Power" (Baltimore 1956, Seite 61ff.) recht gründlich über jenen „selbständigen Nachmittag" des stellvertretenden Flottensekretärs. Es war das am 25. Februar 1898; der Minister Long war frühzeitig nach Hause gegangen; für drei bis vier Stunden wurde Roosevelt „Acting Secretary" und er holte aus dieser Gelegenheit das höchstmögliche heraus. Sämtliche Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten ließ er während dieser wenigen Stunden mobilisieren, und – vor allem – er befahl dem Admiral Dewey die Sofortaktion in Ostasien, die dann schließlich zur Besetzung der Philippinen führte. Es gibt zu diesem dramatischen Vorkommnis eines Nachmittags nur eine, freilich noch wichtigere, Parallele: die ebenso selbstherrliche Flottenmobilisierung, die Churchill als Erster Lord der Admiralität am 20. Juli 1914 in London anordnete*.

Beale zitiert ausführlich die verblüffenden Tagebucheintragungen des Flottenministers Long, der nach Rückkehr in sein Büro den Kurs der amerikanischen Seekriegsführung in großen Linien

---

* Vgl. Sündermann: Alter Feind – was nun? Wiederbegegnung mit England und Engländern, Leoni 1955, Seite 17ff.

bereits festgelegt fand und das Geschehene mit Roosevelts „Nervosität“ erklärte.

Der amerikanische Historiker wendet dagegen kritisch ein:

„Long irrte, wenn er Roosevelts Aktion dessen Impulsivität zuschrieb. Die Befehle waren wohl überlegte Maßnahmen, die Roosevelt und seine Freunde seit Monaten besprochen hatten, und die sie nur nicht hatten durchführen können“ (Beale a.a.O. Seite 62).

*

Theodore Roosevelt – das sei noch eingeschaltet – gehörte nicht zu den Leuten, die Krieg nur am Schreibtisch führen. Alsbald nach seiner historischen Nachmittagsleistung im Washingtoner Marine-Ministerium finden wir ihn auf Kuba an der Spitze eines freiwilligen Kavallerie-Regiments, das in der Armee bald die Bezeichnung „ die rauhen Reiter“ erhielt: „ohne Zweifel, weil die Mehrzahl der Leute aus dem südwestlichen Ranch-Lande stammte und die wilden Reitkünste der Pioniere gewohnt war*.“

Es war denn auch eine Art „Wildwest“-Krieg, der sich in jenem Sommer auf der Insel Kuba abspielte; ein Satz aus Roosevelts damaligen Briefen an Senator Lodge mag genügen: „Habe ich Ihnen schon erzählt, daß ich einen Spanier eigenhändig umgebracht habe ... ?!“

Das Ende des abenteuerlichen Kampfes erbrachte dem Theodore Roosevelt nicht nur eine triumphale Rückkehr als eine Art „Held der Nation“ an der Spitze seiner „Rauhreiter“, sondern auch den Posten des Gouverneurs von New York, und schließlich, wie schon berichtet, die Nominierung zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, der alsbald der Einzug ins Weiße Haus folgte.

*

Als Spanien nach einem Sommer verstreuter Gefechte besiegt und im Frieden von Paris gezwungen war, die Insel Kuba, Portorico und außerdem die Philippinen abzutreten, gab es den

* Roosevelt a.a.O. Seite 176.

üblichen Washingtoner Streit über die Frage, was nun zu geschehen habe.

Die Unabhängigkeit Kubas war zu drastisch als Kriegsziel proklamiert worden, als daß die von einigen Leuten – natürlich auch von Theodore Roosevelt – erhobene Forderung auf einfache Annexion ernsthaft in Betracht kommen konnte. Statt dessen annektierte man wenigstens Portorico, Guam und die Philippinen.

Über die Frage, ob diesem so weit entfernten Land nicht auch – wie Kuba – die Unabhängigkeit zu gewähren sei, kam es im Senat zu „einer der hitzigsten Debatten in der ganzen amerikanischen Geschichte" (wie ein amerikanischer Historiker laut Weilenmann a.a.O. Seite 121 urteilte); schließlich gab bei Stimmengleichheit der Vorsitzende den Ausschlag zugunsten der Annexion.

Für Theodore Roosevelt war der Gedanke, die wertvolle Beute und den wichtigen Flottenstützpunkt wieder preiszugeben, geradezu unfaßbar. Die philippinischen Nationalisten, die sich schon damals der Besitzergreifung entgegenstellten, bezeichnete er in einer Wahlerklärung 1900 als ein „unaussprechlich korruptes und unaussprechlich blutrünstiges Syndikat malayischer Banditen und chinesischer Halbblütler"*.

Damit war diese Seite der Angelegenheit für ihn erledigt.

Wichtig erschien ihm und seinen Freunden nur das – für europäische Augen damals noch nicht wahrnehmbare, aber inzwischen doch bestätigte – weltpolitische Ergebnis des Kuba-Krieges:

> „Wir stehen der Tatsache gegenüber, daß wir einen neuen Platz unter den Völkern der Welt einnehmen und daß wir *eine neue Laufbahn begonnen haben*" (zitiert bei Weilenmann a.a.O. Seite 77).

---

* Zitiert nach Weilenmann a.a.O. Seite 81. Es gab noch einige Kämpfe mit diesen „Banditen und Halbblütlern". Carl Schurz sah sich noch am 2. August 1902 veranlaßt, in einem Brief an Andrew Carnegie „die barbarischen Greueltaten, die von unserer Seite im Philippinischen Krieg begangen wurden" zu beklagen: „Es wurden Grausamkeiten begangen, die an Dschingis Khan und Tamerlan erinnern; um Geständnisse zu erpressen, wurde die Tortur angewandt wie bei der spanischen Inquisition; ein System von ‚Konzentration' („a system of concentration") wurde eingeführt – eines der Dinge, um derentwillen wir zum Krieg gegen Spanien gezwungen waren, wie wir der Welt glauben machen wollen." (Carl Schurz: Speeches, correspondence and political papers, New York 1913, Band VI).

Pazifik und Panama

„In unserer Kindheit grenzten wir nur an den Atlantik, in unserer Jugend schoben wir unsere Grenze in den Golf von Mexiko vor, unsere heutige Reife sieht uns am Pazifik. Haben wir denn kein Recht, keine Berufung zu jedem weiteren Fortschritt in jeder Richtung?!"

Diese rhetorische Frage hatte Kapitän Mahan, der Lehrmeister Theodore Roosevelts, seinen Kritikern entgegengehalten*. Mit der Annexion von Hawai und der Besetzung der Philippinen war die Sache bereits entschieden – die Vertreibung der Spanier aus Kuba war eine fast belanglose Affäre gegenüber der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten seit 1898 eine fernöstliche Macht geworden waren.

Wer einmal die kühne Kurvenstraße zu den Twin Peaks – den „Zwillingsgipfeln" – emporgefahren ist, die sich mitten im Stadtgebiet von San Francisco wie ein Gebirge erheben und wer von hier aus in einem Blick die Weite des Pazifik und die großartig geschützte Bucht überschaut hat, die Einfahrt des „Goldenen Tores" von der kühnen Golden Gate-Brücke überquert: dem Betrachter eines solchen Naturwunders wird das „Navigare necesse est" der Mahan und Roosevelt wohl verständlich.

Es ist nur allzu begreiflich, daß die Nachfahren vieler Pioniergenerationen, als sie durch den weiten Kontinent sich mühsam hindurchgearbeitet hatten, nun nicht stehenbleiben, sondern die Schiffe besteigen wollten. Was als Übergriff erscheinen mag, wenn man nur die Vorgänge in einem Washingtoner Büro berücksichtigt, gewinnt die Überzeugungskraft einer trotz aller Gegenstimmen begreiflichen Entscheidung dort, wo in weitem Rollen der Pazifik anbrandet, um sich an den Klippen zu brechen, hinter denen ein natürliches Hafenbecken sich ausbreitet – so groß und geschützt, daß wohl alle Hochseeschiffe der ganzen Welt sich darin versammeln ließen.

Ich möchte nicht über die Streitfrage handeln, die einst Schurz und Roosevelt miteinander ausfochten (und mit ihnen viele andere): Ob die gesündere, verständigere, glücklichere

* Weilenmann a. a. O. Seite 24.

Entwicklung des inzwischen auf über 60 Millionen angewachsenen amerikanischen Volkes in einer gründlicheren inneren Kolonisation zu suchen war oder ob – wie Mahan meinte und wie Roosevelt es zum politischen Gesetz erhob – solcher Verzicht auf überseeische Ausdehnung als ein Rückschritt, ja als ein „Verbrechen“ hätte gelten müssen.

Geht man von der Voraussetzung aus: Das Übergreifen des kühnen Vorwärtsstrebens vom Land zur See sei einfach ein Naturgesetz gewesen, so wird man dem Theodore Roosevelt einräumen müssen, daß er hinsichtlich der geographischen Richtung sicheren Blick gezeigt hat, als er den Admiral Dewey nach Manila, der Hauptstadt der Philippinen, beorderte.

Natürlich konnte die Seemacht der Vereinigten Staaten es sich auch zur Hauptaufgabe stellen, etwa zunächst den südamerikanischen Bereich unter ihre Kontrolle zu bringen – eine Fülle von Konflikten wäre die unausbleibliche Folge gewesen, ein wirklicher Erfolg kaum zu erhoffen. Bis heute hat sich die nordamerikanische Politik in Südamerika im wesentlichen auf Wirtschaftsbeeinflussung und diplomatische Geschicklichkeitsleistungen beschränkt, zu denen die wechselvollen Verhältnisse in diesem Raum vielerlei Gelegenheiten bieten. Als Absatzmarkt ist Südamerika im Rahmen des Möglichen schon aus geographischen Gründen den Nordamerikanern fast sicher: der Austausch leidet nur darunter, daß die meisten südamerikanischen Produkte in den Staaten selbst ausreichend erzeugt werden.

Ostasien dagegen war damals – und ist in mancher Hinsicht heute noch – ein Markt, der für Nordamerika eine beträchtliche Ergänzung bietet. Die amerikanische Industrie findet hier sowohl Rohstoffe wie auch Kunden für Fertigwaren.

Das erste Auftreten der Amerikaner – die Expedition des Kommodore Perry nach Japan (1852–1854)* – war zwar ziem-

---

* Kommodore Matthew C. Perry fuhr im Auftrag des US-State Departments am 8. Juli 1853 mit vier Kriegsschiffen in die bis dahin für die ausländische Schiffahrt gesperrte Bucht von Tokio ein; er überbrachte ein Schreiben an den japanischen Tenno, in dem die Öffnung eines Hafens für amerikanische Handelsschiffe gefordert wurde. Am 17. Juli segelte Perry wieder ab und kündigte an, er werde sich die Antwort im nächsten Frühjahr abholen. Am 13. Februar 1854 erschien er erneut vor Tokio, diesmal mit sieben bewaffneten Schiffen. Als er am 31. März die endgültige Heimreise antrat, hatte Perry den ersten „Friedens-, Freundschafts- und Handelsvertrag“ in der Tasche, den Japan mit einem weißen Staat abschloß.





Die beiden Widersacher

Theodore Roosevelt *Carl Schurz*

lich grob gewesen und läßt sich wohl noch nicht als bewußte Politik bewerten; aber in den Folgejahrzehnten zielte die fast einzige Mitsprache der Washingtoner Regierung in weltpolitischen Fragen auf das Prinzip der „offenen Tür“ in China. Im Gegensatz zu den europäischen – insbesondere den englischen – Kaufleuten, mußten sich hier die amerikanischen damals ohne den Schutz ihrer heimatlichen Regierung behelfen. Ob es ganz einfach die Mängel der amerikanischen Flotte oder tiefere Einsichten waren: die USA haben darauf verzichtet, sich in China Sonderrechte zu erzwingen, und sie haben ihr ganzes Augenmerk nur darauf verwandt, daß sie nicht von den europäischen Konkurrenten aus dem Felde gedrängt wurden. Die Tür für Amerikaner nach China sollte deshalb „offen“ bleiben und zu dieser Politik gehörte auch ein beträchtlich höflicheres Auftreten gegenüber den Chinesen, als es damals seitens aller anderen Mächte gepflegt wurde.

Präsident Theodore Roosevelt beurteilte die chinesischen Dinge wenn auch im Prinzip ähnlich, so doch seinem Temperament entsprechend energischer. Das Leitwort seines politischen Handelns: „Ein dicker Stock ist besser als ein Ölzweig“ war auch hier seine Devise. Außer von einem Buch seines Freundes Mahan über das „Problem of Asia“* wurde er – wie Professor Beale a. a. O. Seite 177 ff. berichtet – durch ein damals erschienenes volkswirtschaftliches Werk von Brooks Adams „American Economic Supremacy“ stark beeinflußt, das sich dahin äußerte:

> „Ostasien dürfte heute der einzige Bereich sein, der bald in der Lage ist, jeden Produktionsüberschuß aufzunehmen und dementsprechend ist Ostasien ein Preis, nach dem alle energischen Nationen streben.“

Adams folgerte weiter:

> „Unsere geographische Lage, unser Reichtum und unsere Tatkraft machen uns ganz besonders geeignet, die Entwicklung Ostasiens in die Hand zu nehmen und es zu einem Teil unseres eigenen Wirtschaftssystems zu machen.“

* Den Weltkonflikt in Asien definierte Mahan als einen „Rassenkampf“ zwischen „Teutonen und Slawen“. Die „Teutonen“ verfügten über die Seeherrschaft, während die Slawen als Landmacht überlegen seien. Angesichts der Drohung russischer Expansion müßten sich die „vier Seemächte Amerika, England, Deutschland und Japan“ zu einem „gemeinsamen Vorgehen“ entschließen (vgl. Beale a. a. O. Seite 258).

Der Tag sei vorherzusehen, an dem die großen Interessen der Vereinigten Staaten den ganzen Pazifik umfassen und ihn zu einer Art „Binnenmeer“ machen würden. Wenn die USA den chinesischen Markt nicht eroberten, würden sie wahrscheinlich der Auflösung verfallen, wenn sie ihn gewinnen, müßten sie ein „bedeutenderer Sitz von Macht und Wohlstand werden, als es jemals England, Rom oder Konstantinopel gewesen sind“.

„Das haben Sie wunderbar gesagt“ – schrieb Roosevelt an Adams nach der Lektüre dieses Buches, und er behielt den Ausblick gut im Gedächtnis.

Am Kampf um den chinesischen Markt waren damals außer den USA und England auch Deutschland und Rußland beteiligt. Theodore Roosevelt – inzwischen ins Weiße Haus eingezogen – wußte schon von Mahan, daß der einzig wirklich ernste Zukunfts-Konkurrent das an China unmittelbar angrenzende, in der Mandschurei bereits fest eingenistete russische Reich war. Und als die Japaner den nach den damaligen internationalen Kräfteverhältnissen tollkühnen Entschluß faßten, Rußland anzugreifen (sie begannen am 8. Februar 1904 mit einem überraschenden Torpedoboots-Überfall auf die russische Kriegsflotte bei Port Arthur), war Roosevelt tief befriedigt. In einem Brief an seinen Sohn bedauerte er geradezu, daß die USA „keinen ausreichenden Grund“ hatten, in den Krieg Japans gegen Rußland einzugreifen, jedenfalls: „Japan spielt unser Spiel.“*

Ganz begeistert über die japanischen Erfolge schrieb er auch an seinen Staatssekretär Hay:

> „Welch ein Unsinn, von den Chinesen und den Japanern zu reden, als seien sie gleicher Rasse. Sie sind nur in dem Sinn von gleichem Blut wie ein levantinischer Grieche gleichrassig ist mit Lord Milner.“**

Als sich dann freilich die japanischen Erfolge als dauerhaft erwiesen, mäßigte sich Theodore Roosevelts Begeisterung: „Wenn die Japaner endgültig gewinnen“, so teilte er dem britischen Diplomaten Spring-Rice*** mit, „werden nicht nur die Slawen, sondern wir alle mit einer großen neuen Macht in

---

* Weilenmann a.a.O. Seite 97.
** Beale a.a.O. Seite 268.
*** Beale a.a.O. Seite 269.

Ostasien zu rechnen haben." Von dieser Erkenntnis bis zu dem Wunsch, den japanisch-russischen Krieg rechtzeitig beendet zu sehen, war nur ein Schritt und so gehört zu den Besonderheiten im Leben des „Cowboy im Weißen Haus" auch seine Rolle als Vermittler des Friedens von Portsmouth (5. September 1905). Japan erhielt Port Arthur, die Schutzherrschaft über Korea, die Hälfte der Insel Sachalin, die mandschurische Eisenbahn. Rußland war beträchtlich zurückgedrängt, aber Japan nicht übermächtig geworden.

Der Friedensvermittler erntete wenig Dank. Der russische Zar meinte, er sei „in den Frieden hineingelockt" worden, und in Tokio fanden mit stiller Billigung der Regierung anti-amerikanische Protestdemonstrationen statt. Roosevelt bemerkte ironisch dazu: „Sie haben wohl gedacht, sie könnten soviel bekommen, als hätten ihre Armeen Moskau erobert."

Natürlich hatte er weder japanische noch russische Politik betrieben, sondern amerikanische, und dazu gehörte ein Gleichgewicht der Kräfte in Ostasien – als Vorbereitung zu den größeren Zielen, die Brooks Adams so „bewunderungswürdig" ausgedrückt hatte.

*

Mit dem Ausblick auf den Pazifik war die Angelegenheit eines Kanaldurchstichs durch den mittelamerikanischen Isthmus vordringlich geworden. Auf dem Seeweg über das Kap Horn sind New York und San Francisco nicht weniger als 24000 Kilometer voneinander entfernt, das ist mehr als der halbe Erdumfang am Äquator. Der Mittelamerika-Kanal verkürzt die Entfernung auf 9900 Kilometer!

Vor allen amerikanischen Präsidenten waren es der deutsche Gelehrte Alexander von Humboldt und der Dichterfürst Johann Wolfgang von Goethe gewesen, die die Möglichkeit und Bedeutung eines solchen Unternehmens erkannten. Humboldt wies in seinem Werk über Kuba und Kolumbien sogar schon auf die beiden technischen Möglichkeiten hin: auf den Durchstich der engsten Stelle bei Panama oder die etwas längere Route, die die Ausnutzung von Strömen ermögliche. Der alte Goethe besprach diese Humboldtschen Ideen mit seinem Vertrauten Eckermann:

„Dies ist nun alles der Zukunft und einem großen Unternehmungsgeiste vorbehalten. Soviel aber ist gewiß, gelänge ein Durchstich derart, daß man mit Schiffen von jeder Ladung und jeder Größe durch solchen Kanal aus dem mexikanischen Meerbusen in den Stillen Ozean fahren könnte, so würden daraus für die ganze zivilisierte und nicht zivilisierte Menschheit ganz unberechenbare Resultate hervorgehen. Wundern sollte es mich aber, wenn die Vereinigten Staaten es sich sollten entgehen lassen, ein solches Werk in ihre Hände zu bekommen."

Eckermann notierte diese weitschauende Äußerung Goethes (der, wie auch manche andere Bemerkung zeigt, deutlicher als alle europäischen Staatsmänner seiner Zeit ahnte, was jenseits des Atlantik sich vorbereitete) am 21. Februar 1827 – zu einer Zeit, in der man im Dorf Washington nur Prärien und Indianer im Kopfe hatte. Erst zwei Jahrzehnte später, im Jahre 1846, dachte man an einen Vertrag mit der damaligen Republik „Neu-Granada", dem späteren Kolumbien. Es wurde vereinbart, daß die Vereinigten Staaten berechtigt seien, den Isthmus von Panama zu durchqueren, und zwar „mit jeglichen Verkehrsmitteln, wie sie derzeit existieren oder später geschaffen werden mögen". Nach dieser zarten Andeutung eines Kanalbaues blieb die Angelegenheit zunächst auf sich beruhen.

Als vier Jahre darauf die Engländer sich in Nicaragua zu schaffen machten und die Stadt San Juan besetzten – den Ausgangspunkt eines denkbaren Nicaragua-Kanals – wurde zur Vermeidung einer Spannung in Washington ein Kompromiß-Vertrag mit dem dortigen britischen Gesandten geschlossen: Weder England noch die USA sollten auf dem mittelamerikanischen Isthmus Befestigungen anlegen oder einen etwaigen Schiffskanal kontrollieren.

Dieser nach den beiden beteiligten Diplomaten benannte „Bulwer-Clayton-Vertrag" hatte praktisch zur Folge, daß Humboldt-Goethes Kanalidee jahrzehntelang begraben blieb. Natürlich konnten die Amerikaner sich nur für einen Kanal interessieren, wenn sie ihn auch überwachen und befestigen durften – schließlich war ja nicht nur die Durchfahrt von Handels-, sondern auch von Kriegsschiffen für sie wichtig.

In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren es dann die Franzosen, die – an das Bulwer-Clayton-Abkommen nicht

gebunden – auf kommerzieller Grundlage den Durchstich bei Panama zu planen und technisch in die Wege zu leiten begannen. In Erinnerung an den wirtschaftlich so rentablen Bau des Suez-Kanales und unter Heranziehung des weltberühmten Ingenieurs Lesseps hatte man in Paris 1880 eine „Panama-Gesellschaft" ins Leben gerufen, deren Ergebnis schließlich ein Skandal riesigen Ausmaßes wurde: Im Laufe eines Jahrzehnts wurden an Aktien und Schuldverschreibungen etwa zwei Milliarden französiche Franc aufgenommen*, aber nur etwa die Hälfte davon erreichte die Kanalzone und wurde für tatsächliche Baumaßnahmen verausgabt, alles andere war in den Taschen von Banken, Spekulanten, Zeitungen, Abgeordneten usw. verschwunden**. Die Affäre endete im Jahre 1893 vor dem Schwurgericht. Was übrig blieb war eine „Neue Panama-Gesellschaft" im Besitze einer Konzession, eines Planes und einer verfallenden Baustelle beträchtlichen Ausmaßes, für die sie alles in allem einen Betrag von etwa 100 Millionen zu erlangen trachtete.

In den Vereinigten Staaten hatte man – begreiflicherweise – alle diese Geschehnisse mit Aufmerksamkeit verfolgt, aber erst das Ende der „Reconstruction" und der große Wandel der weltpolitischen Grundauffassungen, wie er sich im Kubakrieg offenbarte, mobilisierten das amerikanische Interesse ernstlich. Natürlich war die Gruppe Mahan – Cabot Lodge – Theodore Roosevelt brennend an der baldigen Verwirklichung des Kanals interessiert und die Kriegsereignisse von 1898 lieferten ihnen viele wirksame Argumente. So hatte der in San Franzisko stationierte Kreuzer Oregon, der bei Kuba gebraucht wurde, nicht weniger als neunzig Tage benötigt, um Südamerika zu umrunden und sein Ziel zu erreichen.

Das Eingreifen der USA in die Panama-Affäre ging freilich nicht ohne manche Schwierigkeit ab. Nach einem langen Disput mit der britischen Regierung wurde im November 1901 endlich der alte Bulwer-Clayton-Vertrag durch ein neues Abkommen ersetzt, das den Vereinigten Staaten das alleinige Recht ein-

---

* Vgl. dazu Emil Maurer: Der Panama-Kanal gestern und heute, Leipzig 1943, Seite 45. Die nominelle Schuldenlast der französischen Panamagesellschaft bei ihrem Zusammenbruch am 26. Januar 1889 wird hier mit 2245 Millionen Franc angegeben.

** Wilhelm Herzog: Panama, Korruption – Skandal – Triumph, München 1950, Seite 21.

räumte, den künftigen Kanal zu verteidigen. In London hatte man, wie sich denken läßt, lange gezögert, dieses Zugeständnis zu machen. Das Verlangen der Amerikaner wurde aber – unter kräftiger Mitwirkung Roosevelts als Vizepräsident – so energisch vorgebracht, daß man säuerlich einwilligte: es war gewiß, daß der Kanal sonst ohne Vertrag eben doch unter amerikanische Kontrolle gestellt würde. Der amerikanische Historiker Beale urteilt über die ganze Episode wahrscheinlich treffend, wenn er schreibt (a.a.O. Seite 110):

„Unsere Expansionisten waren entschlossen, ihren eigenen Weg zu gehen und, unter der Drohung, daß wir uns jedenfalls nehmen würden, was wir uns wünschten, behandelten die Engländer trotz Ärger über unsere schlechten Manieren, die Angelegenheit so höflich als möglich. Hier wurde bewiesen, wie sehr England die amerikanische Freundschaft wünschte."

Man schrieb das Jahr 1901 – schon blickten manche britischen Politiker auf Deutschland als einen möglichen Gegner.

*

Was sich nun anschloß, trägt wieder recht abenteuerliche Züge.

Zunächst war da ein Senatsbeschluß, der vom Präsidenten forderte, den Bau eines Kanals durch Nicaragua zu betreiben. Roosevelt jedoch war der Ansicht, es sei zweckmäßiger, die französischen Pläne aufzunehmen und die Panama-Route fertigzubauen. Also mußte zunächst der Senatsbeschluß revidiert werden. Das geschah durch die sog. „Spooner-Bill", den Gesetzentwurf des Senators Spooner, der den Präsidenten ermächtigte, das Panama-Projekt dem Nicaragua-Plan vorzuziehen, falls die Eigentumsrechte der französichen Gesellschaft erworben und ein Vertrag mit Kolumbien ausgehandelt werden könne. Zu Kolumbien, der Nachfolgerin der Republik „Neu-Granada", gehörten damals die Landstriche des Panama-Isthmus. Die Ansprüche der französischen Gesellschaft ließen sich unschwer auf 40 Millionen Dollar herunterhandeln: nach dem zehn Jahre zurückliegenden Zusammenbruch war es geschenktes Geld für diese Leute. Die Verhandlungen mit Kolumbien

konnten nach aller Erwartung auch nicht schwierig sein – immerhin gab es den alten Vertrag aus dem Jahre 1846, der die USA zu einem Kanalbau ermächtigte. Aber da ja nun etwas mehr als nur ein Handelsweg geplant war und man staatliche Sonderrechte zu Verteidungszwecken wünschte, wurde eine Abfindungssumme von 10 Millionen und eine jährliche Rente von 250000 Dollar an Kolumbien bewilligt und in einem Vertrag festgelegt, den der amerikanische Senat im März 1903 ratifizierte.

Dann aber fing in einem Anfall von Wirklichkeitsfremdheit auf einmal der kolumbische Kongreß das Nörgeln an – und am 12. August 1903 wurde die Welt von der Nachricht überrascht, in Bogota sei die Ratifizierung des Panama-Kanal-Vertrages abgelehnt worden!

Eigentlich war nun für den Präsidenten Roosevelt die Alternative gegeben: gemäß Senatsbeschluß hatte er nun den Bau des Nicaragua-Kanals zu betreiben. Der Präsident dachte freilich keineswegs daran, die kolumbische Ablehnung als ernsthaftes Ereignis zu bewerten. Die Kolumbianer – so äußerte er sich 1915 rückblickend in der ihm eigenen offenherzigen Ausdrucksweise* – seien mit „sizilianischen oder kalabrischen Banditen" zu vergleichen:

> „Mit kolumbischen Funktionären läßt sich ebenso wenig ein Vertrag schließen, wie man Marmelade an die Wand nageln kann ... Der Kanal mußte zum Vorteil für die ganze Welt gebaut werden. Sollte die erpresserische Gier der Bogota-Bande der Zivilisation im Wege stehen? Ich beschloß, das Nötige zu tun, ohne Rücksicht auf diese Leute."

Das „Nötige" war zunächst das Festhalten am Panamaplan und die Bereitschaft, den Bau gegebenenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen. Schließlich bedurfte es dieses letzteren Mittels nicht, denn bereits Anfang November 1903 brach in der kolumbischen Provinz Panama wieder einmal eine Revolution aus; das Ereignis kam nicht gerade überraschend, Revolutionen im mittel- und südamerikanischen Raum gehörten schon damals zum üblichen Nachrichtenstoff der Weltpresse.

Einige Besonderheiten aber machten klar, daß hier doch nicht Alltägliches vorging.

* Zitiert bei Beale a.a.O. Seite 33.

Da war am Tage *vor* der Revolution bereits ein amerikanisches Kriegsschiff, die „Nashville“, in den Hafen Colon – an der Atlantikseite des Isthmus – eingelaufen, hatte ein dort liegendes kolumbisches Kanonenboot in Schach gehalten und schließlich zur Abfahrt veranlaßt.

Und da war sofort nach Ausbruch der Revolution ein in New York lebender Franzose – Monsieur Buneau-Varilla – telegraphisch von Panama aus zum „Außerordentlichen Gesandten bei der Regierung der Vereinigten Staaten“ ernannt und mit den „Vollmachten für politische und finanzielle Verhandlungen“ ausgestattet worden.

Ferner: Ganz im Gegensatz zur sonstigen Gepflogenheit bei neu entstehenden Staatswesen, beeilte sich das nordamerikanische State Department mit der diplomatischen Anerkennung – schon zwei Tage später war sie erfolgt. Und nur sieben weitere Tage vergingen, bis Buneau-Varilla in vornehmer Kutsche zum Weißen Haus fuhr, um „sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen“, wie es offiziell hieß. Außer jenem schlichten Telegramm lag freilich kein Papier vor, das hätte überreicht werden können.

Warum das alles so eilig geschah, stellte sich nach fünf weiteren Tagen heraus – die neue Republik war gerade zwei Wochen alt, als die Welt durch den Hay-Buneau Varilla-Vertrag überrascht wurde, der am 18. November 1903 unterzeichnet wurde und den Vereinigten Staaten nicht nur den Bau und die Verteidigung des Panama-Kanals gestattet, sondern auch die berühmte sogenannte Kanal-Zone von beiderseits je fünf Meilen „für immer“ einräumt. Schwierigkeiten gab es diesmal keine mehr, ja es wird behauptet, die Regierung von Panama habe den Vertrag telegraphisch anerkannt, bevor sie ihn gesehen hatte*.

Präsident Roosevelt richtete an die Regierungen aller zivilisierten Staaten einen Appell, die neue Republik Panama anzuerkennen; die einzige Großmacht, die etwas zögerte, war England.

Kolumbiens Proteste blieben unbeachtet; Roosevelt gab sofort Befehl, daß die amerikanischen Kriegsschiffe am Isthmus stationiert blieben – damit war dieses Kapitel abgeschlossen.

---

* Herzog a.a.O. Seite 217.

Es muß auch hier gesagt werden, daß es nachträglich vielerlei Debatten über die Rechtmäßigkeit all dieser Vorgänge gegeben hat, die Roosevelt burschikos in dem Satz zusammenzufassen pflegte: „I took Panama“ – „Ich nahm Panama“*.

Angesichts der Umstände, unter denen Panama „genommen“ worden war, sah sich im Jahr 1913 Präsident Wilson sogar veranlaßt, mit der Regierung von Kolumbien einen Vertrag zu schließen; darin wurde ein Bedauern für alles, was vorgefallen sei, ausgesprochen und eine Entschädigungssumme von 25 Millionen Dollar vorgesehen. Der darob moralisch entrüstete Expräsident Roosevelt konnte zwar durch seine Freunde im Senat die Ratifizierung dieses Vertrages verhindern, aber im Jahre 1921 – zwei Jahre nach Roosevelts Tod – ist dann doch noch eine Entschädigung an Kolumbien in Höhe von 25 Millionen Dollar bezahlt worden – allerdings ohne eine Entschuldigungsbemerkung.

*

Wichtiger als diese späten Nachspiele war: daß nun ab 1904 der Kanal endlich fertig gebaut wurde, wobei weiterhin beträchtliche technische Schwierigkeiten zu überwinden waren. Als nach zehn Jahren das Regierungsschiff „Ancon“ erstmals den neuen Kanal durchfahren und ihn eröffnen konnte, fand dieses Ereignis freilich kaum Beachtung in europäischen Zeitungen: Am 15. August 1914 war nämlich gerade Lüttich gefallen, der Erste Weltkrieg hatte begonnen; niemand dachte mehr ernstlich an Amerika.

---

* Weilenmann a. a. O. Seite 93.

Wilson verwirft die „alten Formeln“ und greift in Europa ein

Wir befinden uns nun an dem Punkt, an dem die nordamerikanische Geschichte für den europäischen und deutschen Beobachter erstmals unmittelbar wichtig wird.

Das Ausgreifen der Vereinigten Staaten über den kontinentalamerikanischen Bereich hinaus, konnte – von Rußland abgesehen – die europäischen Interessen nicht ernstlich stören, solange diese Bestrebungen sich in den Pazifischen Ozean entfalteten, das wie unter der Regie Theodore Roosevelts noch der Fall gewesen ist.

Daß, wie wir wissen, schon damals die politischen und militärischen Aktionen der USA gerne mit weltbeglückenden Redensarten begleitet wurden, nahm niemand ernst und es besteht Anlaß zum Verdacht, daß auch die energischen Leute, die von Washington aus jede Erfolgsgelegenheit wahrnahmen, ihre eigenen frommen Äußerungen zwar mit Lautstärke aussprachen, aber nicht allzu tief darüber nachdachten. Es ist ein recht mühseliges Unternehmen moderner Historiker, in die Politik des Mannes mit dem „dicken Stock“ eine „Philosophie“ hineinzudichten.

Eine diesbezüglich viel ergiebigere Persönlichkeit ist der Präsident Woodrow Wilson, der 1912 als Nutznießer eines Streites zwischen Theodore Roosevelt und seinem Nachfolger Taft ins Weiße Haus einzog*.

---

* Präsident Truman berichtet darüber in seinen Memoiren (a.a.O. Band II, Seite 222): „Theodore Roosevelt war es, der 1912 den Demokraten zur Wiedererringung der Präsidentschaft verhalf. 1908 hatte Roosevelt William Howard Taft zu seinem Nachfolger bestimmt. Aber noch ehe Taft seine Amtszeit beendet hatte, war Teddy von dessen Amtsführung so enttäuscht, daß er sich wieder selbst um die Nomination bewarb ... Obwohl Taft beim republikanischen Parteikongreß von 1912 die große Mehrheit seiner Partei gegen sich hatte, beherrschte er als der im Weißen Haus sitzende Präsident den Parteitag. Nicht einmal Roosevelt mit seiner großen Anhängerschaft vermochte etwas an dieser Sachlage zu ändern. Er verließ daraufhin den Kongreß und die Partei und ließ sich auf der sog. Bull-Moose-Liste nominieren. Beide republikanischen Kandidaten wurden von Woodrow Wilson, einem unserer größten Präsidenten, geschlagen und die Demokraten kehrten an die Macht zurück.“

Wilson: ein halbes Leben lang Professor, bevor er sich der Politik zuwandte, Gouverneur des Staates New Jersey und schließlich Präsidentschafts-Kandidat der seit anderthalb Jahrzehnten in die Opposition verwiesenen Demokraten wurde.

„Herr Wilson" – so charakterisierte ihn Theodore Roosevelt in seinen Erinnerungen (a.a.O. Seite 489) „ist ein gebildeter und gelehrter Mann, ein Meister der Redekunst und die Sätze in seinem Buch ‚Die neue Freiheit' sind gut ausgedrückte Behauptungen, die gewöhnlich eine Moral einschärfen, welche gesund, wenn auch unbestimmt und schlecht definiert ist."

Zu der „Moral", die Roosevelt ironisch in Wilsons Schriften schon damals entdeckt hat – und die bald darauf weltpolitische Bedeutung gewinnen sollte – gehörte z.B. die Ansicht, die „neue Freiheit" sei zu vergleichen „mit jenen Lüften, die die Schiffe des Kolumbus vorwärtstrieben und die die stolze Verheißung einer Glücksmöglichkeit mit sich trugen, deren Entfaltung Amerikas Aufgabe ist"*.

Als literarischer Appell eines Professors sind das ideal-nationalistische Sätze, denen auch Andersgläubige den Respekt kaum versagen werden; als politische Formel für die Handlungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten bezeichnen sie freilich Absichten und Erwartungen, die über die Forderungen der Roosevelt und Mahan hinsichtlich des Ausbaues amerikanischer Seeverbindungen weit hinaus gingen.

Im Kopf des phantasievollen Literaten zeichnete sich offenkundig ein Weltbild ab, in dem für alle anderen Staaten und Völker eine „amerikanische Aufgabe" zu leisten war** – wahrscheinlich ist auch das Projekt des biblischen Turmbaues zu Babel im Kopf eines zur Macht gelangten Phantasten entstanden?!

---

* Schlußsätze der Schrift „Die neue Freiheit", Deutsche Ausgabe, München 1914, Seite 225.

** Der amerikanische Professor Charles Callan Tansill charakterisiert in seinem Werk „Amerika geht in den Krieg" (Deutsche Ausgabe, Stuttgart 1939, Seite 342) Wilsons Ansichten mit milder Ironie: „In seiner Einführungsrede hatte Präsident Wilson von einer Regierung gesprochen, die ‚im Dienste der Menschlichkeit' stünde, und einige Monate später vertrat er ernstlich die Meinung, starke Nationen seien verpflichtet, festzulegen, was ‚rechtens und allgemein menschlich' sei. Die amerikanische Flagge solle nicht länger allein das Symbol Amerikas sein, sondern ein Banner, auf das die ganze Menschheit schwören könne."

Ein später bekannt gewordener deutscher Publizist, Dr. Fritz Gerlich, hat schon im Juni 1916 in den „Süddeutschen Monatsheften“ (München) über das „Zukunftsideal“ des amerikanischen Expansionsdranges Wilsonscher Prägung die bemerkenswert vorausschauenden Sätze geschrieben:

„Als angelsächsisches Weltherrschertum, in dem die Tochter Amerika für die aufs Altenteil gesetzte Mutter England die Führung übernimmt, will er nicht nur der westlichen Hemisphäre, sondern der ganzen Welt ‚das Gesetz auferlegen‘, natürlich auf Grund ‚göttlicher Bestimmung‘ im Interesse des Friedens und des Wohles der Menschheit!“ (a.a.O. Seite 325).

Sicherlich nicht ohne Billigung seines Präsidenten war Wilsons Staatssekretär Bryan zu der Überzeugung gelangt, die Vereinigten Staaten müßten der „*oberste moralische Faktor im Fortschritt der Welt und der anerkannte Schiedsrichter in den Streitigkeiten der Völker*“ werden*.

*

Woodrow Wilson wäre freilich nicht Sohn einer englischen Mutter gewesen, wenn die weitreichenden Ansichten über seine Sendung nicht in Angelegenheiten der praktischen Politik ihre Grenzen gefunden hätten; Theodore Roosevelt drückte sich (a.a.O. Seite 491) burschikos aus:

„Was er sagt, darauf kommt es in Zukunft wenig an; es kommt an auf das, was er tut.“

Es sollte sich herausstellen, daß auch die kritischen „Expansionisten“ sich nicht zu beklagen hatten – obwohl die Amtsübergabe des bisherigen Präsidenten Taft an den neugewählten Präsidenten Wilson am 4. März 1913 in kühler Zurückhaltung stattfand. Der bisherige und der neue Präsident fuhren zwar im gleichen Wagen zur Zeremonie, aber sie sprachen kein Wort miteinander und Taft erteilte Wilson nicht die geringste Information über die laufenden Geschäfte**.

Die einzige – für die Vereinigten Staaten allerdings wichtige – internationale Frage jener Tage waren die Wirren in Mexiko.

---

* Tansill a.a.O. Seite 342.

** Vgl. Truman a.a.O. Band II Seite 587.

Dort war am 22. Februar 1913 ein Präsident ermordet worden und an seine Stelle hatte sich ein Vollblut-Indianer – Victoriano Huerta – gesetzt, der eine ungewöhnliche militärische Laufbahn absolviert hatte und nun auf dem Wege des Offiziers-Putsches an die oberste Stelle des Staates gerückt war.

Die ganze mexikanische Geschichte wäre nicht eine einzige Zeile in diesem Buch wert, wenn nicht schon hier Wilson eine neue Linie seines politischen Handelns gezeigt hätte; seit Monroe war es Grundsatz der Vereinigten Staaten, eine Regierung „de facto" anzuerkennen, sobald sie sich in einem Staat tatsächlich im Besitz der Macht befand. Hinsichtlich der sehr häufigen und in der Regel gewalttätigen politischen Veränderungen in Mittel- und Südamerika war das ein sehr verständliches Prinzip – im Falle Panama sogar ausgesprochen vorteilhaft für die Vereinigten Staaten.

Obwohl es keinen Zweifel gab, daß Huerta die Kontrolle über Mexiko ausübte – und er sich hinsichtlich seines Aufstieges und seiner Regierungsmethoden kaum von seinen Vorgängern unterschied – erklärte Wilson schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme die mexikanischen Machthaber zu einem „Government of butchers", zu einer „Regierung von Metzgern" und ließ mitteilen, daß eine Anerkennung dieser Leute nicht in Betracht käme.

Soweit, so gut. Interessanter wurde die Geschichte ein Jahr später. In Vera Cruz, der mexikanischen Hafenstadt, waren ein paar amerikanische Matrosen von der Polizei verhaftet, aber alsbald unter Entschuldigungen wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Dieser bescheidene Zwischenfall fand Wilsons leidenschaftliche Aufmerksamkeit, wie sie geradezu Theodore Roosevelts würdig gewesen wäre: nicht genug mit der Haftentlassung und Entschuldigung – die mexikanische Garnison habe zu Ehren der amerikanischen Flagge einen Salut von 21 Schuß zu schießen! Der regierende mexikanische Indianerhäuptling lehnte stolz und kühl ab, was den Präsidenten der Vereinigten Staaten veranlaßte, ein Exempel zu statuieren. Amerikanische Marine-Füsiliere landeten – ohne jede Kriegserklärung – am 21. April 1914 in Vera Cruz und besetzten die Stadt nach heftigen Straßenkämpfen. Obwohl infolge dieser drastischen Maßnahmen das Regime Huerta im Juli 1914 schließlich gestürzt wurde und – ebenfalls durch einen Putsch – ein dem amerika-

nischen Präsidenten genehmer neuer Machthaber namens Carranza an seine Stelle trat, blieben die amerikanischen Besatzungstruppen bis November 1914 in Vera Cruz!

Der Vollständigkeit halber sei noch bemerkt, daß auch die Carranza-Herrschaft nicht sehr erfreuliche Beziehungen bewirkte. Im März 1916 sah sich Präsident Wilson erneut veranlaßt, eine Strafexpedition anzuordnen. Diesmal entsandte er den General Pershing – den späteren amerikanischen Oberbefehlshaber in Frankreich – an der Spitze einer Kavallerie-Division über die Grenze von Neu-Mexiko. Diese „Punitive Expedition" – wie das seltsame Unternehmen auch heute noch in den amerikanischen Geschichtswerken bezeichnet wird – dauerte fast ein volles Jahr, führte über 600 Kilometer (!) in mexikanisches Staatsgebiet und wurde schließlich ergebnislos abgebrochen: im Februar 1917, am Vorabend des amerikanischen Eingreifens in den europäischen Krieg . . .

Sowohl die Vera-Cruz-Episode wie die „Punitive Expedition" machen erneut deutlich, wie weit damals Amerika politisch immer noch von Europa entfernt war. Hier entbrannte ein Weltkrieg aus dem fast schlichten Anlaß der Mordtat von Serajewo; dort konnten opferreiche und weiträumige Gefechtshandlungen stattfinden, ohne daß man deshalb auch nur von Kriegszustand sprach. Ja, die amerikanischen Historiker verzeichnen mißgelaunt als Grund des Fehlschlages der Strafexpedition von 1916 die Weigerung der mexikanischen Regierung, ihre Eisenbahnen für den Transport der eindringenden Pershing-Truppen zur Verfügung zu stellen!

Noch eine weitere Lehre erteilt uns die merkwürdige Mexiko-Geschichte: Wie die völkerrechtlichen Vorstellungen des Präsidenten Wilson geartet waren, insoweit es sich um unmittelbare nordamerikanische Interessen gehandelt hat.

*

Als sich ab Ende Juni 1914 die europäische Krise zusammenbraute, die Anfang August zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte, verschwendete wohl keiner der damals führenden Staatsmänner einen ernsthaften Gedanken an die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der amerikanische Botschafter in

London war noch am 5. Juli 1914 der Ansicht: „Hier steht nichts zur Diskussion als Mexiko“* – was natürlich nicht bedeutet, in London sei damals über nichts anderes nachgedacht worden, sondern nur: gegenüber dem amerikanischen Botschafter bildete Mexiko das einzige Gesprächsthema!

Als dann jener oben erwähnte Huerta am 15. Juli endlich gestürzt wurde, begeisterte sich Botschafter Page noch im Brief vom 19. Juli 1914 an Wilson:

> „Nur diese Zeile jubelnder Beglückwünschung zu dem Lauf der Ereignisse. ... Bei dieser Demonstration der Richtigkeit Ihrer Voraussicht und Methode müssen sich nun die friedliebenden Mächte der Welt auf Ihre Seite stellen ...“

Dies alles zum Thema Mexiko, kein Wort von dem Aufmarsch der Fronten, der sich damals in ganz Europa vollzog.

Zehn Tage nach Pages Beglückung über die mexikanische Entwicklung kabelte (am 28. Juli 1914) immerhin der Pariser amerikanische Botschafter Herrick nach Washington, es sei sehr wohl möglich, daß eine „. . . dringende Bitte um Aufschub und Mäßigung von seiten des Präsidenten der USA von Europa geachtet und gebilligt werden könnte“.

Der amerikansiche Professor Charles Callan Tansill (von dem wir noch einiges hören werden, weil er über den amerikanischen Kriegseintritt sowohl in den Ersten wie in den Zweiten Weltkrieg gründliche Werke geschrieben hat**), findet, daß dieses Telegramm Herricks jeden, der die Vorgänge des damaligen Kriegsausbruches studiert, „vor eines jener großen Fragezeichen der Geschichte“ stelle. Es bleibe bedauerlich „daß der Präsident die Sache nicht in die Hand nahm und keinen leidenschaftlichen Aufruf zum Frieden erließ“.

Tatsache ist, daß nur der amerikanische Botschafter in London zum britischen Außenminister Grey gesandt wurde mit der

* Page an Wilson a. a. O. Seite 93.

** Außer dem oben bereits erwähnten Werk über den Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg (ich zitiere es als „Tansill I“) hat Professor C. C. Tansill noch ein ebenso gründliches Buch über die amerikanische Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges veröffentlicht: „Die Hintertür zum Kriege – Das Drama der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbor“, Deutsche Ausgabe, Düsseldorf 1956 (als „Tansill II“ zitiert). Tansills Arbeiten sind vor allem deshalb so wichtig, weil er – insbesondere zum Zweiten Weltkrieg – auch viel unveröffentlichtes Material im State Department einsehen und verwerten konnte.

schüchternen Anfrage, ob Amerikas Mithilfe „in der gegenwärtigen Krise annehmbar“ sei. Grey beschränkte sich darauf, für diese Bereitwilligkeit des Präsidenten zu danken – er verständigte nicht einmal seinen französischen Bundesgenossen, so uninteressiert war er an einer Mitwirkung Wilsons im verwickelten diplomatischen Spiel jener Tage.

Erstaunlicherweise richtete der Präsident aber dann doch am 4. August 1914 – also eine volle Woche nach der Anregung des Botschafters Herrick und erst als die Würfel des Krieges bereits gefallen waren – an die amerikanischen Botschafter in Berlin, Paris, Wien, St. Petersburg und London eine Note des Inhalts, der Präsident werde jede Gelegenheit begrüßen, „im Interesse des europäischen Friedens“ tätig zu werden.

Diese – in den Tagen, in denen die Millionen-Armeen der europäischen Nationen bereits aufeinander losstürzten – natürlich ganz belanglose Geste steht am Beginn einer langen Kette höchst merkwürdiger Ereignisse, die schließlich den Präsidenten Wilson in der Rolle eines höchst zweifelhaften Weltverbesserers in die Spiegelgalerie des Schlosses zu Versailles führten.

*

Hinsichtlich des europäischen Konfliktes gab es eine ebenso einleuchtende wie verbindliche Tradition für die Haltung der amerikanischen Regierung.

Schon 1783 hatte der Kongreß der Dreizehn Kolonien eine Entschließung gefaßt, die mit aller wünschenswerten Klarheit besagt hatte:

> „Unsere Staaten sollten in ihrem eigensten Interesse so wenig wie möglich in die Politik und Streitigkeiten Europas verwickelt werden.“

Noch deutlicher hatte bekanntlich der erste Präsident Washington in seiner berühmten Abschiedsbotschaft (vgl. auch Seite 36) gemahnt:

> „Warum sollten wir unser Schicksal mit einem Teil Europas verknüpfen und damit Frieden und Wohlfahrt unseres Landes in die Fallstricke europäischer Begierden, Rivalitäten, Interessen und Launen verwickeln?“

Dieser Rat entsprach der drastischen Äußerung des damaligen schwedischen Gesandten in London gegenüber dem Amerikaner John Adams (1784):

„Sie werden doch wohl" – so lautete die wohlgemeinte Bemerkung, die in die amerikanische Geschichte eingegangen ist „genügend gesunden Menschenverstand besitzen, um mit philosophischer Gelassenheit anzusehen, wie wir uns die Hälse abschneiden."*

Ich habe bereits erwähnt, daß diese Grundgedanken schließlich auch noch im zweiten Teil der sogenannten Monroe-Doktrin als feste Regel der amerikanischen Außenpolitik festgelegt wurden – und daß das alles noch während des ganzen 19. Jahrhunderts unangefochtenes Prinzip war.

Keiner besonderen Untersuchung bedarf es, daß für einen so ideal nach Weltgenesung strebenden Präsidenten wie Woodrow Wilson der praktische Gedanke einer Interesselosigkeit an europäischen Streitigkeiten – nur deshalb, weil sie unerfreulich waren und eine Einmischung keinen Gewinn versprechen konnte – nicht ernsthaft in Betracht kam.

Wenn er sich auch – wie es ja schon Theodore Roosevelt bemängelte – sehr „unbestimmt" ausdrückte, so darf man doch wohl als gewiß annehmen, daß Wilson an Washingtons Mahnung und an die Kehrseite der Monroe-Doktrin dachte, als er in seiner „Neuen Freiheit" abfällig urteilte:

„Die alten politischen Formeln stimmen nicht mehr zu unseren heutigen Aufgaben, sie lesen sich wie Dokumente aus verschollenen Zeiten" (a.a.O. Seite 39).

Wilson hatte sich, wie erwähnt, bereits in einer Nebenfrage – der Anerkennung der Huerta-Regierung in Mexiko – über die Monroe-Doktrin hinweggesetzt, in seinem Urteil über die amerikanische Politik im europäischen Krieg ließ er sich noch weniger durch die Lehrsätze von Leuten beeinflussen, die offenkundig schon über hundert Jahre tot und auch zu ihren Lebzeiten hinsichtlich der amerikanischen Weltmission nach seiner Ansicht zu phantasielos gewesen waren.

*

* Zitate nach F. R. Dulles: Amerikas Weg zur Weltmacht, Stuttgart 1957, Seite 9.

Woodrow Wilson war gewiß kein Macchiavelli und auch nicht von ähnlicher Einfallsfreude wie sein späterer Nachfolger Franklin Delano Roosevelt, und so dürfen wir auf den Verdacht verzichten, sein Zögern in der Frage eines Friedensaufrufes Ende Juli 1914 sei einfach von der kühlen Überlegung bestimmt worden, daß nur ein bereits in Gang befindlicher – nicht jedoch ein verhinderter – europäischer Krieg dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Gelegenheit zu ernsthafter Einflußnahme bieten würde.

Tatsache ist jedoch, daß des Präsidenten vertrauter Freund und Berater Edward M. House, der als „Oberst House" durch die Geschichtsbücher geistert, obwohl er nie eine militärische Rolle gespielt hat, schon Anfang August 1914 dringend von vorzeitigen Vermittlungsschritten abgeraten hat, bevor der „geeignete Augenblick" käme*.

Spätestens seit 1919 weiß die Welt, daß „geeignet" im Sinne von House nicht etwa der Moment zu gelten hatte, in dem ein Frieden etwa nach dem „status quo ante" (Wiederherstellung des Zustandes vor Kriegsbeginn) vermittelt werden konnte**, sondern eine Situation, in der dem Präsidenten Wilson die Möglichkeit zu einer weitergehenden Einflußnahme geboten sein würde:

> „Der Weltkrieg brach zu einer Zeit aus, als der Präsident und seine vertrautesten Ratgeber von einer neuen Weltordnung träumten, in der Gerechtigkeit unter amerikanischer Führung herrschen sollte."***

Unter diesen Vorzeichen – und nur so – werden die vielerlei Merkwürdigkeiten verständlich, die die amerikanische Szene in jenen schicksalsschweren Jahren beherrschten. Zunächst zeigte sich erkennbares Bestreben, von beiden kriegführenden Par-

* Zitiert nach Tansill I Seite 344. House reiste bereits vor Kriegsausbruch 1914 in diplomatischer Mission durch Europa. In den Jahren 1915 und 1916 wiederholte er diese politischen Reisen; ab November 1917 war er als Vorsitzender der amerikanischen Mission beim Alliierten Obersten Kriegsrat tätig.

** Sven Hedin (a.a.O. Seite 124) weist auf einen Bericht des damaligen französischen Ministers Hanotaux hin, wonach Frankreich im Herbst 1914 ein Friedensangebot an Deutschland erwogen habe; der amerikanische Botschafter in Paris habe jedoch zur Kriegsfortsetzung geraten und den späteren Kriegseintritt der USA in Aussicht gestellt.

*** Tansill I Seite 342.

teien einen gewissen Abstand zu bewahren, um jedenfalls die Anerkennung keiner Seite zu verlieren. Als sich bald zur Gewißheit herausstellte, daß die deutsche Seite jederzeit und unter allen Umständen eine amerikanische Vermittlung annehmen würde, verschob sich das Schwergewicht der öffentlichen Kundgebungen Wilsons immer mehr auf die Seite der englisch-französisch-russischen Entente, die sich jeglichem Einmischungsstreben gegenüber reserviert verhielt*, weil sie einen entscheidenden Sieg erhoffte. Schließlich wurde es klar, daß zur Mitentscheidung nur berufen war, wer mitgekämpft hatte; etwa im Frühjahr 1916 waren die Würfel gefallen: „Amerika sucht den Weltfrieden in einem Erfolg der Alliierten."**

*

In der historischen Literatur wird fast ausnahmslos die Ansicht vertreten, es sei der deutsche „unbeschränkte U-Boot-Krieg" gewesen, der den amerikanischen Kriegseintritt 1917 veranlaßt habe.

Diese Auffassung ist nach meiner Ansicht richtig und falsch zugleich.

Natürlich unterliegt es keinem Zweifel, daß mehrjährige Auseinandersetzungen über die Kriegführung der deutschen Unterseeboote dem Abbruch der Beziehungen und der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland vorausgegangen sind und daß die amerikanische Öffentlichkeit mit diesem Thema schließlich bis zum Siedepunkt erhitzt wurde.

Unbeantwortet aber steht die Frage in der Geschichte: Ob nicht Präsident Wilson sich auch dann – freilich mit anderen Argumenten – den Zutritt und eine entscheidende Rolle auf der Friedenskonferenz erwirkt haben würde, wenn es keine U-Boot-Diskussion gegeben hätte?

Solange es ihm möglich schien, sich eine Stellung zwischen oder über den Kriegführenden ohne Kriegseintritt aufzurichten, hat er auch mit der englischen Regierung manchen Streit über Schiffahrtsfragen ausgefochten – hier freilich verzichtete er

---

* Das zeigte sich bereits, wie Tansill I Seite 345f. berichtet, in den ersten Septembertagen 1914.

** Kapitelüberschrift bei Tansill I Seite 342.

darauf, die Dinge auf die Spitze zu treiben, wie dies dann schließlich Deutschland gegenüber geschehen ist.

*

Es lohnt sich auch heute noch, jenen bitteren U-Boot-Streit wenigstens in seinen Kernpunkten zu besprechen; diese Geschichte ist seltsam und abwechslungsreich genug.

Da ist zunächst die allenthalben vergessene oder verschwiegene Tatsache zu notieren, daß es als erste die *Engländer* waren, die im Sommer und Herbst 1914 die bis dahin geltenden Seekriegs-Gepflogenheiten verletzten, indem sie eine umfassende Wirtschaftskriegführung gegen Deutschland organisierten, die sich nicht nur gegen Seetransporte in deutsche, sondern auch gegen solche in neutrale Häfen richtete, und die überdies keineswegs auf die bis dahin übliche „Konterbande" beschränkt wurde, sondern sich auf den gesamten Lebensmittelbereich erstreckte. Es handelte sich um eine Fülle von Maßnahmen der britischen Marineleitung, die von einer eigenen sog. Banngutabteilung im britischen Außenministerium* gesteuert wurde. Schließlich sahen sich alle an Deutschland angrenzenden neutralen Länder in ihrem ganzen Handel einer immer engmaschigeren britischen Aufsicht unterworfen, die keineswegs nur Kriegsmaterial, sondern auch jegliche Rohstoffe und Nahrungsmittel erfaßte. Obwohl es sich nicht um eine Blockade im Völkerrechtssinne handelte (denn die britische Marine hatte sich aus der Nordsee zurückgezogen), ging diese planmäßig seit 1908 vorbereitete Wirtschaftskriegführung gegen das eingeschlossene Deutschland unter dem Begriff der „Hungerblokkade" in die Geschichte ein**.

Es bedarf keiner Unterstreichung, daß alle diese sofort nach Kriegsbeginn zügig einsetzenden und schon im Herbst 1914 entschieden wirksamen Maßnahmen nicht nur empfindliche Eingriffe in die Freizügigkeit der neutralen Staaten mit sich

---

* Ihr Leiter war Sir Eyre Crowe, auf dessen Wirken im Vorstadium des Ersten Weltkrieges ich in meinem Buch „Alter Feind – was nun?" (Seite 21 ff.) hingewiesen habe.

** Vgl. dazu die auf Grund amtlicher britischer Darstellung bearbeitete Veröffentlichung von Professor Dr. Victor Bohmert: Die englische Hungerblockade im Weltkrieg 1914–1915 (Essen 1943).

brachten, sondern auch durch die bewußte und unbestrittene Einbeziehung der deutschen Zivilbevölkerung in drastischem Widerspruch zur damals gültigen Völkerrechtsauffassung standen; danach sollte die Kriegführung nur eine Angelegenheit bewaffneter Streitkräfte sein*.

Hunger und Unterernährung führen freilich nur langsam und nicht dramatisch zum Tod von Menschenmassen, und so konnte von einer innerdeutschen Hungerkatastrophe infolge der Blokkade damals noch nicht gesprochen werden – erst bei Kriegsende wirkte sie sich im gesundheitlichen Zusammenbruch von Millionen Frauen, Kindern und Greisen aus, während die kämpfende deutsche Truppe natürlich bis zuletzt versorgt war.

Der kaiserlichen Kriegspropaganda ist es nie gelungen, das Unmenschliche und dabei für die tatsächliche Kriegführung nur indirekt wirksame Prinzip dieser britischen Hungerblockade der Öffentlichkeit in den neutralen Ländern begreiflich zu machen. Die Zeitungsredakteure in aller Welt begannen erst dann aufzuhorchen, als die deutsche Seekriegsleitung improvisierte Gegenmaßnahmen ergriff.

Die deutsche Marine besaß zu jener Zeit einige wenige Untersee-Boote, die zunächst nur für Streifzüge und Erkundungen eingesetzt wurden. Am 21. Dezember 1914 wies erstmals Großadmiral von Tirpitz in einer Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand darauf hin, daß Deutschland – durch die britische Aushungerungspolitik zum Äußersten getrieben – in der Lage sei, seinerseits die britischen Inseln durch U-Boote zu blockieren.

„England will uns aushungern!“ rief Tirpitz damals aus. „Wir können dasselbe Spiel treiben, England einschließen, jedes englische Schiff oder jedes seiner Verbündeten, das sich irgend einem Hafen Englands oder Schottlands nähert, torpedieren und dadurch den großen Teil der Nahrungsmittelzufuhr abschneiden.“

Hier bestand nun freilich auch eine völkerrechtliche Schwierigkeit: Die nichtgepanzerten Untersee-Boote konnten aus

* Noch im Burenkrieg gab der englische Premierminister Lord Salisbury die Erklärung ab, daß Nahrungsmittel nur dann als „Kriegskonterbande“ zu gelten hätten, wenn sie nachweislich für die feindlichen *Streitkräfte* bestimmt seien (Tansill I Seite 117).

Gründen ihrer eigenen Sicherheit (schon der Rammstoß eines Frachters genügte zu ihrer Vernichtung) unmöglich Schiffe anhalten, untersuchen und erst nach Abhaltung eines „Prisengerichts“ zur Versenkung schreiten. So war das nach den aus früheren Jahrhunderten stammenden völkerrechtlichen Regelungen üblich. Die warnungslose Versenkung aller in dem von der deutschen Admiralität bezeichneten „Seekriegsgebiet“ um England angetroffenen Kauffahrtei-Schiffe, wie sie ab 18. Februar 1915 dann in Kraft trat, war zweifellos eine dem überlieferten Völkerrecht ebenso widersprechende Kriegsmaßnahme wie die britische Lebensmittel-Blockade.

Die neutralen Staaten einschließlich Nordamerikas hatten sich vorher – wenn auch unter Protest – dem britischen Verlangen gebeugt, keine Rohstoffe und Lebensmittel nach Deutschland zu liefern; jetzt standen sie vor der Frage, ob sie auch der entsprechenden deutschen Forderung: keine Schiffe in das erklärte Seekriegsgebiet zu entsenden, Folge leisten wollten.

Es braucht hier nicht jede Phase der oft geänderten deutschen Befehle an die U-Boot-Kommandanten erörtert zu werden; so wurden z.B. später grundsätzlich große Passagierschiffe und erkennbar unbewaffnete Handelsschiffe von der Versenkungsdrohung ausgenommen.

Für die neutralen Staaten, an deren Spitze eigentlich der Präsident der USA hätte treten müssen (eine Politik, die Wilson grundsätzlich ablehnte), war die Lage klar: sie mußten entweder die ihnen auferlegten Beschränkungen auf *beiden* Seiten anerkennen oder sie mußten durch gemeinsames Auftreten sowohl bei England wie bei Deutschland die Wiederanerkennung des bisherigen Völkerrechtes durchsetzen.

Es gab in der Tat noch in den Tagen unmittelbar vor dem Inkrafttreten der U-Boot-Kriegführung einen vom amerikanischen Staatssekretär Bryan befürworteten Vorschlag*, England solle die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland und ihre dortige Verteilung an die Zivilbevölkerung unter amerikanischer Kontrolle gestatten, wogegen der deutsche U-Boot-Krieg unterbleiben solle. Diese vernünftige Anregung verlief im Sande, wie auch jeder weitere Versuch, das durch die U-Boot-Kriegführung zwischen Berlin und Washington aufgetretene Streitthema verständig zu regeln. Es hat bei den vielen Noten-

wechseln der folgenden zwei Jahre auf deutscher Seite nie am guten Willen, manchmal freilich an diplomatischer und propagandistischer Geschicklichkeit gefehlt, während die Hand des Präsidenten und seines Freundes House stets bemerkbar wurde, wenn etwa eine Anerkennung des deutschen Vergeltungsrechtes – um das allein ging es in diesem Falle – in die Nähe rückte.

Da ging es gleich im Frühjahr 1915 um die sehr einschneidende Frage einer amtlichen Warnung amerikanischer Staatsbürger vor der Benützung von Schiffen Kriegführender. Der Staatssekretär Bryan war von vornherein der Ansicht, eine solche Warnung müsse veröffentlicht werden – aber er hat nie durchgesetzt, daß Präsident Wilson diesem Rate folgte.

Natürlich handelte es sich um eine Frage von weitreichender Bedeutung: Begaben sich *nach* solcher amtlicher Kundgebung amerikanische Staatsbürger trotzdem auf britische Schiffe oder reisten sie in das Seekriegsgebiet, so taten sie es dann ähnlich auf eigene Gefahr wie etwa Kriegsberichterstatter, sie sich den Frontlinien an der Somme oder bei Verdun näherten. Professor Tansill urteilt ebenso zurückhaltend wie treffend (Tansill I Seite 214):

> „Wenn es Bryan gelungen wäre, die Unterstützung des Präsidenten für seine Ansicht zu erhalten, nämlich daß amerikanische Bürger nicht auf Schiffen der Kriegführenden reisen sollten, dann hätte es keinen ‚Lusitania'-Zwischenfall gegeben und die Auseinandersetzung mit Deutschland über den U-Boot-Krieg hätte sich nicht soweit entwickelt, daß sie unvermeidlich zum Krieg führte."

Die Versenkung des britischen Fahrgastschiffes „Lusitania" – am 7. Mai 1915, wenige Wochen nach Beginn des U-Boot-Krieges – ist in der Tat nur deshalb zu einem Weltereignis geworden, weil die amerikanische Regierung sich strikt geweigert hat, ihre Bürger von einer Benutzung dieses unvermeidlich gefährdeten Schiffes abzuhalten.

Es ist eine groteske, aber nachweisbar historische Tatsache, daß in den New Yorker Zeitungen vom 1. Mai 1915 – dem Tag der Abfahrt der „Lusitania" – tatsächlich eine Warnung erschien: aber sie hatte nur die Form einer Anzeige und ging vom New Yorker deutschen Propagandabüro aus, dessen vorhergegangene Diskussion Tansill (I, Seite 218) anregend schildert:

„Im April 1915 hielt die deutsche ‚Propagandaabteilung' in Amerika eine wichtige Zusammenkunft ab, um über den Erfolg ihrer Anstrengungen zur Schaffung einer pro-deutschen Stimmung in gewissen Kreisen zu reden. Die Mitglieder waren in ‚guter Stimmung' über das Ergebnis ihrer Bemühungen, aber S. Viereck, der Herausgeber der Zeitschrift ‚The Fatherland' erhob warnend seine Stimme: ‚Früher oder später wird irgendein großer Passagierdampfer mit Amerikanern an Bord von einem Untersee-Boot versenkt werden. Dann aber wird der Teufel los sein'. Ein deutscher Marinesachverständiger, der ihm erwiderte, wies auf die Tatsache hin, daß durch die englische Blockade Tausenden deutscher Kinder der Hungertod drohe, die Amerikaner müßten doch von der Gewalttätigkeit dieses englischen Unternehmens tiefer beeindruckt werden als von den Taten der deutschen U-Boote. Seine Ausführungen hatten jedoch nur geringe Wirkung und riefen folgende schlagende Antwort Dr. Dernburgs hervor: ‚Das amerikanische Volk kann sich nicht hunderttausend oder eine Million von Kindern vorstellen, die infolge der englischen Blockade langsam dem Hungertod entgegengehen, aber es kann sich sehr wohl das schmerzerfüllte Gesicht eines kleinen Kindes vorstellen, das in den Trümmern ertrinkt, die der Torpedoschuß eines deutschen U-Bootes verursachte.' Dr. Dernburg sprach so zwingend und seine Darlegung war so eindrucksvoll, daß Dr. Fuehr sich nach dem Abfahrtsdatum des nächsten Passagierdampfers nach England erkundigte. Als man entdeckte, daß die ‚Lusitania' binnen kurzem abfahren würde, rief Viereck ganz erregt: ‚Dann veröffentlicht doch eine Warnung bevor die Lusitania wegfährt!' Die Propaganda-Abteilung nahm diesen Vorschlag einstimmig an ..."

Heute wissen wir, daß die Versenkung der Lusitania, bei der 1198 Personen, darunter 270 Frauen und 94 Kinder ums Leben kamen (von 197 mitreisenden Amerikanern ertranken 128, darunter ein Vanderbilt), „fast eine Tücke des Schicksals" war, wie Professor Tansill (I Seite 217) sich ausdrückt. Das große britische Fahrgastschiff kam in Schußweite des auf dem Rückmarsch nach Emden befindlichen deutschen U-Bootes nur infolge einer unvorschriftsmäßigen Fahrtminderung und im Zuge einer unmotivierten Kursänderung.

In all der unvermeidlichen und angesichts der hohen Menschenverluste verständlichen Empörung der Weltöffentlichkeit,

konnten sich die deutschen Argumente nicht ernstlich Gehör verschaffen: Die „Lusitania“ hatte sich nicht nur innerhalb des erklärten Kriegsgebietes befunden, es erwies sich auch, daß die inneren Explosionen – hervorgerufen durch 4200 Kisten Metallpatronen und 1200 Kisten Schrapnells mit insgesamt über 10 Tonnen Explosivstoffen – das Zerstörungswerk zur Katastrophe werden ließen. Unbeachtet von der öffentlichen Meinung blieb auch die Tatsache, daß die „Lusitania“ in amtlichen englischen Schiffsregistern als „bewaffnet“, in einem Register sogar als „fighting ship“, also als Hilfskreuzer, bezeichnet wurde.

Man hätte freilich erwarten können, daß nun nach diesem tragischen Ereignis der amerikanische Präsident sich endlich entschlossen hätte, seine Staatsangehörigen vor Reisen nach England zu warnen. Das aber geschah wiederum nicht und ist auch fernerhin nie geschehen. Während Wilson es unbewegt hinnahm, daß die britische Regierung jegliche überseeische Lebensmittelversorung Mitteleuropas unterband, stellte er sich Deutschland gegenüber auf den Standpunkt, jeder amerikanische Staatsbürger habe das Recht, durch das Seekriegsgebiet zu reisen und dürfe von deutschen U-Booten dabei nicht gefährdet werden!

Ein Jahr später – die deutsche Regierung hatte inzwischen soweit nachgegeben, daß sie eine Entschädigung an die Angehörigen der auf der „Lusitania“ umgekommenen Amerikaner zu zahlen versprach – versuchte man im Kongreß eine Entschließung durchzubringen, in der der Präsident zu der längst überfälligen Warnung aufgefordert werden sollte. Obwohl eine große Mehrheit der Abgeordneten entschieden für eine solche Maßregel eintrat, gelang es Wilson, eine Vertagung dieser Abstimmung durchzusetzen. Er war – das ergibt sich aus allen Tatsachen der sonst recht verwickelten Geschichte – geradezu wild entschlossen, ein offizielles Warnungswort zu verhindern!

Es mag dazu angefügt werden, daß diese völkerrechtlichen Fragen im Zweiten Weltkriege keine Rolle mehr spielten: Das Recht eines unbeschränkten U-Boot-Krieges (wie das einer Lebensmittelblockade) ist inzwischen unbestritten. Bereits beim Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Italien und Abessinien im Oktober 1935 wurde in Washington eine Proklamation

erlassen, in der die amerikanischen Bürger aufgefordert wurden, nicht auf Schiffen von Kriegführenden zu reisen . . .

*

Es gab *noch* eine Episode, in der um Haaresbreite der U-Boot-Streit mit Deutschland eine verständige, friedliche Lösung gefunden hätte.

Die britische Admiralität war angesichts der U-Boot-Gefahr dazu übergegangen, alle Handelsschiffe mit Kanonen zu bewaffnen. Die leichte Bewaffnung von Kauffahrtei-Schiffen war nach alter Völkerrechtssitte erlaubt; sie konnte Überwasser-Kriegsschiffen nicht gefährlich werden. Anders verhielt es sich natürlich gegenüber den U-Booten; die ganze Bewaffnungs-Aktion hatte den Sinn, eine zusätzliche U-Boot-Jagd zu organisieren und die deutsche Seekriegsleitung verbesserte ihre Anweisungen an die U-Boot-Kommandanten dahingehend, daß nur noch Angriffe auf erkennbar bewaffnete Schiffe erlaubt seien.

Da zeichnete sich nun eine neue Verständigungsmöglichkeit in der U-Boot-Frage ab: Am 18. Januar 1916 erörterte eine Note des amerikanischen State Departments an das britische Foreign Office (Tansill I Seite 333) die Möglichkeit eines Übereinkommens zwischen den Kriegführenden des Inhalts, daß

a) die U-Boot-Kommandanten gehalten seien, sich an die Regeln des Anhaltens und Durchsuchens eines Schiffes zu halten, daß aber

b) Handelsschiffe keinerlei Bewaffnungen führen dürften.

In einer zusätzlichen Erörterung mit House ging Staatssektreär Lansing so weit, zu erklären:

„Wenn Handelsschiffe bewaffnet sind und Geschütze benützen, um angreifende U-Boote zu versenken, und da dies geschehen ist und Handelsschiffe jetzt angehalten werden es zu tun – ist es unvernünftig darauf zu bestehen, daß U-Boote es wagen sollten an die Wasseroberfläche zu kommen, um vorher zu warnen.“

Die Folge dieser Äußerung, die möglicherweise einen Weg aus dem Irrgarten gewiesen hätte, war nur ein Telegramm von House, der sich gerade in London aufhielt und im Auftrag Wilsons mit Außenminister Grey über den wahrscheinlichen Kriegs-

eintritt der USA verhandelte. House nahm aufgeregt gegen diesen Vergleichsvorschlag Stellung:

„Mit dem Streit über die bewaffneten Handelsschiffe hängt soviel anderes zusammen, daß ich bestimmt hoffe, Sie werden in der Lage sein, ihn in der Schwebe zu halten ..."

Diese „Schwebe" wurde dann das ganze Jahr 1916 hindurch aufrecht erhalten; im Herbst fand nämlich eine Präsidentschafts-Neuwahl statt; Wilson erzielte die Wiederwahl ohne Schwierigkeit, denn seine Wahlparole lautete: „He kept us out of war" – „er hielt uns aus dem Krieg heraus"!

Als der Wahlsieg gesichert und außerdem klar war, daß die Gewichte des Kriegsverlaufes sich gegen Deutschland neigten, war des Bleibens Graf Bernstorffs, des deutschen Botschafters in Washington, nicht mehr lange. Auch in Berlin hatte man es inzwischen aufgegeben, an einen ehrlichen Vermittlerwillen des amerikanischen Präsidenten zu glauben; in der Hoffnung, durch scharfen Zugriff der U-Boote den Krieg doch noch zu retten, wurde man sogar ziemlich rücksichtslos und erleichterte dem Präsidenten den Absprung in den Krieg. Am frühen Morgen des 3. Februar 1917 sprach ein Beamter des State Departments in der deutschen Botschaft vor und hinterließ eine Note, die mitteilte, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland abgebrochen seien.

Damit war noch nicht der Krieg erklärt; dies zu tun ging über die Rechte des Präsidenten hinaus – und es scheint sogar, daß Wilson immer noch zögerte. Tansill (I Seite 427f.) gibt eine geradezu gemütvolle Schilderung dieser entscheidungsvollen Wochen, in denen der neue Weg Nordamerikas endgültig festgelegt wurde:

„In den Monaten, die unmittelbar dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg vorausgingen, blieb der Präsident in seiner Haltung zu beiden Gruppen der Kriegführenden bemerkenswert objektiv. Die Kreuzzugsstimmung, die aus den Worten des Obersten (House) und Lansings sprach, fehlte völlig in seinen Ansprachen und in seinem Briefwechsel. In den letzten Märztagen 1917 ging eine Veränderung in ihm vor; seine Ausdrucksweise nahm einen kriegerischen Klang an ... In steter enger Fühlung mit Oberst House begann der Präsident seine Kriegsbotschaft an den Kongreß vorzubereiten.

Unter dieser geistigen Leitung kam dem Staatsoberhaupt rasch die Erkenntnis, daß sich in dem ihn umgebenden Chaos unvermittelt Lichtpunkte zeigten. Der Oberst wies immer wieder darauf hin, die Alliierten führten einen ‚Krieg für die Demokratie'; den Gedanken griff der Präsident gelehrig mit dem größten Eifer auf ... In seiner Ansprache vom 2. April erfüllte der Präsident die Erwartungen seiner zuversichtlichsten Freunde. Seine Anklage gegen die deutsche Regierung hätte nicht schärfer sein können ... der uneingeschränkte U-Boot-Krieg sei ein ‚Krieg gegen die Menschheit'. Auf diese Herausforderung werde Amerika nicht ... den Weg der Unterwerfung wählen und die heiligsten Rechte unserer Nation und unseres Volkes mißachten und verletzen lassen. Amerika müsse für die Erhaltung seiner überkommenen Güter kämpfen, gerne zöge es mit den Alliierten in den Kampf für ... die Demokratie, für das Recht derer, die sich der Regierung unterwerfen, um selbst einen Anteil an ihr zu haben, für die Rechte und Freiheit der kleinen Nationen und für eine allgemeine Herrschaft des Rechtes durch eine Übereinkunft freier Völker, die allen Nationen Frieden und Sicherheit bringen und die Welt selbst endlich frei machen sollen ..."

Auch der Kongreß war nun der Ansicht, das die Vereinigten Staaten „nicht anders" konnten. Die Abstimmung über die Kriegsresolution ergab am 4. April 1917 82 Ja- und 6 Nein-Stimmen im Senat, sowie 373 Ja- gegen 50 Nein-Stimmen im Repräsentanten-Haus.

*

Es ist schwierig, darüber zu urteilen, was unmittelbar im Denken des Präsidenten zu der „Veränderung" „in den letzten Märztagen 1917" beigetragen hat, wie sie Tansill schildert.

Der spätere Präsident Herbert Hoover, damals Leiter des amerikanischen Hilfswerkes für die belgische Bevölkerung, besuchte Wilson in den ersten Märztagen 1917 und fand ihn noch ganz in zweifelhafter Stimmung. Hoover berichtet*, er habe in diesem Gespräch zunächst seine eigene Meinung dahin ausgedrückt, er hoffe, es werde sich noch eine Lösung finden lassen, die die USA nicht in den Krieg verwickle. Wilson erwiderte,

* Herbert Hoover: Memoiren, Deutsche Ausgabe, Mainz 1951, Band I, Seite 200.

auch er hoffe, „daß dieser letzte Schritt Amerika erspart bleiben würde. Wegen der Beteiligung des Zaren übernahm er jedoch noch nicht die in Europa verbreitete Propaganda-These, daß es hier in einen Kreuzzug ging, in einen heiligen Krieg für die Demokratie".

Wenige Tage nach diesem Gespräch Hoovers mit Wilson kamen freilich die Telegramme aus Petrograd, wo am 15. März 1917 der Zar gestürzt wurde.

Haben diese Nachrichten* die letzte Hürde weggenommen?

Wer mag das heute noch entscheiden?

Sicher ist nur eines: Der U-Boot-Streit mit Deutschland war zwar der mit Bedacht gewählte und jahrelang bereitgehaltene *Anlaß*, nicht jedoch eine *zwingende Ursache*** für die Verwerfung der „alten Formeln" Washingtons und Monroes und für die Einmischung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Kampf der europäischen Mächte.

---

* Nach C. H. Peterson: Propaganda for War The campaign against American neutrality 1914–1917, University of Oklahoma 1939 (Seite 319) teilte Wilson seinen Entschluß zur Kriegserklärung dem Kabinett am 20. März 1917 mit, also unmittelbar nach der russischen Frühjahrsrevolution, der dann im November der bolschewistische Umsturz folgte.

** Vgl. Anmerkung Seite 120f.

Der Phantast und die Katastrophe

Wer das Ereignis bespricht, das den bitteren Kampf des Ersten Weltkrieges beendete, darf, ja muß zum Wort „Katastrophe“ greifen.

Dutzendmal – in jedem ernsteren Gespräch während meiner Reise – brachte ich das Argument vor: „Adolf Hitler war nichts anderes als der legitime Sohn von Versailles – es wäre erstaunlich gewesen, hätte es einen Mann wie ihn in Deutschland nicht gegeben. Kein Volk läßt sich das gefallen, was nach 1918 mit den Deutschen geschah.“

Ich habe kein einziges Wort des Widerspruchs gehört; in Anbetracht der Tatsachen gibt es auch kein ernsthaftes Gegenargument, und es ermüdet fast, die alte Geschichte zu wiederholen, wie man damals Deutschland erniedrigt und ausgeplündert hat.

*

Die Rolle, die der amerikanische Präsident dabei spielte, könnte man albern nennen, wären die Folgen nicht so vernichtend gewesen, und hätte nicht der Wilsonsche Frieden, den er hochtrabend als Welterlösung anpries, zwangsläufig zur Brutstätte eines neuen Krieges werden müssen.

Schon an anderer Stelle habe ich die berühmten „14 Punkte“ zitiert*, mit denen Präsident Wilson am 8. Januar 1918 hervorgetreten ist, und deren Annahme sowohl durch die deutsche wie durch die alliierten Regierungen die Rechtsgrundlage des Waffenstillstands vom 11. November 1918 gebildet hat. Es lohnt sich freilich, den Kommentar zu erwähnen, mit dem Wilson damals im Januar des letzten Kriegsjahres seine Ankündigungen versah:

> „Wir sind nicht auf Deutschlands Größe eifersüchtig, und es ist nichts in diesem Programm enthalten, das sie schmälert. Wir neiden ihm keine Errungenschaft oder Auszeichnung in Wissenschaft oder friedlicher Unternehmung, wie sie seine

* „Alter Feind – was nun?“ Seite 39.

Geschichte so glänzend und beneidenswert gemacht haben. Wir wollen ihm kein Unrecht tun oder irgendwie seinen rechtmäßigen Einfluß oder seine Macht beschränken. Wir wollen es weder mit den Waffen noch durch feindselige Handelsübereinkommen bekämpfen, wenn es bereit ist, sich mit uns und den anderen friedliebenden Völkern der Welt zu Verträgen über Recht und Gerechtigkeit und der Billigkeit entsprechenden Handelsverhältnissen zu einigen. Wir wünschen ihm nur einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt – der neuen Welt, in der wir leben – nicht einen Herrscherplatz."

Nun – der letztere Satz ist typischer Ausfluß der Kriegspropaganda. Auch der Erste Weltkrieg ist nicht um die Utopie einer deutschen „Weltherrschaft" geführt worden. Dieses Schlagwort hat niemals Anspruch gehabt, ernstgenommen zu werden, es sei denn als Beispiel dafür, wie dreist Lügen sein können, ohne an Propagandawirkung zu verlieren! Natürlich ist niemals ein deutscher Phantast, geschweige denn ein politischer Führer auf die Idee gekommen, ein Volk von 60 bis 80 Millionen Menschen – und seien sie noch so tüchtig und tapfer – könne die Weltnationen in ihrer unübersehbaren Vielfalt unter seine Botmäßigkeit bringen. Es gibt zwar solche Völkerträume – meist religiös bestimmt – aber sie sind nicht in Deutschland beheimatet. Jedenfalls war der Erste Weltkrieg in Wirklichkeit von Anfang an ein jahrelang erwogener und vorbereiteter britischer Rivalitäts-, französischer Revanche- und russischer Eroberungskrieg. Daß schließlich der wichtigste Artikel des Versailler Diktates der Behauptung gewidmet wurde, Deutschland sei am Kriege alleinschuldig, widerlegt das historische Tatsachenbild nicht, sondern rundet es nur ab.

*

Es gibt zur Frage „Versailles" nur einige wenige Punkte, die in diesem Buch von Interesse sind.

Das erste dieser Probleme lautet: War der Präsident „reinen Glaubens", als er den „Frieden der Gerechtigkeit" verkündete, oder wußte er über die wirklichen Ziele seiner Bundesgenossen, wie sie sich dann in Paris geradezu schamlos präsentierten, ausreichend Bescheid?

Einen bemerkenswerten Hinweis bietet die Befragung Wilsons, die schon am 19. August 1919 im Weißen Haus stattfand. Mehrere Senatoren wollten wissen, ob dem Präsidenten die Geheimverträge bekannt waren, die von englisch-französischer Seite bereits 1915, 1916 und 1917 über die Aufteilung der Türkei und Österreich-Ungarns getroffen worden waren.

Das Frage- und Antwortspiel spricht für sich*:

„Senator Borah: Wann sind Ihnen die Geheimverträge zwischen Großbritannien, Frankreich und den übrigen europäischen Nationen betreffs gewisser in Europa vorzunehmender Umgruppierungen zum ersten Mal zur Kenntnis gelangt? War es auch erst nach Ihrem Eintreffen in Paris?

Präsident Wilson: Ja, die ganze Folge geheimer Abmachungen wurde mir dort zum ersten Male enthüllt.

Senator Borah: Also wußten wir, wenigstens was unsere Regierung anbelangt, nichts von diesen Geheimverträgen, ehe Sie in Paris angekommen waren?

Präsident Wilson: Es sei denn, daß das State Department Informationen besaß, von denen mir nichts bekannt war."

Es muß dazu gesagt werden, daß diese Auskunft des Präsidenten schon damals nicht überzeugen konnte: die in Rede stehenden Geheimverträge waren nämlich bereits im Winter 1917–18 durch die soeben zur Macht gelangte russische Lenin-Regierung bekanntgegeben worden und standen damals in den Zeitungen; im Londoner „Daily Herald" wurden bereits am 11. Mai 1918, also ein Jahr vor der Pariser Konferenz sogar Gegenüberstellungen zwischen den formalen Bekenntnissen britischer Staatsmänner und den tatsächlichen durch Verträge festgelegten Kriegszielen der Alliierten veröffentlicht**.

Wilson mußte wissen, daß seine gewiß treffliche Formel vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" in den Festlegungen des bevorstehenden Friedens nur insoweit eine praktische Rolle spielen würde, als es sich um die Auflösung des Habsburger Reiches handelte, nicht jedoch in den Gebieten, die in ihrem Volkscharakter deutsch waren. Es war nicht nur ausgemacht, daß die Italiener Triest und Südtirol bis zum Brenner – also ein Gebiet von zweifelsfrei deutschem Charakter – erhalten

* R. St. Baker: Wilson, Memoiren und Dokumente, Deutsche Ausgabe, Leipzig, Band I Seite 38f.

** Baker a. a. O., Band I Seite 45ff.



Woodrow Wilson an Bord der „George Washington"

sollten, auch der „Zugang Polens zum Meer" sah Gebietserwerbungen ohne Befragung der Bevölkerung vor, ja sogar die Abtrennung des linken Rheinufers von deutschem Staatsgebiet war Gegenstand von Vereinbarungen, über die die russischen Veröffentlichungen drastische Deutlichkeiten offenbarten.

Wir mögen dem Präsidenten zubilligen, daß er sich der Tragweite dieser diplomatischen Geheimakten nicht voll bewußt gewesen sein mag, vielleicht hat er erst in Paris begriffen, daß nach einem totalen Sieg solche Rechnungen stets vorgelegt werden. Was freilich auch bei mildester Beurteilung übrig bleibt ist der peinliche Eindruck eines Phantasten, mit dem die Realisten am Konferenztisch ihr Spiel trieben.

*

Die drei Hauptmerkmale des Versailler Diktates – es gab bekanntlich keine Verhandlung zwischen Siegern und Besiegten – waren: Die Bildung des polnischen und tschecho-slowakischen Staates unter Einbeziehung beträchtlicher deutscher Siedlungsgebiete; die Festlegung deutscher militärischer Abrüstung ohne gleichzeitige Abrüstung der anderen europäischen Mächte, und schließlich die unbegrenzte Belastung des deutschen Wirtschaftslebens mit einer sogenannten „Reparations"-Verpflichtung.

Die Weimarer Republik mußte nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein finanzielles und volkswirtschaftliches Todesurteil annehmen, als ihre Bevollmächtigten unter den Augen des Präsidenten Wilson am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal von Versailles die Unterschrift leisteten, um die drohende Wiederaufnahme der alliierten Kampfhandlungen gegen das seit November 1918 widerstandsunfähige Reich zu vermeiden.

Gewiß ist zu vermerken, daß Wilson sich in Paris in gelegentlich scharfe Diskussionen verstrickte, wenn wieder einmal seine Verbündeten mit harter Hand auch nach solcher Beute griffen, die nach seinen „14 Punkten" grundsätzlich außer Diskussion gestellt war. Diese Zusammenstöße und Konferenzkrisen haben einige Überschwenglichkeiten ausgeglichen, aber nicht verhindert, daß das Ganze ein „karthagischer Friede" blieb.

Der spätere amerikanische Präsident Herbert Hoover – in Paris ein nicht unmaßgeblicher, an den politischen Entscheidungen jedoch wenig beteiligter Ratgeber Wilsons – hat seine Eindrücke von der mißglückten Friedenskonferenz in einigen plastischen Sätzen umrissen*:

„Die Alliierten nahmen keinen der 14 Punkte ... ernster als irgendeine ihrer Lobreden auf den amerikanischen Idealismus und ihre Schmeicheleien für den Präsidenten. Daß dies die eigentliche Haltung der führenden europäischen Staatsmänner war, offenbarte sich rasch. Sie waren ganz allgemein der Ansicht, daß wir für den Krieg nur wenig getan hatten, ... daß Präsident Wilson ein weltfremder Idealist sei, der von der europäischen Wirklichkeit nicht die geringste Ahnung hätte, daß sie den Krieg gewonnen hätten und nun auch die Siegesbeute einheimsen würden ... Ihr Ziel war die Macht, um sich selber und ihre Reiche zu schützen, auch wenn dies ein weit weniger edles Ziel war als die Rettung der Menschheit."

Unbarmherzige Tatsache ist, daß der Präsident den sogenannten Vertrag, wie er in seiner ganzen ordinären Brutalität schließlich vorlag, nicht nur gebilligt, sondern sogar verteidigt hat.

Als am 30. Mai 1919 der südafrikanische Premierminister Smuts an Wilson einen kritischen Brief schrieb und mit aller Klarheit feststellte, daß der Friedensvertrag den Bedingungen der Vorwaffenstillstands-Verhandlungen widerspräche, lehnte es Wilson einfach ab, „eine Erörterung der Bedingungen vom Rechtsstandpunkt aus zuzulassen"**.

Das war ein böses Wort im Munde des Mannes, der wenige Monate vorher noch – während der ersten Überfahrt über den Atlantik – salbungsvoll davon gesprochen hatte, die Delegation der Vereinigten Staaten werde auf der Friedenskonferenz die einzig „wirklich desinteressierte" sein, und sie werde „dem Standpunkt der Menschheit treu bleiben und lieber dem Willen der Völker als dem ihrer Führer Gehör schenken"***.

Beim Einzug in Paris war der Präsident sogar mit einer riesigen Willkommschrift über den Champs Elysées empfangen worden: „Heil Wilson, dem Gerechten".

* Hoover a. a. O., Band I Seite 391.
** Baker a. a. O., Band II Seite 399.
*** Baker a. a. O., Band I Seite 19f.

Als er unmittelbar nach der widerlichen Szene in der Versailler Spiegelgalerie am 28. Juni 1919 ziemlich klanglos wieder abfuhr, war dieses stolze Wort längst zu bitterer Ironie geworden.

Noch mitten im Zweiten Weltkrieg hat der große schwedische Forscher Sven Hedin an die Amerikaner die schicksalsschwere Frage gerichtet, ob sich denn in Versailles „nicht ein Einziger" gefunden habe,

> „der daran dachte, daß man ein so tapferes Volk wie das deutsche nicht ungestraft verstümmelt, beschimpft und mit Füßen tritt, ein Volk, das in seiner Ohnmacht wohl seine Zeit erwarten konnte, das aber eines Tages Rechenschaft für die erlittenen Kränkungen ... fordern würde!"*

*

Unwillkürlich fragt man, wie ein intelligenter Mann als Staatsoberhaupt der Vereinigten Staaten von seinen Verbündeten so sehr an die Wand diskutiert und geradezu zum Widerruf all seiner feierlichen Verkündigungen gezwungen werden konnte.

Der Schlüssel zu diesem Geheimnis ist nicht unbekannt: Weit größeres Interesse als den Bedingungen des so folgenreichen Friedensvertrages wandte der Präsident in den Monaten seines Pariser Aufenthaltes der Planung des „Völkerbundes" zu, den er – einem Sektierer gleich – der Welt als ein „Gesetz" aufzuerlegen beabsichtigte.

In der Wirklichkeit der anschließenden anderthalb Jahrzehnte hat sich die enge Verknüpfung gerade dieses „Völkerbundes" mit dem Versailler Vertragsinstrument als ein unheilbares Übel erwiesen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Wilson sich den Völkerbund auch als eine Instanz für eine Revision der Friedensbedingungen vorgestellt hat, aber er hat das jedenfalls nicht deutlich genug gesagt. Was auf dem Papier stand, und was sich in der Praxis entwickelte, war eine Einrichtung der Sieger, die sich gegen die Besiegten richtete, ein Machtmittel nicht zur Milderung, sondern zur Durchsetzung des Diktates.

Um dieses seines eigenen Phantasieproduktes, um des merkwürdigen Völkerbundes willen, hat Wilson – wie wir heute wissen – auch dort den Clemenceau und Lloyd George nach-

---

* Sven Hedin: Amerika im Kampf der Kontinente, Leipzig 1942, Seite 19f.

gegeben, wo ihn sein Instinkt gewarnt hatte. Der amerikanische Präsident war am Verhandlungstisch stets schnell zur Räson gebracht – es bedurfte nur einer drohenden oder kritischen Bemerkung gegenüber dem Völkerbunds-Plan von seiten der Franzosen oder der Engländer: schon zeigte sich Wilson kompromißbereit, auch in Angelegenheiten, die all seinen verkündeten Prinzipien und Idealen ins Gesicht schlugen.

*

Das Pariser Winkelspiel wurde nicht nur für Europa zum politischen Verhängnis – auch für Wilson selbst zur menschlichen Tragödie.

Schon am 10. Juli 1919 – sofort nach seiner Rückkehr aus Frankreich – sandte Wilson den Vertragstext zum Kapitol. Seit Washingtons Zeiten muß der Kongreß mit Zwei-Drittel-Mehrheit jedem internationalen Vertrag zustimmen – eines der wenigen wirklich wichtigen Vorrechte der Volksvertretung gegenüber dem Präsidenten.

Der Vertragstext war für die Senatoren und Abgeordneten nichts Neues mehr. Schon ein paar Wochen vorher hatte der republikanische deutschfreundliche Senator Borah sich eine Kopie aus Paris beschafft und den vollen Wortlaut stundenlang im Senat verlesen, so daß er im „Congressional Record“ jedem zur Verfügung stand, der sich mit diesem Dokument vertraut machen wollte.

Es zeigte sich sehr bald, daß die Opposition beträchtlich war – bezeichnenderweise aber richtete sie sich weniger gegen die Bestimmungen des eigentlichen Friedensvertrages als vor allem gegen das Völkerbunds-Statut, also den Teil des Werkes, um dessentwillen Wilson vor allem nach Paris gefahren war und dort wider bessere Einsicht so viele Gewaltlösungen gebilligt hatte.

Es gab monatelange Beratungen und Verhandlungen – die übliche Scheu auch einer oppositionellen Kongreßmehrheit, dem Präsidenten in wichtiger Angelegenheit offenkundig entgegenzutreten, wirkte sich aus und es hätte wohl nur einiger Höflichkeit und Geschicklichkeit Wilsons bedurft, um eine Kompromißlösung zu finden.

Er war jedoch von seiner Sache so überzeugt, daß er beschloß, das Kapitol auch in dieser Angelegenheit zu ignorieren, in der er es unvermeidlich beachten mußte.

Als es Anfang September 1919 klar wurde, daß eine Annahme des Vertragswerkes nur unter Vorbehalten zu erreichen war, beschloß Wilson, sich „direkt ans Volk" zu wenden. Während des ganzen Monates September 1919 reiste er im Lande umher, hielt philosophische Reden über den idealen Frieden, von dem er behauptete, er sei im Versailler Vertrag verwirklicht! Republikanische Senatoren reisten ihm nach, sprachen in den gleichen 36 Städten vor der nämlichen Zuhörerschaft und stellten wenigstens einige Dinge richtig.

Die Unternehmung endete mit einem Zusammenbruch. Nach seiner Rede in Pueblo im Staat Colorado nahe der Pazifikküste wurde Wilson durch einen paralytischen Schlaganfall aufs Krankenbett geworfen. Er konnte sich von da ab zeitweise nur noch durch Vermittlung seiner Gattin mit der Umwelt verständigen und seine Gesundheit nie wieder ganz herstellen. Anderthalb Jahre hindurch – bis zur Amtsübergabe an Präsident Harding im März 1921 – wurden die Vereinigten Staaten aus dem Krankenzimmer regiert.

Inzwischen hatte der Senat – zunächst in einer ersten Abstimmung im November 1919, dann endgültig am 19. März 1920 – das Versailler Vertragswerk abgelehnt.

Als der Kongreß daraufhin am 20. Mai 1920 den Kriegszustand mit Deutschland durch eine einfache Erklärung beenden wollte, legte Wilson noch sein Veto ein. Diese Angelegenheit konnte erst ein Jahr später geregelt werden.

Einen letzten Anlauf zur Rettung seines gestrandeten politischen Schiffes unternahm Wilson im Herbst 1920. Er forderte die demokratische Partei auf, die bevorstehende Präsidentschaftswahl unter das Zeichen des Völkerbundes zu stellen, um sie zu einem „great and solemn referendum", zu einer „großen und feierlichen Volksabstimmung" über den Versailler Vertrag zu machen.

Das Ergebnis dieses „Referendums" zog den Schlußstrich unter die Affäre. Am 4. November 1920 wählten 16 Millionen amerikanische Wähler den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harding, nur 9 Millionen gaben ihre Stimme dem

von Wilson empfohlenen Kandidaten, einem bisherigen Senator James Middleton Cox. Es war das die bis dahin vernichtendste Niederlage eines demokratischen Präsidentschaftskandidaten.

Am 4. März 1921 zeigte sich Wilson zum letzten Male vor der Weltöffentlichkeit, als er, auf einen Stock gestützt, seinen Nachfolger zur Amtsübernahme begleitete.

Noch zwei Jahre dämmernden Dahinsiechens lagen vor ihm; am 3. Februar 1924 verlöschte in einem Privathaus der Bundeshauptstadt Washington das Leben des Professors Woodrow Wilson, der der Welt seine neue Ordnung hatte auferlegen wollen, aber nur ein unheilschwangeres „Vae victis" hinterließ.

Bankiers, Reparationen und der „schwarze Freitag"

Am 17. März 1908 gab Robert M. La Folette im amerikanischen Senat seine inzwischen berühmt gewordene Erklärung ab, „hundert Leute" seien es, „die das Land regieren" („one hundred men who are running the country"). Da die damaligen Debatteregeln den Senator hinderten, die Namen zu nennen, übergab er am Abend des Tages der Presse ein Verzeichnis dieser „Hundert", von deren „Gnade" das industrielle Leben der ganzen Nation abhänge*. Es fanden sich Namen darunter wie John D. Rockefeller, J. Pierpont Morgan, Andrew Carnegie, E. H. Harriman, John Jakob Astor, Jacob H. Schiff, Levi P. Morton, C. M. Schwab, W. K. Vanderbilt und weitere neunzig weniger bekannte Geldmagnaten.

Das Ganze war zwar eine sehr wirksame publizistische Aktion – aber La Folette mußte natürlich den Beweis dafür schuldig bleiben, daß die gewiß außergewöhnliche Zusammenballung der Finanzkontrolle in wenigen Händen wirklich „das Land regierte".

Als der vormalige Präsident Theodore Roosevelt im Jahre 1912 mit einer eigenen Partei hervortrat, ließ er im Wahlprogramm sogar verkünden:

> „Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Throne eine unsichtbare Regierung, die dem Volke keine Treue schuldet und keine Verantwortlichkeit anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, den gottlosen Bund zwischen korruptem Geschäft und korrupter Politik zu lösen, ist heute die erste Aufgabe des Staatsmannes."**

Das war natürlich die Sprache des Wahlkampfes und nicht das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen. Präziser beschäftigte sich ein Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses (das sog. Pujo-Komitee, benannt nach dem Abgeordneten Pujo von Louisiana) im Winter 1913 mit den Verhältnissen im amerikanischen Bankwesen. Es zeigte sich dabei,

* „Times", London, 23. März 1908.
** Theodore Roosevelt a. a. O. Seite 487.

daß die Direktoren der Bankengruppe Morgan, First National Bank, National City Bank, Bankers Trust Comitee, Guaranty Trust Company in 112 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 22 Milliarden Dollar nicht weniger als 341 Aufsichtsratsitze innehatten*.

Wenn auch dies alles keinen unmittelbar politischen Einfluß beweist, so unterliegt es doch nur geringem Zweifel, daß eine ganze Reihe von beträchtlichen Entscheidungen zu jener Zeit nicht in den weiten hellen Räumen des Weißen Hauses und des Kapitols, sondern in den fast lichtlosen düsteren Kontoren jener engen Gasse – Wallstreet genannt – getroffen wurden, die der Besucher New Yorks nicht ohne Beklemmung durchschreitet. Portal an Portal reihen sich hier die großen Bankhäuser, die schon vor dem Ersten Weltkrieg die Geldgeschäfte der Vereinigten Staaten besorgten, seither aber zu einer finanziellen Austausch-Zentrale fast der ganzen Welt geworden sind.

Gewiß hätte es ohne Präsident Wilsons höchst persönlichen Entschluß keinen Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg gegeben, aber wichtige vorbereitende Schritte sind vom Bankhaus Morgan unternommen worden. Sicherlich bedurfte der rasch einsetzende Strom der Kriegslieferungen nach England und Frankreich der Duldung seitens der Washingtoner Regierung, in Gang gesetzt wurde er aber in New York** und es zeigte sich bald, daß hier weitreichende Vorstellungen von einer ganz

* Wirsing a.a.O., Seite 51.

** Die britische Regierung hatte bald nach Kriegsausbruch 1914 das New Yorker Bankhaus Morgan & Co. beauftragt, als „Handlungsbevollmächtigte“ beträchtliche Kriegsmaterialaufträge bei der amerikanischen Industrie unterzubringen. Die Washingtoner Regierung erhob dagegen keine Einwände; eine Erklärung des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober 1914 wirkte geradezu als Ermunterung: jeder Bürger der USA dürfe „an eine kriegführende Regierung oder ihre Agenten jeden beliebigen Handelsartikel verkaufen“. Daran hindere ihn weder ein internationales noch ein Gesetz der Vereinigten Staaten (Tansill I Seite 29). Die von Morgan (gegen eine Provision von 1–2 Prozent von den Nettobeträgen) vermittelten Lieferungen nahmen bald große Ausmaße an. Bereits im Januar 1915 war die Wertgrenze von 500 Millionen Dollar überschritten, Ende 1916 war der Betrag von 3,2 Milliarden Dollar erreicht; nur ein Bruchteil dieser Summen konnte aus früheren englischen Guthaben bezahlt werden und das Bankhaus Morgan sah sich bei der Bereitstellung der erforderlichen Kredite immer größeren Schwierigkeiten gegenüber. Am 5. März 1917, also kurz vor der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland, sandte Botschafter Page aus London ein aufgeregtes Telegramm, in dem es hieß: „Ich bin sicher, daß der Druck der heraufkommenden Krise nunmehr über die finanziellen Hilfs-

neuen Art des amerikanischen Welteinflusses am Werke waren. Und zu den internationalen Neuerungen, die der Erste Weltkrieg bewirkte, gehören auch die Begriffe der „business policy“ und der „Dollar-Diplomatie“.

Die Veränderung, die sich bereits in den Tagen des Ersten Weltkrieges vollzog, läßt sich durch zwei einfache Zahlen ausdrücken: Im Jahre 1914 waren die Nordamerikaner in der Welt eine „Schuldner-Nation“, d.h. aus den europäischen Ländern war beträchtlich mehr Kapital nach den USA ausgeliehen worden als umgekehrt. Die gesamte sog. „Auslandsverschuldung“ der Vereinigten Staaten betrug bei Kriegsbeginn rund 3 Milliarden Dollar. Schon 1920 war nicht nur dieser Betrag ausgeglichen – es zeigte sich nun das umgekehrte Bild. Jetzt waren die USA eine „Gläubiger“-Macht geworden – und zwar bereits in beträchtlichem Ausmaß: Nicht weniger als 14 Milliarden Dollar schuldeten nun andere Volkswirtschaften an die amerikanischen Finanzinstitute*.

Zum Vergleiche möge dienen: England hatte fast das ganze 19. Jahrhundert dazu benötigt, um sich den 20-Milliarden-Überschuß an Auslandsvermögen zu erarbeiten, mit denen es 1914 in den Ersten Weltkrieg eintrat. Die Amerikaner dagegen haben – wie sich aus den genannten Zahlen errechnet – in nur sechs Jahren von 1914 bis 1920 einen volkswirtschaftlichen Gesamtgewinn von 17 Milliarden Dollar verbuchen können.

---

möglichkeiten des Hauses Morgan für die britische und französische Regierung hinausgewachsen ist. *Höchstwahrscheinlich ist der einzige Weg, unsere augenblicklich beherrschende Handelsposition aufrecht zu erhalten und eine Panik zu vermeiden, Deutschland den Krieg zu erklären ...*“ Tansill (Band I Seite 105) nennt diese Depesche „hysterisch“; sie habe „wenig Einfluß auf die Entscheidungen des Präsidenten“ gehabt, denn „sie enthielt nichts, was die Regierung nicht schon wußte“. Wilson ebenso wie dem Haus Morgan war natürlich seit langem klar: nur durch eine deutsche Niederlage konnten die an England und Frankreich so großzügig gewährten Kredite noch gerettet werden. Zwei Jahrzehnte später, im Jahre 1936, beschäftigte sich der sog. Nye-Ausschuß des Senates mit diesen wirtschaftlichen Hintergründen des Kriegseintrittes. Die Feststellungen dieses Ausschusses begründeten dann die sog. Neutralitätsgesetzgebung, die nach 1939 stückweise wieder außer Kraft gesetzt wurde. Vor dem Nye-Ausschuß wurde am 9. Januar 1936 auch Thomas W. Lamont als Vertreter des Hauses Morgan vernommen. Mit der Organisierung der „National Security League“, deren Aufgabe es war, für die englischen und französischen Anleihen zu werben, griff die Tätigkeit der Firma Morgan auch in den Bereich von Presse und Propaganda wirksam ein.

* Vgl. Frank H. Simonds: American Foreign Policy in the post war years, Baltimore 1935, Seiten 25 und 123.

Präsident Wilson hat die Bedeutung dieser Entwicklung für die Gestaltung der Nachkriegswelt frühzeitig erkannt und sie in wohlklingenden Ausdrücken schon 1916 dem Kongreß vor Augen gehalten:

„Ist Ihnen die Tragweite der einen Tatsache gegenwärtig, daß uns künftig die Aufgabe zufällt, Geld zu verleihen und zu helfen, die großen Friedenswerke der Welt zu fördern? Wir werden die Weltfinanzierung wesentlich auf uns nehmen müssen. Wer aber die Welt finanziert, der muß sie auch kennen und ist berufen, sie mit seinem Geist und seiner Gesinnung zu beherrschen."

*

Es sollte sich herausstellen, daß auf dem weiten und wichtigen Feld der Finanzfragen die Delegation der Vereinigten Staaten auf der Pariser Konferenz im Frühjahr 1919 keineswegs so uninteressiert war, wie sie es hinsichtlich aller sonstigen Friedensregelungen zu sein erklärte.

In seinen berühmten Vierzehn Punkten und in der erläuternden Kongreßbotschaft vom 11. Februar 1918 hatte Präsident Wilson noch von einer Kriegsbeendigung „ohne Kontributionen" gesprochen und einen „Straffrieden" ausdrücklich abgelehnt. Im Herbst des gleichen Jahres wurde die Angelegenheit der späteren „Reparationen" nicht mehr so klar, aber immerhin noch in überblickbarer Abgrenzung dargelegt. In der berühmten Lansing-Note vom 5. November 1918 wurde der kaiserlich-deutschen Regierung eine Wiederherstellungspflicht für alle durch „Angriff zu Wasser, zu Lande und in der Luft der *Zivilbevölkerung* der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden" auferlegt.

Immerhin war das schon eine sehr weitgehende „Kontribution" und sie zeigte viele Merkmale eines „Straffriedens". Deutsche Sachverständige haben den Wert und das Ausmaß dieser mit dem Vorfriedensvertrag vom 11. November 1918 eingegangenen Wiedergutmachungsverpflichtung mit 30 Milliarden Goldmark errechnet*.

Dieser Betrag erreichte insgesamt etwa die Höhe der englisch-französischen Anleihenschulden in New York. Da freilich

* Vgl. Dr. Friedrich Raab: Young-Plan oder Dawes-Plan, Berlin 1929, Seite 12.

die im Laufe der Kriegshandlungen zerstörten Gebiete ausschließlich in Frankreich und Belgien lagen, ergab sich das Problem: was sollten die Engländer von Deutschland bezahlt erhalten, wenn sich die „Reparationen“ auf Zivilschäden beschränkten?! Die britische Regierung mußte befürchten, auf ihren New Yorker Kriegsschulden sitzen zu bleiben.

Der amerikanische Präsident war noch nicht in Paris eingetroffen, als er sich bereits entschiedenen englischen Bemühungen gegenüber sah, die Wiedergutmachungsformel von Anfang November um einen wichtigen Punkt zu erweitern. Der britische Premierminister hatte bereits lautstark öffentlich verkündet „Wer verliert, bezahlt“*; er dachte nicht daran, sich mit einem Linsengericht abspeisen zu lassen und forderte die Einbeziehung aller sog. Kriegspensionen – also der Renten an entlassene Soldaten – in die von Deutschland zu zahlenden Beträge. Nur damit entstand ein englischer „Reparations“-Anspruch!

Erst zwei Jahre später wurde erstmals ein Gesamtbetrag dieser Reparationen neuen Stils errechnet: Nun handelte es sich um 132 Milliarden Goldmark – ein Betrag, der ein Vielfaches aller damaligen Goldvorräte der ganzen Welt ausmachte. Noch vor kurzer Zeit hat sich ein holländischer Diplomat veranlaßt gesehen, mit dem Hinweis auf diese damaligen Reparations-Phantasien die Frage aufzuwerfen, ob die Welt „ein Narrenhaus“ sei**. (Es sei hier eingefügt, daß Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg einschließlich der Sachleistungen etwa 51 Milliarden Goldmark an „Reparationen“ an seine damaligen Kriegsgegner gezahlt hat***, das waren rund 20 Milliarden über die im Vorfriedensvertrag übernommene Verpflichtung hinaus.)

Es ist auf den ersten Blick schwer zu begreifen, daß Wilson – in Paris von einem beträchtlichen Stab sachkundiger Berater umgeben – nicht einmal der offenkundig irrsinnigen Ausweitung der Reparationsforderung wirksam widersprochen hat.

Auf diesem Felde war er nicht auf widerspruchsvolle Informationen über ihm unbekannte Landstriche angewiesen, hier hatte er festen Boden unter den Füßen – es gab nicht nur

---

* Vgl. „Alter Feind – was nun?“ Seite 39.

** Maurice van Vollenhoven: Le monde est-il une maison des fous?, Paris 1959.

*** Raab a.a.O. Seite 15.

keinen Zweifel über den Wortlaut der den Deutschen im Herbst 1918 mitgeteilten Bedingungen, sondern auch keine Debatte über die praktische Unerfüllbarkeit der überdimensionalen Forderung.

Noch im Februar 1919 hat Wilson – der sich damals auf einer Zwischenheimreise auf hoher See befand – den für diese Frage zuständigen amerikanischen Delegationsmitgliedern (Norman Davis, Bernhard M. Baruch, Vance McCormick und Th. W. Lamont) jede Nachgiebigkeit gegenüber den britisch-französischen Forderungen untersagt; es handele sich um „eine klare Abweichung dessen, was wir dem Feind fest in Aussicht stellten, und das wir jetzt in Ehren, nur weil wir die Macht dazu haben, nicht abzuändern vermögen"*.

Als Wilson erneut in Paris eingetroffen war, gab es noch einige Streiterei; schließlich legte sich der Präsident einige Tage ins Bett und sein Berater und Vertreter House, an den wir uns erinnern, stimmte in seinem Namen jener uferlosen Formel zu, die dann die Weimarer Republik verpflichtete, *sämtliche* Kriegsschäden zu ersetzen, weil das kaiserliche Deutschland angeblich am Ausbruch des Ersten Weltkrieges allein schuldig gewesen sei! Außerdem waren Besatzungskosten in unbeschränkter Höhe zu zahlen. Insgesamt ein ausgezeichnetes Programm, wenn es galt, in kurzer Frist den Staat zu ruinieren, von dem man jahrzehntelange Zahlungen erhoffte.

„Jegliche Logik sprach dagegen. ‚*Logik! Logik!*', rief der Präsident aus, ‚*zum Teufel mit der Logik!*'"**

Das hinderte die Regierung seines Nachfolgers Harding nicht, im Jahre 1921 in bezug auf die Vereinigten Staaten verbindlich zu erklären, daß sie Entschädigungen für die Kriegsteilnehmer nicht unter die deutsche Wiedergutmachungspflicht rechne. Diese späte Erklärung bedeutete freilich für die damalige deutsche Regierung des Reichskanzlers Wirth leider nicht mehr als

* Baker a.a.O., Band II Seite 285.

** Th. W. Lamont in seinem Beitrag zum Sammelwerk „What really happened in Paris", London 1921, Seite 272. Auch der nachmalige amerikanische Außenminister John Foster Dulles, der als Rechtsberater der US-Delegation in Versailles angehörte, hatte in einer ausführlichen Denkschrift gegen die verhängnisvolle Ausweitung des Reparationsbegriffes Stellung genommen. (Voller Text dieser Stellungnahme bei Bernard M. Baruch: The making of the reparation and economic sections of the treaty, New York 1920.)

eine höfliche Geste; sie hatte sich inzwischen mit dem britisch-französischen „Londoner Ultimatum“ und mit der Tatsache herumzuschlagen, daß die alliierten Besatzungstruppen bei Düsseldorf, Duisburg und Mülheim eine Zollgrenze errichtet hatten, die das deutsche Wirtschaftsleben weiter ruinierte.

*

Der ganze scheinbare Wirrwarr wird etwas verständlicher, wenn man die knappe Bemerkung des späteren Präsidenten Hoover beachtet, der in seinen Erinnerungen (Band I Seite 380) schon aus dem Juni 1919 zu berichten weiß, daß „unsere Bankiers zu Hause eifrig *Kreditpläne* erörterten“.

Es bedarf keiner ungewöhnlichen volkswirtschaftlichen Kenntnisse, um zu wissen, daß jegliche Zahlung von Staat zu Staat sich nur im Rahmen weniger Möglichkeiten vollziehen kann. Hinsichtlich der deutschen Reparationszahlungen war die Lage völlig klar:

Entweder konnten deutsche Auslandsguthaben oder innerdeutsche Gold- und Devisen-Vorräte direkt übertragen werden; dieser Vorrat war bald erschöpft.

Oder es waren Lieferungen oder Leistungen an Zahlungs statt denkbar – also: Wiederaufbau zerstörter Gebiete durch deutsche Firmen; dies geschah in gewissem Umfang.

Oder die deutsche Ausfuhr, also der Verkauf deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt konnte so gesteigert werden, daß sich ein neuer Überschuß an Gold- und Devisen-Vorräten ansammelte. Dies mußte den Engländern natürlich unerwünscht sein, da ja eines der wesentlichen Kriegsziele die Niederkämpfung der deutschen Konkurrenz im internationalen Bereich gewesen war.

Oder viertens: Deutschland konnte sich Gold oder Devisen zu *leihen* nehmen und die *geliehenen* Beträge an die Entente-Mächte als „Reparationszahlung“ weiterleiten.

Es leuchtet zwar ein, daß dieses letztere Verfahren nur eine Art Umgliederung und zeitliche Verschiebung der Schuldverhältnisse bewirken konnte und nicht eigentlich vernünftig war – nichtsdestotrotz haben die eifrigen New Yorker Bankiers hier einen Weg erkannt, einerseits die etwas faul gewordenen alliierten Kriegsanleihen durch zuverlässigere Papiere zu ersetzen

und andererseits auf dem Umwege über einen jahrzehntelangen deutschen Kreditbedarf zu Reparationszwecken groß ins „europäische Geschäft einzusteigen".

Eine kühne Welle des wirtschaftlichen Optimimus durchflutete die Vereinigten Staaten bei dem Gedanken, daß die volkswirtschaftlich so nutzbringenden Kriegsjahre mit Hilfe des europäischen Nachkriegs-Finanzbedarfes sich auf weite Sicht fortsetzen würden! Trotz mancher Warnung begann ein Strom von Dollaranleihen nach Europa, vor allem nach Deutschland zu fließen, ab 1924 durch den sogenannten „Dawesplan", ab 1929 durch den „Youngplan" geradezu organisiert.

Für die deutsche Wirtschaft waren diese Dollar-Anleihen ein Danaer-Geschenk, denn sie verschleierten nur die Unmöglichkeit, die Reparationsansprüche zu erfüllen. Es war nicht volkswirtschaftlich verdientes, sondern geborgtes Geld, das in den „Plan"-Jahren unter der Aufsicht des amerikanischen „Reparations-Agenten" an die Entente-Länder in ausländischer Währung bar bezahlt wurde. Nach Raab wurden „transferiert"

im ersten	Jahr	262	Millionen Goldmark
im zweiten	Jahr	414	Millionen Goldmark
im dritten	Jahr	682	Millionen Goldmark
im vierten	Jahr	942	Millionen Goldmark
im fünften	Jahr	977	Millionen Goldmark
		3277	Millionen Goldmark

Die amerikanische Regierung hatte offiziell mit all dem nichts zu tun. Der General Dawes – einer der hundert Bankiers, die der Senator La Folette im Jahr 1908 namentlich genannt hatte! – handelte im Auftrag einer Bankengruppe und formell als Privatmann, als er im Frühjahr 1924 den Vorsitz im „Sachverständigen-Ausschuß für Reparationsfragen" übernahm, der seinen Namen trug. Auch Owen D. Young, der dann in Berlin als „Reparations-Agent" fungierte und die deutsche Reichsbahn als Pfand in Anspruch nahm, war nichts anderes als ein ziemlich gerissener New Yorker Bankier.

*

Die amerikanische Regierungspolitik beschränkte sich damals auf eine kopfschüttelnde Betrachtung der europäischen Wirren;

auch dem Ausbau der fernöstlichen Positionen und den üblichen südamerikanischen Veränderungen wurde nur mäßige Aufmerksamkeit gewidmet*.

Wer zu jener Zeit mit ernstlichen Absichten nach den Vereinigten Staaten reiste, wer Dollars wünschte, wer Verbindungen jenseits des Atlantik knüpfen wollte, konnte sich die vier Eisenbahnstunden nach Washington sparen und sich mit dem Besuch New Yorks begnügen. Nicht geheimnisvoll, sondern ganz offen und ungeniert waren die Geschäftsleute zum Mittelpunkt der USA geworden. Der damalige Präsident Coolidge – nach Hardings vorzeitigem Tode zum Staatsoberhaupt aufgerückt – hatte wenig gegen diese Entwicklung einzuwenden. „The business of America is business" (Amerikas Geschäft ist es, Geschäfte zu machen) – erklärte er mit schlichter Eindringlichkeit im Dezember 1923. Und ein amerikanischer Historiker erläutert dazu: „Unter ‚Geschäfte' verstand er ‚big business'"**.

„Eternal prosperity" war das Schlagwort der Zeit und der Traum, der von New York aus verkündet wurde. „Prosperity" ist schwer zu übersetzen – das deutsche „Wachstum" klingt zu natürlich, um das zu bezeichnen, was gemeint ist; „Aufstieg" würde zu sehr an Tüchtigkeit gemahnen. Nur „eternal" ist leicht zu verdeutschen: *ewig* sollte das dauern, woran die Bankiers sich begeisterten.

*

Die erhoffte „Ewigkeit" währte genau bis zum Donnerstag, den 24. Oktober 1929 vormittags zwischen 10 und 11 Uhr. Innerhalb von ein paar Stunden gab es für beträchtliche Mengen Wertpapiere auf der New Yorker Börse keine Käufer mehr. Am Freitag wurden Stützungsaktionen unternommen, aber sie erwiesen sich als wirkungslos. Der Zusammenbruch der Börsenkurse war nicht mehr aufzuhalten, schon nach wenigen Tagen gab es keinen Zweifel mehr über das Ausmaß der Katastrophe,

* Das einzig politisch Wichtige war bereits im Jahre 1922 entschieden worden: Auf der Washingtoner Konferenz war die Gleichheit der Flottenstärke mit England festgelegt worden. Schon Wilson hatte das vorbereitet – mit jenem Realitätssinn, dessen er fähig war, wenn unmittelbare Interessen der USA wahrzunehmen waren.

** Vgl. M. E. Merill Root a. a. O. Seite 189.

die unter der Sammelbezeichnung „schwarzer Freitag" in die Geschichte eingegangen ist.

Die bis dahin fieberhaft emporgetriebenen Kurse sanken so rapide in sich zusammen, daß bis zum 12. November 1929 ein Kapitalverlust von etwa 30 Milliarden Dollar errechnet wurde. Zunächst handelte es sich um ein reines Börsenereignis: Präsident Hoover (er war gerade im März 1929 als Nachfolger Coolidges ins Weiße Haus eingezogen und hatte die ganze Sache auszubaden) meint in seinen Memoiren (Band III Seite 25), die Hauptschwierigkeit habe darin gelegen, daß „die Hotelpagen, die Kellner und die große Masse unwissender Menschen, ebenso wie die Finanzwelt durch die ständigen Presseberichte über große Gewinne wie besessen waren".

Gewiß mußte diese künstliche Beteiligung auch der einfachsten Lohnempfänger an Börsengeschäften mit einem Krach enden, aber der Grund lag doch tiefer; die ganze „prosperity" war nur eine Geschäfts-prosperity, noch genauer ausgedrückt nur eine New Yorker Angelegenheit! Breite Schichten – insbesondere die ganze Farmwirtschaft, die nach Kriegsende viele ihrer europäischen Absatzmärkte wieder verloren hatte – waren an den umfassenden Verleihgeschäften der Bankiers nicht beteiligt gewesen; dennoch waren Milliarden Dollars außer Landes geflossen – statt in Lieferungen wie während des Krieges, diesmal meist in barem Geld.

Jetzt hatte der Motor sich heißgelaufen; alles wollte wieder Dollars statt Aktien und fremder Anleihe-Papiere; Panik erfaßte die Massen, man rannte zu den Bankschaltern, Zusammenbrüche erfolgten unvermeidlich und Schweißperlen traten auf die Stirnen der „Welt-Finanziers" – von einem Tag zum anderen war das Weiße Haus in Washington wieder wichtiger als die ganze Wall-Street geworden.

Die Affäre würde uns heute kaum noch interessieren, hätte nicht die damalige amerikanische Börsen- und Finanzkrise in Kettenreaktion nach Europa übergegriffen – von den Morganschen Krediten des Jahres 1914 bis zum Youngplan des Sommers 1929 zog sich ein immer dichteres Netz von Finanzverpflichtungen über den Atlantik und das Ergebnis war dementsprechend: Nun sollten alle die vielen Dollars, die in den Vorjahren gegen nicht unerheblichen Zinssatz so eifrig – vielfach

noch kurzfristig – in Europa und insbesondere im erfüllungsbereiten und deshalb devisenhungrigen Deutschland angeboten und angenommen wurden, baldigst nach New York zurückbezahlt werden.

Die Folgen sind bekannt genug: Noch inbrünstiger als man einst von Wilson einen echten Frieden erwartet hatte, erhofften sich die deutschen Krisen-Regierungen von Präsident Hoover Rettung vor der Erdrosselungsdrohung der Wall-Street. Mehr als ein „Moratorium" – einen Zahlungsaufschub, konnte Hoover nicht bieten; die mitteleuropäische Wirtschaft sackte in des Wortes unmittelbarer Bedeutung hoffnungslos in sich zusammen; der Reparationswahn löste sich auf, als es zu spät war.

In den weiten Vereinigten Staaten mit ihren vielerlei Möglichkeiten des Überlebens auch in kritischer Stunde ging das Wirtschaftsleben holperig weiter* – Höhepunkt der Krise waren meist nur dramatische Konkurse von Bankfirmen und Verluste von Sparguthaben. Auch die Bank des „Sachverständigen" Dawes brach im Sommer 1931 mit lautem Krach zusammen!

In Deutschland, dessen Gesundung man ein Jahrzehnt lang nicht genehmigt hatte, trieb die Krise unvermeidlich auf die Spitze und griff ins Politische über. Bolschewistischer Umsturz oder Reichskanzlerschaft Hitlers wurden die Alternative des Winters 1932–33. Am 30. Januar 1933 zählte die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung 6013600 Arbeitslose, das heißt, etwa jeder fünfte deutsche Arbeiter mußte unterstützt werden, statt produzieren zu können.

Die falschen Schulden und das falsche Geld hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Als ein böser Spuk ist die Wallstreet-Emsigkeit der 20er Jahre in die europäische Geschichte eingegangen.

Der politische Kredit der Vereinigten Staaten in Europa war in Versailles vertan worden, der finanzielle in der großen Krise zusammengebrochen. Die erste Rückkehr der Amerikaner in ihre alte Heimat war gescheitert und hatte nichts zurückgelassen als einen bitteren Nachgeschmack.

---

* Nach Harold U. Faulkner: From Versailles to the New Deal (New Haven 1950) ging u. a. die amerikanische Ausfuhr von 5,2 Milliarden Dollar im Jahr 1929 auf 1,6 Milliarden im Jahr 1932 zurück. Dementsprechend kauften die Vereinigten Staaten auch weniger in Europa und in der übrigen Welt: Die Einfuhren sanken von 4,3 Milliarden (1929) auf 1,3 Milliarden Dollar im Jahr 1932. Das Wort von einer „Weltwirtschaftskrise" war nicht übertrieben.

Am Vormittag des 4. März 1933 trat der bisherige Präsident Herbert Hoover – nach neuerlich aufregenden Tagen wilder Bankzusammenbrüche – zum letzten Mal unter die Eingangstür des Weißen Hauses, wo ihn im offenen Wagen sein Nachfolger erwartete. Nach kurzer Fahrt durch die menschenüberfüllte Pennsylvania-Avenue trafen die beiden Präsidenten am Kapitol ein.

Hoover – noch war er im Amt – wurde sofort in den „Presidents Room“ geleitet und hatte hier die letzten Unterschriften zu leisten; Roosevelt dagegen blieb einige Minuten lang den Augen des Publikums entzogen – man mußte ihn im Rollstuhl durch die Gänge fahren bis zu einem Punkt, von dem aus er nur wenige Schritte zu gehen hatte – eine mühselige Aufgabe, die der Gelähmte am Arm seines Sohnes und dank stählerner Beinschienen bewältigte.

Was auch immer über Franklin Delano Roosevelt zu bemerken ist – die Willenskraft, mit der dieser Mann nach schwerster Erkrankung an spinaler Kinderlähmung (im Alter von 40 Jahren) trotzdem einem hohen Amte zugestrebt und das höchste der Vereinigten Staaten schließlich erreicht hat, ist des Staunens, ja menschlicher Bewunderung gewiß.

*

Eine halbe Stunde später hallte eine eindrucksvolle Stimme über die versammelte Menschenmenge.

> „Diese große Nation wird fortdauern, wie sie bisher fortgedauert hat, sie wird wieder auferstehen und gedeihen ... das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht.“

Es war eine kurze, aber wirksame Rede, mit der die längste und bedeutsamste aller bisherigen amerikanischen Präsidentschaften eingeleitet wurde.

Die volkswirtschaftliche Lage war derart, daß sofort etwas Durchgreifendes geschehen mußte – als erstes ordnete der neue

Präsident einen mehrtägigen Bankfeiertag, anschließend Sondermaßnahmen für die Wiedereröffnung der Bankschalter an, und dann berief er den Kongreß ein, um sich die notwendigen Vollmachten erteilen zu lassen. Es folgte die stürmische „Gesetzgebung der hundert Tage“, wie sie damals genannt wurde. Beide Häuser des Kongresses arbeiteten fast wie eine Maschine und waren dem neuen Präsidenten ganz zu Willen. Daß etwas geschehen mußte, war damals – hier wie in Deutschland – zu offenkundig, als daß das Parlament nicht den „Mann der Tat“ begrüßt und unterstützt hätte.

Die Fülle von Regelungen, die Roosevelt zur Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens durchsetzte, war von einer Gruppe von Professoren der Columbia-Universität vorbereitet worden, die schon Anfang März 1933 aus New York angereist war, im Mayflower-Hotel Wohnung nahm und sich in aller Offenheit als Roosevelts „Gehirn-Trust“ bezeichnete.

Zunächst hatten diese gewiß sehr intelligenten Leute* dem Präsidentschaftskandidaten Roosevelt bei der Vorbereitung seiner Wahlreden geholfen, jetzt wirkten sie durch ein entschiedenes Tempo mit, den Kongreß zu einem „Jasage-Verein“ und zu einer „Abstimmungsmaschine“ zu erniedrigen, wie Expräsident Hoover sich bissig ausdrückte**.

Es ist für uns nicht von Bedeutung, ob jene „New Deal“-Gesetzgebung wirklich so verwerflich war, wie sie seither in vielen amerikanischen Schriften dargestellt wird. Wichtig ist dagegen die Tatsache, daß ihr eigentlicher Zweck nicht erreicht wurde: die Vereinigten Staaten blieben noch auf Jahre hinaus

---

* H. G. Dahms schildert in seiner „Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika“ (München 1953, Seite 468) die Wirksamkeit des „Gehirntrustes“ eindringlich und anschaulich: „Von Roosevelts Brain-Trust-Professoren Raymond Moley und Rexford Tugwell, Adolf Augustus Berle und Felix Frankfurter, den Finanzsachverständigen Henry Morgenthau, James Paul Warburg und Charles William Taussig, von Statistikern und Agronomen wie Isidor Lubin und Mordecai Ezekiel, von bewährten Organisatoren im Range Bernard Baruchs und Hugh Johnsons wurden nahezu sämtliche New-Deal-Grundlagen erarbeitet. Eine Juniorengruppe, aus der Donald Richberg und Harry Hopkins, Averell Harriman und Benjamin Cohen, Samuel Rosenmann und Thomas Corcorrain zu erwähnen sind, vollendete das eifrig begonnene Werk. Roosevelts Verhältnis zu ihnen war das eines Katalysators. Er griff ihre Pläne auf und erfüllte sie mit politischer Dynamik.“

** Hoover a.a.O., Band III Seite 456.

in eine Wirtschaftskrise verstrickt, die sich in der einfachen Tatsache ausdrückt, daß die Zahl der von der amerikanischen Federation of Labour erfaßten Arbeitslosen vom November 1932 (Roosevelts Wahl) mit 11,58 Millionen bis zum Kriegsbeginn (1939) mit 11,36 Millionen fast unverändert geblieben ist, während sie in den ersten Jahren des „New Deal“ sogar noch zeitweise über 13 Millionen gestiegen war.

Das umfangreiche Gesetzgebungswerk des „New Deal“ (wörtliche Bedeutung: „Neu-Verteilung“ – der Ausdruck wurde vom „Vorsitzenden“ des Gehirn-Trustes Professor Moley geprägt) war in Wirklichkeit nichts anderes als ein staatliches Arbeitsbeschaffungs-Programm, verbunden mit einer Dollar-Abwertung. Es wurden erhebliche Mittel verausgabt und ein beträchtlicher Behördenapparat geschaffen, um sie zu verwalten*; was aber ausblieb, war die „Zündung“, die solche Experimente volkswirtschaftlich rechtfertigen kann.

In einem Lande, das durch „free enterprise“, „freien Unternehmungsgeist“ groß geworden war, bewirkte die undurchsichtige Zielsetzung jener Columbia-Professoren zuviel Mißtrauen, als daß nun jedermann aufgeatmet und sich hoffnungsfreudig in neue Unternehmungen gestürzt hätte. Die Meinung, die Gesamtwirtschaft der Vereinigten Staaten könne vom Präsidenten geplant und von einem „Sowjet der Ingenieure“ organisiert werden (wie sich ein kritischer amerikanischer Publizist ausdrückte**, erwies sich geradezu als Bremse. Niemand wußte, was eigentlich gemeint war und viele Leute vermuteten ganz bedenkliche Absichten, als Roosevelt (am 17. Mai 1933) in einer von Professor Moley verfaßten Rede verkündete, beim „New Deal“ handele es sich „um eine Teilhaberschaft zwischen der Regierung einerseits und der Industrie, der Landwirtschaft und dem Verkehrswesen andererseits“. Moley, der sich später von Roosevelt trennte, kam zu der Ansicht, der Präsident habe diese Philosophie selbst niemals richtig verstanden!

Schließlich griff sogar noch das Oberste Bundesgericht ein und erklärte im Mai 1935 grundlegende Bestimmungen des

---

* Die Gesamtzahl der Bundesbeamten, die beim Abgang Hoovers im März 1933 mit 566986 erfaßt war, wurde bis 30. Juni 1940 auf 1002820 nahezu verdoppelt (vgl. Hoover a. a. O., Band III Seite 369).

** John T. Flynn: The Roosevelt Myth Revised Edition, New York 1956, Seite 157.

„New Deal“ als verfassungswidrig – der Kongreß dürfe keine Vollmachten auf den Präsidenten übertragen, auf Grund deren dieser „nach Gutdünken“ Gesetze erlassen könne.

Wichtiger als diese juristische Seite der Angelegenheit war die Tatsache, daß in jenen Jahren „die übrige Welt sich wieder zu erholen begann“, und „nur die Vereinigten Staaten . . . die entgegengesetzte Richtung“ einschlugen, um Hoovers zwar gewiß voreingenommene, aber durch die Tatsachen bestätigte Ansicht zu zitieren (a.a.O. Band III Seite 46).

Rechthaberisch, wie Professoren gelegentlich sind, meinte einer der Hauptköpfe des „Gehirn-Trust“, Professor Tugwell, es seien eben zu wenig Dollars für das Experiment eingesetzt worden; statt der 3 Milliarden, die für die New Deal-Pläne aufgewendet wurden, hätten 12 Milliarden ausgegeben werden müssen* . . .

Als Roosevelt kurz nach seiner Amtsübernahme von Journalisten gefragt wurde, was geschehen würde, wenn sein „New Deal“ Erfolg habe, antwortete er stolz: „Dann werde ich der erste Präsident Amerikas sein.“

„Und falls es mißlingt?“ – „Dann sein letzter.“**

Alles das stimmte keineswegs. Roosevelt war weder der erste wirkliche Präsident der USA, noch wurde er der letzte.

Wir werden sehen, daß er selbst nach dem Scheitern des „New Deal“ um neue Ausblicke nicht verlegen war.

*

Eine gewisse Aufmerksamkeit verdient das weitere Schicksal des zunächst recht kläglich gescheiterten „Gehirn-Trust“. Das allzu professorale Element zog sich zurück oder wurde ausgeschaltet, aber ein wichtiger Kreis intimer Berater verblieb um Roosevelt.

Einer aus der „Juniorengruppe“, Harry Hopkins, wurde eine Art zweiter „Oberst House“, und wir begegnen diesem undurchsichtigen Mann, der schließlich sogar im Weißen Haus Wohnung nahm, während des Zweiten Weltkrieges als Roosevelts Sondergesandten sowohl in London wie in Moskau.

---

* Flynn a.a.O. Seite 161.
** Ross a.a.O. Seite 94.

Andere Mitglieder des „Gehirn-Trust" von 1933, wie Henry Morgenthau jr. und Henry Wallace wurden schon bald in hohe Regierungsämter berufen; Felix Frankfurter ist seit 1939 Richter am Obersten Gerichtshof. Samuel Rosenmann gewann das besondere Vertrauen des Präsidenten bei der Vorbereitung von Reden und politischen Programmen, während Bernard M. Baruch bei Roosevelt die gleiche Stelle eines persönlichen Freundes einnahm, wie bei dem späteren britischen Premierminister Winston Churchill. Mit Baruch besprach sich Roosevelt vor der Amtsübernahme 1933, auf Baruchs Landsitz Hobcaw Barony in South Carolina zog sich Roosevelt noch im Frühjahr 1944 auf mehrere Wochen privat zurück, als er überanstrengt von der Teheran-Konferenz dringend der Erholung bedurfte.

So wenig es gestattet wäre, die Bedeutung dieses persönlichen Kreises um den Präsidenten zu unterschätzen, so muß doch auch gesagt werden, daß Roosevelt sich außerdem vieler anderer Ratgeber bediente und es seinem willenstarken Charakter entsprach, die Entscheidungen schließlich selbst zu treffen. Roosevelts Nachfolger Präsident Truman schildert die Lage in sehr höflichen Worten (a.a.O. Band I Seite 318):

> „Franklin D. Roosevelt hatte mit seinem Kabinett nie Schwierigkeiten, aus dem einfachen Grund, weil er, so glaube ich wenigstens, viel zu viel Zeit aufwandte, um die Arbeit zu tun, die eigentlich dem Kabinett zugefallen wäre."

Bitterer drückt sich Flynn aus, wobei er die Konferenz von Jalta im Auge hat (a.a.O. Seite 394):

> „Roosevelt traf nicht nur Vereinbarungen, die vor dem Volk geheim gehalten wurden, sondern auch hinter dem Rücken seiner engsten Berater in der Regierung. Er traf Abreden mit Stalin, die er vor Churchill verbarg ... Und er machte viele Geheimabkommen, von denen im State Department niemand etwas erfuhr – bis zu seinem Tode!"

Ein durchaus wohlwollender Besucher, der bekannte britische Linksintellektuelle H. G. Wells hat nach mehreren Vorsprachen im Weißen Haus den Eindruck gewonnen, daß Roosevelt zwar nicht gerade ein „offener Verschwörer", wohl aber ein „schrankenloser Mensch"* sei – ein Urteil, das wohl mit

* Zitiert bei Hoover a.a.O., Band III Seite 346.

sicherem Strich alles das umreißt, was an Seltsamkeiten in jenen zwölf Jahren 1933–1945 im Weißen Haus geschah und von dort aus wirkte.

*

Nachdem der Reparationswahn sich bereits im Auflösungsstadium befand, war bei Roosevelts Amtsübernahme aus der Versailler Erbschaft zunächst die Abrüstungsfrage Gegenstand internationaler Verhandlungen.

Die Entwaffnung Deutschlands und die Festlegung seiner Armee auf die Höchststärke von 100000 Mann war im sog. Friedensvertrag als Vorleistung auf eine allgemeine Abrüstung festgelegt worden.

Der zuständige amerikanische Delegierte in Paris, General Bliss, hatte schon 1919 erklärt*:

„In vollem gutem Glauben haben sich die Alliierten feierlich verpflichtet, sobald als angängig eine allgemeine Rüstungsbeschränkung vorzunehmen, nachdem Deutschland seine vorhergehenden Verpflichtungen erfüllt hat."

Keine europäische Macht hatte freilich in den inzwischen vergangenen zwölf Jahren auch nur daran gedacht, ihre militärische Stärke zu vermindern; in Polen und der Tschecho-Slowakei wurden sogar völlig neue Armeen aufgebaut. Außerdem hatte sich die gesamteuropäische Lage durch die Wiedererstarkung Rußlands – das im Jahre 1919 militärisch ganz unbedeutend gewesen war – grundlegend verändert**.

Es war jedem Einsichtigen klar, daß etwas geschehen mußte, um entweder *alle* Rüstungen einschließlich der Rußlands auf den deutschen Stand zu *vermindern* oder die einschränkenden Versailler Bestimmungen für die deutsche Reichswehr aufzuheben. An der „Abrüstungskonferenz", die 1932 in Genf zu-

---

* Baker a.a.O., Band I Seite 300.

** Präsident Hoover schilderte die Welt-Rüstungssituation in einer Ansprache am 4. März 1931 mit folgenden Zahlenangaben: „Wir haben heute fast 5,5 Millionen Mann aktiv unter Waffen stehen und weitere 20 Millionen an Reserven. Diese riesigen Streitkräfte übertreffen bei weitem diejenigen der Vorkriegszeit. Sie sind noch immer nicht demobilisiert, obwohl seit dem Waffenstillstand zwölf Jahre vergangen sind." Nur Deutschland hatte abgerüstet; in der von Hoover genannten Gesamtziffer der stehenden Heere war die Reichswehr mit 100000 Mann – weniger als ein Fünfzigstel – beteiligt.

sammentrat, nahmen auch die Vereinigten Staaten teil und Präsident Hoover arbeitete selbst einen recht vernünftigen Plan aus: Er wollte die Armeen nicht nur der Zahl nach vermindert, sondern auch in ihrer Bewaffnung auf die „Polizei-“ und „Verteidigungskomponente“ ausgerichtet wissen, wobei für die erstere das Zahlenverhältnis zwischen der deutschen Bevölkerungszahl und der Reichswehrstärke zugrundegelegt und die zweite entsprechend errechnet werden sollte.

Das bedeutete natürlich, daß Deutschland auch seine „Verteidigungskomponente“ erhalten würde; schließlich wäre ein gewisses gemäßigtes Gleichgewicht im Verhältnis der Rüstungen und Bevölkerungszahlen erzielt worden. Hoover erlebte mit Staunen, daß in Genf sowohl die Fachleute – nämlich die Generalstäbler – wie auch Deutschland, Italien und 36 andere Nationen seinen Vorschlägen zustimmten; zu Fall gebracht wurde der Plan von den „Briten und Franzosen, die nicht wollten, daß überhaupt etwas geschehe“*. Als die Konferenz nach Vertagung wieder zusammentrat, war Hoover ein im Wahlkampf geschlagener Mann und konnte nichts Nützliches mehr unternehmen.

Präsident Roosevelt entsandte schon Anfang April 1933 den amerikanischen Diplomaten Norman H. Davis nach Berlin, um die deutsche Meinung zu der eingetretenen Stockung (Hoover: „Die Genfer Konferenz gab sich vier Monate rednerischen Nichtigkeiten hin“, a.a.O. Band II Seite 327) kennenzulernen. Davis hatte ein langes Gespräch mit Reichskanzler Hitler, der mit seiner Kritik an der Versailler Diskriminierung nicht zurückhielt und – wie Davis nach Washington berichtete** – deutlich genug erklärte, er wünsche „keinen Krieg, aber die Deutschen könnten nicht ewig unter den Bestimmungen eines Vertrages leben, der ungerecht sei und völlig auf der falschen Voraussetzung von Deutschlands Kriegsschuld beruhe“.

Der neue amerikanische Präsident war begreiflicherweise viel zu sehr mit seinem „New Deal“ beschäftigt, um etwa den Abrüstungsstreit Hoovers mit den Engländern und Franzosen fortsetzen zu können – selbst wenn er gewollt hätte, was offenkundig nicht der Fall war. Hitlers Erklärungen gegenüber Nor-

* Hoover a.a.O., Band II Seite 330.
** Tansill (vgl. Hinweis Seite 95) II Seite 62.

man Davis beeindruckten Roosevelt so wenig, daß er am 6. Mai 1933 dem Reichsbankpräsidenten Schacht schlicht erklärte, die „Vereinigten Staaten bestünden darauf, daß es in der deutschen Rüstung beim ‚status quo' zu bleiben habe". Am Ende der Unterredung gab der Präsident „so deutlich wie möglich" zu verstehen, daß er „Deutschland als das einzig denkbare Hindernis für einen Abrüstungsvertrag betrachte" – so unterrichtete der neue Außenminister Hull den amerikanischen Botschafter in London*.

Das war natürlich nicht der Weg, der zu einer Lösung führte; schon Hoover hatte erfahren, daß die Schwierigkeiten in Wirklichkeit nicht in Berlin, sondern in London und Paris überwunden werden mußten.

*

Wohin des amerikanischen Präsidenten Blicke sich mit mehr Sympathie richteten, darüber wurden Deutschland und die anderen Großmächte bald aufgeklärt.

Schon am 13. Mai 1933 – wenige Tage nach Roosevelts kühlen Eröffnungen an seinen deutschen Besucher Schacht – meldeten die Nachrichtenbüros, daß erstmals in der Geschichte der Sowjetunion ein Amerikaner im Kreml von Stalin zu einem mehrstündigen Gespräch empfangen wurde.

Das Ereignis fand deshalb allgemeine Aufmerksamkeit, weil sich die USA bisher standhaft geweigert hatten, die Sowjets als russische Regierung anzuerkennen.

Seit Wilson in Mexiko das Regime Huerta abgelehnt hatte, weil diese Regierung nicht vom Volk gebilligt war, konnte es für das Washingtoner Staatsdepartement nicht mehr gleichgültig sein, mit welchen Methoden ein ausländischer Machthaber sich durchgesetzt hatte. Da Lenin in Rußland nur durch einen Putsch Regierungschef geworden war und im Januar 1918 die gewählte Nationalversammlung sogar mit Waffengewalt aufgelöst hatte, konnte nach Ansicht der Regierungen Wilson**,

* Tansill II Seite 63.

** Schon am 10. August 1920 hatte Wilsons Staatssekretär Colby in einer Mitteilung an den italienischen Botschafter Avezzana den grundsätzlichen Standpunkt der USA formuliert: „Die Bolschewiken, eine unbedeutende Minderheit des Volkes, haben durch Gewalt und List die Macht an sich gerissen ... Ihre verantwortlichen Staatsmänner haben erklärt, daß die Exi-

Harding, Coolidge und Hoover eine Botschafterentsendung nach Moskau nicht in Betracht kommen, ganz abgesehen von dem millionenfachen Klassenmord der Revolutionsjahre und dem offenkundigen Gewaltregime, das fast unverändert andauerte.

Roosevelt beurteilte die russischen Verhältnisse von Anfang an nicht so kritisch und entdeckte eine ihm wesentlich interessantere Kehrseite. Der erste „Fünfjahresplan", mit dem Stalin seit 1928 Wirtschaft und Rüstung Rußlands mobilisierte, galt dem „Gehirn-Trust" geradezu als Vorbild und Beispiel und es ist nicht verwunderlich, daß schon wenige Wochen nach jenem in der Weltpresse aufmerksam verzeichneten Besuch eines amerikanischen Privatmannes im Kreml niemand geringerer als Professor Moley – der geistige Vater des „New Deal" – Ende Juni 1933 anläßlich eines Besuches in London dem gleichzeitig dort weilenden sowjetischen Außenminister Litwinow seine Aufwartung machte*. Dies war schon ein offizieller Schritt, denn Moley amtierte damals formell als Unterstaatssekretär im State Department.

Es ging nun ziemlich rasch: obwohl noch keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bestanden, traf der sowjetische Außenminister Litwinow persönlich am 7. November 1933 in Washington ein, wo er von Staatssekretär Hull am Bahnhof erwartet und sofort ins Weiße Haus geleitet wurde. An diesem und in den folgenden Tagen fanden jeweils mehrstündige Besprechungen zwischen Roosevelt und Litwinow statt; als der sowjetische Minister am 25. November – also nach einem Aufenthalt von fast drei Wochen – wieder abreiste, war alles geregelt. Die Sowjet-Regierung hatte zwar in nichts ihren Charakter oder ihre Methoden geändert, aber sie wurde nun von den Vereinigten Staaten anerkannt und entsandte alsbald ihren bisherigen Botschafter in Tokio nach Washington, um das neu aufgeschlossene Feld diplomatischer Beziehungen mit Saat zu versehen.

---

stenz des Bolschewismus tatsächlich von einer Revolution in allen anderen großen Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten abhänge ... Wir können eine Regierung nicht anerkennen, die sich entschlossen und verpflichtet hat, eine Verschwörung gegen unsere Institutionen anzuzetteln" (zitiert nach Hoover a. a. O., Band II Seite 349).

* Vgl. Sündermann: Das Erbe des falschen Propheten, Moskaus Kampf um Deutschland, von Lenin bis heute – und morgen? Leoni 1957, Seite 188.

Die amerikanischen Archive sind der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich, und wir wissen nicht, was Präsident Roosevelt und Volkskommissar Litwinow in jenen Tagen so gründlich miteinander besprochen haben. Vielleicht werden es auch die Historiker nie erfahren, da es zu des Präsidenten Gewohnheiten nicht zählte, jedes Gespräch in Aktennotizen festzuhalten*.

Es läßt sich freilich vermuten (und eine anschließende sowjetische Botschafter-Versetzung von Japan nach Amerika weist deutlich darauf hin), daß es neben der Rooseveltschen Bewunderung für die sowjetische Staatswirtschaft vor allem ostasiatische Themen gewesen sind, an denen die beiden sich so erwärmten, daß Litwinow Pressevertretern gegenüber die „Herzlichkeit des Empfanges" als „außerordentlich" hervorhob.

Es genügt in diesem Zusammenhang die Erinnerung, daß Japan – seit dem Ende des russisch-japanischen Krieges im Besitze der mandschurischen Eisenbahn – die wirtschaftlich bereits durchdrungene Mandschurei 1931 auch militärisch besetzt und 1932 als „Kaiserreich Mandschukuo" formell von China abgetrennt hatte.

Ich will mir kein Urteil über die Verhältnisse in so entfernten Gegenden anmaßen, aber es erscheint schon für den oberflächlichen Beobachter ziemlich gewiß, daß die verstärkte Festsetzung Japans auf dem asiatischen Festland für Rußland beunruhigender sein mußte als für die Vereinigten Staaten. Je nachhaltiger der japanische Ausdehnungsdrang sich in nördlicher Richtung bewegte, um so weniger Wahrscheinlichkeit bestand, daß er sich in die Weite des Pazifik entfalten würde.

---

* In der amtlichen Dokumentenpublikation „Foreign relations of the United States, Diplomatic Papers, The Soviet Union 1933 – 1939" (Washington 1951) sind zwar einige Niederschriften über Verhandlungen in der Schuldenfrage und hinsichtlich des Schutzes amerikanischer Bürger wiedergegeben, es fehlen jedoch Aufzeichnungen über die wichtigeren Gespräche zwischen Roosevelt und Litwinow. Daß diese den Präsidenten stark beeindruckt haben, bemerkte noch im Mai 1939 der frühere tschechische Staatspräsident Benesch – zu ihm sprach Roosevelt „ziemlich eingehend über seine Unterhaltungen mit Litwinow" (Dr. Eduard Benesch: From Munich to new war and new victory, London 1954, Seite 75). Nach Benesch sei sich Roosevelt auf Grund seiner Gespräche mit Litwinow über die „weltweite soziale Krisis" klargeworden, „die sich unausweichlich aus einem neuen Krieg ergeben würde". Dies sei nach Roosevelts Ansicht der Grund gewesen, weshalb „die westlichen Demokratien in Europa sich davor fürchteten, an der Seite der Sowjetunion gegen Deutschland Krieg zu führen".

Noch nüchterner gesprochen: Je mehr die japanischen *Land*streitkräfte gebunden waren, um so weniger konnte die japanische *Marine* auf Abenteuer sinnen, und desto geringer war die Wahrscheinlichkeit eines Interessen-Konfliktes mit den USA.

Dem Präsidenten Roosevelt dürften solche Überlegungen kaum fremd gewesen sein, jedenfalls berichtete ihm sein eigener Botschafter in Tokio schon im Sommer 1933 laufend über zahlreiche Zwischenfälle, die damals im mandschurisch-sowjetischen Grenzgebiet an der Tagesordnung waren. Botschafter Grew wußte diese Geschehnisse auch zu erläutern:

> „Die Absichten der (japanischen) Militärclique können nicht mit westlichen Maßstäben gemessen werden; wenn sie einen schließlichen Zusammenstoß für unvermeidlich hält, ist es durchaus möglich, daß sie vorhat zuzuschlagen, bevor *Rußland* zu stark wird.“*

Am 7. September 1933 notierte sich Grew sogar Ansichten eines Militär-Attachés, der einen neuen japanisch-russischen Krieg für „absolut unvermeidlich“ hielt (a.a.O. Seite 85) und die Äußerung des Sowjet-Botschafters, wonach „die Geduld und Nachsicht der UdSSR“ sich der „Grenze“ nähere; Grew befürchtet schließlich, daß Tokio angesichts eines möglichen Luftkrieges „ein ziemlich lebhafter Platz sein wird“, – er rechnet damit, in der japanischen Hauptstadt tätig sein zu müssen, während *die Russen* sie bombardieren!

Unter solchen Vorzeichen wirkte der Litwinow-Besuch in Washington bei den Japanern als eine Situation ersten Ranges. In diplomatischer Sprache verzeichnet Grew den Wandel der Dinge:

> „Die Anerkennung Sowjet-Rußlands durch Amerika hat ein wichtiges psychologisches Element in die Lage hereingebracht und gibt denen zu denken, die in Japan zu bestimmen haben; denn ungeachtet der friedlichen Politik der Vereinigten Staaten wäre das amerikanische Vorgehen im Falle eines japanisch-russischen Konfliktes für die Japaner ein unbekannter und störender Faktor, den sie notwendig in Erwägung ziehen müßten ...“**

---

* Joseph C. Grew: Zehn Jahre in Japan, Deutsche Ausgabe, Stuttgart 1947, Seite 83.

** Grew a.a.O. Seite 103.

Dieses knappe Streiflicht mag genügen, um zu verdeutlichen, daß Roosevelts großzügige Geste für Stalin nicht ohne beträchtlichen Wert gewesen ist; erstmals seit dem Eintreffen des Perry-Geschwaders im Jahre 1854* hatten – wie Botschafter Grew richtig erkannte – die Japaner nun die Vereinigten Staaten als einen möglichen Gegner ernstlich in Betracht zu ziehen. Wir wissen heute was schließlich geschah: Die Russen mußten überhaupt nicht mit Japan kämpfen, denn der militärische Einsatz der Vereinigten Staaten beendete die japanische Einflußperiode auf dem asiatischen Festland. Mit der einzigen Ausnahme Südkoreas sind alle damals japanisch beherrschten Bereiche nun sowjetischer Macht-Raum geworden.

Das war zwar gewiß nicht Roosevelts Absicht, aber es wurde Roosevelts politisches Werk im ostasiatischen Bereich.

Es begann mit dem Lunch für Litwinow im Weißen Haus am 7. November 1933, fast auf den Tag fünfzehn Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges.

*

Eine triftige oder auch nur vernünftige Erklärung zu finden, ist schwierig, wenn nicht unmöglich.

Auch der moralische Gedanke der friedlichen Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse ließ sich auf das China jener Tage schwerlich so anwenden, wie Roosevelt das tat – denn es war nicht nur Japan, sondern gerade auch Rußland, das durch ständige Vorstöße Chinas Schwäche ausnützte. Schon in den 20er Jahren hatte die sowjetische Politik die Mongolei von China abgetrennt und dort einen Satellitenstaat errichtet, der sich nur geographisch von der gleichartigen Institution Japans in der Mandschurei unterschied.

Auch die frühen 30er Jahre waren von russischen Einmischungen in innerchinesische Verhältnisse erfüllt, die durchwegs tiefgreifender waren als die japanischen Bemühungen, den Handel an der Küste in die Hand zu bekommen. Der heutige chinesische Staatschef Mao Tse-tung kommandierte schon damals ganze kommunistische Provinzen. Als Marschall Tschiang Kai-schek im Februar 1934 – wenige Monate nach der Anerkennung der

* Vgl. Anmerkung Seite 80.

Sowjetunion durch Roosevelt – einen Feldzug beginnen mußte, um seine russisch infiltrierten Südost-Provinzen wieder zur Räson zu bringen, ließ das den amerikanischen Präsidenten ganz ungerührt. Sein kritisches Auge war und blieb strikt auf Japan gerichtet. Nach dem Urteil des amerikanischen Historikers Harry Elmer Barnes* hat Roosevelt niemals „ernstlich die Gefahr russischer Erfolge im Fernen Osten wahrgenommen, die allein durch Japan ausgeglichen werden konnten".

Auch der chinesische Staatschef Tschiang Kai-schek mußte schließlich zur Kenntnis nehmen, daß er bei den USA zwar gegen Japan, nicht aber gegen Rußland Unterstützung finden konnte; er gab deshalb den Gedanken eines Ausgleichs mit Tokio auf, versicherte sich des russischen Segens und ließ aus einem belanglosen Zwischenfall in Peking den großen chinesisch-japanischen Krieg beginnen.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten ostasiatischer Verhältnisse, daß ein achtjähriger erbitterter und blutiger Kampf aus einer Schießerei entstand, bei der es keinen einzigen Toten gegeben hatte: eine japanische Truppe (die auf Grund des sog. Boxer-Protokolls von 1901 in Peking stationiert war), unternahm am 8. Juli 1937 eine Nachtübung an der dortigen Marco-Polo-Brücke. Es gab ein Geplänkel mit chinesischen Regierungstruppen, beide Seiten schossen lebhaft in die Luft und beschuldigten sich am nächsten Tag gegenseitig des Übergriffes. Nach Professor Tansills Ansicht** sind die Chinesen nicht so unschuldig gewesen, wie man seither glaubt:

> „Dieser Konflikt war ernstlich vorbereitet worden durch die chinesischen Nationalisten und nationalistischen Streitkräfte, nachdem sie zu einer Verständigung mit Rußland gekommen waren. Stalin war hocherfreut, daß die Truppen Tschiang Kai-scheks und die chinesischen Kommunisten zu einer gemeinsamen Offensive gegen die Japaner antreten konnten, die Verteidigungspositionen gegen die rote Flut aufzubauen versuchten."

Ich hoffe, der Leser verzeiht diese Abschweifung in so abgelegene ostasiatische Angelegenheiten – sie war unerläßlich, denn

* Vgl. das von Barnes herausgegebene Sammelwerk „Perpetual war for perpetual peace?" Caldwell 1953, Seite 638.

** Vgl. Tansills Beitrag zu Barnes' Sammelwerk a. a. O. Seite 138.

der japanisch-chinesische Zusammenprall mit dem russisch-amerikanischen Vorzeichen gehört zu der weltpolitischen Szene, die sich ab Herbst 1937 vor unser aller Augen abspielte.

*

„Eigentlich müßte da eine Gedenksäule errichtet werden mit der Inschrift ‚Hier begann der Zweite Weltkrieg‘ “ – das meinte ein deutsch-amerikanischer Freund, als er mir nördlich des Grant-Parks zwischen dem Wolkenkratzer-Horizont Chicagos und der weiten Fläche des Michigan-Sees die Stelle zeigte, an der Präsident Roosevelt am 5. Oktober 1937 seine berühmte „Quarantäne-Rede“ hielt. Herr K. gehörte damals zu den zahlreichen Zuhörern und war sofort beeindruckt von dem ‚neuen Ton‘, der nicht nur Amerika, sondern auch die Welt aufhorchen ließ.

Wie jede allzu einfache Formel, so trifft auch die bittere Ansicht, daß einige drohende und gezielte Bemerkungen der damaligen Roosevelt-Rede einen mehrjährigen Weltkrieg eingeleitet hätten, natürlich den historischen Sachverhalt nicht in vollem Umfang.

Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sich damals eine Wendung der amerikanischen Außenpolitik drastisch ankündigte, und daß sie in den unmittelbar anschließenden Jahren eine tiefgreifende Wirkung auf den Verlauf der Ereignisse ausübte.

Über diese Chicago-Rede habe ich an anderer Stelle bereits wie folgt berichtet*:

„In einer am 5. Oktober 1937 in Chicago gehaltenen Rede erklärte Präsident Roosevelt, ‚die Herrschaft des Terrors und der internationalen Rechtlosigkeit‘ habe einen Grad erreicht, der die zivilisierten Staaten bedrohe. Friede und Freiheit von neunzig Prozent der Weltbevölkerung werde von den übrigen zehn Prozent gefährdet. Obwohl er einzelne Länder nicht ausdrücklich nannte, machte der Präsident schon durch diesen Zahlenvergleich deutlich, daß er zwar Japan, Italien und Deutschland, nicht aber die Sowjetunion als diejenigen Staaten verstand, gegen die er ein ‚gemeinsames Vorgehen‘ und vieldeutig eine Art ‚Quarantäne‘ verlangte. Es verdient angemerkt zu werden, daß diese Drohrede in einem

---

* „Alter Feind – was nun?“ Seite 90.

Zeitpunkt gehalten wurde, als noch keine territoriale Revision von deutscher Seite gefordert war und daß die früheste vertrauliche Besprechung, in der Hitler die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes bei der Verfolgung seiner Ostraumpläne erwähnte (und sie für die Jahre 1943–45 ins Auge faßte) am 5. November 1937, also ein Monat nach dieser Roosevelt-Proklamation stattfand (vgl. das seit 1945 oft und meist falsch zitierte sog. Hoßbach-Protokoll)."

Aus den erbeuteten deutschen Akten zitiert Professor Tansill (II, Seite 385) die Berichte, die der deutsche Botschafter Dieckhoff über die Chicago-Rede nach Berlin sandte. Aus diesen (und anderen) Quellen wird erkennbar, daß die entscheidenden scharfen Formulierungen in dem ursprünglich vom amerikanischen Außenministerium vorbereiteten Redeentwurf nicht enthalten waren. „Diese Formulierungen stammten vom Präsidenten selbst" und seien jedenfalls „erst unmittelbar vor der Ankunft in Chicago" in den Text aufgenommen worden. Es war hier offenkundig wieder einmal der „Gehirn-Trust" am Werk gewesen*. Jedenfalls spricht Samuel J. Rosenmann – einer der Hauptmitarbeiter der Roosevelt-Reden und Herausgeber einer offiziellen Sammlung dieser Dokumente – rückblickend voll Stolz von dieser Chicago-Rede; sie sei ein „Meilenstein in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten" gewesen**. Und der mit dem Präsidenten befreundete Historiograph Emil Ludwig nennt die Rede in seiner Roosevelt-Biographie den „ersten Trommelwirbel im demokratischen Orchester", wobei er scharfsinnig erkannt hatte: „Die einzige Diktatur, der Roosevelt sich spontan angenähert hat, ist die der Russen."***

* Der spätere britische Premierminister Winston S. Churchill teilt in seinen Erinnerungen (The Second World War, Band I Seite 193) einen Brief mit, den er damals an Eden geschrieben hat, und in dem es heißt: „Bernard telegrafiert mir, daß er die Ergebnisse seiner Besprechung mit dem Präsidenten (nach unseren Gesprächen in London) niederschreiben will. Ich habe nur wenig Zweifel darüber, daß die Rede des Präsidenten gegen die Diktaturen weitgehend durch unsere Unterhaltung beeinflußt wurde." Schon damals – wie vor allem im Jahr 1938 (vgl. Seite 154) – scheint Baruch zwischen Churchill und Roosevelt als eine Art „go-between" tätig gewesen zu sein. Als „go-between" bezeichnet die englische Geschäftssprache eine Persönlichkeit, die das Vertrauen zweier Partner besitzt und im Bedarfsfalle indirekte Verhandlungen führt.

** Samuel J. Rosenmann: Working with Roosevelt, London 1952, Seite 161.

*** Emil Ludwig: Roosevelt, Studie über Glück und Macht, Amsterdam 1938, Seite 242.



Der sowjetische Außenkommissar Litwinow bei der Ankunft in Washington am 7. November 1933
Rechts: US-Staatssekretär Cordell Hull

Der damalige deutsche Botschafter in Washington hingegen hat allzu großen Weitblick in der Beurteilung der auffälligen Präsidentenrede nicht bewiesen. Er versicherte dem Berliner Auswärtigen Amt am 9. Oktober 1937 geradezu eifrig, „daß der Ausbruch des Präsidenten in Chicago überwiegend, wenn nicht ausschließlich gegen Japan gerichtet war, daß also an ein etwaiges Aktivwerden in europäischen Fragen nicht gedacht worden ist.“ Im nächsten Bericht (15. Oktober 1937) stand es für Botschafter Dieckhoff sogar bereits „fest, daß die Rede in Chicago ganz überwiegend gegen Japan gerichtet war“. Hätte die deutsche Regierung dieser Beschwichtigung Glauben geschenkt (ich bezweifle es), dann wäre sie schlecht beraten gewesen.

Wollte Roosevelt nur Japan bedrohen, so konnte er sich deutlicher ausdrücken – und überdies war es angesichts der tatsächlichen Verhältnisse in China klar genug, daß mit einer einseitigen Verurteilung des japanischen Vorgehens und einer gleichzeitigen Einreihung der Sowjetpolitiker in die Kategorie der „friedliebenden Völker“ eine sehr wirklichkeitsfremde Parteinahme der Vereinigten Staaten erfolgt war.

Es ließ sich ein amerikanisches Interesse an einer Beilegung des Chinakonfliktes sehr wohl begreifen – zu diesem Zweck aber mußte nicht nur an die Adresse Tokios, sondern auch an die Moskaus appelliert werden!

Kurzum – das Thema des Litwinow-Besuches vom November 1933 war wieder aufgegriffen, nur schärfer und deutlicher, und es wundert uns nicht, daß unter den meist noch zurückhaltenden kritischen Kommentaren der amerikanischen Zeitungen schrill die Stimme des New Yorker Bolschewisten-Organs „Daily Worker“ vernehmbar wurde:

> „Die kommunistische Partei begrüßt die Begründung einer positiven amerikanischen Friedenspolitik durch den Präsidenten.“

Diese „Friedenspolitik“ hat das amerikanische Volk schließlich mit 1134527 Gefallenen der Jahre 1941–45 bezahlt*.

*

* Zahlen nach Barnes a.a.O. Seite 35.

Über die wirklichen Hintergründe und Absichten des Chicago-Vorstoßes gab und gibt es die verschiedensten Deutungen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Jahr 1937 rein wirtschaftlich gesehen den Präsidenten Roosevelt vor sehr ernste Fragen gestellt hat. Er war im Herbst 1936 wiedergewählt worden – wobei heftige Kundgebungen seines Willens zur Neutralität in weltpolitischen Fragen eine propagandistisch wichtige Rolle spielten; nun aber nahm die Wirtschaftskrise wieder eine Wendung zum Schlimmeren, wobei die Formel des „New Deal" sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis bereits verbraucht war. Professor Tansill* verweist darauf, daß vom August bis Dezember 1937 die nordamerikanische Industrieproduktion um 27% und die Effektenkurse um 37% sanken, und daß allein in den letzten zwei Monaten dieses Jahres über 850 000 Industrie-Arbeiter neu erwerbslos wurden. Nach Professor Charles A. Beard** „überraschte und erschreckte der wirtschaftliche Niederbruch Präsident Roosevelt und seine Berater. Die Arbeitslosigkeit war weiterhin alarmierend in ihrem Ausmaß und in ihren Folgen". Von dem damaligen Postminister Farley wissen wir, daß Roosevelt unmittelbar nach Rückkehr von Chicago in der Kabinettsitzung am 8. Oktober 1937 geradezu hysterisch darüber klagte, „daß die gegenwärtige Situation das Ergebnis bewußter Bemühungen des Großkapitals und der großen Vermögen ist, den Markt hinabzudrücken, um eine für mich ungünstige Lage zu schaffen"***.

Es ist nicht allzu überzeugend, daß ausgerechnet das Großkapital an einer Verschärfung der Wirtschaftskrise interessiert gewesen sein soll; die „ungünstige Lage" traf nicht nur den Präsidenten persönlich, sondern die ganze Wirtschaft und es erscheint durchaus begreiflich, daß Roosevelt sich nach neuen Wegen der wirtschaftlichen „Ankurbelung" umsah, nachdem das Experiment der halbproduktiven Arbeitsbeschaffung praktisch und staatsrechtlich gescheitert war. Er war „am Ende der Improvisation" angelangt und der Ausblick war „entmutigend" wie Beard sich ausdrückt).

---

* Tansill II Seite 380.

** „American foreign policy in the making 1932–40", New York 1946, Seite 178.

*** Zitiert nach Hoover a. a. O., Band III Seite 459.

Im Januar 1938 – ein Vierteljahr nach der Chicago-Rede – sprach der bereits mehrfach zitierte amerikanische Publizist John D. Flynn (a.a.O. Seite 174) „einen der intimsten Berater des Präsidenten“:

„Ich fragte ihn, ob der Präsident wisse, daß wir uns in einer Depression befinden. Er antwortete, das sei natürlich der Fall. Ich fragte weiter, was der Präsident zu tun gedenke. Antwort: ‚Wieder Ausgaben machen.‘* Ich vermerkte, es werde schwierig sein, Objekte zu finden, die die Bundesregierung finanzieren dürfe. Er sagte, das sei bekannt. Ich fragte dann darauf, wo der Präsident denn dann Ausgaben machen wolle? Er lachte und erwiderte nur ein Wort: ‚Schlachtschiffe‘.“

Professor Tansill, der sich in seinem Buch „Die Hintertür zum Krieg“ zu dieser nicht unwichtigen Frage sehr zurückhaltend äußert**, drückt sich in seinem Beitrag zu dem bereits erwähnten, von Professor Barnes herausgegebenen Sammelwerk (a.a.O. Seite 138) viel deutlicher aus:

„Die amerikanische Aufmerksamkeit sollte von den widerwärtigen Szenen zu Hause auf entfernte Länder abgelenkt werden ...“

In der einschlägigen amerikanischen Fachliteratur wird übereinstimmend die Ansicht vertreten, das kritische Echo, das die „Quarantäne“-Rede fand, habe den Präsidenten zunächst zur Zurückhaltung veranlaßt. Ich bin nicht sicher, ob diese These haltbar ist.

Gewiß folgte eine weitere öffentliche Kundgebung gleichen Stils nicht unmittelbar. Aber schon im Dezember 1937 ließ Roosevelt sich erneut vernehmen. Man könne die Augen nicht davor verschließen, daß die Vereinigten Staaten im Interesse des Fernzieles eines allgemeinen Friedens „sogar zur Führerschaft verpflichtet“ seien, so schrieb der Präsident damals in

---

* Die direkte Staatsschuld der Vereinigten Staaten stieg von 22,5 Milliarden im Jahr 1933 auf 40,4 Milliarden im Jahr 1939 und 48,9 Milliarden Dollar bei Kriegseintritt 1941. Die Entwicklung des Geldumlaufes in den gleichen Jahren: 1933 – 42,02 Milliarden, 1939 – 75,77 Milliarden, 1941 – 90,63 Milliarden Dollar.

** Tansill II Seite 380: „Dies alles jedoch *beweist* nicht, daß Roosevelt darauf verfallen sei, gegen die Aggressoren aufzutreten, weil er die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit vom Heimatschauplatz habe ablenken wollen.“

einem offenen Brief an den ehemaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Landon*. Das war der Ton Wilsons und es ist auch bekannt, an welche Adresse diese Deutlichkeiten gerichtet waren.

An anderer Stelle habe ich bereits auf die interessanten Mitteilungen des späteren britischen Premierministers Churchill verwiesen, der eine zwar zunächst unwirksame, aber doch sehr nachdrückliche diplomatische Aktivität Roosevelts gegenüber der britischen Regierung um die Jahreswende 1937–38 feststellt. So berichtet Churchill in seinem Erinnerungswerk über den Zweiten Weltkrieg (Band I Seite 198f.) von einem bedeutungsvollen Besuch, den der damalige amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles dem britischen Botschafter in Washington am 11. Januar 1938 abstattete – also immer noch vor dem Beginn der territorialen Revisionen, die dann das Merkmal des Jahres 1938 ausmachten. Welles überbrachte dem Botschafter eine „geheime und vertrauliche Botschaft von Präsident Roosevelt an Chamberlain". Der Präsident – das war der Inhalt der Botschaft – sei angesichts der „Verschlimmerung der internationalen Lage tief besorgt" und wünsche die Unterstützung der britischen Regierung zur Einberufung einer internationalen Konferenz in Washington; der Präsident wünsche die Angelegenheit sehr dringlich behandelt zu sehen und setzte dem britischen Premierminister den 17. Januar als Termin für die Antwort. Außenminister Eden befand sich in diesen Tagen auf Urlaub in Frankreich; Chamberlain sandte eine höfliche aber ausweichende Antwort nach Washington. Churchill schreibt über diesen damals der Öffentlichkeit unbekannt gebliebenen Vorgang aufschlußreich:

> „Präsident Roosevelts Vorschlag, den Einfluß Amerikas dafür zu verwenden, daß die führenden europäischen Mächte zusammenträten und die Möglichkeit einer umfasssenden Regelung besprächen, wobei natürlich die gewaltige Macht der Vereinigten Staaten auf irgendeine Weise ins europäische Spannungsfeld einbezogen worden wäre, dieser Vorschlag wurde von Chamberlain abgelehnt."

Eden war aus dem Foreign Office alarmiert worden, aber er kam zu spät nach London zurück, um einzugreifen. Es ergab

* „Times", London, 22. Dezember 1937.

sich aus diesem Punkt ein Konflikt des Außenministers mit dem Premierminister, der am 20. Februar 1938 zum Rücktritt Edens führte.

Die europäischen Ereignisse entwickelten sich dann bald überstürzend und ließen zunächst wenig Raum für eine Einwirkung des amerikanischen Präsidenten. Nach dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich (11. bis 13. März 1938) konnte Botschafter Dieckhoff aus Washington zunächst nach Berlin berichten, Außenminister Hull habe ihm zwar „eine Reihe von Fragen“ gestellt, aber weder „Besorgnis“ gezeigt noch „irgendwie eine kritische oder gar ablehnende Haltung“ erkennen lassen*. Wenige Tage später mußte der Botschafter jedoch einen „ganz scharfen Umschwung“ bemerken, der Anschluß Österreichs gelte in Washington nunmehr als „Vertragsbruch, als Militarismus, als Vergewaltigung“, wahrscheinlich habe „der Präsident persönlich eingegriffen und sowohl dem State Department wie der Presse eine entsprechende Sprachregelung gegeben“.

Das alles änderte nichts an der Tatsache, daß es sich bei diesem Vorgang nur um eine verspätete Durchsetzung des in Versailles gerade in diesem Fall brüsk verweigerten Wilsonschen Selbstbestimmungsrechtes handelte.

In London war man sich der Sachlage deutlicher bewußt und so blieb auch der neue Kampfaufruf Roosevelts ebenso ohne unmittelbare Wirkung, wie die schon damals (im April 1938) in einer offiziösen Biographie des Präsidenten mitgeteilten Versicherung: Im Falle eines Krieges werde Amerika wahrscheinlich „die Demokratien Europas mit allem außer mit Truppen versorgen“.

Emil Ludwig wußte bereits (vgl. Seite 144), daß Roosevelt unter die Sammelbezeichnung „europäische Demokratien“ Stalins Sowjetunion mit einbezog, er ahnte auch schon, daß „die Neutralitätsakte nicht unsterblich ist“; nur die „aktive Teilnahme Amerikas am kommenden Krieg“ (wie Ludwig sich mit verblüffender Bestimmtheit ausdrückt), hält er „heut, anfangs 1938“ noch für „zweifelhaft“. „Roosevelts Stellung zu den Ereignissen stammt aus seinem großen Erlebnis Wilson“, das versichert der aus Deutschland emigrierte Publizist auf Grund

* Tansill II Seite 422.

seiner privaten Unterhaltungen mit Roosevelt. Die Intimität ihrer Gespräche wird in dem Ludwig-Buch sogar durch ein Bild belegt, das den Präsidenten mit Herrn und Frau Ludwig bei einem gemeinsamen Autoausflug zeigt.

*

Ende Juni 1938 – noch im Anfangsstadium der „Sudetenkrise" – ließ Roosevelt öffentlich ankündigen, daß die amerikanische Flotte stärker als bisher im Atlantik statt im Pazifik konzentriert werde. Das war deutlich genug und wurde auch in London als weiterer Aufruf verstanden, sich auf Krieg vorzubereiten.

Aus dem August 1938 berichtet Barnes (a.a.O. Seite 196) „geheime Verhandlungen mit britischen Beauftragten, die später als Wirtschaftverhandlungen bezeichnet wurden" – und es wohl auch waren, wenn man Kriegs-Vorratskäufe unter den allgemeinen Handelsbegriff einbezieht.

Wahrscheinlich haben die hierbei gewonnenen Kenntnisse über die englische Rüstungssituation den Präsidenten in den darauffolgenden dramatischen Wochen der Sudetenkrise zu einer verhältnismäßig friedfertigen Haltung veranlaßt.

Als sein Botschafter in Paris William C. Bullitt am 3. September 1938 in Bordeaux in öffentlicher Ansprache in Gegenwart von drei französischen Ministern vielversprechend verkündete: „Frankreich und die Vereinigten Staaten sind unzertrennbar im Krieg und im Frieden verbunden", ließ Roosevelt diese Erklärung zurückziehen.

Vertraulich freilich durfte der Londoner Botschafter Kennedy dem britischen Außenminister Lord Halifax am 10. September 1938 versichern: Falls Großbritannien in einen europäischen Krieg verwickelt werde, „dann würde sich die Geschichte des letzten Krieges wiederholen, Amerika aber beträchtlich schneller intervenieren als im vorigen Krieg"*.

Insgesamt jedoch spielte die Politik des Weißen Hauses im September 1938 keine ernsthafte Rolle in den europäischen Verhandlungen, wenn man von den öffentlichen Telegrammen absieht, die der Präsident Ende September an mehrere Regie-

* Tansill II Seite 447.

rungsoberhäupter gerichtet hat und in denen er in allgemeinen Wendungen zu friedlicher Regelung der entstandenen Probleme aufforderte, auch eine Konferenz „aller interessierten Staaten" anregte.

Als sich am 29. September 1938 Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier in München an einen runden Tisch setzten und die Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete von der Tschecho-Slowakei und ihre Angliederung an Deutschland beschlossen, ließ sich sagen, daß an dieser innereuropäischen Regelung die Vereinigten Staaten ebensowenig mitgewirkt hatten, wie die Sowjetunion – ein interessanter Umstand, der sich in Kürze in verblüffender Weise auswirken sollte.

*

Schon eine Woche vor der Münchner Konferenz hatte Stalin einen vergeblichen Versuch unternommen, sich in der Sudetenkrise zum Wort zu melden. Am 21. September hielt der sowjetische Außenminister Litwinow in Genf, wo er an der Herbsttagung des Rest-Völkerbundes teilnahm, eine Rede, in der er einen gemeinsamen Schritt der in Genf noch vertretenen Staaten vorschlug. Gleichzeitig wurde dem französischen Militärattaché in Moskau die sowjetische Waffenhilfe für den Kriegsfall in Aussicht gestellt*.

Acht Tage später, am gleichen 29. September, an dem in München die Viermächte-Konferenz stattfand und die Sudetenfrage friedlich regelte, berichtete die „New York Times" aufschlußreich aus Genf:

> „Maxim Litwinow von Rußland, der einzige Außenminister einer Großmacht, der der Völkerbundstagung beiwohnt, lehnte es ab, einen Kommentar zur Münchner Konferenz zu geben, von der Rußland ausgeschlossen ist. Es ist kein Geheimnis, daß er die britisch-französische Politik ablehnt, die Rußland nur dann heranzieht, wenn militärische Hilfe erwünscht ist. Es gibt Gründe anzunehmen, daß Mr. Litwinow Präsident Roosevelts Vorschlag einer Konferenz aller Interessierten viel vorteilhafter findet, weil diese Rußland einbeziehen würde, aber er zweifelt, ob Kanzler Hitler das anneh-

* Vgl. „New York Times" 12. Oktober 1938.

men würde ... Die russische Ansicht geht dahin, die Münchner Zusammenkunft bedeute, daß die Situation sich immer noch in der Linie der Nachgiebigkeit befinde und die Tschechoslowakei nur etwas billiger verkauft werde."

Diese Litwinowsche Deutung der Ereignisse findet sich – wie wiederholt zu werden verdient – in der „New York Times" bereits am Morgen des Tages, an dem die Münchner Konferenz begann!

Um diesen Zeitpunkt war Präsident Roosevelt noch nicht darauf eingerichtet, die Politik des britischen Premierministers Chamberlain zu verdammen; er sandte ihm im Gegenteil einen Glückwunsch und äußerte sich auch sonst zunächst im Sinne der „Erleichterung"*.

Innerhalb weniger Tage wandelte sich jedoch die Szene in ziemlich dramatischer Weise.

Kaum war der britische Premierminister Chamberlain am 1. Oktober 1938 mit der Botschaft „Friede in unserer Zeit" nach London zurückgekehrt und dort von begeisterten Menschenmassen begrüßt worden, als eine weltweite politisch-propagandistische Gegenbewegung in Gang gesetzt wurde, die unter der Behauptung, München sei eine „Niederlage" gewesen, die „Stop-Hitler"-These verkündete und ganz unverhüllt zur Kriegsvorbereitung aufrief.

Noch müssen die Tatsachen dieser schicksalsschweren Wochen mosaikartig zusammengesucht werden; die Streiflichter freilich, die sich allein schon aus den Zeitungsmeldungen und den wenigen bisher veröffentlichten Aktenstücken ergeben, sind aufklärend genug. Die einzelnen Zusammenhänge mögen sich in späterer gründlicher wissenschaftlicher Untersuchung dieses wichtigsten Vorspiels zum Zweiten Weltkrieg noch deutlicher abzeichnen und genauer datieren lassen.

Ich muß und darf mich auf einige Hinweise beschränken.

Da ist zunächst zu berichten, daß Maxim Litwinow unverzüglich von Genf nach Paris eilte, obwohl er auf anderen Wegen viel rascher und bequemer hätte nach Moskau zurückreisen können. Ein Journalist hat die Geschichte schon damals instinktiv richtig erfaßt, als er seiner Zeitung berichtete**, Litwinow

---

* Tansill II Seite 468.

** „Times", London, 3. Oktober 1938.

befinde sich „angeblich" auf dem Rückweg von Genf nach Moskau, und er werde „kaum die Gelegenheit versäumen wollen, die Gesichtspunkte seiner Regierung klarzumachen".

Inzwischen wissen wir aus dem vertraulichen Bericht des britischen Botschafters in Paris (veröffentlicht in den „Documents on British Foreign Policy", Serie III, Band 3, Dokument 100), welcher Art diese Litwinowschen „Gesichtspunkte" gewesen sind. Schon am 1. Oktober 1938 – die Tinte der Unterschriften Daladiers und Chamberlains unter das Münchner Abkommen war kaum trocken und der Reigen der Zustimmungs-Erklärungen war gerade eröffnet – hatte sich der sowjetische Außenminister in Paris sehr erregt ausgesprochen: Man hätte dem britischen Premierminister nie „erlauben" dürfen, nach Berchtesgaden und Godesberg zu gehen. Aber diese beiden Fehler seien ein Nichts, verglichen mit der „Ungeheuerlichkeit" von München. Hitler habe England und Frankreich „geblufft"; er hätte zurückweichen müssen, wenn sie mit Rußlands Hilfe festgeblieben wären.

Litwinows Kritik fiel auf günstigen Boden – so haben gleich in diesen Tagen „kurz nach der Münchner Konferenz" in der amerikanischen Botschaft in Paris „einige streng geheime Zusammenkünfte" stattgefunden, über die der amerikanische Historiker William Henry Chamberlin in seinem bekannten Buch „Amerikas zweiter Kreuzzug" (Deutsche Ausgabe, Seite 74) unter Berufung auf das persönliche Zeugnis eines Teilnehmers zu berichten weiß:

> „Eine Konferenz Botschafter Bullitts mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem französischen Luftfahrtminister Guy La Chambre erinnerte sehr stark an die Zeit, da der anglophile Botschafter Walter Hines Page den englischen Außenminister Sir Edward Grey beraten hatte, wie er am besten eine amerikanische Protestnote beantworten solle: das Hauptgesprächsthema war die Lieferung amerikanischer Flugzeuge an Frankreich. Bullitt, der häufig mit Roosevelt Überseegespräche führte, schlug einen Weg vor, auf dem im Kriegsfalle das Verbot der Waffenlieferungen an kriegführende Mächte im Neutralitätsgesetz umgangen werden könnte ..."

Nicht so geheim, aber nicht minder deutlich zeichnete sich in den gleichen ersten Oktobertagen 1938 auch die kriegerische

Wendung Englands am politischen Horizont ab: Bereits am 4. Oktober wiederholte die von Winston Churchill angeführte oppositionelle Gruppe im britischen Unterhaus die Parolen Litwinows in anderen Ausdrücken, aber im gleichen Sinne, und würdigte die Chamberlainsche Friedensbemühung als „Appeasement" zum internationalen Schimpfwort herab.

Am nächsten Tage – die Churchillrede stand gerade in den Zeitungen – schiffte sich Botschafter Bullitt auf der „Normandie" nach New York ein, wo er am 11. Oktober eintraf und sich beeilte, den Pressevertretern zu versichern, seine Reise habe „keine politische Bedeutung".

Noch ein weiterer wichtiger Reisender war in jenen Wochen aus Europa nach USA zurückgekehrt: der einstige Mitarbeiter Wilsons, Organisator der amerikanischen Kriegsindustrie 1917 bis 1918 und – wie wir bereits wissen (vgl. Seite 144) – persönlicher Freund sowohl Roosevelts wie Churchills, Mr. Bernard M. Baruch.

Dieser hatte sich in England umgesehen und dort nicht nur die Rüstungssituation geprüft, sondern natürlich auch die Ansichten der Churchill-Opposition studiert. Über diese Ergebnisse äußerte sich Baruch im März 1939 gegenüber Harry Hopkins, dem damaligen Handelsminister und späteren intimen Berater Roosevelts, recht offenherzig. Robert E. Sherwood berichtet in seinem dokumentarischen Werk „The White House Papers of Harry L. Hopkins" (London 1948, Band I Seite 111):

> „Baruch stimmte leidenschaftlich mit seinem Freund Winston Churchill überein, der ihm gesagt hatte: ‚Es wird bald Krieg geben. Wir werden mitmachen und Ihr (die Vereinigten Staaten) werdet auch dabei sein. Sie (Baruch) werden drüben den Laden schmeißen (you will be running the show over there), ich aber werde hier an Ihrer Seite sein! Baruch sprach mit Hopkins über die Realitäten der Situation, wie er sie in Europa gesehen und sie Roosevelt privat berichtet hatte."

Während Bullitt seine Pariser Geheimnisse auf dem üblichen Dienstwege eines zur Berichterstattung zurückkehrenden Botschafters in Washington zunächst unauffällig abladen konnte, blieben Bernard M. Baruchs Besuche im Weißen Haus* den

* Baruch war – was durch Pressebilder bekannt wurde – bereits während der Sudetenkrise am 23. September zum Lunch im Weißen Haus erschienen.

neugierigen Journalistenblicken nicht verborgen, und die Leser der „New York Times“ wurden am 14. Oktober 1938 durch den nachstehenden bemerkenswerten Bericht überrascht:

„Bernard M. Baruch, Vorsitzender des einstigen ‚War-Industries Board‘ warnte heute davor, daß die Vereinigten Staaten für einen Verteidigungskrieg unvorbereitet seien und sich in vieler Hinsicht in der gleichen Lage befänden, die Großbritannien und Frankreich gezwungen hätten, den Münchner Frieden anzunehmen. Mr. Baruch gab seine Ansichten bekannt, als er das Weiße Haus nach einer Konferenz mit Präsident Roosevelt verließ ... Seine Bereitschaft, sich auszusprechen – im Gegensatz zu seiner extremen Schweigsamkeit bei früheren Gelegenheiten – vermittelte den Eindruck, daß er mit Wissen und Zustimmung Mr. Roosevelts sprach, obwohl er betonte, es handle sich ausschließlich um seine eigenen Ansichten. Als er den Arbeitsraum des Präsidenten verließ, diskutierte Mr. Baruch bereitwillig die europäische Lage, die er vorher mit dem Präsidenten besprochen hatte. Er erwähnte wiederholt die ‚tragische mangelnde Bereitschaft Frankreichs und Großbritanniens‘ und erklärte, die Vereinigten Staaten dürften sich nicht gestatten, in eine derartige ‚erniedrigende Lage‘ zu geraten ... Mr. Baruch sprach geradezu begeistert (enthusiastically) über Präsident Roosevelts Interesse für die nationale Verteidigung und sein weit ausgreifendes Programm für 1. entschiedenen Ausbau der Marine durch Schiffe, Flugzeuge und Flottenstützpunkte in Verbindung mit der Armee; 2. Ausrüstung der Armee und Nationalgarde in Stärke von 400000 Mann mit ganz modernen Waffen; 3. Organisation der Industrie, um den sog. Produktionsengpaß zu überwinden.“

Um seine Geschichte für amerikanische Ohren schmackhafter zu machen, ließ Baruch sich außerdem phantasievoll darüber aus, daß eine „echte und unmittelbare deutsche Drohung gegenüber Südamerika“ bestehe. „Die lateinamerikanischen Regierungen sind vergleichsweise schutzlos. Nur die Vereinigten Staaten können ihre Eroberung durch eine starke totalitäre Macht wie Deutschland verhindern.“ *

---

* „Times“, London, 15. Oktober 1938. Zwei Tage *nach* diesen Äußerungen Baruchs brach ein seltsamer diplomatischer Streit zwischen der brasilianischen und der deutschen Regierung aus. Ohne Angabe von Gründen forderte man in Rio de Janeiro die Abberufung des deutschen Botschafters, er sei „persona ingrata“. Da der aus langjährigem Dienst im Berliner Aus-

Am nächsten Tag (15. Oktober) erfuhr die Öffentlichkeit, daß inzwischen Roosevelt selbst seine Pressekonferenz „elektrisiert" habe durch die Mitteilung, „daß die Informationen und Ereignisse des letzten Monats eine seit Jahresfrist begonnene Studie über die nationale Verteidigung zum Abschluß gebracht hatten." Der „New York-Times"-Korrespondent fügte hinzu:

„Der Eindruck war unausweichlich, daß er viel beträchtlichere Aufwendungen als bisher sowohl für die Armee wie für die Marine beabsichtigt."

Man kann in diesem Zusammenhang die Tatsache nicht übersehen, daß im England jener Tage die Churchill-Opposition zwar noch eine Minderheit war, die britische Regierung sich jedoch ihrerseits bereits um einen „neuen Kurs" bemühte. Schon am 6. Oktober waren Heeresverstärkungen angekündigt worden und die gleichen Londoner Zeitungen, in denen Roosevelts Fanfarenstöße gemeldet wurden, berichteten auch von einer Rundfunkansprache des britischen Kriegsministers Hoare Belisha über die Neuaufstellung einer britischen „Territorialarmee". Auch die Lieferung von 400 amerikanischen Militärflugzeugen an England gehörte zum Tages-Nachrichtenstoff des 15. Oktober**.

Nur zwölf Tage nach seiner bitteren Unterhaus-Kritik an der Münchner Konferenz verkündete Churchill geradezu jubelnd in einer Rundfunkansprache, die über alle amerikanischen Sender verbreitet wurde:

„Wir werden zweifellos aufrüsten. Britannien wird, indem es jahrhundertelange Gewohnheiten über Bord wirft, für seine Bürger die nationale Dienstpflicht einführen. Das britische Volk wird erhobenen Hauptes dastehen und allem entgegensehen, was immer auch kommen mag."

Geschickt griff Churchill auch Baruchs Propaganda-Ball auf und gab ihn weiter: „Sogar in Südamerika beginnt die Nazi-Intrige das Gebäude der brasilianischen Gesellschaft zu unterminieren ..."

---

wärtigen Amt hervorgegangene Botschafter Ritter sich wohl gewiß keine Unkorrektheit hat zuschulden kommen lassen, dürfte auch dieser Zwischenfall zum Vorspiel des Zweiten Weltkrieges gehören und eine Aktenuntersuchung über die Frage lohnen, ob USA-Einflüsse bei den Entschließungen der brasilianischen Regierung mitgewirkt haben.

* „Times", London, 15. Oktober 1938.

Inzwischen wurde auch Bullitts Anwesenheit in Washington von der Presse bemerkt. „In einer Besprechung, die bis tief in die Nacht dauerte“ habe der Präsident mit dem Botschafter „den ganzen Bereich der europäischen Beziehungen untersucht“ – aber in seiner Pressekonferenz machte Roosevelt keinerlei Andeutung über seine Erkenntnisse, was dem Washingtoner Korrespondenten der „New York Times“ (15. Oktober 1938) immerhin auffiel.

Heute wissen wir längst, was zwischen den beiden besprochen wurde – es war der „kommende Krieg“.

In munteren Worten vertraute sich William C. Bullitt schon damals dem polnischen Botschafter in Washington Graf Potocki an, dessen Bericht im Herbst 1939 mit den Akten des polnischen Außenministeriums in deutsche Hand fiel. Es genügt hier ein kurzes Zitat dieses bekannten Dokuments (21. November 1938)*:

> „Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden (europäischen) Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können.“

Wir haben ein wahrlich verblüffendes historisches Schauspiel vor uns: Wie innerhalb weniger Wochen aus einer willkürlichen Formel heraus – aus der These Litwinows, die in München erfolgte nachträgliche Korrektur des im Sudetenraum besonders unhaltbaren Versailler Diktats habe eine „Erniedrigung Englands“ bedeutet – sich hinter den Kulissen eine weltweite Kriegsallianz entwickelte.

Die mancherlei Leute, die sich heute aus tagespolitischen Gründen zur Geschichtsverdunkelung verpflichtet fühlen (in Amerika nennt man sie „Roosevelts black-out-boys“), sind mit begreiflichem Eifer bemüht, all das, was gleich nach der Münchner Konferenz in Paris, London und Washington geschah, zu verschweigen oder zu vertuschen. Hinter der gewohnten Vordergrundzeichnung des „Hitler-Krieges“ taucht dennoch das deutliche Bild der Litwinow-Churchill-Baruch-Roosevelt-Front aus den künstlichen Nebeln auf. Der Zweite Weltkrieg begann, wenn nicht in Chicago, so jedenfalls mit München.

---

* Zitiert aus Ribbentrop a. a. O. Seite 311 nach „Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“, Erste Folge, Berlin 1940.

Zu Ende ging er in Jalta; da trafen sie sich alle wieder, und da enthüllte sich der düstere Geist, in dem sie einig waren.

*

Diese knappe Übersicht über das, was in jenem schicksalhaften Oktober 1938 in Europa und Amerika geschah, wäre freilich ungerecht und unvollständig ohne Hinweis darauf, daß einige gewichtige Gegenstimmen sich erhoben. Mit dem geübten Blick des erfahrenen Staatsmannes durchschaute der frühere Präsident Herbert Hoover schon damals die Washingtoner Emsigkeit und erkannte ihre Ziele. In einer öffentlichen Erklärung („New York Times“ 27. Oktober 1938) kritisierte er unverblümt das „heutige Drängen nach Krieg“, verwies darauf, daß Frankreich „mit dem diktatorischen Rußland“ durch eine Allianz verbunden sei und stellte nüchtern fest:

„Es gibt ein Dutzend Gründe dafür, uns aus jedem Krieg herauszuhalten, der nicht unmittelbar unsere Unabhängigkeit bedroht. Wir haben reichlich Beweise dafür, daß Zerstörung, Leid und moralischer Niedergang mit dem Frieden nicht enden.“

Solchen vorausschauenden Mahnungen widmete der amtierende Präsident keinerlei Aufmerksamkeit. Interessanter erschien ihm vermutlich die bereits am 29. Oktober im Wirtschaftsteil der „New York Times“ veröffentlichte Ankündigung: „Business in the spring of 1939 may be as much as 25 per cent better than the corresponding period of this year“ – *„Die Geschäfte werden im Frühjahr 1939 nicht weniger als um etwa 25 Prozent besser sein als im gleichen Zeitraum des letzten Jahres.“*

*

Für das, was in den nächsten Monaten sich anschloß, genügen stichwortartige Erinnerungen*:

Bereits am 1. Dezember gab der damalige stellvertretende US-Kriegsminister in einer Konferenz amerikanischer Militärs bekannt**, daß 10000 Fabriken ihre „definitive war schedules

* Vgl. dazu auch Kapitel „Roosevelt, ‚stop Hitler‘ und die Polengarantie“ in meinem Buch „Alter Feind – was nun?“ Seite 83ff.

** „Times“, London, 2. Dezember 1938.

of production" – ihre „endgültigen Kriegsprogramme für die Produktion" erhalten hätten; eine ähnliche Ankündigung wurde am gleichen Tag im britischen Unterhaus in bezug auf die englische Industrie mitgeteilt.

Am 4. Januar 1939 richtete Roosevelt eine Botschaft an den amerikanischen Kongreß, die nicht nur die in seinem Munde nun schon gewohnten Polemiken wiederholte („Der Krieg, der die Welt zu entflammen drohte, wurde vermieden, aber es wird immer klarer, daß die Aufrechterhaltung des Friedens keineswegs gesichert ist"), sondern auch erstmals öffentlich gegen die in den USA seit seinem letzten Präsidentschafts-Wahlkampf 1939 geltenden Neutralitätsgesetze zu Felde zog: „Unser Selbsterhaltungstrieb müßte uns warnen, diesen Zustand weiter bestehen zu lassen." Schließlich bezeichnete Roosevelt es als Ziel der amerikanischen Aufrüstung, die USA müßte eine Wehrmacht besitzen, die stark genug sei, um „plötzliche Angriffe gegen wesentliche strategische Punkte" zurückzuweisen, einen entsprechenden Widerstand zu leisten und den Endsieg sicherzustellen.

Am 21. Januar 1939 entsandte Roosevelt seinen Botschafter Bullitt wieder nach Paris. Dieser vertraute vor seiner Abreise nochmals dem polnischen Botschafter die Absichten des amerikanischen Präsidenten an: Er reise „mit einem ganzen Koffer voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom State Department und von den Senatoren, die zu der Kommission für auswärtige Angelegenheiten gehören ..."*.

Bereits im Januar und Februar 1939 waren die Beziehungen zwischen London und Washington derart verändert, daß die britische Regierung – wie aus einem amtlich veröffentlichten Dokumentenwerk** ersichtlich wird – häufige „persönliche und vertrauliche Informationen für den Präsidenten" nach Washington berichtet und sich völlig der von Roosevelt gestellten Aufgabe „stop Hitler" eingeordnet hatte.

Es ist hier nicht nötig, alle Einzelheiten der Monate vor Ausbruch des europäischen Krieges nochmals zu besprechen***. Es

* Ribbentrop a.a.O. Seite 313.

** „Documents of British Foreign Policy 1919–1939" Serie III Band 4.

*** Vgl. dazu meine früheren Veröffentlichungen („Alter Feind – was nun?" Seiten 95ff., „Das Erbe des falschen Propheten" Seiten 192ff., „Das Dritte Reich" Seiten 49ff.).

sei nur an die zusammenfassende Beurteilung erinnert, die der damalige Reichsaußenminister von Ribbentrop hinterlassen hat; er schreibt im Zusammenhang mit der Anfang April 1939 verkündeten „Garantie" der britischen Regierung an Polen*:

„Wenn die britische Regierung in so betonter Weise von ihrer bisherigen Politik abwich und sich entschloß, das Risiko einer Blankogarantie einzugehen, so müssen hierfür ganz besondere Sicherungen für England gegeben gewesen sein. Ich behaupte – und nicht nur die Potocki-Akten beweisen es –, daß diese besonderen Sicherungen für England in einer Zusage Roosevelts gelegen haben, daß die Vereinigten Staaten an dem kommenden Kriege teilnehmen würden, wenn England und Frankreich zuerst losschlügen."

Das ist genau das, was die Baruch und Churchill sich schon im Sommer 1938 gegenseitig versichert hatten.

Auch die weiter bekannten polnischen Dokumente (u.a. Bullitt zum polnischen Botschafter in Paris im Februar 1939: „Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel"** und die berühmte Tagebuch-Notiz des späteren US-Kriegsministers Forrestal über sein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in London in den Tagen des Kriegsausbruches brauche ich nicht nochmals ausführlich wiederzugeben***; es genügt die Erinnerung an das „dauernde Drängen aus Washington" in den entscheidenden Augusttagen 1939 und Forrestals abschließende Bemerkung:

„Rückblickend gesehen gibt es unzweifelhaft Gründe für Kennedys Überzeugung, *daß es möglich gewesen wäre, Hitlers Vorgehen auf Rußland abzulenken.*"

*

Zu den paar Fragesätzen, die ich während meiner Reise in fast allen Gesprächen – auch in Washingtoner Büros – zur Debatte gestellt habe, gehörte dieser: „Ich habe niemals begriffen, welches amerikanische Interesse vom Präsidenten Roosevelt wahrgenommen wurde, als er Hitler von *Westen* her daran hinderte, im *Osten* Stalin zu besiegen?!"

* Ribbentrop a.a.O. Seite 167.
** Voller Text bei Ribbentrop a.a.O. Seite 315f.
*** Vgl. „Das Dritte Reich" Seite 51.



Franklin D. Roosevelt im Februar 1933 (mit Bernard M. Baruch)



Der Präsident im Gespräch mit Henry Morgenthau (Mai 1941)

Hitler und Amerika

Das Kapitel Hitler und Amerika umreißt gleichzeitig das Thema „Roosevelt und Hitler“. Roosevelt war bereits gewählter Präsident, als Hitler deutscher Reichskanzler wurde, und als Roosevelt starb, hatte Hitler nur noch zwei Wochen zu leben ...

Spätere Geschichtsschreiber werden es schwierig finden, die Gründe der großen politischen Gegnerschaft dieser beiden Regierungshäupter zu verstehen; schon heute sieht sich der kritische Beurteiler hier noch ernsteren Fragezeichen gegenüber als hinsichtlich der Kontroverse Wilson – Wilhelm II.

Immerhin hatte das kaiserliche Deutschland durch seine Kolonial- und Flottenpolitik das Risiko eines Konfliktes mit England in Kauf genommen und die engen anglo-amerikanischen Bindungen lassen eine zwar dürftige aber doch gerade noch verständliche Deutung des amerikanischen Kriegseintrittes 1917 zu.

Was hingegen Hitler wollte, war unbestritten und von vornherein erkennbar etwas ganz anderes; mit geradezu entwaffnender Offenheit hatte er bereits Jahre vor seiner Machtübernahme in seinem Buch „Mein Kampf“ in aller Breite dargelegt, daß er die „Vereinigung aller Deutschen in einem Reich“ herbeiführen, darüber hinaus aber „den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas“ beenden und den „Blick nach dem Land im Osten“ lenken wollte*. Er forderte vom deutschen Volk die „politische Einsicht“, „daß es sein Zukunftsziel nicht im berauschenden Eindruck eines neuen Alexanderzuges erfüllt sieht, sondern vielmehr in der emsigen Arbeit des deutschen Pfluges, dem das Schwert nur den Boden zu geben hat“. Obwohl Hitler nicht dazu neigte, irgend eine deutsche „Schuld“ am Ersten Weltkrieg zu verkünden, ließ er sich leidenschaftlich pro-englisch vernehmen:

„Ich gestehe offen, daß ich schon in der Vorkriegszeit es für richtiger gehalten hätte, wenn sich Deutschland, unter Verzicht auf die unsinnige Kolonialpolitik und unter Ver-

* Adolf Hitler: Mein Kampf, Dünndruckausgabe, Seite 742.

zicht auf Handels- und Kriegsflotte, mit England im Bunde gegen Rußland gestellt hätte."*

Das alles war nicht nur theoretisch verkündet worden oder in der Absicht, andere Ziele zu verschleiern; auch nach dem Ablauf der ganzen Tragödie ist zu sagen, daß Hitler sich während der zwei Jahrzehnte nach Erscheinen seines Buches stets fast wortgetreu an diese in „Mein Kampf" erklärten Grundgedanken gehalten hat. Man hat ihm oft „Unaufrichtigkeit" zum Vorwurf gemacht; an diesem Dokument scheitert solche Kritik – man mußte „Mein Kampf" nur studieren, um zu wissen, was kommen würde. Churchill meinte darüber noch in seinen Memoiren: „Es stand alles darin."

Über Amerika wird in „Mein Kampf" so gut wie nicht gesprochen. Einige ironische Bemerkungen über den „amerikanischen Weltheiland Wilson", der entschlossen gewesen sei „Krieg zu führen, um zum Pazifismus zu kommen", eine kurze antisemitische Polemik („Juden sind die Regenten der Börsenkräfte der amerikanischen Union ..., nur ganz wenige stehen auch heute noch, zu ihrem Zorn, ganz unabhängig da"), eine mehr sachliche Erörterung der amerikanischen Bundesstaats-Organisation – das ist alles, was Hitler in „Mein Kampf" über die Vereinigten Staaten aussagt. Seiner Denkweise und Zielsetzung konnte diese Macht – wie er offenbar meinte – nicht im Wege stehen; er erhoffte sich vermutlich nichts aus Washington (während er mit britischem Verständnis rechnete), er fürchtete aber auch nichts von dort (wie etwa von Frankreich), er glaubte wohl an amerikanisches Dulden der großdeutschen Ausdehnung in den russischen Raum, wie sie ihm als Ziel und Möglichkeit vorschwebte.

Vermutlich war Hitler nur verblüfft, als er, wie wir sahen, zunächst in der Abrüstungsfrage 1933, dann aber entschieden seit dem Oktober 1937, die wachsende außenpolitische Aktivität Roosevelts immer deutlicher gegen Deutschland und für Rußland sich ausrichten sah; nachdenklich wurde er wohl erst, als er seit der Chicagorede und vor allem nach der Münchner Konferenz hinter den Kulissen des britischen Verhaltens die lebhafte Einwirkung des amerikanischen Präsidenten erkennen mußte.

---

* Hitler a. a. O. Seite 753.

Einige Zeit vor meiner Amerikareise traf ich in München mit einem nicht nur intelligenten, sondern sehr klugen jungen Juden zusammen, der in den 30 er Jahren in Palästina aufgewachsen ist, den Staatsaufbau Israels leidenschaftlich miterlebt hat und sich heute um eine ernsthafte jüdisch-deutsche Verständigung bemüht.

Unvermeidlich hatten wir uns darüber auszusprechen, was zu Hitlers Zeiten in Deutschland hinsichtlich der hier lebenden Juden offen und geheim geschah. Ich verdeutlichte meine Ansicht: Es sei fast unbegreiflich, daß sie nach 1933 politisch erstrebte Trennung des deutsch-jüdischen Zusammenlebens nicht schon damals zu einer jüdischen Staatsgründung geführt habe*.

Im Eifer des Gespräches äußerte ich: „Hitler hätte ruhig einige Milliarden Mark für eine jüdische Staatsbildung aufwenden dürfen, er hätte sich damit vermutlich den Zweiten Weltkrieg gespart.“

Mein Gegenüber wußte sofort, was gemeint war, und parierte meinen Vorstoß mit der ruhigen Bemerkung: „Sie überschätzen den Einfluß der amerikanischen Juden.“

Der Satz gab mir zu denken, und ich habe mit manchen amerikanischen Freunden darüber gesprochen. Meist erhielt ich die Antwort „Der Mann hat recht – Roosevelt hat sich der antijüdischen Vorgänge in Deutschland bedient, als er sie politisch und propagandistisch brauchen konnte; er würde andere Formeln gesucht und gefunden haben, wenn nicht diese sich angeboten hätten. Es ist richtig, daß er sich häufig von Juden beraten ließ, aber nur er bestimmte, wann und was er von diesen Ratschlägen befolgte.“

Eine genauere Prüfung des zeitlichen Ablaufes der Ereignisse und eine Berücksichtigung der einzigartigen Stellung eines Präsidenten der Vereinigten Staaten spricht für diese These. Obwohl die großen New Yorker Zeitungen (sie sind – von den Besitz- und Redaktionsverhältnissen ganz abgesehen – schon deshalb an jüdischen Angelegenheiten besonders interessiert, weil New York mehrere hunderttausend jüdische Einwohner hat) seit 1933 in stets heftiger Form gegen Hitler und Deutschland ge-

* Vgl. dazu meine bereits erwähnte Schrift: Das Dritte Reich, Eine Richtigstellung in Umrissen, Seiten 21, 51f. und 80ff. (hier auch kritische Erörterung der antijüdischen Maßnahmen in Deutschl and 1933–1945).

schrieben haben, beeindruckte das die Washingtoner Politik in jenen Jahren zunächst nur wenig. Es war Roosevelts persönliche Einstellung*, die ihn in der Rüstungsfrage gegen Deutschland bestimmte und die ihn die Annäherung an Rußland suchen ließ. Solange er sein Hauptaugenmerk auf den „New Deal" richtete, waren ihm nicht nur die deutschen Juden-Maßnahmen recht gleichgültig, er förderte sogar die gleiche Neutralitätsgesetzgebung, die ihm dann später im Wege stand.

Nicht einmal in einer so unpolitischen Frage, wie es die Teilnahme an den Berliner Olympischen Spielen 1936 gewesen ist, zeigte er sich bereit, der heftigen Pressepolemik Gehör zu schenken, die eine Absage der Vereinigten Staaten als Protest gegen Hitler forderte. Wie auch immer Roosevelts persönliche Ansicht gewesen sein mag: er stand damals im Jahr seiner ersten Wiederwahl und dachte nicht daran, etwa das deutsch-jüdische Thema nur deshalb zur Debatte zu stellen, weil einige seiner Berater und die großen Zeitungen das wünschten.

Ein Jahr später – als er der Innenpolitik müde den Blick in die Welt richtete und hier nach Ansatzpunkten neuen Handelns suchte – war das jüdische Problem in Deutschland vorübergehend beruhigt; man darf vermuten, daß gerade in den entscheidenden Abschnitten des Herbstes 1937 und des Oktober 1938 humanitäre Gesichtspunkte die politischen Überlegungen des Präsidenten nicht ernstlich beeinflußt haben.

Es gibt sogar Hinweise dafür, daß der Präsident über die Juden persönlich recht zynisch geurteilt hat. So erklärte er in Jalta Stalin gegenüber, er (Roosevelt) sei „Zionist"**, womit er andeutete, daß er eine Umsiedlung auch der in Amerika lebenden Juden befürwortete. In einem weiteren Jaltagespräch äußerte sich Roosevelt – wie Flynn (a. a. O. Seite 391) berichtet – geradezu ordinär. Als Stalin ihn fragte, ob er dem arabischen König Ibn Saud (mit dem der Präsident zusammengetroffen war) irgendwelche Konzessionen machen würde, antwortete er: Das einzige Angebot, das er dem Araberkönig machen werde, sei – ihm die 6 Millionen amerikanischen Juden zu geben!

---

* Roosevelt hatte als junger stellvertretender Marinesekretär im Beraterkreis Wilsons an der Pariser Konferenz 1919 teilgenommen.

** Jalta-Protokolle, Siebente Vollversammlung, 10. Februar 1945.

Schon bei oberflächlicher Untersuchung der Ereignisse kommt man zu dem deutlichen Ergebnis: Roosevelt ist gegen Hitler nicht deshalb aufgetreten, weil er den Juden helfen oder sie schützen wollte, sondern er hat den Zweiten Weltkrieg befürwortet und das seinige zur Vorbereitung beigetragen, weil er glaubte, Deutschlands Macht zerstören zu müssen; die ihm von jüdischen Mitarbeitern angebotenen Argumente, Ratschläge und Unterstützungen hat er wohl erst dann eifrig benützt, als sein Entschluß bereits gefaßt war.

Tansill (II, Seite 480) berichtet unter Heranziehung amerikanischer Akten noch aus dem November 1938 – also *nach* der Synagogen-Brandnacht* – folgende Verhandlungen:

„In der letzten Novemberwoche bemühte sich Dr. Schacht** mit dem Department of State irgendeine Abmachung zuwege zu bringen, die die amerikanischen Forderungen teilweise befriedigen würden. In einer Unterredung mit dem Ersten Sekretär der amerikanischen Botschaft in Berlin, Donald R. Heath, äußerte er den dringenden Wunsch nach einer ‚Beilegung des Wirtschaftskonfliktes und der Schwierigkeiten in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, nicht wegen der beiderseitigen wirtschaftlichen Vorteile, die sich daraus ergäben, sondern weil eine solche Regelung weiteren Maßnahmen gegen die deutschen Juden vorbeugen würde' ... Er spielte verschleiert, aber unmißverständlich auf die antijüdischen Maßregeln und Demonstrationen an und sagte aus tiefer Überzeugung, sie seien skandalös. Auf die Schwierigkeiten in den gegenwärtigen deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen zurückkommend, erklärte er: ‚Wenn ich mich nur mit Außenminister Hull zusammensetzen könnte – ich weiß, daß wir schnell einen Weg aus unseren Schwierigkeiten finden.' "

---

* Vgl. dazu Sündermann: Das Dritte Reich Seite 51ff.

** In seinen Erinnerungen („76 Jahre meines Lebens", Bad Wörishofen 1953, Seite 482f.) berichtet Schacht ausführlich über seinen Plan einer internationalen Treuhändergesellschaft, die unter Heranziehung des in Deutschland belegenen jüdischen Vermögens eine geregelte jüdische Auswanderung aus dem Reich finanzieren sollte; er trug diesen Plan im November 1938 Hitler vor: „Zu meiner großen Überraschung erklärte Hitler, daß er nichts dagegen habe, wenn ich diesen Gedanken in die Praxis umzusetzen versuchen würde. Er ermächtigte mich auf meinen Vorschlag zu einer politischen Besprechung in London. Meine Londoner Unterhandlungen fanden vom 14. bis 17. Dezember 1938 statt. Ich nahm Fühlung mit Lord Berstead von der Firma Samuel & Samuel, der dem Vorschlag sympathisch gegenüberstand, während andere jüdische Gruppen, wie er mir mitteilte, ihn ablehnten."

In seinem Beitrag zum Barnes-Buch (a.a.O. Seite 157) berichtet Tansill außerdem ein nicht minder interessantes Gespräch Görings mit dem amerikanischen Geschäftsträger Mr. Gilbert – dieser gewann den Eindruck, daß Göring äußerst interessiert sei, eine „Lösung des jüdischen Problems“ zu finden, da „außer dieser Schwierigkeit“ zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten keine „konkreten Fragen“ bestünden.

Dieser Berliner Bericht Gilberts an Außenminister Hull trägt das Datum vom 21. Januar 1939!

Schachts und Görings Rufe verhallten ebenso ungehört, wie frühere ähnliche Anregungen von deutscher Seite.

Wäre ein solcher Weg beschritten worden, dann hätten die Juden nie in die Hand Himmlers fallen können (bis 1941 blieb die jüdische *Auswanderung* deutsche Regierungspolitik!) – freilich würde auch ein internationales Spannungsmoment in einem Zeitpunkt aus dem Wege geräumt worden sein, in dem die Knoten des großen Krieges bereits geschürzt wurden.

*

Es gilt als unbestritten, daß Hitlers politische Propaganda seinen Gegnern stets hart auf den Fersen blieb. Meist waren die Kommunisten, die Weimarer Regierungen, Schuschnigg und Benesch, Churchill, Eden und Duff Cooper reichlich damit beschäftigt, sich der Kanonade der Argumente zu erwehren, die von nationalsozialistischer Seite gegen sie gerichtet wurden.

Anders stand es im Falle Roosevelt – ich bin in den Jahren 1937 bis 1945 nie von dem Gefühl freigeworden, daß die propagandistische Initiative stets drüben entfaltet und von deutscher Seite aus nur eine fast lahme Verteidigung geführt wurde. Nur einmal – am 28. April 1939 – raffte sich Hitler zu einer ernsthaften rednerischen Auseinandersetzung mit Roosevelt auf. Vorher und nachher aber beherrschte der amerikanische Präsident das Feld und seine „ghost-writer“* waren um immer

* Als „Ghost-writer“ – wörtlich „Geist-Schreiber“ – bezeichnet man in Amerika Schriftsteller, die Entwürfe für Veröffentlichungen unter fremdem Namen anfertigen. Ausführliche Schilderungen über die Tätigkeit der „ghost-writer“-Gruppe, deren sich Roosevelt bediente, finden sich sowohl bei Rosenmann („Working with Roosevelt“) wie bei Robert E. Sherwood: The White House papers of Hopkins (New York 1948), Deutsche Ausgabe unter dem Titel „Roosevelt und Hopkins“.

neue Einfälle nicht verlegen. Obwohl es niemals einen ernstlichen Zweifel über Hitlers wirkliche Ziele und Absichten gegeben hat, verstand es Roosevelt durch stetige Wiederholung, weiten Kreisen in allen Ländern die Ansicht beizubringen, Hitler erstrebe die „Weltherrschaft" und auf dem Wege dorthin beabsichtige er zunächst, sich Südamerikas zu bemächtigen, dann auch Asien, Afrika und Australien zu beherrschen* – ohne jegliche Rücksicht auf die offenkundige Tatsache, daß sich Hitler schon scheute auch nur den Ärmelkanal zwischen Calais und Dover zu überqueren**. Mit durchdringender Heftigkeit wurde Hitler wegen seiner Regierungsweise angeklagt und beschuldigt, er beabsichtige „die Religion abzuschaffen" – daß das der Marxismus zum Programm erhebt und daß Stalin (im Gegensatz zu Hitler nie vom Volk gewählt) noch viel drastischer ein „Diktator" war, das alles hat den Präsidenten nicht beunruhigt. Er zeigt sich in dieser Unbekümmertheit als Propagandist hohen Grades, obwohl ihm das spätere Urteil der bekannten Politikerin Cläre Booth-Luce nicht erspart blieb, er habe das amerikanische Volk „in den Krieg gelogen"***. Auch die Deutsch-Amerikaner erheben spät und wirkungslos, aber doch sehr berechtigt ihre Klage:

> „Roosevelt ging vor das Volk und gab an, daß er geheime deutsche Landkarten habe, welche beweisen, daß Hitler ganz Südamerika erobern wolle und andere Dokumente, die beweisen sollten, daß Hitler alle bestehenden Religionen zu zerstören beabsichtige. Niemand anderer sah jemals eine solche Landkarte noch dergleichen Dokumente ..."****

---

* Rundfunkrede vom 29. Dezember 1940. Vgl. dazu auch die bereits erwähnten Behauptungen Baruchs im Oktober 1938 (siehe Seite 155).

** Der bekannte amerikanische Militärkritiker Hanson W. Baldwin war noch im Juni 1941 nüchtern genug, in seinem Buch „United we stand" zu erklären: „Der Autor kennt keinen einzigen verantwortlichen Offizier der Armee oder der Marine, der glaubte, daß die Vereinigten Staaten, auch in dem Falle, daß Deutschland den Krieg gewinnt, durch eine direkte Invasion bedroht seien. Keine etwa feindliche europäische oder asiatische Macht besitzt in der westlichen Hemisphäre territorialen Besitz oder Stützpunkte. Der Atlantik erstreckt sich über mindestens 3000 Meilen. Zwischen 4000 und 7000 Meilen liegt der Pazifik zwischen dem amerikanischen Kontinent und Asien. Eine Invasionsarmee könnte unser Land allein zu Schiff oder mit dem Flugzeug erreichen, da die Armeen nicht zum Siege schwimmen können..." (zitiert nach Wirsing a. a. O. Seite 270).

*** Zitiert bei Barnes a. a. O. Seite 489.

**** „Deutsche Wochenschrift", St. Louis, 26. November 1959.

Und der Völkerrechtler Frederic R. Sanborn stellt – präzise wie es sich für Juristen gehört – nachträglich fest (Barnes a.a.O. Seite 191):

„Buchstäblich tonnenweise fielen deutsche Archive, ihre geheimsten Pläne, Memoranden, Korrespondenzen bei Kriegsende in die Hand der Sieger. Diese Dokumente wurden gesichtet und mit Sorgfalt monatelang von einigen Dutzend Sachverständigen studiert in peinlicher Suche nach jedem Körnchen von Beweis, der in den Nürnberger Gerichtshöfen vorgelegt werden könnte. Nach einer langen und minutiösen Durchwühlung ergab sich, daß in keinem dieser Papiere auch nur der leiseste Beweis für igendeinen deutschen Plan eines Angriffs auf die Vereinigten Staaten gefunden werden konnte."

In Wirklichkeit ließ Hitler – vor allem nach Kriegsbeginn – die deutsche Propaganda und die deutschen Zeitungen in fast ängstlicher Weise zurückhalten. Ich besitze noch den Text einer Reihe von Weisungen an die Schriftleitungen, die in jenen Jahren – teils aus dem Auswärtigen Amt, teils von Hitler selbst stammend – immer und immer wieder dazu ermahnen, die Herausforderungen des Präsidenten wortlos hinunterzuschlukken, was sonst gar nicht unsere Art war. Geradezu stereotyp wurde den Redakteuren in bezug auf Roosevelts Reden gepredigt: „Nicht provozieren lassen."

Als in den von deutschen Truppen erbeuteten Akten des polnischen Außenministeriums die aufschlußreichen Berichte der polnischen Botschafter in Washington und Paris über ihre Gespräche mit Roosevelts Vertrauensmann Bullitt aufgefunden und in einem „Weißbuch" der deutschen Regierung veröffentlicht wurden, ließ Hitler jeglichen antiamerikanischen Kommentar ausdrücklich verbieten:

„Eine Sensation stellt es dar (so heißt es in der vertraulichen Presseweisung vom 29. März 1940), daß eine Gruppe dieser Dokumente über die Tätigkeit der USA-Politiker in Europa den Nachweis erbringt, daß die USA an der Anzettelung des gegenwärtigen Krieges Schuld tragen. Diese Tatsache darf jedoch bei der Veröffentlichung und Erörterung der Dokumente keinesfalls angesprochen werden."

Drei Tage später (am 1. April 1940) forderte Hitler von den Schriftleitungen nochmals, „dringend darauf zu achten, daß

weder in den Kommentaren noch in den Überschriften Roosevelt oder die USA-Politik angegriffen oder apostrophiert werden".

Natürlich konnte es – angesichts der Tatsachen, die der Präsident in rascher Folge schuf – bei so weitgehender Zurückhaltung nicht bleiben; aber Hitlers Propaganda hinkte stets beträchtlich hinter der Roosevelts einher.

Das freilich wäre weiter nicht allzu beunruhigend gewesen und könnte angesichts der inneramerikanischen Debatte jener Jahre als politische Klugheit gewertet werden. Wichtiger war, daß der Präsident Deutschland nicht nur mit theoretischen Worten herausforderte, sondern auch praktisch tätig blieb, den im September 1939 ausgebrochenen europäischen Krieg in Gang zu halten und auszuweiten.

Hitler beendete bekanntlich schon den Polenfeldzug des September 1939 mit einem Friedensangebot, das er in der Reichstagssitzung vom 6. Oktober 1939 verkündete. Ich erinnere mich dieser Stunde um so deutlicher, als mein damaliger Chef Dr. Dietrich* sich vor dieser Reichstagssitzung die in Berlin tätigen Korrespondenten amerikanischer Zeitungen kommen ließ, sie mit den Hauptgesichtspunkten der Hitlerrede vertraut machte und ihnen geradezu beschwörend ans Herz legte: „Dies ist die Stunde des Präsidenten Roosevelt."

Natürlich war sich Dietrich damals nicht bewußt, wie sinnlos ein solcher Appell sein mußte, denn die Geheimdokumente des Rooseveltschen Eingreifens in das Kriegsvorspiel waren noch nicht bekannt. Immerhin fiel die Dietrich-Aktion allgemein auf, weil sie zweifellos nicht ohne Hitlers Billigung erfolgte. Der Hinweis hat auch das Weiße Haus erreicht, er wurde sogar in der Pressekonferenz des Präsidenten erwähnt – vom Präsidenten aber mit einer leichten Geste abgewehrt.

Über eine ernsthaftere Aktion, bei der Roosevelt noch schlechter abschneidet, berichtet Tansill (II, Seite 600 ff.) auf Grund eigener Forschungen: Ein einflußreicher amerikanischer Erdölkaufmann William Rhodes Davis – eng befreundet mit dem Gewerkschaftsführer John D. Lewis und Mitfinanzier der Rooseveltschen Wahlkampagne 1936 – erwirkte sich dank dieser Beziehungen vom Präsidenten Mitte September 1939 die Genehmigung zu einer politischen Informationsreise nach Rom

* Von 1938–1945 Staatssekretär und Pressechef der Reichsregierung.

und Berlin, wo er Anfang Oktober 1939 von Göring zu ausführlichen Gesprächen empfangen wurde. Davis gab die – zweifellos irrige – Ansicht zum Besten, Präsident Roosevelt sei mit einem Kompromiß einverstanden, der Deutschland Danzig und den Korridor zubillige und er würde auch eine weltwirtschaftliche Regelung befürworten, „durch die jede Nation mit den Rohstoffen, Gütern und Waren versorgt werden würde, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Integrität und ihres Wohlergehens wesentlich braucht".

Göring fand Davis' Erklärung mit Recht „sehr überraschend, weil in Deutschland der Eindruck herrscht, daß die Gefühle Mr. Roosevelts jetzt gegen Deutschland gerichtet sind"; er besprach sich mit Hitler und empfing Mr. Davis am 3. Oktober 1939 ein zweites Mal, diesmal mit einer ganz konkreten Zustimmung:

> „Sie können Mr. Roosevelt versichern, daß Deutschland, wenn er vermitteln will, einer Regelung zustimmen wird, durch die ein neuer polnischer Staat und eine unabhängige tschechoslowakische Regierung ins Leben träten. Diese Information ist jedoch für ihn allein bestimmt, und er soll von ihr nur Gebrauch machen, wenn das notwendig ist, um eine Friedenskonferenz herbeizuführen ... Was mich selbst und meine Regierung betrifft, so wäre ich glücklich, an ihr teilnehmen zu können, und sollte ich im Falle des Zustandekommens einer solchen Konferenz Deutschland vertreten, so würde ich Washington als Konferenzort zustimmen."

Mr. Davis eilte mit dieser wichtigen Mitteilung nach Amerika zurück, wo er – tagelang vergeblich versuchte, zum Präsidenten vorzudringen. Als das erstaunlicherweise überhaupt mißlang, schrieb er Roosevelt einen ausführlichen schriftlichen Bericht über seine Gespräche mit Göring. Weder er, noch Göring, noch Hitler hörten jemals wieder etwas von dieser Angelegenheit, und sie wäre völlig vergessen, wenn nicht Professor Tansill sie ans Licht gezogen hätte.

*

Roosevelts Bestrebungen und Hoffnungen richteten sich nicht auf eine „Vermittlung"; er wartete im Gegenteil sehr offenkundig auf Ereignisse, die es ihm ermöglichen sollten,

selbst unmittelbar in die Kriegshandlungen einzugreifen. Und es zeigte sich nur allzu bald, daß er geradezu erpicht darauf war, einen „Zwischenfall“ zu schaffen, der den offenen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten begründen könnte.

Gleich in den allerersten Kriegstagen ergab sich in der Tat ein solches Ereignis: das amerikanische Passagierschiff „Athenia“ war torpediert worden. Der Vorfall war als Parallele zu den Streitpunkten des Ersten Weltkrieges geradezu grotesk und wir Journalisten glaubten dem Marinesprecher des OKW auf der Berliner Pressekonferenz ohne weiteres seine Erklärung, kein deutsches U-Boot habe sich in der benannten Seegegend befunden und die Explosion auf der „Athenia“ sei möglicherweise gar nicht auf einen Torpedoschuß zurückzuführen gewesen. Als historische Anekdote sei verzeichnet, daß eine amerikanische Untersuchungskommission später ebenfalls zu der Ansicht kam: die Möglichkeit einer Explosion *im* Schiffskörper sei nicht auszuschließen. Sogar Hitler erfuhr erst durch später eingehende Meldungen, daß tatsächlich das deutsche U-Boot 30 die „Athenia“ torpediert hatte. Natürlich paßte das gar nicht in seine Absichten und seine Reaktion war entsprechend geharnischt; der Kommandant des Bootes, Leutnant zur See Lemp, erhielt einen strengen Verweis und Großadmiral Raeder wurde kategorisch angewiesen:

> „Um neutrale Länder, vor allem die Vereinigten Staaten, nicht zu provozieren, ist es verboten, Passagierschiffe zu torpedieren, auch wenn sie im Geleitzug fahren.“ *

Diese Regelungen wurden später zwar noch verschiedentlich geändert, aber es blieb dabei, daß – wie Tansill sich ausdrückt – „das eifrige deutsche Bestreben, Amerika zu beschwichtigen, zu einer Vorzugsbehandlung amerikanischer Schiffe geführt“ hat.

Roosevelt seinerseits fuchtelte, je weiter die deutschen Armeen sich damals in Europa ausbreiteten, um so lebhafter mit der Faust um Hitlers Nase herum. Die nachstehende Übersicht über die einschlägigen Ereignisse erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit – sie beschränkt sich auf die wichtigsten Daten:

Bei Kriegsausbruch im September 1939 galt zunächst das Neutralitätsgesetz von 1936, das – auf Grund der Erfahrungen

---

* Tansill II Seite 613.

im Ersten Weltkrieg – im Kriegsfall sowohl die Gewährung von Anleihen wie die Ausfuhr von Kriegsmaterial an Kriegführende, außerdem die Einreise amerikanischer Staatsbürger in Kampfzonen verbot.

Roosevelt begann natürlich sofort, sich für verschiedene Abänderungen einzusetzen und es gelang ihm, im November 1939 das Waffenausfuhr-Verbot aufheben zu lassen. Freilich wurde noch die sog. „Cash and Carry"-Klausel eingefügt, d.h. Kriegführende, die Kriegsmaterial geliefert erhalten wollten, mußten es in amerikanischen Häfen abholen und bar bezahlen. Da nur England in der Lage war, Lieferungen über den Atlantik zu transportieren, war es klar, welche Bedeutung die Gesetzesänderung hatte – immerhin war in dieser Angelegenheit noch der Schein der Neutralität gewahrt.

Von vorneherein bedenklicher war die Erklärung vom 5. September 1939, in der der amerikanische Präsident – ohne jeden historischen oder rechtlichen Vorgang – die Gewässer an der atlantischen Küste Amerikas in einer Breite von mehreren hundert Seemeilen zu einer „Sicherheitszone" erklärte. Durch eine Neutralitäts-Patrouille amerikanischer Kriegsschiffe sollten Kriegführende aus diesem Gebiet ferngehalten werden. Die praktische Bedeutung dieser merkwürdigen Maßnahme schildert Großadmiral Dönitz in seinem Erinnerungswerk „10 Jahre und 20 Tage" (Bonn 1958 Seite 187):

> „Es kam auch sehr bald nach Kriegsausbruch zu völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen amerikanischer Seestreitkräfte im Atlantik. Sie beschatteten deutsche Dampfer, die aus Häfen der Vereinigten Staaten ausgelaufen waren und die versuchten, die deutsche Heimat zu erreichen. Die amerikanischen Seestreitkräfte meldeten durch Funkspruch den Standort dieser Schiffe an englische Kriegsschiffe, so daß die Engländer auf die deutschen Dampfer operieren konnten. Als Folge blieb unseren Schiffen nichts anderes übrig, als sich selbst zu versenken."

Bereits wenige Monate nach diesen einleitenden Geschehnissen – als Hitler nach einem Winter des „Sitzkrieges" die englisch-französische Kriegserklärung mit seinem erfolgreichen Frankreich-Feldzug beantwortete – rief der Präsident nicht nur die Franzosen in bombastischen Erklärungen zu einem

sinnlosen, materiell nicht unterstützten weiteren Widerstand auf, er schuf auch eine erstaunliche neue Tatsache mit dem „Verkauf" von 50 Zerstörern an die britische Regierung.

Für die Übergabe dieser Kriegsschiffe (sie erfolgte im September 1940) ließ er sich fünf bisher britische Kolonialgebiete im westindischen Bereich, außerdem Flotten- und Luftstützpunkte im englischen Neufundland, auf Bermuda und in Britisch Guyana „auf 99 Jahre" einräumen. Daß durch diese Gegenleistungen der Zerstörerverkauf für die Vereinigten Staaten ein gutes Geschäft war, ändert nichts an der Neutralitätswidrigkeit dieser Kriegsschiffübertragung. Sie verletzte eindeutig den Artikel 8 der Haager Konvention von 1907, und das veranlaßte Churchill zu seiner Bemerkung, dieser Vorgang allein würde „die deutsche Regierung berechtigt haben, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären"*.

Weit davon entfernt, dies zu tun, gab Hitler der deutschen Presse am 5. September 1940 die Weisung, die in Amerika über den Verkauf der Zerstörer entstandene Debatte „nicht zu beachten"!

Den nächsten weitausholenden Schritt zum Krieg unternahm Roosevelt in den ersten Monaten 1941 mit dem Gesetz über das sogenannte Pacht- und Leihsystem. Diese Regelung trat am 11. März 1941 in Kraft: Sie gewährte England volle und zwar kostenlose Belieferung mit jeglichem Kriegsmaterial aus amerikanischer Fertigung.

Bald darauf ging es weiter „durch die Hintertür zum Krieg": Am 18. April 1941 erklärte der amerikanische Admiral King, daß die im September 1939 verkündete „Sicherheitszone" nunmehr bis zum 26. Grad westlicher Länge ausgedehnt werde. Diese Linie lag 2310 Meilen von Amerika und nur 740 Seemeilen von Europa entfernt. Das war deutlich. Daß Roosevelt entschlossen war, dem Krieg „nachzulaufen", konnte nun jedes Schulkind auf dem Globus ablesen.

Wenige Wochen später, am 7. Juni, besetzten amerikanische Streitkräfte Island, befestigten diese Insel und führten von da ab regelmäßig Schiffsgeleitzüge von Amerika bis dorthin durch. Bisher hatten sich amerikanische Schiffe aus dem unmittelbaren Blockadegebiet rund um England ferngehalten und der

* Churchill a. a. O., Band II Seite 494.

Präsident wußte, daß Hitler seinen U-Booten nur hier „freie Jagd“ gestattete. Am 20. Juni 1941 traf erstmals ein deutsches U-Boot im erklärten Kriegsgebiet ein amerikanisches Schlachtschiff an – als die deutsche U-Bootführung diese Meldung erhielt, verbot sie sofort den Angriff*, trug diese Sache aber Hitler vor. Dieser bestätigte das Verbot und befahl, daß auch im Seekriegsgebiet um England Angriffe nur gegen einwandfrei als feindlich erkannte, keinesfalls gegen amerikanische Kriegsschiffe gerichtet werden dürften. Dönitz sagt mit Recht, daß jetzt infolge der Vermischung amerikanischer Seestreitkräfte mit englischen für die deutsche U-Boot-Kriegführung ein Zustand erreicht war, „der in einem Krieg einmalig war“.

Inzwischen hatte der deutsche Feldzug gegen die Sowjetunion begonnen. Eine der ersten Maßnahmen Roosevelts war es, seinen Vertrauten Harry Hopkins nach Moskau zu senden und auch den Sowjets seine „Pacht- und Leihhilfe“ anzubieten**; bald standen die russischen Forderungen und ihre Erfüllung an der Spitze des Leihprogramms!

Kaum war Hopkins aus Moskau zurückgekehrt, als Roosevelt, Churchill und ihre Stäbe sich zum „Atlantik-Treffen“ versammelten, die Besetzung des neutralen Persiens zwecks Öffnung eines Nachschubweges für die Sowjets beschlossen und ein gemeinsames Ergebenheitstelegramm an Stalin richteten:

> „In diesem Augenblick arbeiten wir zusammen, um Sie mit einem Maximum der von Ihnen dringendst benötigten Nachschubgüter zu versorgen. Viele Schiffsladungen haben unsere Küsten bereits verlassen und noch mehr werden unverzüglich folgen“ (Roosevelt-Churchill-Botschaft an Stalin vom 12. August 1941, wiedergegeben bei Churchill a. a. O., Band III Seite 394).

Anfang September 1941 kam es dann auf dem Atlantik endlich zu dem vom Präsidenten so sehr herbeigewünschten, von

* Dönitz a. a. O. Seite 189.

** Hopkins zeichnete über sein erstes Gespräch mit Stalin am 28. Juli 1941 u. a. folgende Bemerkungen auf: „Ich sagte Stalin, daß ich als persönlicher Beauftragter des Präsidenten käme. Der Präsident betrachte Hitler als den Feind der Menschheit und wünsche deshalb die Sowjetunion in ihrem Kampf gegen Deutschland zu unterstützen. Ich machte ihm nachdrücklich klar, daß der Präsident und unsere Regierung fest entschlossen seien, der Sowjetunion jede nur mögliche Hilfe zum frühesten Termin zukommen zu lassen“ (Sherwood a. a. O. Seite 328).

Hitler in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg so ängstlich vermiedenen Zwischenfall.

Der Vorgang wurde später von amerikanischer Seite untersucht und stellte sich danach so dar: Der US-Zerstörer „Greer" war von einem englischen Flugzeug auf ein zehn Seemeilen entfernt stehendes deutsches U-Boot aufmerksam gemacht worden; der Zerstörer nahm sofort Fahrt auf dieses Ziel, ortete es und gab nun seinerseits den Standort des U-Bootes den Engländern genau bekannt, die durch ein Flugzeug Wasserbomben werfen ließen. Das U-Boot wurde aber nicht getroffen, die „Greer" blieb ihm auf der Spur, bis der U-Boot-Kommandant nun seinerseits einen Torpedoschuß gegen den Zerstörer abschoß, der freilich ebenfalls fehlging. Es war also – wie bei der Marco Polo-Brücke in Peking – eigentlich nichts passiert, was den Präsidenten nicht hinderte, sofort ans Mikrophon zu eilen und zu verkünden, die Handlungsweise des deutschen U-Bootes – nicht etwa die des Zerstörers „Greer"! – sei ein „Akt der Piraterie" gewesen, und es sei „kalte unerbittliche Notwendigkeit", diesen unmenschlichen, hemmungslosen Abenteurern der Welteroberung" bewaffnet entgegenzutreten.

Am 15. September 1941 gab daraufhin der amerikanische Marineminister Knox bekannt, die USA-Flotte habe Befehl „alle Handelsstörer der Achsenmächte, gleichviel ob sie als Überwasser- oder Unterwasser-Piraten auftreten, mit allen verfügbaren Mitteln aufzubringen oder zu zerstören".

Großadmiral Dönitz – damals noch Befehlshaber der U-Boote – bemerkt mit Recht in aller Trockenheit:

„Infolge dieses „Schießbefehls" des amerikanischen Präsidenten befanden sich ab Anfang September 1941 die Vereinigten Staaten in der Atlantikschlacht praktisch im Kriege mit Deutschland."*

Was von deutscher Seite daraufhin geschah, berichtet der Großadmiral wie folgt:

„Aus berechtigter Sorge vor weiteren Verwicklungen, die der Rooseveltsche ‚Schießbefehl' mit sich bringen würde, wandte sich Großadmiral Raeder am 17. September 1941 an Hitler. Ich hatte ihn bei dieser Besprechung zu begleiten. Der Oberbefehlshaber stellte dar, daß die deutschen See-

* Dönitz a.a.O. Seite 192.

streitkräfte sich in einer unhaltbaren Lage befänden. Hitler blieb jedoch bei seinem Befehl, daß die U-Boote sich nur wehren dürften, wenn sie angegriffen würden."

Dieser, wie Dönitz mit Recht bemerkt, „in der Kriegsgeschichte und im Völkerrecht wohl einmalige Zustand zwischen zwei Nationen" wurde erst mit dem Kriegseintritt Japans beendet.

*

Hören wir abschließend noch, was Tansill (II, Seite 658f.) über diese Geschichte zu sagen hat:

„Die Kriegslustigen 1941 sind niemals müde geworden, über die Mehrheit der Amerikaner als blinde Isolationisten zu hohnlächeln, die versucht hätten, die Vereinigten Staaten mit einer chinesischen Mauer zu umgeben und sie von jeder Berührung mit dem Ausland abzuschneiden. Sie wußten, daß sie logen. Amerika war niemals von den sozialen, wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Kräften isoliert, die die moderne Welt geformt haben. Dank seiner geographischen Lage war es der immer wiederkehrenden Flut von Konflikten entgangen, die die Mauern der alten Zivilisationen zerbröckelte und das Erbe wegspülte, das unerschrockener Mut und hohes Streben angesammelt hatten. Die Amerikaner waren Isolationisten gewesen nur gegen den Krieg und seine offenbaren Übel, und so ist ihr Land zu einer Blüte gediehen, die sich die Pilgerväter nicht im entferntesten erträumt hatten. Allein, im Jahre 1915 begann Präsident Wilson den Gedanken zu nähren, die Ideale und den Reichtum Amerikas mit der übrigen Welt zu teilen, und führte uns zwei Jahre später in einen fremden Krieg, von dem er hoffte, daß er die Welt sicher für eine Demokratie machen werde. Aber dieses Leitmotiv klang amerikanischen Ohren mißtönig, als es zu der großen Parade von 1917 führte, die für viele Männer auf einem der weiten Friedhöfe Frankreichs endete. Es wurde wieder volkstümlich nach 1933, und mit Roosevelt als Maëstro begannen die alten makabren Rhythmen in jedes Heim zu dringen. Im Jahre 1941 wartete sein Todesorchester mit gespanntem Eifer auf die Zeichen, mit der neuen Sinfonie anzuheben. Er hatte gehofft, daß Deutschland ihm das Motiv liefern werde, aber Hitler hatte sich geweigert, ihm mit ein paar einleitenden kriegerischen Takten zu helfen. Vielleicht

würden sich ein paar japanische Staatsmänner als gefälliger erweisen?"

*

Damit die Satire nicht fehle – das Nürnberger Tribunal, das 1945–46 über die „deutschen Hauptkriegsverbrecher" zu Gericht saß, hat immerhin eine feine Unterscheidung in sein Urteil eingefügt: Obwohl Hitler am 11. Dezember 1941 den Krieg an die Vereinigten Staaten erklärte und dies zweifellos ein formaler Verstoß gegen den Kellog-Friedenspakt von 1928 (auf den die Nürnberger Verurteilungen sich stützten) gewesen ist, hat man doch *keinen* der Angeklagten der Teilnahme an *dieser* „Angriffshandlung" beschuldigt.

Ein bitteres Lächeln drängt sich auf.

In ihren Umrissen ist die Kriegspolitik des Präsidenten Roosevelt durch viele Schleier hindurch deutlich genug sichtbar geworden – die deutschen Dokumentenfunde*, die Aktenforschungen des Professor Tansill, die Jalta-Dokumente**: das alles sind Tatsachen, die nicht mehr wegdiskutiert werden können. Freilich fehlen – wie auch anderswo – noch wichtige Materialien, die das Bild für den späteren Historiker vervollständigen werden.

So wird immer noch die berühmte Kriegskorrespondenz zwischen Roosevelt und Churchill streng geheimgehalten. Dieser Gedankenaustausch unter dem Decknamen „Potus" (President of the United States) und „Former Naval Person" begann – wie wir aus Churchills Erinnerungen wissen, bereits im September 1939, er umfaßte im Laufe der Kriegszeit etwa zweitausend Mitteilungen*** und berührte „die wichtigsten Geschäfte zwischen unseren beiden Ländern", wie Churchill sich ausdrückt. Auf diese Dokumente werden die Historiker wohl noch ebensolange warten müssen wie auf die Protokolle der britischen Kabinettsitzungen und die Kreml-Akten – geradezu ein Spott auf Wilsons einstige Formel: „Abschaffung der Geheimdiplomatie."

Immerhin wissen wir bereits ausreichend über den krassen Gegensatz zwischen den öffentlichen Beteuerungen Roosevelts und seinen tatsächlichen Handlungen Bescheid.

---

* Vgl. die vom deutschen Auswärtigen Amt herausgegebenen Weißbücher 1940–1942.

** Die offiziellen Jalta-Dokumente des US State Departments, Deutsche Ausgabe, Wien 1955.

*** Churchill veröffentlichte in seinen Memoiren nur einige inhaltlich belanglose Texte aus diesem geheimen Nachrichtenaustausch. So zitiert er aus seinem Telegramm vom 4. August 1941 (a.a.O. Band III Seite 381): „Heute vor 27 Jahren haben die Hunnen ihren letzten Krieg angefangen. Diesmal müssen wir es richtig machen. Zweimal sollte genug sein. Ich denke viel an unser bevorstehendes Treffen. Herzlichste Grüße." Es ist zu befürchten, daß in solchem Postkarten-Stil auch ernster zu nehmende Angelegenheiten behandelt wurden, als das aufgewärmte Märchen von der Kriegsschuld der „Hunnen".

Des Präsidenten Problem in all den Jahren ist es oft gewesen, für seine im stillen bereits getroffenen Entscheidungen publizistische Tarnungen zu erfinden. Sein diesbezügliches Wirken war zwar äußerst aktiv und einfallsreich, aber nicht immer überzeugend.

So wurde dem aufmerksamen Beobachter bald bemerklich, daß unter den laut und emsig als moralisches Kampfziel verkündeten „Vier Freiheiten" der von Wilson ein Vierteljahrhundert vorher ganz entschieden vertretene demokratische Grundsatz fehlte: jede Regierung müsse sich auf die ausdrückliche Zustimmung der Regierten stützen können. Natürlich hätte eine solche Forderung die politische Zusammenarbeit und die Allianz mit der Sowjetregierung stören müssen ...

Auch die sog. „Atlantik-Charta", die im August 1941 verkündet und in der wenigstens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gehandelt wurde, verblaßte rasch, nachdem Roosevelt auf einer Pressekonferenz sofort erklärte, für die Deutschen, Italiener und Japaner gelte die „Charta" natürlich nicht. Churchill ging noch weiter und stellte im Unterhaus klar: auch auf die unter der britischen Herrschaft lebenden Völker werde die Charta keine Anwendung finden.

Für wen sonst sollte sie dann eigentlich gelten?!

Zur gleichen Zeit, in der diese Propaganda-Vorstöße und -Rückzüge unternommen wurden, war der Präsident in seinen Geheimverhandlungen bereits an der Tür zum unmittelbaren Kriegseintritt der Vereinigten Staaten angelangt.

In den „Wedemeyer-Reports" (New York 1958, Seite 15ff.) berichtet der spätere China-Oberbefehlshaber General Albert C. Wedemeyer – 1941 noch Major im Planungsstab der US-Wehrmacht – recht eindrucksvoll von den weltumfassenden strategischen Kriegsvorbereitungsmaßnahmen, die Roosevelt schon im Juni 1941 angeordnet hatte und die – obwohl streng geheim – am 5. Dezember 1941 durch eine Veröffentlichung der „Chicago Tribune" unerwarteterweise bekannt wurden.

Wie diese drastische Indiskretion sich in Amerika ausgewirkt hätte, wenn die starke Gruppe der Kriegsgegner noch in der Lage gewesen wäre, sich dieser Einzelheiten zu bedienen, wissen wir nicht – denn zwei Tage später griffen die Japaner Pearl Harbor an und damit war das Dilemma des Präsidenten be-

hoben: nun befanden sich die Vereinigten Staaten endlich im Krieg!

Kaum mehr als ein Jahr war vergangen, seit der Präsident (am 30. Oktober 1940 in Boston) in der Sorge um seine zweite Wiederwahl den amerikanischen Eltern verkündet hatte:

„Da ich zu Euch Vätern und Müttern rede, gebe ich nochmals diese Versicherung; ich habe dies schon öfters gesagt, aber ich wiederhole und wiederhole es: Unsere Jungens werden nicht in einen fremden Krieg geschickt werden.“

Als er nach solchen Beschwörungen erneut gewählt war, hat er diese Art von Kundgebungen nicht mehr wiederholt, aber es war klar genug, daß ein Kriegseintritt ohne die bisher fehlende Bereitschaft des amerikanischen Volkes nicht gewagt werden konnte, ganz abgesehen von der verfassungsmäßigen Schwierigkeit, die darin lag, daß der in seinen Entscheidungen sonst so unabhängige Präsident für den Sonderfall einer Kriegserklärung die Zustimmung des Kongresses benötigt.

Allen jahrelangen Bemühungen zum Trotz waren Öffentlichkeit und Parlament mißtrauisch geblieben. Ein durch und durch Roosevelt-freundlicher amerikanischer Historiker Professor Thomas A. Bailey stellt fest*: „Das Land war in überwältigender Mehrheit gegen einen Kriegseintritt buchstäblich bis zum Tag von Pearl Harbor“ und der berühmte Ozeanflieger Lindbergh hatte zu Roosevelts Ärger noch am 24. April 1941 erklärt**:

„Über hundert Millionen Menschen unseres Landes sind gegen den Eintritt in den Krieg. Wenn die Grundsätze der Demokratie irgend etwas zu besagen haben, so ist das Grund genug für uns, draußen zu bleiben!“

Der frühere Präsident Hoover erhob ebenfalls erneut seine warnende Stimme:

„Die Erfahrung lehrt, daß Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie den Völkern nicht durch Schlachten aufgezwungen werden können.“

Senator Nye, der 1936 den Nye-Ausschuß zur Untersuchung des amerikanischen Eintritts in den Ersten Weltkrieg geleitet

* Zitiert nach Barnes a.a.O. Seite 489.

** Zitiert nach Sven Hedin a.a.O. Seite 112.

hatte (vgl. Seite 121), prangerte Roosevelts Politik mit geradezu brutaler Deutlichkeit an (27. April 1941):

„Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg zum Narren gehalten haben ... Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden ‚Der Krieg des Präsidenten', weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede in Chicago auf den Krieg hinlenkte."

Es gab für Roosevelt wachsende Widerstände auch in den Reihen der eigenen Partei, und die letzte Änderung der Neutralitätsgesetze konnte im November 1941 im Repräsentantenhaus nur dadurch zur Annahme gebracht werden, daß eine Reihe von widerspenstigen Abgeordneten wenigstens zum Fernbleiben von der Abstimmung veranlaßt werden konnten.

Das geschah in einer Zeit, in der amerikanische Zerstörer auf Befehl des Präsidenten bereits Jagd auf deutsche U-Boote machten.

Die Geschichte, wie der Knoten endlich im Stile von Alexanders Schwertstreich gelöst wurde, hat den Charakter eines weltpolitischen Kriminalstückes; sie verdient freilich nicht nur deshalb umrissen zu werden – wir stehen an einem echten Wendepunkt auch der europäischen Geschichte, vielleicht noch bedeutender als es die Schlacht von Stalingrad gewesen ist; denn auch ihr Ausgang ist am 7. Dezember 1941 mit bestimmt worden.

Als Hitler am 22. Juni 1941 seinen Angriff auf die Sowjetunion begann* – Präsident Roosevelt hatte das Ereignis zeitig vorausgesehen und Stalin erstmals im Januar 1941 davor gewarnt (vgl. Barnes a.a.O. Seite 214) – trat weltpolitisch die Stellungnahme Japans zu diesem Ereignis in den Vordergrund.

* Zur Vorgeschichte dieses Ereignisses verdient die in der amerikanischen Zeitschrift „Saturday Evening Post", 13. Mai 1950, veröffentlichte Darstellung des früheren sowjetischen Generals Alexei Markoff Beachtung. Danach ordnete Stalin nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 „Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland an, weil Hitler zu schnell gewann". Markoff hatte im Frühjahr 1941 ein Truppenkommando an der russischen Westgrenze. Auf seine Frage, wieviel Zeit ihm für die Kampfausbildung seiner Mannschaften zur Verfügung stehe, erhielt er vom sowjetischen Generalstab die Antwort: „Bis Herbst; wir sind noch nicht fertig. Wir werden losschlagen, sobald es für uns günstig ist" (We will strike when convenient for us).

Es war noch kein Jahr vergangen, seit Deutschland, Italien und Japan ihren „Drei-Mächte-Pakt“ geschlossen hatten, in dem vor aller Welt eine militärische Allianz verkündet wurde für den Fall, daß „einer der drei vertragschließenden Teile von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig (also am 27. September 1940) nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist.

Nur die Tatsache, daß Hitler gegen Rußland als Angreifer auftrat, konnte von den Japanern als formeller Grund bewertet werden, bei dieser Gelegenheit nicht ihrerseits ebenfalls dem alten Erbfeind im ostasiatischen Raum die Rechnung zu präsentieren und damit das Schicksal der Sowjetunion zu entscheiden.

Diese Möglichkeit wurde nicht nur von Stalin erwogen, auch der amerikanische Präsident schaltete sich unverzüglich ein und richtete schon am 4. Juli 1941 an den japanischen Ministerpräsidenten Fürst Konoye eine dringliche Botschaft, in der er „die ernstliche Hoffnung der Vereinigten Staaten“ zum Ausdruck brachte, „daß die Berichte über einen japanischen Entschluß, die Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion zu eröffnen, nicht auf Tatsachen beruhen“*.

Roosevelts Sorge erwies sich zwar bald als unbegründet – aber die Episode bezeichnet doch einen Einschnitt in den damaligen Beziehungen zwischen USA und Japan. Die Regierung in Tokio richtete nämlich ihr Augenmerk zwar nicht auf den Hafen Wladiwostok – er wurde bald ein wichtiger Versorgungshafen für die schwer kämpfenden Sowjets –, sondern mehr in westlicher Richtung, wo japanische Truppen am 25. Juli 1941 nach Verhandlung mit der französischen Vichy-Regierung Stützpunkte in Indochina kampflos besetzten. Marschall Petain hatte dem Vertrag über diese Maßnahme zugestimmt – sicher nicht mit Vergnügen, aber auch ohne Protest. Als amerikanische Journalisten in Vichy den Regierungssprecher fragten, ob die französische Regierung amerikanische Unterstützung in dieser Angelegenheit erbeten habe, wurde das mit dem Hinweis verneint, schon im Jahre 1940 hätten die USA ein Unterstützungsgesuch in bezug auf Indochina abgelehnt**. Wie sich später

---

* Grew a.a.O. Seite 341.

** Grew a.a.O. Seite 346.

herausstellte, war Präsident Roosevelt an der französischen Stellung in Indochina in der Tat ganz uninteressiert; jedenfalls hat er dem amerikanischen General Wedemeyer noch im März 1945 verboten, den französischen General Sabattier in Indochina zu unterstützen*.

In dramatischem Kontrast zu diesen Tatsachen steht die einschneidende antijapanische Strafmaßnahme, die das Weiße Haus am 25. Juli 1941 abends um 8 Uhr an die Presse bekanntgab: Sämtliche japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten wurden „eingefroren" d.h. einer Regierungskontrolle zu dem Zweck unterstellt, den japanischen Handel mit Amerika zu unterbinden. Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Verstärkung der Handelsbeziehungen zu China verkündet.

Die Wirkung dieser Beschlüsse war außerordentlich weitreichend, weil sie im Lager der „Alliierten" noch ausgedehnt wurden, insbesondere auf Niederländisch-Indien; schon wenige Wochen später sah sich Japan einer „Wirtschaftsblockade" gegenüber, die seine Lage vor allem hinsichtlich der Erdölversorgung unhaltbar zu machen drohte.

Die japanische Regierung befand sich eindeutig in einer Sackgasse und versuchte es mit Verhandlungen. Am 28. August 1941 – die deutschen Armeen in Rußland hatten bereits ihre ersten Kesselschlachten hinter sich – schlug Fürst Konoye durch seinen Botschafter in Washington ein Zusammentreffen mit Präsident Roosevelt vor; wäre diese Begegnung nicht an der strikten Ablehnung des Präsidenten gescheitert, dann würde es heute in ganz Ostasien vermutlich anders aussehen. Professor Tansill, der diesen wichtigen Abschnitt besonders sorfältig geprüft hat, kommt zu dem nachstehenden Urteil (Tansill II Seite 686):

„Der Standpunkt Japans war sehr klar. Es bestand auf der Anerkennung der japanischen Vorherrschaft im Fernen Osten. Durch das Root-Takahira-Abkommen vom 30. November 1908 hatte Amerika Japan freie Hand gegeben, in der Mandschurei vorzurücken. Japan hatte die freundschaftlichen Anregungen Präsident Theodore Roosevelts wahrgenommen und sich in weiten Gebieten Nordchinas festgesetzt. Angesichts der im Fernen Osten rasch sich ausbreitenden

* Wedemeyer a.a.O. Seite 340.

russischen Macht war das als gebieterische Notwendigkeit angesehen worden. Im Fernen Osten gehörte die Zukunft entweder Japan oder Rußland, nicht China, das durch endlose innere Kämpfe, Revolution und Krieg erschöpft war. Die Politik Präsident Franklin D. Roosevelts und Außenministers Hulls, ein ernstlich geschwächtes China kräftig zu unterstützen, war höchst unrealistisch, und der spätere Zusammenbruch der amerikanischen Position in China geht direkt auf die im September und Oktober 1941 getroffenen Entscheidungen zurück."

Tatsache ist, daß Japan damals nicht weniger anbot, als einen Rückzug seiner Truppen aus Zentralchina und nicht mehr forderte, als die Anerkennung seiner Stellung in der Mandschurei*. Tschiang Kai-schek wäre wieder Regierungschef ganz Chinas geworden – die chinesischen Kommunisten freilich hätten in jenem Zeitpunkt, in dem sie auf sowjetische Unterstützung nicht hoffen konnten, keine Aussicht gehabt, den Generalissimus zu stürzen – und beträchtliche japanische Streitkräfte wären freigeworden, um von der Mandschurei aus in den ostsibirischen Raum vorzustoßen!

Es gibt keine Akten darüber, ob genau solche Erwägungen es waren, die Roosevelt hinderten, mit dem Fürsten Konoye zusammenzutreffen; sicher ist nur, daß Konoyes Drängen nicht nachließ und daß Roosevelts Weigerung unerschütterlich blieb. Als das den Japanern klargeworden war, trat Fürst Konoye am 16. Oktober 1941 von seinem Amt zurück – er unterließ es nicht, in einem Abschiedsbrief an den amerikanischen Botschafter Grew deutlich genug von seinem „großem Bedauern" und der „großen Enttäuschung" zu sprechen, die diesen Regierungswechsel verursacht habe**.

*

Etwa vier Wochen nach der Bitte des Fürsten Konoye um ein Zusammentreffen mit Roosevelt – aber noch kurz vor dem Rücktritt des japanischen Ministerpräsidenten – entzifferte der amerikanische Geheimdienst das erste japanische Militär-Telegramm, das auf eine kriegerische Wendung der Ereignisse hin-

* Grew a.a.O. Seite 370.

** Grew a.a.O. Seite 389.

wies: am 24. September 1941 forderte Tokio den japanischen Generalkonsul in Honolulu auf, nicht nur wie bisher über Schiffsbewegungen im amerikanischen Kriegshafen von Pearl Harbor zu berichten, sondern genau die üblichen Liegeplätze der einzelnen amerikanischen Kriegsschiffe zu melden. Diese und die weiteren japanischen Geheimnachrichten landeten unverzüglich auf dem Schreibtisch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, denn es war den amerikanischen Ingenieuren gelungen, eine Maschine zu konstruieren, die den japanischen Geheimcode ohne Schwierigkeit entzifferte. Man glaubte in Tokio, ein ganz sicheres Verschlüsselungsverfahren zu besitzen – es operierte mit maschineller Hilfe. Bis 1946 blieb die Tatsache unbekannt, daß die Amerikaner dazu den Gegenapparat entwickelt hatten und ihn sogar in mehreren Ausfertigungen besaßen; zwei Geräte arbeiteten in Washington, eines auf den Philippinen, ein weiteres wurde den Engländern nach London geliefert*.

Durch diese glänzende Leistung seines Nachrichtendienstes war Präsident Roosevelt in die günstige Lage versetzt, die Schritte der Japaner sowohl in militärischer wie in diplomatischer Hinsicht ganz genau zu überblicken. Noch bevor der japanische Botschafter in Washington seinen Besuch im State Department machen konnte, wußte das Weiße Haus bereits, was er sagen würde.

Noch wichtiger aber waren die zusätzlichen Weisungen, die Tokio jeweils erteilte: es wurde daraus ersichtlich, daß auch die Regierung des Generals Tojo, der den Fürsten Konoye ablöste, zunächst auf dem Verhandlungswege eine Aufhebung der Wirtschaftsblockade zu erwirken hoffte. Allerdings sah man die Lage jetzt als dringend an, und war offenbar zum Krieg entschlossen für den Fall, daß Roosevelt weiterhin jeglichen Kompromiß verweigerte. Am 5. November 1941 kabelte Tokio an die japanische Botschaft in Washington (und Roosevelt las die Nachricht noch am gleichen Abend) den unmißverständlichen Text:

„Wegen verschiedener Umstände ist es absolut nötig, daß alle Vorbereitungen für die Unterzeichnung derVereinbarung

---

* Rear Admiral Robert A. Theobald: The final secret of Pearl Harbor, New York 1954 Seite 36. Alle Zitate der entzifferten japanischen Telegramme sind dieser wichtigen Veröffentlichung entnommen.

bis zum 25. ds. Mts. beendet sind. Ich weiß, daß das eine schwierige Weisung ist, aber sie ist unter den gegebenen Umständen unvermeidlich. Bitte verstehen Sie das und retten Sie das Problem der japanischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten davor, in einen chaotischen Zustand zu münden. Tun Sie das mit großer Bestimmtheit und mit unbeschränkter Anstrengung, ich bitte Sie darum."

Dieses Dokument der Verzweiflung, dem in den nächsten Tagen ähnliche folgten, hat das Gemüt Roosevelts wenig erregt. Das Datum für die letztmögliche Verständigung wurde schließlich in den Tokioter Geheimweisungen noch um vier Tage verschoben:

„Wenn die Unterschrift am 29. November erfolgen kann, wenn die einschlägigen Noten ausgetauscht werden können; wenn wir eine Verständigung mit Großbritannien und den Niederlanden erreichen können; in Kürze: wenn alles beendet werden kann, dann haben wir beschlossen bis zu diesem Datum zu warten ... Nach diesen Daten werden die Ereignisse automatisch ihren Lauf nehmen. Bitte erwägen Sie das sorgfältig und arbeiten Sie härter als jemals zuvor."

Diese Weisung Nr. 812 wurde am 22. November 1941 von Tokio nach Washington gesandt, und wie üblich noch am gleichen Tag im amerikanischen Marineministerium entziffert. Inzwischen hatten die Japaner ihrerseits einen Vorschlag gemacht, der wenigstens für eine Übergangszeit gelten und das Weiterverhandeln ermöglichen sollte. Er sah eine Wiederaufnahme der Erdöl-Lieferungen und eine amerikanische Vermittlung zwischen Japan und China vor.

Schließlich erwog der amerikanische Außenminister Hull als äußerstes Entgegenkommen den Vorschlag eines dreimonatigen chinesisch-japanischen Waffenstillstandes, aber dieser rettende Gedanke wurde ebenso schnell wieder verworfen, wie er gefaßt war, und am 26. November überreichte Hull dem japanischen Sonderbotschafter einen amerikanischen Text, der offenkundig auf japanische Ablehnung berechnet war. Es wurde ganz einfach der „vollständige Rückzug der japanischen Streitkräfte aus China", also auch aus der Mandschurei, gefordert. Professor Tansill (II, Seite 695) sagt von der Erklärung Hulls: „Er wie der Präsident wußte, daß Japan dieses Programm ablehnen würde" und er berichtet über die Szene:

„Als Kurusu den Vorschlag Hulls las, fragte er sofort, ob dies die Antwort auf den japanischen Wunsch nach einem Modus vivendi oder einem Waffenstillstand sei. Ob denn die amerikanische Regierung an einer Waffenruhe nicht interessiert sei? Hull erwiderte nur, ‚wir haben das untersucht', aber man sei zu keiner wirklichen Entscheidung gekommen; Kurusu erwiderte, die Haltung des Außenministers ‚könne als gleichbedeutend mit dem Ende' gedeutet werden. Es lag auf der Hand, daß der nächste Schritt der Krieg war."

Diese Zusammenkunft zwischen Außenminister Hull und dem japanischen Botschafter Kurusu fand am Vormittag des 25. November 1941 statt; für den Nachmittag hatte Präsident Roosevelt eine Konferenz in das Weiße Haus einberufen, an der der Außenminister, der Kriegsminister, der Marineminister, ferner General Marshall als Generalstabschef und Admiral Stark als Flottenchef teilnahmen. Aus den entzifferten Tokio-Telegrammen wußte Roosevelt, was bevorstand und er erörterte die Möglichkeit, daß die Japaner „schon am nächsten Montag" angreifen würden. Er war aber immer noch von Zweifeln beunruhigt. Der Kriegsminister Henry L. Stimson notierte nach der Besprechung in sein „Tagebuch" die berühmt gewordene Bemerkung: die Hauptfrage hinsichtlich Japans sei „wie wir sie ohne uns selbst einer zu großen Gefahr auszusetzen, in eine Position manövrieren konnten, daß sie den ersten Schuß abfeuern".

Da das amerikanische Volk von der unmittelbaren Kriegsgefahr nichts ahnte und die Herausforderungspolitik des Präsidenten zweifellos nicht billigte*, war der „erste Schuß" wirklich eine sehr wichtige Angelegenheit – bis zur letzten Minute fürchtete man in Washington, die Japaner könnten sich vielleicht nur gegen England und die niederländischen Kolonien wenden**.

*

* Das „American Institute of public opinion" (als „Gallup-Institut" bekannt) ermittelte bei einer Umfrage noch im Mai 1941, daß 79 Prozent aller Amerikaner gegen einen Kriegseintritt eingestellt waren. Diese Ziffer blieb auch im Juli 1941, also nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges unverändert und stieg im Herbst nochmals etwas an (vgl. Wirsing a. a. O. Seite 255); es wird auch heute noch in USA oft erwähnt, daß 80 Prozent der amerikanischen Bevölkerung bis zum Tage von Pearl Harbor den Kriegseintritt ablehnten.

** Churchill drückt sich in dieser Angelegenheit ganz offen aus (a.a.O. Band III Seite 535): „Alle die großen Amerikaner in der vertrauten Um-

Die Japaner griffen zwar noch nicht „am nächsten Montag“ an, aber der Nachrichtendienst entzifferte ein Telegramm, das Tokio am 30. November nach Berlin richtete. Der dortige Botschafter wurde beauftragt, Hitler und Ribbentrop „streng vertraulich“ davon zu unterrichten, es bestehe „äußerste Gefahr“, daß zwischen den „angelsächsischen Nationen und Japan durch einen bewaffneten Zusammenstoß“ Krieg ausbreche und zwar „schneller als irgendwer erwartet“ (quicker than anyone dreams)*.

Wir besitzen den Bericht Ribbentrops über die Eindrücke, die die Nachrichten aus Tokio in Berlin hervorriefen**:

„Als Japan – anstatt Rußland, wie ich, oder England, wie der Führer wollte – die USA angriff, beurteilte ich dieses Ereignis mit sehr gemischten Gefühlen, weil ich von Anfang an hatte vermeiden wollen, die USA in den Krieg hineinzuziehen. Aber die Japaner hatten damals und auch später ihren eigenen Kopf ... Sobald die ersten Nachrichten über Pearl Harbor – für uns eine völlige Überraschung – bei uns einliefen, war mein erster Gedanke, wir seien vertraglich nicht verpflichtet, auch in den Krieg gegen die USA einzutreten. Der Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Botschafter Gaus, mit dem ich darüber sprach, war der Ansicht, man könne sich so nicht verhalten, da sonst der Dreimächtepakt ‚politisch tot sei‘. Trotzdem habe ich dann dem Führer ganz nüchtern nach vertragsrechtlichen Gesichtspunkten meine Stellungnahme vorgetragen, daß wir keine Verpflichtung hätten, den USA den Krieg zu erklären. Nach dem Wortlaut des Dreimächtepaktes mußten wir Japan nur beistehen, wenn es von einer dritten Macht angegriffen würde. Hitler erwiderte mir darauf mit folgenden Argumenten: ‚die Amerikaner schießen ja schon auf uns, wir sind also mit ihnen bereits im Kriegszustand. Wir müssen daraus jetzt die Konsequenzen ziehen, sonst wird uns Japan das nie vergessen. Und binnen kurzem, wahrscheinlich aber sofort,

---

gebung des Präsidenten fühlten ebenso brennend wie ich die furchtbare Gefahr (awful danger), daß die Japaner britische oder niederländische Besitzungen im Fernen Osten angreifen und den Vereinigten Staaten sorgfältig ausweichen könnten, und daß infolgedessen der Kongreß eine amerikanische Kriegserklärung nicht billigen würde.“

* Theobald a.a.O. Seite 56.

** Ribbentrop a.a.O. Seite 249f.

kommt unser Krieg mit Amerika doch, denn das ist von Anfang an das Ziel Roosevelts gewesen.' "

Man muß dazu aus heutiger deutscher Sicht bemerken, daß Hitler mit dieser Stellungnahme sich gegenüber den Japanern gewiß zu großzügig verhalten hat. Es mochte richtig sein, daß er die im Atlantik für die deutschen U-Boote entstandene unhaltbare Lage des nicht erklärten, doch praktisch bestehenden Kriegszustandes bei dieser Gelegenheit in Ordnung brachte – aber er mußte von Japan entschieden fordern, daß es nun seinerseits sich auch am russischen Krieg beteiligte, und wenn diese Beteiligung sich auf eine formelle Kriegserklärung beschränkte.

Als nach Jahresfrist die deutsche Front an der Wolga durchbrochen wurde, waren es die *sibirischen* Divisionen der sowjetischen Armee, die den Hauptstoß führten!

*

Zur Vervollständigung ist noch anzufügen, daß mit dem japanischen Überfall auf die amerikanischen Flotteneinheiten im Hafen von Pearl Harbor auf Hawai noch eine Geschichte verbunden ist, die völlig unglaubhaft wäre, würde sie nicht durch zweifelsfreie Tatsachen erhärtet.

Kein Geringerer als der amerikanische Admiral Theobald hat alles Material über die Ereignisse jener Tage mit peinlicher Genauigkeit zusammengetragen und die Admirale Kimmel und Halsey haben sein bereits erwähntes Buch „The Final Secret of Pearl Harbor" durch Vorworte unterstrichen, obwohl Theobald in dürren Worten behauptet, Präsident Roosevelt habe in Kenntnis der japanischen Angriffsabsicht, des genauen Zeitpunktes und des Zieles eine rechtzeitige Warnung der in Pearl Harbor auf der Insel Hawai stationierten Flotte gehindert, weil er befürchtete, eine Gegenmaßnahme würde durch die japanische Spionage erkannt werden und eine Änderung der Angriffsrichtung zur Folge haben.

Das Tatsachenmaterial, das Admiral Theobald zusammengetragen hat, ist erstaunlich. Zwar erging am 27. November 1941 ein allgemeines „Kriegswarnungs-Telegramm" an alle hohen Kommandeure im Pazifik, also auch nach Hawai, aber im Text waren als mögliche japanische Angriffsziele nur die Philippinen

und Borneo, nicht jedoch Pearl Harbor genannt, obwohl das Sonderinteresse der japanischen Führung für diesen Kriegshafen in Washington seit Monaten bekannt war. Die Kommandeure in Hawai erhielten davon keine Kenntnis – auf den weit entfernten Philippinen wußte man besser Bescheid, denn dort stand eine der Entzifferungsmaschinen. Höchst unerklärlich ist, daß nach dieser sehr allgemeinen und geradezu irreführenden Nachricht vom 27. November kein weiteres Warnungswort nach Hawai gesandt wurde, obwohl in Washington sich nun Tag für Tag die zweifelsfreien Nachrichten mehrten. Am 27. November und 4. Dezember sandte das Tokioter Außenministerium zu den verschiedensten Außenposten Instruktionen über die Vernichtung von Geheimmaterial und Chiffrier-Codes – es war völlig klar, daß das Krieg in kürzester Frist bedeutete, aber der Oberbefehlshaber der amerikanischen Pazifik-Flotte erfuhr nichts davon.

Am Nachmittag des 6. Dezember 1941 begann schließlich eine lange japanische Note chiffriert über den Äther zu laufen. Es waren vierzehn Punkte angekündigt, aber nur dreizehn wurden an diesem Tag durchgegeben – zweifellos handelte es sich um eine Art Kriegserklärung; das wurde schon aus den dreizehn Punkten deutlich, die von der Entzifferungsstelle des Marineministeriums während des Abends an das Weiße Haus weitergeleitet wurden. Kein Empfänger dieser Geheimbotschaft konnte im Unklaren darüber sein, daß der japanische Krieg am nächsten Tag bevorstand. Ein Leutnant Schultz hatte – es war Samstag nachmittag – vom Adjutanten Roosevelts den Auftrag erhalten, die Ausschreibung der japanischen Mitteilung abzuwarten und sie dem Präsidenten zu überbringen. Als der Leutnant die dreizehn Punkte Roosevelt vorlegte, der sich zusammen mit Harry Hopkins in seinem Arbeitszimmer aufhielt, las der Präsident den Geheimtext mit Sorgfalt, blickte auf und meinte ruhig: „This means war“ (Das bedeutet Krieg). Diese Szene im Weißen Haus fand noch fast 24 Stunden vor dem tatsächlichen Angriff statt, aber Admiral Kimmel in Pearl Harbor wurde mit keinem Wort verständigt!

Am nächsten Morgen früh zwischen 4 und 6 Uhr begann der Text des Punktes 14 über die Entzifferungsmaschine zu laufen, und obwohl auch er keine formelle Kriegserklärung enthielt,

sondern nur das japanische Bedauern über das Scheitern der Verhandlungen ausdrückte, so war doch nicht zweifelhaft, um was es sich handelte. Unmittelbar nach der Durchgabe dieser Nachricht folgte eine weitere mit der Weisung, die Note genau um 1 Uhr mittag Washingtoner Zeit zu übergeben – dies war für Pearl Harbor die Angriffszeit ...

Admiral Theobald bemerkt mit Recht, daß es sogar nach Entzifferung dieses Punktes 14 der japanischen Mitteilung noch möglich gewesen wäre, den Flottenchef von Pearl Harbor telefonisch rechtzeitig zu warnen. Auch das unterblieb, und die japanischen Flugzeuge trafen die im amerikanischen Flottenhafen friedensmäßig stationierten Kriegsschiffe völlig überraschend – die Mannschaften befanden sich auf den meisten Schiffen teils im Schlaf, teils waren sie im Rahmen des Sonntag-Dienstplanes gerade geweckt worden und standen mit den Geschirren zum Frühstück an, als die todbringenden Bomben explodierten.

3303 amerikanische Offiziere und Soldaten fanden an diesem grauen Morgen als Preis für das „Risiko des ersten Schusses" einen plötzlichen Tod.

Es wurde schon häufig berichtet, daß der Präsident die Nachricht von dem Ereignis mittags nach dem Lunch erhielt, den er im Arbeitszimmer zusammen mit seinem Vertrauten Harry Hopkins einnahm. Roosevelt war nicht überrascht, und er konnte es auch nicht sein, denn die Stunde stimmte genau. Hopkins machte die lässige Bemerkung: „Das ist's."

Das amerikanische Volk aber war nun völlig überzeugt, daß es für eine notwendige Sache, nämlich für eine bessere Welt, in den Krieg zog*.

*

* Von staatsrechtlichem Interesse sind die Maßnahmen, die bald nach Kriegsbeginn gegen die in den westlichen Küstenstaaten ansässigen US-Bürger japanischer Abstammung durchgeführt wurden. Unter dem Gesichtspunkt „once a Jap – always a Jap" (einmal ein Japaner – immer ein Japaner) wurde eine Pressediskussion entfaltet, die die Verhaftung aller Bürger japanischer Volkszugehörigkeit forderte (die in den Vereinigten Staaten lebenden japanischen Staatsbürger waren, wie international üblich, bereits bei Kriegsbeginn interniert worden). Ein bedeutender Leitartikler (Westbrook Pegler in der Scrips Howard Presse) erklärte am 16. Februar 1942: „Die Japaner in Kalifornien sollten hinter Schloß und Riegel kommen bis zum letzten Mann und zur letzten Frau, und zwar sofort; zum Teufel mit ‚habeas corpus' bis die Gefahr vorüber ist". Auch Walter Lippmann

„Die Leute wollten natürlich hören, was er zu sagen hatte, aber da er so viele Geheimnisse mit sich herumtrug, mußte er doppelt vorsichtig sein, nicht zuviel zu sagen." Mit dieser vielsagenden Bemerkung begründet Frau Eleanor Roosevelt in ihrem Buch „Wie ich es sah" (Deutsche Ausgabe, Wien 1951, Seite 242) den Umstand, daß der Präsident an jenem schicksalhaften 7. Dezember 1941 vorsorglich in seinem Arbeitszimmer geblieben und nicht bei den 30 Gästen erschienen war, die sie an diesem Tag zum Mittagtisch geladen hatte.

Das Wichtigste der „Geheimnisse", die Roosevelt jahrelang „mit sich herumtrug", war die Planung der Waffe, die schließlich den Abschluß des Krieges mit Japan bezeichnete: der Atombombe.

Präsident Truman schildert in seinen Memoiren (a.a.O. Band I Seite 23) recht anschaulich, daß auch ihm (er war bis zum Tode Roosevelts am 12. April 1945 Vizepräsident) erst nach Antritt der Präsidentschaft die technische Vorbereitung der Atomrüstung bekanntgeworden ist, obwohl ein beträchtlicher Teil der Kriegsausgaben der Vereinigten Staaten schon seit Jahren (Truman spricht – Seite 428 – von 1940 als Beginn der

---

gehörte zu den zahlreichen Publizisten, die in jenen Tagen „schärfere Maßnahmen" forderten. Diese Zeitungsartikel waren offenkundig „bestellte Arbeit": bereits am 19. Februar 1942 erging ein Befehl des Präsidenten an das Kriegsministerium, „alles Nötige zu veranlassen". Das Justizministerium hatte zunächst widersprochen und die vorgesehenen Maßnahmen als „unnötig" bezeichnet; am 17. Februar aber zog der Generalstaatsanwalt Biddle (er war später amerikanischer Richter im Nürnberger Tribunal) diesen Einspruch überraschend zurück, obwohl eine Massenverhaftung von Staatsbürgern natürlich eine Maßnahme von weittragender rechtlicher Bedeutung war. Mit der Internierung war es nicht getan: die „Evakuierten" wurden außerdem gezwungen, ihren ganzen privaten Besitz aufzugeben; sie durften bei der Verhaftung nur geringe, genau bezeichnete persönliche Habseligkeiten mitnehmen. Die ganze Aktion hatte beträchtliche Ausmaße; nach einer Zählung vom 31. Oktober 1942 waren bis dahin insgesamt 117116 US-Staatsbürger japanischer Abstammung festgenommen worden. Ihr Vermögensverlust wurde mit 350 Millionen Dollar geschätzt. Die Unterbringung der Verhafteten erfolgte in Arbeitslagern, die der Aufsicht von Milton S. Eisenhower (Bruder des Generals und späteren Präsidenten) unterstanden. Die vorstehenden Angaben entnehme ich der ausführlichen Darstellung von ten Brock, N. Barnhardt und F. W. Matson in „Prejudice, war and the Constitution, Japanese American evacuation and resettlement", Los Angeles 1954. Auf die prinzipielle Ähnlichkeit dieser „Sicherheitsinternierungen nach rassischen Gesichtspunkten" mit den in Deutschland – ebenfalls ab 1942 – erfolgten Verhaftungen von Staatsangehörigen jüdischer Abstammung habe ich in meinem Buch „Alter Feind – was nun?" Seite 196 hingewiesen.



Kriegshafen Pearl Harbor unmittelbar nach dem japanischen Angriff am 7. Dezember 1941

Rechts das Schlachtschiff USS Nevada

Atomentwicklung) auf dieses Projekt verwendet wurde. Als im Herbst 1944 der Kongreß eine Untersuchungskommision zu den riesigen Bauten entsenden wollten, die in den Staaten Tennessee und Washington entstanden waren, wurde ein Veto des Kriegsministers eingelegt und die Parlamentarier zogen sich zurück.

Nach Trumans Mitteilung war Präsident Roosevelt zuerst von Professor Albert Einstein auf die Möglichkeit der militärischen Verwendung der Atomzertrümmerung aufmerksam gemacht worden; später haben Nachrichten über deutsche Bemühungen in gleicher Richtung das Interesse des Präsidenten verstärkt, britische Wissenschaftler waren herangezogen worden, schließlich gediehen die umfangreichen wissenschaftlichen und technischen Vorbereitungen unter der zusammenfassenden Leitung von Dr. J. Robert Oppenheimer soweit, daß der Präsident im Januar 1945, unmittelbar bevor er zur Jalta-Konferenz abreiste, die Nachricht erhielt, die erste Atombombe werde wahrscheinlich im August zum Einsatz bereit sein*. Ihre Wirkung wurde von vornherein als kriegsentscheidend bewertet, ja Präsident Truman erfuhr am ersten Tage seiner Präsidentschaft durch Kriegsminister Stimson, es handele sich um einen Explosivstoff, „mit dem wir die ganze Welt zerstören könnten".

*

Es wird stets ein Geheimnis bleiben, warum Präsident Roosevelt – in Kenntnis dieser entscheidenden militärischen Waffe, die von den Vereinigten Staaten schon in Kürze praktisch verwendet werden konnte, in Jalta geradezu leidenschaftlich darauf bestand, Stalin zum Eingreifen in den Ostasienkrieg zu bewegen. Die politischen Konzessionen, die Roosevelt im europäischen Raum den Russen so freigebig zuteil werden ließ, werden von den amerikanischen Geschichtsschreibern mit dem Umstand begründet, Roosevelt habe Stalins Beteiligung am Kriege gegen Japan erwirken müssen, und dies ist tatsächlich das Thema der amerikanisch-russischen Sonderverhandlung in Jalta gewesen. Die Protokolle über diese Besprechungen zeigen, daß Roosevelt sogar so weit ging, den Russen nicht nur die Eisenbahnen in der

* Vgl. George N. Crocker: Roosevelts road to Russia, Chicago 1959.

Mandschurei (die Stalin unter Berufung auf die Zaren verlangte), sondern auch verstärkten Einfluß auf die chinesische Innenpolitik in Aussicht zu stellen. Roosevelt versicherte am Schluß seiner geheimen Sonderbesprechung mit Stalin (8. Februar 1945 15,30 Uhr im Livadia-Palast) die Fehler der chinesischen Verhältnisse lägen eher bei der Regierung Tschiang Kai-scheks „als bei den sogenannten Kommunisten“.

Derart der amerikanischen Mithilfe bei der Durchdringung Chinas versichert, zögerte Stalin nicht, dem Präsidenten seine Kriegserklärung an Japan „innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des europäischen Krieges“ in Aussicht zu stellen. Da er ein praktischer Mann war, ließ sich Stalin kurz darauf auch noch 3000 Panzer und 5000 Flugzeuge für die geplante kriegerische Unternehmung als „Pacht- und Leihhilfe“ versprechen*.

Roosevelt wiederum versicherte in seiner letzten Ansprache dem amerikanischen Kongreß am 1. März 1945 – er war körperlich verfallen zurückgekehrt und mußte sitzend sprechen –, daß auf der Jalta-Konferenz vom ostasiatischen Kriegsschauplatz nicht gesprochen worden sei. Man habe nur das Schicksal Europas behandelt.

Das letztere geschah freilich in einer Weise, über die es heute keine Illusionen mehr gibt. Auf der Zuhörertribüne des Sitzungssaales war der Botschafter der polnischen Exilregierung – ein Nachfolger des Grafen Potocki, auf den Bullitt so heftig eingeredet hatte** – Zeuge der Szene und er notierte darüber: „Als ich das Repräsentantenhaus verließ, wußte ich, daß Polen ‚verraten und verkauft‘ war“***. Freilich war nicht nur Polen der Preis für Rußlands Eintritt in einen Zwei-Tage-Krieg, in dem es außerhalb Europa auch noch China eroberte!

Jalta war die letzte, aber auch die größte Leistung Roosevelts für Rußland und es ist nicht verwunderlich, daß man auch heute noch in Moskau dieses Präsidenten mit Rührung gedenkt und ihn den derzeitigen amerikanischen Politikern als Muster und Beispiel vor Augen hält.

---

* Flynn a.a.O. Seite 389.

** Vgl. Seite 157.

*** Jan Ciechanowski: Vergeblicher Sieg, Deutsche Ausgabe, Zürich 1948, Seite 357.

Osteuropa und halb Deutschland waren politisch bereits verloren worden, als Roosevelts Nachfolger Präsident Truman sich Anfang Juli 1945 zur nächsten, zur Potsdamer Konferenz, auf den Weg machte. In diesem Zeitpunkt war der Krieg in Ostasien noch im Gange und der neue Präsident konnte durch einen baldigen Friedensschluß mit Japan die Lage noch retten und Rußland aus dem Spiel halten.

Über die japanische Verhandlungsbereitschaft bestand kein Zweifel – seit Deutschlands Zusammenbruch war sein Kampf hoffnungslos geworden. Bis 1943 hatten die Japaner beträchtliche Eroberungen machen können, sowohl Singapur wie Niederländisch-Indien und die Philippinen waren in ihre Hand gefallen. In vielen Bereichen hatten sie unter heimatlichen Politikern Regierungen eingesetzt, die sich teilweise bis heute am Ruder gehalten haben. Dem im Jahre 1943 beginnenden amerikanischen Gegenangriff vermochten sie freilich doch nicht zu widerstehen, nach unglücklichen Seeschlachten und verschiedenen Inselverlusten mußten sie im Februar 1945 die Philippinen aufgeben, schließlich verloren sie am 21. Juni nach achtzigtägigen härtesten Kämpfen die Insel Okinawa, von der aus die amerikanischen Flugzeuge das japanische Mutterland mit Bomben belegen konnten.

Wieder spielte die Entzifferungsmaschine eine wichtige Rolle: in den ersten Julitagen 1945 – vermutlich noch vor seiner Abreise nach Potsdam – konnte Präsident Truman die Telegramme lesen, die Tokio diesmal an den japanischen Botschafter in Moskau richtete; es wurde die Friedensvermittlung ausgerechnet der Sowjetunion erbeten und zu diesem Zweck die Entsendung des Fürsten Konoye vorgeschlagen, der nun wieder in den Vordergrund trat.

Auf seiner Reise über den Atlantik – Truman fuhr auf dem Schlachtschiff „Augusta“ – konnte sich der Präsident auch den Plan des früheren amerikanischen Botschafters in Tokio und nunmehrigen Unterstaatssekretärs Grew durch den Kopf gehen lassen. Dieser hatte bereits Ende Mai eine Proklamation vorgeschlagen, die die Japaner auffordern sollte, sich zu ergeben, ihnen aber zusicherte, daß der Kaiser auf dem Thron belassen werde – also genau die Bedingung, die dann zwei Monate später tatsächlich eingeräumt wurde. Am 28. Juni meldete Grew dem

Präsidenten, die militärischen Stabschefs hätten den Entwurf gebilligt und er befürworte nun die sofortige Veröffentlichung*. Diesem Vorschlag stimmte Truman nicht zu; er wollte zuerst – wie er schreibt – „zwei für die künftige Kriegführung wichtige Punkte geklärt haben: die Teilnahme der Sowjetunion und die Atombombe".

Um zu begreifen, was weiter geschah, ist es wieder ratsam, eine Art Tageskalender aufzustellen:

Am 15. Juni traf Truman in Potsdam ein. „Schon bald" nach der Ankunft unterrichtete ihn Stalin von der – dem Präsidenten bereits bekannten – Anfrage der Japaner in Moskau. Die Sowjetregierung habe die ausweichende Antwort erteilt, „man müsse erst wissen, was der Fürst Konoye zu besprechen wünsche". Truman hatte gegen diese lässige Behandlung des japanischen Friedenswunsches offenbar nichts einzuwenden**, denn er erwähnt die Angelegenheit erst beim Bericht über die Sitzung vom 28. Juli – also fast zwei Wochen später.

Am Vormittag des 16. Juli hatte Kriegsminister Stimson inzwischen dem Präsidenten die „weltgeschichtliche Nachricht" telegraphiert, daß die erste Versuchsexplosion einer Atombombe erfolgreich verlaufen sei. Während der ganzen Überfahrt hatte Truman „mit Spannung auf das Resultat gewartet". „Wir besaßen jetzt ein Kampfmittel, das ... eine vollständige Umwälzung der Kriegführung ... mit sich bringen mußte" (Truman I Seite 425).

Am nächsten Tag (17. Juli) flog Stimson nach Potsdam. Der „ganze Feldzugsplan gegen Japan" wurde „neuerdings erörtert".

---

* Vgl. Truman a.a.O. Band I Seite 427. Die Zustimmung des Kriegsministers und die Tatsache, daß die japanischen Friedensbemühungen in Washington bereits Anfang Juli bekannt waren, wird in den „Forrestal Diaries" (London 1952, Seite 86ff.) bestätigt.

** Bei Drucklegung des vorliegenden Buches wurde durch amerikanische Zeitungsveröffentlichungen bekannt, daß die zur Zeit noch geheim gehaltenen Dokumente der Potsdamer Konferenz eine Aufzeichnung über eine Sonderbesprechung zwischen Präsident Truman und Stalin enthalten. Danach hat Stalin – im Gegensatz zur Darstellung Trumans in seinen Memoiren – die Zustimmung des Präsidenten eingeholt, *bevor* die ablehnende sowjetische Antwort an Japan erteilt wurde. Nach einer Aufzeichnung von Charles A. Bohlen, der damals als Dolmetscher fungierte, habe Stalin nach Mitteilung der aus Japan eingetroffenen Botschaft bemerkt, es könne „wünschenswert sein, die Japaner einzulullen und hinzuhalten (to lull the Japanese to sleep) und deshalb nur generell und ungenau zu antworten". Präsident Truman habe diesem Vorschlag zugestimmt (vgl. „New York Times", 24. 8. 1960).

Es ließ sich nämlich noch nicht voraussehen, „welche materielle und psychologische Wirkung das neue Kampfmittel auf den Gegner haben würde“! (a.a.O. Seite 426).

Eine Woche später, am 24. Juli, bemerkte der Präsident in der Großen Konferenzsitzung „ganz beiläufig“ zu Stalin, daß die Amerikaner „jetzt über ein neues Kampfmittel von außergewöhnlicher Zerstörungskraft verfügten“. Stalin zeigte sich wenig beeindruckt – er war durch seinen Nachrichtendienst bereits im Bilde – und bemerkte nur, er hoffe, die Amerikaner würden die Bombe „mit gutem Nutzen gegen Japan einsetzen“.

Am gleichen 24. Juli erging aus Potsdam an General Spaatz, den Oberkommandierenden der amerikanischen Strategischen Luftwaffe der Befehl, die erste Spezialbombe nach dem 3. August „bei guter Sicht“ auf eines der nachstehenden Ziele abzuwerfen: Hiroshima, Kokura, Nagasaki oder Niigata.

Um völlig zu verdeutlichen, daß es sich nicht um einen Angriff von unmittelbarer militärischer Bedeutung handelte und daß man keine ernsthafte japanische Abwehrmaßnahme befürchtete, wurde noch ausdrücklich angeordnet:

„Zusätzliche Maschinen zur Begleitung des Bombenflugzeuges sind zu stellen, um Offizieren und Wissenschaftlern des Kriegsministeriums die Beobachtung der Bombenexplosion und ihrer Wirkung zu ermöglichen. Die Beobachtermaschinen werden sich einige Meilen vom Explosionsherd entfernt halten.“ *

Am 26. Juli abends um 21.20 Uhr (also zwei Tage *nach* dem Atom-Befehl) erließ Truman dann die an Japan gerichtete öffentliche Proklamation, in der zur Kapitulation aufgefordert wurde. Der Text dieser langen Verlautbarung mochte weitgehend mit dem vor Monatsfrist vom Unterstaatssekretär Grew gefertigten Entwurf übereinstimmen; der *wesentliche* Punkt aber war gestrichen. Es wurde *nicht* zum Ausdruck gebracht, daß der Tenno, das Staats- und Religions-Oberhaupt, unangetastet bleiben würde. Da der Präsident durchaus überzeugt war, daß so verfahren werden müsse und diese Bedingung in der Tat kurz darauf auch berücksichtigt wurde, gibt es keinen logischen Grund für die Abänderung des Grew-Textes – außer man nimmt an, Truman habe gewünscht, die japanische Kapitulation noch

* Voller Text des Befehls bei Truman a.a.O. Band I Seite 431f.

etwas hinauszuzögern. Diese Vermutung wird bekräftigt durch den erstaunlichen Umstand, daß die amerikanische Regierung von dem Angebot des Fürsten Konoye auch jetzt noch keine Kenntnis nahm* und daß sie – außer in öffentlichen Rundfunksendungen – es nicht für nötig hielt, ihre Botschaft der japanischen Regierung zuleiten oder sie ihr erklären zu lassen. Zwei Wochen später wurde ein amtlicher Verkehr zwischen Washington und Tokio durch Vermittlung der Schweizer Regierung unschwer ermöglicht.

Angesichts der Tatsache, daß die amerikanische Regierung schon Ende Juni zur Nachgiebigkeit in der Kaiserfrage bereit war, und daß die japanische Regierung ihrerseits etwa seit dem gleichen Zeitpunkt entschiedene Anstrengungen machte, den Krieg zu beenden, wird die Geschichte dem Präsidenten Truman die Verantwortung nicht von den Schultern nehmen dafür, daß er

1. den russischen Eintritt in den ostasiatischen Krieg (er erfolgte am 8. August, die japanische Kapitulation am 10. August!) gewünscht, gutgeheißen und ermöglicht hat, ohne daß im Interesse des amerikanischen Kriegserfolges dazu noch die mindeste Notwendigkeit bestand;

2. zwei Atombomben auf dicht bevölkerte Wohnstätten in einem friedensbereiten Land offenkundig nur zu dem Zweck abwerfen ließ, den „Offizieren und Wissenschaftlern des Kriegsministeriums die Beobachtung der Bombenexplosion und ihrer Wirkung zu ermöglichen."

Es ist in diesem Punkte noch nachzutragen, daß dem Präsidenten schon am 1. Juni ein Bericht vorgelegt worden war, in dem mehrere Minister wie Stimson und Byrnes gemeinsam mit Wissenschaftlern wie Oppenheimer und James B. Conant die

---

* In der Potsdamer Konferenzsitzung vom 28. Juli teilte Stalin erneut eine japanische Nachricht an die Sowjetregierung mit, in der noch dringlicher um die Reisegenehmigung für Fürst Konoye ersucht wurde, um „zur Vermeidung weiteren Blutvergießens die Vermittlung Rußlands zur Beendigung des Krieges anzurufen". Truman berichtet dazu: „Nach der Verlesung des Dokuments erklärte Stalin, es enthalte nichts Neues; da es jedoch in bestimmteren Wendungen abgefaßt sei als die erste Mitteilung, werde auch eine klarere, wenn auch negativ gehaltene Antwort erteilt werden." Der Präsident widersprach dem nicht, im Gegenteil, er „dankte Marschall Stalin für seine Mitteilung" und blieb weiterhin bemüht, die russische Beteiligung am Ostasienkrieg zu beschleunigen. Das Gespräch fand am achten Tage vor dem Abwurf der ersten Atombombe und am zehnten Tag vor der sowjetischen Kriegserklärung an Japan statt (vgl. Anm. Seite 196).

„Empfehlung“ ausgedrückt hatten: „keine Sonderwarnung ergehen zu lassen und ein Abwurfziel zu wählen, an dem die vernichtende Kraft eindeutig demonstriert werden könne“. Es wurde in dem von Truman zitierten Bericht (a.a.O. Band I Seite 430) noch hervorgehoben, daß eine Demonstration allein „nicht ausreichen“ würde, es gäbe „keine andere Möglichkeit als den direkten militärischen Einsatz“.

Unter „Demonstration“ verstanden diese Menschenfreunde vermutlich den Abwurf über weniger dicht besiedelten, oder infolge einer Warnung von der Zivilbevölkerung geräumten Gebieten. In der Tat erwähnte die Potsdamer Deklaration den bereits befohlenen bevorstehenden Bombenabwurf mit keinem Wort und als die ahnungslosen Einwohner von Hiroshima am 5. August sich unter dem Pesthauch einer unerwarteten Detonation in der Asche ihrer vernichteten Stadt krümmten, wußten sie nicht einmal, daß es ein neuer Tod war, den sie starben*.

Präsident Truman saß, wie er der Nachwelt zu berichten nicht unterläßt, auf der Heimreise von Potsdam in der Admiralskabine der „Augusta“ gerade beim Essen, als die drahtlose Botschaft des Kriegsministers ihn erreichte; die ersten Meldungen von Hiroshima seien eingetroffen und berichteten „von einem vollständigen Erfolg“, „der den des Experiments übertroffen hat“.

*

Unvermeidlich richtet sich der kritische Blick jedes Deutschen von der Katastrophe von Hiroshima zurück auf einen ähnlichen, durch keinerlei ernste Notwendigkeit begründeten unmensch-

* Unter Hinweis auf die am 20. Juni 1899 von der I. Haager Friedenskonferenz beschlossene sog. Martensche Klausel (wonach im Kriegsfall „die Bevölkerungen und die Kriegführenden“ auch in den von den sog. Haager Konventionen nicht vorgesehenen Fällen grundsätzlich „unter dem Schutz und der Herrschaft des Völkerrechts bleiben, wie sie sich aus den unter den zivilisierten Nationen festgestellten Gebräuchen, aus den Gesetzen der Humanität und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens ergeben“) beschäftigt sich Gerhard L. Binz in der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau“ (Frankfurt am Main, Heft 3/1960, Seite 157) mit der völkerrechtlichen Einordnung des Hiroshima-Nagasaki-Massakers. Binz kommt zu dem Ergebnis, daß die warnungslosen Atomangriffe auf die japanischen Großstädte, „als in ihrer Art beispiellose Verletzung der Martenschen Gewissensmahnung bewertet werden“ müssen, „als unentschuldbare Nichtachtung aller gebotenen Kriegsschranken“.

lichen Kriegsakt: auf den knapp sechs Monate vor dem Atombombenwurf vom europäischen Alliierten Hauptquartier befohlenen Flüchtlingsmord von Dresden.

Die sowjetischen Truppen waren damals gerade in Schlesien eingedrungen, die deutsche Bevölkerung strömte in riesigen Kolonnen nach Westen, und es war der alliierten Luftaufklärung kein Geheimnis, daß die Hauptauffang- und Versorgungsstadt der Flüchtlingstrecks die bis dahin von Luftangriffen völlig verschonte sächsische Landeshauptstadt Dresden war. Tatsächlich hatte sich in den ersten Februartagen 1945 die Bevölkerungszahl Dresdens von normal 600000 auf etwa eine Million, wenn nicht darüber, erhöht. Die Art des plötzlichen Zuwachses war eindeutig: es waren nicht Soldaten und wehrfähige Männer, sondern die nicht kampftauglichen Bevölkerungsteile, Greise, Frauen und Kinder, die mühselig in der Winterkälte über endlose Straßen aus Schlesien nach Sachsen gezogen waren. Alles andere kämpfte in Oberschlesien, bei Breslau und in den östlichen Sudeten einen hoffnungslosen Kampf gegen die sowjetische Übermacht, während die andere Hälfte der deutschen Wehrmacht am Rhein und in der Po-Ebene den letzten Widerstand gegen die Amerikaner leistete.

Auch dem Alliierten Hauptquartier war nicht verborgen, daß das große Ringen in sein Endstadium trat und daß dabei die Massierung von Flüchtlingskolonnen in Sachsen keinerlei militärisches Problem bedeutete – höchstens eine Versorgungsschwierigkeit für die deutsche Führung. Der britische Jurist F. J. P. Veale ist in seinem Buch „Advance to Barbarism"* der Frage nachgegangen, wer wohl die drei großen Luftangriffe, die am 12. und 13. Februar 1945 in dichter Folge massiert gegen Dresden gerichtet wurden**, angeordnet habe. Er konnte nur soviel feststellen, daß der britische Luftmarschall Harris die Verantwortung mit der Bemerkung ablehnte, die Dresden-Angriffe seien von „viel bedeutenderen Leuten" als er es war, zur „militärischen Notwendigkeit" erklärt worden.

---

* Deutsche Ausgabe: „Der Barbarei entgegen", Hamburg 1954.

** Auf einen einleitenden Nachtangriff mit 800 britischen Bombern folgte ein Tagesangriff mit 1350 amerikanischen „Fliegenden Festungen", am nächsten Tag ein dritter Angriff mit nochmals 1100 Flugzeugen der amerikanischen Luftwaffe.

Es kann sich nach Lage der Dinge nur um eine Geste gegenüber den vordringenden Russen gehandelt haben. Zwei Tage vor der Mordaktion – es ist kein anderer Ausdruck möglich für die pausenlose Vernichtungs-Orgie, die sich über den schutzlos in den Straßen, Anlagen und Plätzen zusammengedrängten Menschenmassen im Schein der Brände und dann erneut bei vollem Tageslicht entlud – war die Konferenz von Jalta beendet worden. Sollte es sich um eine Höflichkeits-Demonstration des zurückreisenden Präsidenten Roosevelt gehandelt haben – so wie bei Staatsbesuchen ein Danktelegramm bei Verlassen des Landes üblich ist?!

Veale versuchte vergeblich die Gesamtzahl der in den Dresdener Schreckenstagen zerrissenen, verbrannten und erstickten Deutschen zu ermitteln – es gibt nur Schätzungen, die von 100000 bis zu einer Viertelmillion reichen. „Auf jeden Fall" meint Veale (a.a.O. Seite 135) „übertraf der Todeszoll bei weitem den von Hiroshima"!

Die amerikanische Schriftstellerin Freda Utley* – besonders empört darüber, daß im Verlauf der Dresden-Angriffe von den Flugzeugen aus „sogar Jagd mit Maschinengewehren auf Frauen und Kinder" gemacht wurde, „die aus der lodernden Stadt auf das Land zu fliehen trachteten" – geht soweit, als Witwe eines Juden die Frage zu stellen: „Waren die deutschen Gaskammern wirklich ein größeres Verbrechen gegen die Menschlichkeit als unsere Angriffe auf nichtmilitärische Ziele wie Dresden?"

*

Diese düsteren Tatsachen wurden nicht mit der Absicht erwähnt, etwa nun deutscherseits das amerikanische Volk zu „Schuld"-Betrachtungen anzuregen oder aufzufordern.

Die seit 1945 den Besiegten oftmals und lautstark anempfohlene nationale Selbstbezichtigung und moralische Bewußtseinsverstümmelung, ändert am Geschehenen nichts, bessert es nicht und bewirkt mehr Verwirrung als Sicherheit vor künftiger Wiederholung.

Eine kritische Prüfung der Tatsachen ergibt, daß an dem vielen Unbegreiflichen, das der weiße Mann auch noch im

* „Kostspielige Rache", Deutsche Ausgabe, Hamburg 1950, Seite 211.

20. Jahrhundert brutal vollzog, Völker in ihrer Gesamtheit in aller Regel ganz unbeteiligt waren. Sie bedürfen nicht der Belehrung oder der Erinnerung an das Gewissen – die brutalsten Geschehnisse gerade des Zweiten Weltkrieges waren auch die geheimsten. Katyn – Hiroshima – Dresden dort und Auschwitz hier zeigen zwei Seiten der gleichen Wahrheit.

Wenn der Titel dieses Buches von „Ahnungslosen“ spricht, so soll damit kein ironischer, sondern ein nüchtern-ernster Gedanke ausgedrückt sein: seit im Weißen Haus allzu emsig Ausschau über den Atlantik gehalten wird, ist – allem Zeitungslärm zum Trotz – die Mitwirkung an den großen Entscheidungen auch in Amerika dem Volke meilenweit entrückt worden. Außer in einigen hitzigen Wahlkampfwochen oder in den Tagen eines Kriegsausbruches ist der einfache Mann aus dem Missisippital vergessen – nicht immer zum Vorteil der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die seine Vorfahren erobert und aufgebaut haben.

Morgenthau-Politik und späte Ernüchterung

Präsident Truman erzählt in seinen Memoiren (Band I Seite 360) eine höchst merkwürdige Geschichte. Als er sich zum Aufbruch nach Potsdam gerüstet habe, sei Finanzminister Henry Morgenthau bei ihm erschienen und habe kategorisch gefordert, als amerikanisches Delegationsmitglied zur bevorstehenden Konferenz mitgenommen zu werden. Truman erwiderte, seines Erachtens werde „der Schatzkanzler weit dringender in den Vereinigten Staaten als in Potsdam benötigt". Morgenthau entgegnete herausfordernd „seine Anwesenheit in Potsdam sei unerläßlich, andernfalls müsse er demissionieren".

In Kenntnis der Vorgeschichte dieser Szene darf man es als günstige Fügung bewerten, daß Mr. Morgenthau so frech auftrat, und dadurch den seiner Würde sehr bewußten Präsidenten zu der scharfen Antwort herausforderte:

„Schön, wenn das Ihre Auffassung ist, dann nehme ich hiermit Ihre Demission an."

In der Tat schied Henry Morgenthau am 5. Juli 1945 nach fast zwölfjähriger Tätigkeit als amerikanischer Finanzminister aus seinem Amte aus, nachdem er im letzten Jahr seiner Regierungstätigkeit durch seinen „Morgenthau-Plan" für die Behandlung des besiegten Deutschlands geradezu eine Figur der Weltpolitik geworden war.

*

Dieser „Plan", der die Weltlage von 1945 gekennzeichnet und die europäische Nachkriegszeit bestimmt hat, verdient nicht nur wegen seiner bis auf den heutigen Tag fühlbaren Auswirkungen, sondern auch wegen der merkwürdigen Vor- und Entstehungsgeschichte einige Aufmerksamkeit.

Der kritische Blick muß in den Sommer 1944 zurückgewendet werden: hier zeichnete sich in den Sommerwochen durch den Erfolg der amerikanischen Normandie-Invasion, des russischen Vordringens bis zur Weichsel, schließlich durch den Königs-Putsch in Rumänien eine so ernste Schwächung der deutschen

Lage ab, daß sich die Frage der Kriegsbeendigung aus dem militärischen in den politischen Bereich verlagerte.

So ziemlich in jedem Gespräch mit älteren amerikanischen Offizieren wird heute noch die damalige deutsche Widerstandsbewegung zur Diskussion gestellt und in aller Regel taucht dabei die kritische Bemerkung auf: es sei ein fundamentaler Fehler Roosevelts gewesen, daß er die an vielen wichtigen Stellen des Reiches tätigen Oppositionskräfte im Jahre 1944 weder ermutigt, noch sie durch einen annehmbaren Friedensplan unterstützt habe. Die inneramerikanische Kritik, die sich in solchen Bemerkungen wiederspiegelt, entbehrt nicht der Logik: es mußte – nachdem Amerika nun wieder einmal in einen europäischen Krieg verwickelt war – mit einem Minimum an Opfern ein Maximum amerikanischen Einflusses im deutschen Raum erzielt werden und für eine Durchsetzung solcher Absicht ergab sich geradezu selbstverständlich eine Wiederholung der Wilson-Politik von 1918: durch das Angebot vertrauenerweckender Kriegsziele den inneren deutschen Widerstand gegen die Kriegsfortsetzung zu mobilisieren, und möglichst durch einen politischen Umsturz die Waffenniederlegung zu bewirken. Solange die Russen noch vor Warschau standen – wie das bis in den Januar 1945 der Fall war – mußte sich eine solche Politik unvermeidlich auch zugunsten des amerikanischen und britischen Nachkriegseinflusses in ganz Osteuropa auswirken. Da – wie wir heute wissen – Hitler selbst schon im Herbst 1944 ernstlich daran dachte, sein persönliches Ende bei Annäherung der Sowjets im Hauptquartier „Wolfsschanze" in Ostpreußen zu suchen*, stellt sich sogar die Frage, ob ein einigermaßen verständig erscheinendes amerikanisches Friedensprogramm nicht sogar noch nach dem Scheitern des 20. Juli-Putsches und in breiteren Schichten der deutschen Führung ein Echo gefunden hätte.

Ich selbst erinnere mich aus jenen dunklen Monaten, daß Hitler stets auf eine amerikanische „Proklamation" geradezu gewartet hat und – als sie auch von Jalta aus nicht erfolgte – trocken bemerkte: „Für das deutsche Volk haben diese Leute nicht einmal mehr Worte übrig."

---

* Vgl. Monatsschrift „Nation Europa", Coburg, Mai 1960, Seite 39 („Der Oberste Befehlshaber – Ein Nürnberger Gespräch mit Generaloberst Jodl").

Es ist inzwischen reichlich bekannt geworden, daß die Diskussion über einen „harten“ oder „weichen“ Frieden mit den Deutschen damals in den höchsten Washingtoner Regierungskreisen die Gemüter bewegt hat. Hätte das amerikanische Volk oder auch nur der Kongreß darüber zu befinden gehabt, dann wäre gewiß ein politischer Weg gesucht und gefunden worden, und die Deutschen hätten Formeln vernommen, die zwar sicherlich auch nicht angenehm, so doch wenigstens nicht so haßverwirrt geklungen hätten, wie dies dann lange bittere Jahre hindurch der Fall gewesen ist.

War schon die groteske, im Januar 1943 in Casablanca von Roosevelt verkündete Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ ein vor allem für die Ohren Stalins berechneter Klang gewesen, so braucht man nur den Zeitpunkt (September 1944) und die Schlußbemerkung des berüchtigten Morgenthau-Planes lesen*, um zu wissen, daß hier im Weißen Haus wieder einmal vor allem an die Sowjetunion gedacht wurde.

*

Als im August 1944 für die amerikanische Regierung der Zeitpunkt gekommen war, ein Programm für die Behandlung Deutschlands nach der Beendigung des Krieges aufzustellen, beschäftigten sich zunächst die beiden zuständigen Ministerien: das Außenamt (State Department), das die politischen Konsequenzen zu beurteilen hatte, und das Kriegsministerium, das etwaige Besatzungsstreitkräfte instruieren mußte, mit den einschlägigen Fragen.

Es stellte sich bald heraus, daß Präsident Roosevelt nicht beabsichtigte, nur die zuständigen Fachleute zu hören. Er bestimmte außerdem den obenerwähnten Schatzsekretär Henry Morgenthau und überdies seinen intimen Berater Harry Hopkins zu Mitgliedern des Kabinettausschusses, der eine „Deutsch-

---

* „Die Hauptverantwortung für die Aufsicht über Deutschland sollte durch die Wehrmacht der *kontinentalen* Nachbarn Deutschlands, insbesondere durch russische, französische, polnische, tschechische usw. Soldaten übernommen werden. Nach diesem Programm könnten die amerikanischen Truppen in relativ kurzer Zeit abgezogen werden“ (Zitat nach Jacobsen: 1939–45. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1959, Seite 428).

landpolitik“ ausarbeiten sollte; Außenminister Hull wurde formell zum Vorsitzenden bestimmt. In seinem Arbeitszimmer fand am 5. September die erste Besprechung statt, und es ergab sich sofort, daß die Ansichten Hulls und die des Kriegsministers Stimson mit denen des von Roosevelt hinzubestimmten Finanzministers Morgenthau keineswegs übereinstimmten.

Morgenthau hatte sich freilich gut gerüstet und kam mit einem fertigen Plan, der die folgenden Kernpunkte enthielt:

1. Deutschland solle „entmilitarisiert“ werden. Das bedeute vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes einschließlich totaler Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie und Abtransport der anderen „Schlüssel-Industrien“.

2. Die neuen Grenzen Deutschlands: Polen solle denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, der nicht an Rußland falle, außerdem den südlichen Teil von Schlesien. Für Frankreich waren das Saargebiet und die Pfalz bis Koblenz vorgesehen.

3. Aufteilung Restdeutschlands: Österreich solle wieder hergestellt, sowie eine süddeutsche und eine norddeutsche Staatengruppe gebildet werden.

4. Das Ruhrgebiet als das „Herz der industriellen Macht“ sei aus dem deutschen Staatsgebiet herauszulösen, es sei zu „internationalisieren“ und solle „so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann“. Insbesondere sollten innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Feindseligkeiten „alle Industrieanlagen vollständig demontiert, alle Kohlengruben-Ausrüstungen entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden“.

5. Reparationen sollten nicht durch Zahlungen, sondern wirksamer durch „Abretung der vorhandenen deutschen Hilfsquellen“ erhoben werden, insbesondere durch „Abtretung deutscher Gebiete und Privatrechte“, durch „Abtransport und Verteilung der industriellen Anlagen“, durch „Beschlagnahme aller deutschen Guthaben jedweder Natur außerhalb Deutschlands“, schließlich wörtlich: „durch Zwangsarbeit Deutscher außerhalb Deutschlands“.

6. Erziehung und Propaganda: Alle Schulen und Universitäten seien vorerst zu schließen bis „geeignete Lehrer und Schulbücher“ verfügbar seien. Ebenso seien alle deutschen Zeitungen und Zeitschriften einzustellen, „bis entsprechende

Kontrollen gewährleistet und bestimmte Programme aufgestellt sind".

7. Politische Dezentralisation: um die vorgesehene deutsche Teilung „zu erleichtern und ihr Bestehen zu festigen" sollten die Militärbehörden

a) alle leitenden Beamten der Reichsregierung entlassen und nur mit Lokalverwaltungen verhandeln,
b) die Wiedererrichtung innerdeutscher Länderregierungen in die Wege leiten und die preußischen Provinzen als selbständige Länder errichten;
c) nach der Teilung Deutschlands sollen die verschiedenen Länderregierungen ermutigt werden, eine „Bundesregierung zu organisieren für jedes der neuaufgeteilten Gebiete".

8. Die alliierten Militärregierungen sollten keine Maßnahmen treffen, die etwa die deutsche Wirtschaft „erhalten oder stärken".

9. Während der Dauer von zwanzig Jahren nach der Kapitulation sollten „durch die Vereinten Nationen entsprechende Kontrollen einschließlich der Kontrolle über den Außenhandel" beibehalten werden, um den Neuaufbau von Schlüsselindustrien zu verhindern.

10. Agrar-Programm: aller Großgrundbesitz solle aufgehoben, außerdem das Erbhofgesetz beseitigt werden.

11. „Aufstellung eines Programms zur Bestrafung von Kriegsverbrechern und für die Behandlung nazistischer Organisationen" (sog. Entnazifizierung).

Ein zwölfter Punkt behandelte „Uniformen und Paraden", ein dreizehnter die Beschlagnahme aller Militär- und Zivilflugzeuge und der vierzehnte – wie bereits erwähnt – den baldigen Rückzug der amerikanischen Truppen und die Überlassung der Kontrolle Deutschlands an die „kontinentalen Nachbarn" – eine Formel, die offenbar darauf berechnet war, auch England fernzuhalten und den Russen alles allein zu überlassen.

Es nimmt nicht wunder, daß Außenminister Hull sofort erschrak, als er dieses Papier zum ersten Mal überlas und daß auch Kriegsminister Stimson heftig dagegen Stellung nahm. Beide eilten unverzüglich zum Präsidenten und Hull verschwieg nicht seine Ansicht, daß dieser Plan von „blinder Rache" diktiert sei und daß insbesondere die Absicht, die Ruhrkohlen-

bergwerke zu zerstören, ein „Verbrechen gegen ganz Europa darstelle". Stimson drückte sich ähnlich aus und Roosevelt war sich bald im klaren darüber, daß Morgenthau hoffnungslos überstimmt werden würde, wenn die Angelegenheit weiterhin dem „Kabinettsausschuß" überlassen blieb.

Der Ausweg, den der Präsident diesmal fand, entsprach wiederum seiner bereits mehrfach bewährten Kriminalroman-Phantasie. Es handelt sich um eine so unglaubliche Geschichte, daß ich vorziehe, sie in der Darstellung eines amerikanischen Publizisten mitzuteilen. John T. Flynn berichtet (a.a.O. Seite 382):

> „Am 11. September (1944) fuhr Roosevelt nach Quebec, um Churchill zu treffen. Während der Dauer der Quebec-Konferenz hörten weder Hull noch Stimson weiteres vom Morgenthau-White-Plan*. Da aber Roosevelt beabsichtigte, die Angelegenheit hier zu behandeln, war es nötig, daß sowohl Hull wie Stimson von dort fernblieben. Zu Hull sagte Roosevelt, daß in der Konferenz nur militärische Fragen behandelt werden würden. Wir wissen nicht, was er Stimson erzählte, denn, falls militärische Fragen das Konferenz-Thema waren, mußte sicherlich der Kriegsminister anwesend sein.

---

* Flynn spricht vom „Morgenthau-White-Plan", weil die von Morgenthau vorgelegten Ausarbeitungen vom Unterstaatssekretär Harry Dexter White entworfen waren. Über die seltsame Geschichte dieses White und seinen überraschenden Tod habe ich in meinem Buch „Das Erbe des falschen Propheten" (Seite 225) bereits gehandelt. Eine ausführliche Charakteristik Whites gibt auch Margret Boveri in ihrer Untersuchung „Der Verrat im 20. Jahrhundert" (Band IV Amerika, Hamburg 1960, Seite 82f.). Im Hinblick auf die Beziehungen Whites zu notorischen Kommunisten meint Flynn, der Morgenthau-Plan sei „in Wirklichkeit der Stalin-Plan für Deutschland" gewesen. Eine genaue Untersuchung der Vorgeschichte des Morgenthau-Planes (auch mit Hinweis auf die schon 1941 in New York veröffentlichte Schrift von Theodore N. Kaufmann „Germany must perish", in der die Sterilisierung aller Deutschen gefordert wurde) findet sich bei John L. Snell: Wartime origins oft the East-West-dilemma over Germany, New Orleans 1959. Hier wird insbesondere die Bedeutung einer gemeinsamen Reise hervorgehoben, die Morgenthau und White Anfang August 1944 in das Hauptquartier des Generals Eisenhower und nach London unternahmen. Hier beteiligte sich auch Morgenthaus früherer Mitarbeiter Oberst Bernard Bernstein an der Formulierung des Planes. Im Januar 1945 hat Bernstein – inzwischen nach Washington zurückgerufen – dann auch an der Umformulierung des Planes in die „Direktive ICS 1067" mitgewirkt (a. a. O. Seite 116). Die berühmt gewordenen Einleitungssätze dieser Direktive („Wir kommen nicht als Befreier, sondern als Sieger") stammen nach Snell (Seite 182) weder von Morgenthau, noch von White oder Bernstein, sondern von dem aus Deutschland emigrierten Schriftsteller Emil Ludwig (vgl. Seiten 144 u. 149).



Die Konferenz von Quebec 18. September 1944

Vordere Reihe von links: General Marshall, Admiral Leahy, Franklin D. Roosevelt, Winston S. Churchill, Feldmarschall Sir Alan Brooke

Wie dem auch gewesen sein mag – er lud Morgenthau nach Quebec ein, ohne Hull und Stimson davon zu unterrichten. Dort legte Morgenthau den schändlichen (infamous) Whiteplan Churchill und Roosevelt vor. Churchill war ärgerlich und unwillig. Als sein Außenminister Anthony Eden in Quebec eintraf, protestierte auch dieser nachdrücklich gegen diesen Plan. Aber er mußte feststellen, daß Churchill bereits zugestimmt hatte. Warum? Churchill, der das Ende des Krieges sich nähern sah, war sehr beunruhigt über Englands finanzielle Lage und bemühte sich, von Roosevelt einige weitere Leih-Pacht-Milliarden für den Nachkriegs-Gebrauch zu erhalten. Solange Churchill dem Morgenthau-White-Plan widersprach, blieb Roosevelt fest gegenüber dem Gedanken jeglicher zusätzlicher Hilfeleistung für England. Schließlich sagte Churchill ‚Was erwarten Sie von mir, was soll ich tun? Soll ich Männchen machen und bitten wie Fala (Roosevelts Hund)?‘ Morgenthau versprach dann in einem Gespräch mit Churchill Nachkriegskredite in Höhe von sechseinhalb Milliarden Dollar. Churchill verzichtete auf seine Einwände und der Morgenthau-White-Plan war angenommen.“

So weit die Quebec-Geschichte; es gab einige Tage später noch einen unvorhergesehenen Zwischenfall: Das „Wallstreet-Journal“ veröffentlichte den „Plan“ und die deutsche Propaganda bemächtigte sich der Morgenthau-Thesen, um den militärischen Widerstand im Raum von Aachen neu zu beleben. Hitler wandte sich von dem Gedanken, in Ostpreußen das Ende zu suchen wieder ab und organisierte die „Ardennen-Offensive“ – in Washington aber kämpften die überrumpelten Minister Hull und Stimson einige wenig erfolgreiche Rückzugsgefechte durch.
Ein sonst korrektes historisches Nachschlagewerk wie der „Große Ploetz“* bedient den deutschen Leser mit der Behauptung, Roosevelt habe bereits am 22. September 1944 seine „Unterschrift vom Morgenthau-Plan zurückgezogen“. Präsident Truman hinwiederum versichert, die von ihm geschilderte Auseinandersetzung am 5. Juli 1945 habe „das Ende des Morgenthau-Planes“ bezeichnet. Und Churchill erklärte später im britischen Unterhaus, es sei ihm ganz unverständlich, wie er dazu gekommen sei, seine Signatur auf diesen Plan zu setzen ...

---

* Ploetz: Auszug aus der Geschichte, 24. Auflage, Würzburg 1951, Seite 889.

Eine Menge weiterer Leute haben nachträglich entdeckt, sie seien „Gegner des Morgenthau-Planes“ gewesen und hätten dazu beigetragen, ihn zu Fall zu bringen.

Schlichte Tatsache ist, daß nur *ein* völlig wirklichkeitsfremdes Teilstück des Planes, nämlich Punkt 4 – Zerstörung und „Internationalisierung“ des Ruhrgebietes – fallengelassen wurde. Man hatte zwar noch im Frühjahr 1945 von amerikanischer Seite den Plan entwickelt, unbemannte, mit Bomben gefüllte alte Flugzeuge massiert ins Ruhrgebiet einfliegen und dort explodieren zu lassen, um das Zerstörungswerk der Luftangriffe zu vollenden. Die „internationale Kontrolle“ des Ruhrgebietes blieb außerdem noch bis zur letzten Viermächte-Außenminister-Konferenz in Paris im Mai–Juni 1949 eine Forderung der Sowjetunion; erst in diesem Stadium der Entwicklung wurde solchem Ansinnen kein ernstliches Gehör mehr geschenkt.

Abgesehen von der Ruhrgebietszerstörung – sie hätte die Westmächte vor unlösbare Versorgungsprobleme gestellt – sind, wie der aufmerksame Beobachter ohne Schwierigkeit feststellen kann, *alle* wesentlichen Punkte des Morgenthau-Planes erfüllt worden – Deutschland verlor sogar noch mehr von seinen Ostgebieten, als Morgenthau erwartet hatte. Es wurde in der Tat in zwei Staaten aufgeteilt, wenn auch die Trennungslinie nicht zwischen Nord und Süd, sondern zwischen Ost und West verläuft; es wurde „entmilitarisiert“ und „demontiert“ und „entnazifiziert“ und „bestraft“; die Beschlagnahme aller deutschen Guthaben „jedweder Natur“ wurde ebenso gründlich durchgeführt, wie Millionen Gefangener jahrelang „Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands“ zu leisten hatten – bis in jede Einzelheit stand eine jahrelange Epoche im Zeichen der Vorschriften, die Morgenthau schon im Herbst 1944 zu Papier gebracht hatte. In manchen Punkten sind seine Regeln heute noch geisterhafte Wirklichkeit.

Und was den Präsidenten Truman betrifft, so hat er in Potsdam Maßnahmen gebilligt, die sogar die üppige Phantasie Morgenthaus nicht vorausgesehen hatte: Er stimmte – wenn auch mit dem bescheidenen Einwand „in geregelter und humaner Form“ – der Austreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien, aus Polen, der Tschecho-Slowakei und Ungarn zu. Im sog. „Nachkriegs-Ploetz“

(Würzburg 1957) wird die Zahl der insgesamt aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen mit 12,4 Millionen bezeichnet. Nach einer Bekanntgabe des westdeutschen Bundes-Vertriebenenministeriums vom 19. Dezember 1956 ist das Schicksal von 3,2 Millionen dieser deutschen Flüchtlinge bis dahin ungeklärt gewesen, eine Zahl, die die „geregelte und humane Form" der Vertreibung drastisch beleuchtet.

Es ist richtig, daß mit nahezu allen diesen Ungeheuerlichkeiten keinerlei politische oder wirtschaftliche Vorteile für die Vereinigten Staaten verbunden waren. Nutznießer war fast ausschließlich die Sowjetunion*, die dank dieser Maßnahmen ihr

---

* Die amerikanische Strategie der letzten Kriegsmonate war ganz offenkundig darauf abgestellt, den russischen Vormarsch nach Deutschland zu erleichtern und möglichst keine Gebiete zu besetzen, auf die die Sowjets Wert legten. So blieb Eisenhower bekanntlich im April 1945 an der Elbe stehen, obwohl dort kein deutscher Widerstand mehr geleistet wurde; er verzichtete bewußt darauf, Berlin zu nehmen, das von der deutschen Wehrmacht nur noch gegen die Russen verteidigt wurde. Der in Süddeutschland kommandierende amerikanische General Patton berichtet in seinem bereits erwähnten Erinnerungsbuch (a.a.O. Seite 234) von der Frage eines Kriegskorrespondenten in seiner Pressekonferenz am 8. Mai 1945: „Warum, Herr General, sind wir nicht nach Prag gegangen." – „Das kann ich Ihnen genau sagen", erwiderte Patton, worauf alle anwesenden Journalisten ihre Bleistifte zückten und ihn erwartungsvoll ansahen: „Weil wir Befehl erhielten, es nicht zu tun!"

Nicht minder bedeutungsvoll für die Zukunft war die entschiedene Weigerung des Oberbefehlshabers General Eisenhower, die Bemühungen der letzten deutschen Reichsregierung um Rückführung deutscher Truppen und Flüchtlinge aus dem Ost- in den Westbereich auch nur zu dulden. Präsident Truman zitiert (a.a.O. Band I Seite 160) einen Bericht Eisenhowers vom 6. Mai 1945 über die Verhandlungen des deutschen Generaloberst Jodl im Alliierten Hauptquartier in Reims: „Von Anfang an wurde offensichtlich, daß die Deutschen Zeit gewinnen wollten, um so viele deutsche Soldaten und Zivilisten wie möglich von der Ostfront abzuziehen und hinter unsere Linien zu schaffen. Sie bemühten sich nach wie vor um eine getrennte Kapitulation dieser Front und gingen so weit zu erklären, daß sie gleichviel wie meine Antwort ausfallen würde, allen deutschen Kräften an der Westfront Befehl erteilen würden, das Feuer auf britische und amerikanische Truppen einzustellen ... Schließlich mußte ich ihnen sagen, ich würde die Verhandlungen abbrechen, die Westfront abriegeln *und unter Gewaltanwendung ein weiteres Zurückfluten deutscher Soldaten und Zivilisten in den Westen verhindern.*" Daß es zu solchen offenkundigen Völkerrechtswidrigkeiten doch noch kam, wurde in den bereits erwähnten (vgl. Seite 196) Pressemitteilungen aus den noch unveröffentlichten Protokollen der Potsdamer Konferenz ersichtlich. In einer Besprechung mit Präsident Truman lobte Stalin den General Eisenhower ausdrücklich als „rechtschaffenen Mann" (honest man), weil er 135 000 gefangene deutsche Soldaten den Russen übergeben habe („New York Times" 24. August 1960). Bei der Beurteilung des Vorganges ist zu

politisches System in ganz Ost- und Südosteuropa festigen konnte.

Aber es ist auch kein Zweifel darüber möglich, daß ein amerikanischer Präsident es war, der den Plan verkündet, und ein anderer, der die Durchführung gebilligt und bewirkt hat.

General Lucius D. Clay, der es als langjähriger amerikanischer Oberbefehlshaber in Deutschland wissen muß, bezeichnet in seinen Erinnerungen „Decision in Germany" das Jahr 1947 als den Zeitbereich, in dem die zu Roosevelts Lebzeiten entworfene, von Truman übernommene berüchtigte Direktive ICS 1067, die sich – mit der erwähnten einzigen Ausnahme der Ruhrgebietszerstörung – ganz auf den Morgenthau-Plan stützte, endlich wenigstens im Prinzip fallengelassen wurde, insoweit sie nicht bereits – wie etwa im „Gesetz zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus"* – Dauerform gefunden hatte.

Im Hinblick auf das Potsdamer Abkommen, das den folgenreichsten Abschnitt der Morgenthau-Politik bezeichnet, hat ein amerikanischer „Revisionist" – so bezeichnen sich drüben einige Professoren, die der schönfärberischen Geschichtsdarstellung der Roosevelt-Nachbeter entgegentreten – den brutalen Satz gesprochen: „Die mildeste Erklärung für die Handlungsweise einiger seiner Unterzeichner ist ihre abgrundtiefe Unkenntnis dessen, was sie taten**.

*

Man stellt sich wirklich die Frage, welche Motive es gewesen sein können, von denen insbesondere Roosevelt zu seiner gerade-

---

beachten, daß dem General die sowjetische Absicht, die deutschen Kriegsgefangenen zu Zwangsarbeit einzusetzen, völlig vertraut war.

* Die in diesem Gesetz angeordnete Gruppenbestrafung auf Grund politischer Überzeugungen oder wegen einflußreicher wirtschaftlicher Tätigkeiten spricht für die von amerikanischen Kritikern behauptete sowjetische Herkunft des Morgenthau-Planes (vgl. Anmerkung Seite 208), obwohl auch eine historische Parallele zur sog. „Reconstruction" festzustellen ist (vgl. Seite 61). Die „zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften" werden heute noch durch Artikel 139 des westdeutschen Grundgesetzes formal gedeckt – eine notwendige Sonderregelung, da die ganze einschlägige Gesetzgebung rechtsstaatlichen Normen widerspricht.

** William Henry Chamberlin, zitiert bei Douglas Reed: Der große Plan der Anonymen, Zürich 1952.

zu fanatischen pro-russischen und damit anti-deutschen Einstellung und Handlungsweise veranlaßt wurde.

Gewiß, als er 1937 beschloß, eine weltpolitische Initiative zu ergreifen, um nicht eines Tages als innenpolitisch gescheiterter Expräsident einen bitteren Lebensabend verbringen zu müssen, war es naheliegend, daß er sich der damaligen europäischen und ostasiatischen Spannungen bediente, um sich Gehör und Einfluß zu verschaffen und die amerikanische Öffentlichkeit wenigstens in Bewegung zu bringen, wenn er sie schon nicht für ein Eingreifen begeistern konnte.

Aber was – um Gottes willen – mochte den Präsidenten, seine Ratgeber und lange Zeit auch noch seinen Nachfolger zu einer Strategie veranlassen, die geradezu buchstabengerecht den Interessen der Sowjetunion dienlich war?! Es müssen zu diesem Punkte keine Einzelheiten mehr wiederholt werden – es genügt die einfache Erinnerung, daß die Sowjetunion in den Jahren 1941 und 1942 vor allem durch die amerikanischen Waffenlieferungen vor dem bis zum Kaukasus ausgreifenden deutschen Ansturm gerettet wurde und daß sie ihre heutige politische Stellung in Europa und Asien entscheidend der Duldung, wenn nicht der Mitwirkung der Regierung der Vereinigten Staaten verdankt.

Eine Durchforschung der Staatspapiere, soweit sie veröffentlicht sind, fördert ebenso wenig eine Erklärung zutage, wie eine Prüfung der Rooseveltreden und der vielerlei Anekdoten, die über ihn in Umlauf gesetzt wurden. Wo immer er den Stil der burschikosen Oberflächlichkeit verläßt und sich ernsthaft äußert, enthüllen sich nur flüssige Redensarten.

Auf der gewiß irrigen Ansicht fußend, daß die ganze Menschheit sich aus gleichgearteten, gleichstrebsamen, gleichdisziplinierbaren Individuen rekrutiere, scheint ihm eine Art von „Weltregierung“ vorgeschwebt zu haben, die – wenn schon nicht im Weißen Hause domiziliert – so doch mit der amerikanischen Präsidentschaft eng verbunden wäre.

Daß Lenin – auf Marx fußend – ähnlich wirklichkeitsfremde Vorstellungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts in viel konkretere politische Pläne gefaßt, sie freilich geographisch mit Rußland und dem Kreml verknüpft hatte, scheint Roosevelt nie ernstlich begriffen zu haben.

Und da im Staat der Pioniere dem Präsidenten in allen wichtigen politischen Fragen das erste Wort eingeräumt worden ist, dauerte es lange, bis durch alle die Nebel die bittere Wirklichkeit sichtbar wurde: daß die „Weltregierung“ – wenn das Experiment je in den Bereich der Realität treten würde – gewiß keine amerikanische wäre.

Ich habe nur *ein* kleines Buch entdeckt, aus dem hervorgeht, daß Franklin D. Roosevelt einmal auf die Kernfragen, um die es ging (und heute noch geht), ernsthaft angesprochen wurde. Dieses bescheidene Werk hat einen merkwürdigen Titel, ja man möchte es zunächst für eine obskure Schrift halten: „The Catoctin Conversation“ – niedergeschrieben von einem Journalisten John Franklin Carter, erschienen in New York 1947, längst aus dem Buchhandel verschwunden, aber in der Washingtoner Kongreßbibliothek unter der Buchnummer D 445. C 3 noch erhältlich. Es handelt sich um Niederschriften angeblich erfundener Gespräche, die von dem einstigen Auslandspressechef der NSDAP und Vertrauten Hitlers, Dr. F. S. Hanfstaengl über den Krieg und die Zukunft mit Roosevelt, Churchill, Baruch und Hopkins im Jahre 1942 geführt worden sein sollen. Einige dieser Niederschriften sind gewiß freie Kombinationen eines fruchtbaren Journalistengehirns. Der Leser wird aber schon durch die Einleitung darauf hingewiesen, daß er trotz allem ein durchaus ernsthaftes Dokument vor sich hat – kein Geringerer als der langjährige amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles hat sich bereitgefunden, John Franklin Carters Bericht einzuleiten und den Leser darüber zu unterrichten, daß jener Dr. Hanfstaengl – als „Putzi“ Hanfstaengl der Weltpresse seit Jahrzehnten ein Begriff –, nachdem er Hitlers Vertrauen verloren hatte und nach England emigriert war, dort 1939 interniert, später nach Kanada überführt, schließlich auf persönliche Veranlassung Roosevelts in die Vereinigten Staaten überstellt wurde. Man muß dazu wissen, daß Hanfstaengl den Präsidenten Roosevelt seit der gemeinsamen Studienzeit kannte – ähnlich wie ihm Churchills Umgang vertraut war und er lange Jahre Hitlers interessierte Duldung genoß, eine gewiß merkwürdige Persönlichkeit unserer Zeit.

Auch der seltsame Titel „Catoctin Conversation“ bietet dem gründlichen Leser einen Hinweis: in den Catoctin-Bergen im

Staate Maryland nahe der Hauptstadt Washington hatte sich Roosevelt eine private Wochenend-Niederlassung geschaffen, die er mit dem geheimnisvollen chinesischen Namen Shangri-La bezeichnete.

Dr. Hanfstaengl gehört zu den begabten Leuten, die ihre Pfeile aus einem vollen Köcher verschießen, und auf diese Weise gelegentlich ins Schwarze treffen. Er überfiel Roosevelt nicht nur mit einer historischen Frage: „Wissen Sie, Herr Präsident, daß die Dreizehn Kolonien die amerikanische Krone einem deutschen Prinzen angeboten haben", er verschonte ihn auch nicht mit einer kitzligen Erkundung nach dem Negerwahlrecht in der Praxis und lockte die Antwort des Präsidenten heraus: „Jedermann weiß, daß die Südstaaten-Neger nicht das Stimmrecht haben, das ihnen garantiert wird. Einer der Hauptgründe ist in der Tat, daß dort zu viele Neger in die Wahllisten aufgenommen werden müßten ..." (a.a.O. Seite 247).

Viel wichtiger freilich waren die Fragen, die auf den Schlachtfeldern zur Entscheidung standen:

„Glauben Sie Herr Präsident, daß Deutschland und die Deutschen überleben können, wenn sie schwach sind?"

„Ja, Putzi", sagte Roosevelt, „wenn Deutschland nicht in Schwäche überleben kann, dann ist keine Macht stark genug, um Deutschland zu retten" – ein wahrlich vieldeutiges, drohendes Wort einem Deutschen gegenüber*.

Der Präsident fuhr fort: „Ich bilde mir ein, daß die Deutschen trotz Hitler so wichtig und lebenskräftig sind, daß sogar die Eroberer sie im Augenblick des Sieges schonen müssen."

Nun schoß Hanfstaengl die Frage ab, auf die Roosevelt die Antwort schuldig bleiben mußte: „Das ist natürlich wahr hinsichtlich der Briten und Amerikaner, aber wird es auch in bezug auf die Russen so sein?"

In einem späteren „Gespräch" taucht nochmals die Kernfrage auf: „Glauben Sie ernstlich, Herr Präsident, daß Amerika und England Erfolg haben können bei dem Versuch, die Sowjets an eine Welt-Liga zu binden? Wie kann es einen Frieden zwischen Europa und Asien geben?"

---

* Carter a.a.O. Seite 264.

„Ich weiß nicht, ob das sein *kann*, aber es *muß* sein“ sagte Roosevelt*.

Zum Schluß zieht Hopkins das Fazit dieser gespenstischen Unterhaltungen zwischen dem früheren „Nazi“, dessen Klavierspiel einst Hitler fasziniert hatte, und dem Präsidenten des Zweiten Weltkrieges, der sich den Gefangenen von den Engländern ausborgte, als das Ziel schon nahelag: „Okay, ich denke, ich habe die Hauptpunkte klar: Erstens, Deutschland und Japan müssen entnationalisiert (denationalized) werden als ein Anfang, die Welt zu entnationalisieren; zweitens: Die großen Nationen werden ihren Einfluß dazu verwenden, die Souveränität der kleinen Nationen einzuschränken; drittens: England und Amerika werden ihre technische Macht dazu benutzen, die Souveränität der großen Nationen zu reduzieren – *einschließlich ihrer selbst* ...“**

Die Predigt des Selbstmords – ist soviel Ahnungslosigkeit möglich?!

*

Natürlich wiederholte sich die Geschichte ähnlich, wie es mit der Versailler „Abrüstung“ geschehen war: in Deutschland wurde (und wird heute noch) krampfhaft „entnationalisiert“ – soweit sich solcher Unsinn befehlen und organisieren läßt –, aber niemand sonst denkt ernstlich daran, auf diesem Wege nachzufolgen, am allerwenigsten die Russen. In kühler Entschlossenheit brachten sie nach 1945 in ihre Scheuer, was immer die Erntewagen zu fassen vermochten – schließlich konnte es nicht ausbleiben, daß sogar in Washington bemerkt wurde, was vor sich ging.

Noch im November 1945 – am zwölften Jahrestag der Anerkennung der Sowjetunion durch Präsident Roosevelt – verkündete der amtierende Staatssekretär Dean Acheson, die USA und die Sowjetunion seien „ausgezeichnet miteinander ausgekommen“, die Gegensätze seien „nicht größer als zur Zeit Jeffersons und Alexanders I.“ Ja, angesichts der bereits voll sichtbaren politischen Katastrophe in Mitteleuropa versicherte Acheson:

---

* Carter a.a.O. Seite 276.

** Carter a.a.O. Seite 282f.

„Es gibt keinen Fleck der Erde, wo lebenswichtige Interessen unserer beiden Völker in Konflikt gekommen wären. Wir haben allen Grund zur Annahme, daß es auch in Zukunft keinen solchen Konflikt geben wird.“ *

Die Täuschung und Selbsttäuschung ließ sich nun freilich nicht mehr lange aufrecht erhalten. Was kam, ist noch in unserem unmittelbaren Gedächtnis lebendig, und braucht nur skizziert zu werden:

Schon im Winter 1944–45 versuchte die Sowjetunion in Griechenland nach Abzug der deutschen Besatzung durch eine bewaffnete und mit Nachschub versorgte Partisanen-Organisation das Land unter ihren Einfluß zu bringen. Es folgte ein wechselvoller mehrjähriger Bürgerkrieg, der sich erst 1947–48 dem Ende zuneigte, als die Vereinigten Staaten der griechischen Regierung Hilfe leisteten.

Nur hier und in Südkorea – beides Gebiete, in die die Sowjetunion bei Abschluß der Kriegsereignisse nicht vorgedrungen war – konnte der sowjetische politische Zugriff verhindert werden, wobei es in Korea nicht ohne „heißen Krieg“ abging: dort waren die amerikanischen Besatzungstruppen im November 1948 abgezogen. Es dauerte dann ein knappes halbes Jahr bis zum massierten Angriff nordkoreanischer Truppen auf den schwachen südkoreanischen Staat, der nur durch eilige Neulandung amerikanischer Truppen (27. Juni 1950) und einen dreijährigen zähen Krieg am Leben erhalten werden konnte.

Über Polen war schon in Jalta der Stab gebrochen worden – es gab nur noch ein paar Zwischenspiele, in denen verdeutlicht wurde, daß in Warschau die Sowjetunion und niemand anderer politischen Einfluß besitzt. Als im Januar 1947 höchst zweifelhafte Wahlen stattfanden und diese von den Vereinigten Staaten offiziell nicht anerkannt wurden, ging man darüber zur Tagesordnung über. Der Kommunist Bierut wurde zum polnischen Staatspräsidenten bestimmt, eine neue Verfassung trat in Kraft – das Kapitel war abgeschlossen.

Das Jahr 1947 brachte auch in den anderen Bereichen Ost- und Südost-Europas das Ende der Tarnmanöver. Man legte in Moskau noch Wert darauf, die amerikanische Zustimmung zu den ungarischen und rumänischen Friedensverträgen zu er-

* „Neue Zeitung“, München, 18. November 1945.

halten. Als das am 10. Februar 1947 geschehen war, wurde der eiserne Vorhang sofort zugezogen und es ging dann Schlag auf Schlag. Am 30. Mai flüchtete der bisherige ungarische Ministerpräsident nach Bern, am 18. September der stellvertretende polnische Ministerpräsident nach London; am 23. September wurde in Sofia der Bauernparteiführer Petkoff hingerichtet – auch hier protestierten die USA ohne Erfolg. Noch der letzte Tag des Jahres brachte eine Veränderung: König Michael von Rumänien mußte abdanken und auch dieser Staat wurde „Volksrepublik“. Formell als letzter Staat folgte die Tschecho-Slowakei: hier wurde der 25. Februar 1948 der entscheidende Tag. Der kommunistische Innenminister sorgte für eine Regierungsumbildung, der Außenminister Masaryk stürzte sich aus dem Fenster, wenige Wochen später, am 7. Juni trat Präsident Benesch zurück (einst Roosevelts besonderer Freund), am 3. September bereits starb er. Auch dieses Thema war damit beendet.

Unterdes hatten auch in China die Kommunisten die Oberhand gewonnen – im November 1948 wurde der seit 1945 andauernde Bürgerkrieg durch die Schlacht von Sutchou gegen Tschiang Kai-schek entschieden; ein Jahr später war auch China „Volksrepublik“, der russische Einfluß war stabilisiert, der amerikanische beendet.

Dies ist in kurzen Strichen die Geschichte der Nachkriegsjahre – vom Blickpunkt Washingtons aus gesehen.

Es war ein böses Erwachen, und es ist eigentlich kein bedeutendes Verdienst der amerikanischen Politiker jener Jahre dabei zu entdecken. Überall dort, wo die Sowjets auch nur einigen direkten Einfluß ausüben konnten, wurden die Amerikaner überrumpelt und hinausgeworfen, während diese in ihren eigenen Einflußbereichen lange Zeit wenig oder nichts zur Stärkung des Widerstandswillens gegen das sowjetische Ausgreifen unternommen haben.

In Deutschland beispielsweise saßen in jenen Jahren noch hunderttausende von zweifelsfreien antikommunistischen Männern und Frauen in amerikanischen, britischen und französischen Konzentrationslagern, die nicht dadurch erfreulicher wurden, daß man sie „Internierungslager“ nannte. Die Nürnberger und Dachauer Prozesse trugen das ihrige dazu bei, das amerika-

nische Ansehen zu ruinieren. „Kostspielige Rache“ nannte die amerikanische Journalistin Freda Utley das ganze Verfahren, das auch in bezug auf Demontage und Aufbauhinderung den Geist Morgenthaus noch lange lebendig erhielt.

Stets waren es erst sowjetische Übergriffe aufreizendster Art, die eine bescheidene Einsicht und eine mühsame Ernüchterung auf amerikanischer Seite ausgelöst haben.

Korea hatte man bereits aufgegeben – nur der Vormarsch massierter nordkoreanischer Panzerdivisionen bewirkte die Umkehr.

Für Griechenland hatte man jahrelang taube Ohren, erst als die englischen Unterstützungsbemühungen zusammenbrachen und das Auftauchen russischer Satelliten an der Südspitze des Peloponnes unmittelbar vorauszusehen war, erkannten die Strategen des Pentagon, daß etwas getan werden müsse.

Man darf geradezu von Glück sprechen, daß Stalin – von seinen billigen Erfolgen berauscht – auf den Einfall kam, nun auch ganz Berlin seiner Kontrolle unterstellen zu wollen. Daß das amerikanische Besatzungsgebiet West-Berlin am 16. Juni 1948 durch sowjetische Kommandantur-Anweisungen von allen Zufuhren abgeschnitten wurde – das endlich brachte das Glas zum Überlaufen.

Die Getäuschten und Verratenen* faßten sich, erinnerten sich der Vernunft und Tatkraft früherer Generationen. Mit der

---

* Der nach Jalta wichtigste politische Vorgang des Frühjahrs 1945 war der Verrat des Atomgeheimnisses an die Sowjetregierung. Wie Margret Boveri in ihrer bereits erwähnten Untersuchung „Der Verrat im 20. Jahrhundert“ (a. a. O. Seite 212) feststellt, sind bereits im Februar 1945 den Sowjets Mitteilungen über die angloamerikanische Atom-Geheimarbeit in Kanada und mikroskopisch kleine Proben von Uran 233 und Uran 235 durch linksorientierte Wissenschaftler zugeleitet worden. In der Folgezeit konnten sich die Russen durch mehrere auf dieses Sondergebiet angesetzte Spione alle für die Entwicklung ihrer eigenen Atomwaffen gewünschten Kenntnisse verschaffen. Diese Vorgänge wurden später in mehreren Gerichtsverfahren weitgehend aufgeklärt. Während die Wissenschaftler Nunn May und Klaus Fuchs in England nur zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden (und sich heute wieder auf freiem Fuß befinden), hat ein amerikanisches Gericht das Ehepaar Rosenberg, das sich vor allem mit der Nachrichtenübermittlung befaßt hatte, zum Tode verurteilt. Nachdem Präsident Eisenhower einen Gnadenakt abgelehnt hatte, wurde dieses Todesurteil im Juni 1953 vollstreckt. Ein anderer, ähnlich wichtiger Verratsbereich wurde durch den sog. „Fall Hiss“ weltbekannt. Hiss war Beamter des State Department und begleitete in dieser Eigenschaft den Präsidenten Roosevelt nach Jalta. Es wurde später nachgewiesen, daß Hiss Verbindungen zum sowjetischen

Berliner „Luftbrücke“, die am 26. Juni 1948 erstmals in Funktion trat und über ein Jahr lang (bis zum 29. Juli 1949) entschlossen in Gang blieb, belebte sich endlich die Einsicht, daß etwas falsch war an der Richtung, in der die Vereinigten Staaten gelenkt worden waren.

Nun endlich war Morgenthau nicht mehr so wichtig und das „deutsche Wunder“ durfte beginnen.

Nachrichtendienst unterhielt (vgl. dazu meine Hinweise in „Das Erbe des falschen Propheten“ Seite 225f.). Der amerikanische Senator Joe McCarthy hat großes Aufsehen dadurch erregt, daß er Untersuchungen der politischen Vergangenheit zahlreicher Angehöriger des auswärtigen Dienstes der USA durchführte und eine beträchtliche Anzahl von Beamten prosowjetischer Gesinnung bezichtigte. McCarthys „Säuberungs“-Bemühungen scheiterten schließlich an dem wachsenden Widerstand der Betroffenen. Der Senator starb am 2. Mai 1957, nur 48 Jahre alt. Die Frage ist unbeantwortet geblieben, wie viele von den „mehr als tausend unzuverlässigen Elementen in der Regierung Roosevelt“ (von denen der frühere Präsident Hoover in seinen Memoiren a.a.O. Band III Seite 344 spricht) in den Washingtoner Regierungsbüros tätig bleiben konnten.

USA heute – auf der Suche nach der Zukunft

Um die Bilanz dessen zu ziehen, was sich nach dem zweimaligen Ausgreifen der Vereinigten Staaten in die europäische Welt für uns heute ergibt, muß der Rechenstift nüchtern und fest in die Hand genommen werden.

Der Einmischung Wilsons war in den anderthalb Jahrzehnten nach Versailles ein Rückzug gefolgt – es ist in diesem Buch bereits genügend dazu gesagt. Wenn auch „die Amerikaner" gewiß nicht „an allem schuld" sind (nur Haßpropagandisten predigen nationale Kollektivverfehlungen), so gibt es doch heute keinen vernünftigen Zweifel mehr hinsichtlich der geschichtlichen Tatsache: nur des Präsidenten Kriegsentschluß hat das Diktat ermöglicht, und nur das Diktat hat die Voraussetzungen des nächsten Zusammenstoßes geschaffen. Auch der bitterste Kritiker wird dem Professor Woodrow Wilson nicht die Absicht solcher Wirkung unterstellen wollen; er wiederholte nur im Weltausmaß die übliche Erfahrung aller politisierenden „Liberalen": seine Romantik endete im Chaos.

Wilsons Nachfahre, Franklin Delano Roosevelt war aus härterem Holz geschnitzt. Als er sich entschloß, in das Weltgeschehen einzugreifen, tat er das mit der kaum verhüllten, später sogar offen ausgesprochenen Absicht, zwei Großmächte bis zur „debellatio"* niederzukämpfen, ihre „bedingungslose" Kapitulation zu erzwingen.

Wie immer man über solche Zielsetzungen rechten will – wer sie als einfache Tatsache in Rechnung stellt, für den ergibt sich eine ebenso deutliche wie zwingende Folgerung: die Vereinigten Staaten mußten dann entschlossen sein, die bisherige Stellung der deutschen und japanischen Macht im europäischen und ostasiatischen Bereich selbst wahrzunehmen.

Wenn schon „debellatio", dann war der nächste Schritt die „pax romana": auch das alte römische Reich – seine Insignien schmücken überreich fast jedes Staatsgebäude der USA – hat fremde Völker bewußt niedergekämpft, um sie zu entwaffnen.

* Abgeleitet von „debellare", lateinisch: durch Krieg völlig niederzwingen.

Dann kam der Statthalter, es kamen die Legionen, die befestigten Lager wurden errichtet und mit ihnen wurde Recht begründet und Obsorge für die einheimische Bevölkerung und vor allem sicherer Schutz der Unterworfenen vor jeglichem äußeren Feind. Gewiß: der „römische Friede“ als Ersatz für verlorene Volksfreiheit war keine natürliche Ordnung für alle Zeiten, aber ein paar Jahrhunderte hat er in den meisten Provinzen des großen Reiches immerhin gedauert.

In der Neuzeit haben bekanntlich die britischen „Empire-builder“, die „Reichs-Erbauer“ nach ähnlichen Regeln gehandelt, und ihr weites Netz von stolzen Gouverneuren und klugen Beratern machtloser einheimischer Potentaten würde wohl heute noch ein Viertel der Erdoberfläche umspannen, wäre den Londoner Regierungen nicht der mißgünstige Kampf gegen den verhaßten deutschen Vetter wichtiger gewesen als die Stellung des weißen Mannes in der Welt.

*

Zurück zur amerikanischen Wirklichkeit von 1945: für den siegreichen Präsidenten konnte ein Zweifel über die nach der Niederwerfung Deutschlands und Japans gestellte Aufgabe nicht auftreten. Frankreich war nur noch ein Wrack, England eindeutig auf einen zweiten Platz verwiesen; nur Rußland war selbständig geblieben, ein Rußland überdies, das unverhülltermaßen seit Jahrzehnten mit dem Plane umging, eines Tages die ganze Welt zu beherrschen. Zumindest der Widerruf solcher Absichten mußte von den Russen erzwungen sein, wenn eine „pax americana“ zum Weltgesetz erhoben werden sollte – und nur ein Ziel solchen Ranges konnte den Vernichtungskrieg gegen die „Achsenmächte“ vor dem amerikanischen Volk und vor der Geschichte rechtfertigen.

So utopisch das alles heute klingt und so wenig ein deutscher Publizist geneigt ist, dem dreisten Kriegsspiel eines Franklin Delano Roosevelt diese Erfolgsmöglichkeiten zuzubilligen – Tatsache ist, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dank der zeitgerechten Entwicklung einer furchterregenden neuen Waffe bei Kriegsende in die Lage versetzt war, nicht nur einen wirksamen Schutz aller Niedergeworfenen und Geschwächten zu

übernehmen, sondern auch Rußland zur Aufgabe seiner grenzenlosen Ziele geradezu zu zwingen. Hätte doch der amerikanische Präsident die zwei Atombomben, die damals nach dem ersten erfolgreichen Probeabwurf noch zu seiner Verfügung standen, mit entschlossener Bestimmtheit am Potsdamer Konferenztisch dem Marschall Stalin und dem Herrn Molotow zu bedenken gegeben, statt sie auf unschuldige japanische Frauen und Kinder zu verschwenden! Damals hatten die Russen durch ihre Helfershelfer zwar schon gute Kenntnisse über die Bedeutung der neuen Bombe, aber den Sprengkörper selbst besaßen sie noch nicht ...

Die Erinnerung an diese Lage genügt, um zu wissen, daß die Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Bulgaren, Rumänen, von den Deutschen jenseits der Zonengrenze ganz zu schweigen, ihre heutige russische Fremdherrschaft nicht zuletzt der Unfähigkeit der amerikanischen Führung zu verdanken haben, die Möglichkeiten und Pflichten eines „römischen Siegers" zu erkennen.

*

Inzwischen hat die Entwicklung ihren weiteren Lauf genommen. Zwei Tatsachen haben sie gekennzeichnet:

Erstens: Daß die Sowjetunion weder durch die Beute von Jalta und Potsdam noch durch die Angliederung Chinas „besänftigt" oder „gesättigt" wurde.

Zweitens: Daß die Vereinigten Staaten – nachdem ihre Atomchance ungenutzt blieb – die von ihnen selbst zerstörten Bollwerke gegen russische Ausbreitung aus eigener Kraft nicht ersetzen können, sondern dazu ein verzweigtes und verwickeltes System von Aushilfen und Mithilfen benötigen.

Zum ersten Punkt ist anzumerken: obzwar man in Moskau nicht müde wird, für das sowjetische imperialistische Machtsystem das Propaganda-Schlagwort eines „sozialistischen Lagers" wortreich zu verkünden, handelt es sich bei dem russischen Ausbreitungsdrängen nicht um echte revolutionäre Auseinandersetzungen. Wenn der derzeitige sowjetische Ministerpräsident Chrustchow im Juli 1960 während seines Österreich-Besuches unverblümt verkündete, er selbst noch hoffe den „Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt" zu erleben, so

weiß er wie jeder sowjetische Machthaber, daß die Erfüllung eines solchen Traumes nur durch einen dritten Weltkrieg und einen totalen militärischen Sieg Rußlands möglich wäre,

Schon Lenin gelangte in Petrograd 1917 vor allem durch die überfallartige Besetzung des Telegraphenamtes – damals die wichtigste technische Mittelstelle des großen Reiches – an die Macht. Die Überzeugungswirkung des bolschewistischen Regimes hat sich noch ein Vierteljahrhundert später als erstaunlich gering erwiesen: als die deutschen Truppen 1941 in Rußland einmarschierten, zeigte sich, daß – von ein paar Funktionären abgesehen – niemand bereit war, für die Sowjetideologie ernsthaft zu kämpfen. Erst der „patriotische Krieg", den Stalin angesichts des Zusammenbruches verkündete, hat damals – außer den amerikanischen Lieferungen – die Fortsetzung des Kampfes ermöglicht. Der „Kommunismus", wie ihn Marx und Lenin predigten und wie ihn die russische Bürokratie verwirklicht, hat nichts mit sozialem Idealismus zu tun. Der in Rußland exerzierte ordinäre Staatskapitalismus bietet dem schaffenden Menschen noch geringeren Anteil an der Lebensfreude als die frechste Millionärsdiktatur, gegen die der Ausgebeutete sich wenigstens zur Wehr setzen kann.

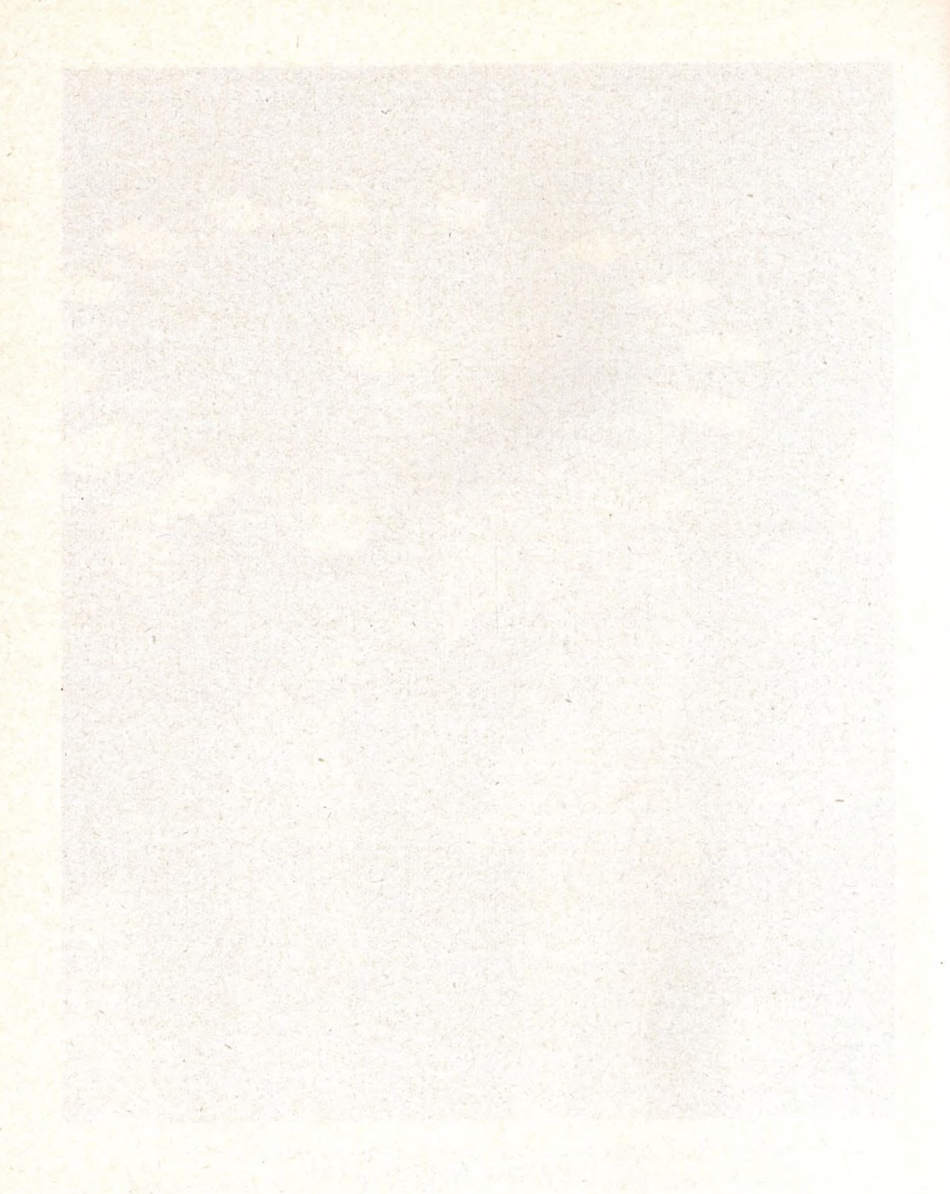
Die unvermeidliche Folge des offenkundigen sozialen Fehlschlages des sowjetischen Systems – niemand dürstet es nach dem Dasein des russischen Proletariers – war und ist es, daß sich bisher kein zivilisiertes Volk nach Mehrheits-Spielregeln zum Anschluß an das Moskauer „sozialistische Lager" entschlossen hat und wohl auch kaum jemals dazu entschließen wird. Durch Umsturzmanöver, „Widerstandsbewegungen" und sonstige Machenschaften nach Petrograder Muster mögen Länder wie Kuba oder Laos zu gewinnen sein; bedeutendere Ziele sind – wie seither – nur durch den Einsatz von marschierenden russischen Divisionen zu gewinnen. In diesem Lichte betrachtet gewinnen die Chrustchow-Verkündigungen ihre volle ernste Bedeutung.

Natürlich ist Amerika trotz allen schnellen Luftverkehrs auch heute noch eine Insel geblieben und für absehbare Zeit direktem sowjetischen Zugriff entzogen. Auch die russische Landmacht kann nicht „zum Siege schwimmen", keinesfalls, solange sie nicht am Atlantik angelangt ist. Aber die Fernwaffen- und



Am Potsdamer Konferenztisch

Präsident Truman begrüßt Stalin (links vom Präsidenten Anthony Eden und Clement Attlee, rechts James F. Byrnes; ganz vorne links Churchill, rechts Molotow)



Terrorstrategie hat sich weiterentwickelt und schon die Einbeziehung Japans oder gar Europas kann auch nüchterne Amerikaner nicht mehr gleichgültig lassen, von der weltpolitischen Seite ganz zu schweigen: sie haben die Festungswerke zerstört, die die russische Flut zurückgehalten hatten, zur Verteidigung der notdürftig errichteten Deiche sind sie unvermeidlich mitverpflichtet, wenn sie nicht das Odium des Ausreißers auf sich nehmen wollen.

Jedermann kennt die übliche Rechnung der amerikanischen Generale: auch nach dem Verrat der Atombombe an die Sowjets und ihre eigenständige Entwicklung in Rußland glauben sie noch an die abschreckende Wirkung dieser Waffe, obwohl die Bomben von Hiroshima und Nagasaki nicht nur die ersten, sondern vermutlich auch die letzten waren, die zur Kriegführung eingesetzt wurden. Der gleiche Präsident Truman, der sich so begierig gezeigt hatte, den neuen Sprengstoff in Japan auszuprobieren, hat im Jahre 1951 den amerikanischen General McArthur abberufen, als dieser mit dem Gedanken spielte, den Einsatz der neuen Mittel im Koreakrieg zu wagen. Gewiß wären wohl schon Hiroshima und Nagasaki nicht angegriffen worden, hätte auch nur die geringste Möglichkeit eines japanischen Gegenschlages gegen San Francisco und Los Angeles in Rechnung gestellt werden müssen.

Da die Sowjets zu einem Vordringen in Europa der Atombombe nicht bedürfen – ihre Raketenabschußrampen, Luftlande- und Panzerdivisionen sind zahlreich genug – dürfte sich im Kriegsfall die Koreaentscheidung wiederholen: kein amerikanischer Präsident wird die dichte Kette amerikanischer Großstädte von Washington über New York nach Chicago aufs Spiel setzen wollen, nur um den fragwürdigen Erfolg einer Zerstörung Moskaus genießen zu können. Der dritte Weltkrieg, auf den die Sowjets rüsten, weil sie anders auf den gewünschten „Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt" zu verzichten hätten, kann – das wage ich zu prophezeien – kein atomarer Minutenkrieg sein, sondern nur erneut ein bitteres Ringen, in dem es auf den Willen und die Tapferkeit von Millionen von Einzelkämpfern ankommt. Auch dieser Krieg würde nicht nur in den Laboratorien entschieden, sondern von Mut und Geduld, von Eifer und Ver-

bissenheit, kurz: von all den seelischen Bereitschaften, die ohne wachen Nationalsinn, ja ohne National-Leidenschaft nicht denkbar sind. Das sollten auch die Russen bedenken: an der Kampfkraft von Divisionen, die fern der Heimat nur für den Marxismus-Leninismus oder gar im Auftrag einer Fremdherrschaft streiten sollen, darf gezweifelt werden, auch wenn die technische Ausrüstung den modernsten Stand erreicht hat. Für die Gegenseite gilt ebenso ein bedenklicher Satz: niemand kämpft für Verträge!

*

Gerade in den Wochen meiner amerikanischen Reise wurde von allen großen Zeitungen des Landes – sie geben zwar nicht die „öffentliche Meinung" wieder, aber oft gelingt es ihnen, die große Masse der Gedankenlosen in Erregung oder Erwartung zu setzen und sie dadurch geistig zu beherrschen – in verlockendsten Farben eine angeblich bevorstehende „Verständigung" mit den Russen propagiert. Die „New York Times" ließ sogar den Geist von Jalta wieder aufleben – Roosevelts Intimus, der frühere Botschafter Harriman berichtete spaltenlang und beziehungsreich über diese Konferenz und fand sie gar nicht so sehr mißglückt*; in einer großen Halle am New Yorker Zentralpark war eine Sowjetausstellung angekündigt und die ganze Washingtoner Prominenz rüstete sich demonstrativ zur Teilnahme an der Eröffnung. Das war nur als einleitendes Vorspiel gedacht, Präsident Eisenhower und Gattin bereiteten sich bereits zum festlichen Empfang Nikita Chrustchows und seiner Chrustchowa vor, des Präsidenten privates Refugium „Camp David" wurde für Versöhnungsaussprachen hergerichtet; der bisherige Außenminister John Foster Dulles war kurz vorher im Nationalfriedhof Arlington beerdigt worden und stand der allseitig begrüßten und herbeigewünschten nächsten „Gipfelkonferenz" nicht mehr störend im Wege.

Zu den verblüffendsten Ereignissen der neueren Geschichte gehört gewiß das Scheitern oder besser gesagt der Nichtbeginn dieser bereits zusammengetretenen Konferenz – um so erstaunlicher als die amerikanische Bereitschaft, das weltweite und

* „New York Times", 15. Juni 1959.

kostspielige Stützpunktsystem einzuschränken, bereits einen beachtlichen Grad erreicht hatte und die Russen das sicherlich wußten.

Mit entwaffnender Offenheit hatte mir ein zwar pensionierter, aber noch durchaus jugendlicher und wohlunterrichteter General in Washington gesagt: „Nirgends in der Welt brauchen wir irgendwelche Truppenstationierungen". Seiner Ansicht nach genügt eine gut entwickelte amerikanische Luftwaffe, um die Russen in Schach zu halten; geradezu mit Leidenschaft wandte er sich gegen die seit anderthalb Jahrzehnten betriebene Politik des „Dollarverschleuderns": „In der ganzen Welt haben wir unsere Steuergelder angeboten, und wir mußten es noch sehr taktvoll tun, damit man sie gefälligst annahm. Alle diese ‚verbündeten' Armeen taugen gerade deshalb nicht allzuviel, weil wir sie päppeln und gängeln. Sie gehören wie junge Vögel ‚aus dem Nest geworfen', damit sie kräftiger werden."

Das ist rauhe Soldatensprache, aber ein wahrer Kern liegt in solchen Sätzen. Etwas höflicher, aber der Sache nach genau so drückte sich noch nach dem Scheitern der Pariser Konferenz der republikanische Senator Styles Bridges aus: „Wir sollten die anderen freien Nationen in der Welt als Partner behandeln und nicht als Kinder, die gehätschelt und finanziert werden müssen." *

Nicht nur die Roosevelt-Entschuldiger waren es, die zum „großen Kompromiß" aufriefen, das die Sowjets zurückgewiesen haben. Es war freilich ein Preis festgesetzt worden, und Dulles' Nachfolger, Außenminister Herter, hatte ihn sogar öffentlich bezeichnet: wäre die Sowjetregierung bereit gewesen, einer „gesamtdeutschen Volksabstimmung" zuzustimmen, dann hätte sie dafür den Abzug der amerikanischen Truppen zumindest aus dem europäischen Bereich dafür eintauschen können. Meine Ansicht über das Scheitern dieses weltpolitischen Handels habe ich damals in einem Tagesartikel** ausgedrückt:

„Bis zur Pariser Szene war die Hoffnung erlaubt, im Kreml würde es nützlich bewertet, die Amerikaner aus Europa herauszumanövrieren, auch wenn die Ulbrichts dafür in Zahlung zu geben wären. Heute ist es völlig klar, daß die Chrustchow und seine Leute den gleichen Weg gehen, den die Alexan-

* „Human Events", Washington, 9. Juni 1960.
** „Nation Europa", Coburg, Juni 1960.

der III, Lenin und Stalin vorgezeichnet haben: der Drang nach Westen überschattet alles, sogar den gesunden Menschenverstand, der den Russen sagen müßte, daß das von energischen Völkern dichtbesiedelte Europa ihnen keinen Ausdehnungsraum bietet."

So ist nun, da dieses Buch mitten im Strom der Zeit abgeschlossen wird, der alte Zustand des „kalten Krieges" auf einige Zeit verlängert. Das amerikanische Stützpunktsystem in den Randbezirken entlang den Sowjetgrenzen muß weiter aufrecht erhalten und weiter finanziert werden.

Der „kalte Krieg" – schon diese Wortbildung bezeichnet die Verlegenheit der Seemacht USA gegenüber der Landmacht Rußland, trotz aller Flug-, Raketen- und Sprengstoffentwicklung. Die Formel vom Kalten Krieg, verkündet in der späten und fast plötzlichen Erkenntnis, den Sowjets müsse nun endlich ein „Bis hierher und nicht weiter" zugerufen werden, steht den Kremlmachthabern nur dann im Weg, wenn sie noch weiter ausgreifen wollen, als sie es nach 1945 so reichlich getan haben. Die Sorge vor russischem Vordringen, nicht die Hoffnung auf eine bessere Welt hält die buntgewürfelte Organisation der „freien Völker" zusammen. Die verlockenden Schwindeleien der Wilson und Roosevelt sind verklungen, die Entwertung aller Phrasen hat vor manchen „amerikanischen Idealen" nicht Halt gemacht. Übrig geblieben ist die nüchterne Tatsache: Indem die Amerikaner nur einen hinhaltenden Widerstand gegen die Sowjetdrohung organisieren und vielerlei Hilfskräfte dabei als nötig erachten, haben sie unvermeidlich auch mit der nationalen Kritik höchst unterschiedlicher Völker zu rechnen. Im gegenwärtigen Augenblick mag dieses Problem nicht ernst sein, da das Washingtoner State Department der eifrigen Mitwirkung des redefreudigen Nikita Chrustchow gewiß sein darf. Wo auch immer der Gedanke an die amerikanische Unterstützung zu verblassen und der Widerstand gegen die mit ihr verbundene Abhängigkeit zu wachsen beginnt – neue sowjetische Drohungen frischen das Bewußtsein der Hilfsbedürftigkeit wieder auf und lassen die Anwesenheit amerikanischer Truppen den fremden Völkern weiterhin erträglich erscheinen.

Es mag überspitzt klingen, und doch ist es so: der Kreml und die Schatten, die er verbreitet, sind die vielleicht wichtigsten

Faktoren des heutigen amerikanischen Weltsystems – ohne die Moskauer Drohung wäre es wohl längst dem Widerspruch all der vielen Völker erlegen, denen fremde Herrschaft auch dann unerträglich ist, wenn sie höflich ausgeübt und mit Dollars vergoldet wird.

Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren: aber schon die Existenz amerikanischer „Stadtkommandanten" in München, Augsburg oder Nürnberg ist mir ein Beweis mangelhaft geregelter Verhältnisse. Stünde die bestehende Allianz unter dem allein dauerhaften Vorzeichen der Gleichberechtigung, dann müßte die deutsche Regierung in die Lage versetzt sein, ihrerseits Philadelphia oder Boston oder St. Louis zu Garnisonstädten der Bundeswehr zu bestimmen! Das mögen Nebensächlichkeiten sein; bedeutender ist die Frage, ob das europäische Schicksal wirklich auf weite Sicht den einsamen Entschließungen amerikanischer Präsidenten unterstellt sein soll. Daran denken heißt wissen, was wir nicht wünschen können, wobei in diesem Falle unter „wir" nicht nur die Deutschen, sondern auch die Franzosen, die Engländer, die Spanier, die Italiener, kurz alle die eigenwilligen großen Nationen unseres Kontinents zu verstehen sind.

Der „kalte Krieg" kann kein Dauerprogramm sein – was soll an seine Stelle treten? Die Antwort bleiben uns die Amerikaner schuldig, weil sie keine wissen. Nicht in Washington, sondern in Moskau wird über die Fortdauer der Stützpunkte und Dollarhilfen – und über die wichtigere Frage entschieden, ob, wann und wie der dritte Weltkrieg ausbricht, weil die Sieger unfähig waren, den zweiten zu beenden.

Wie viele Amerikaner sind sich klar darüber, was in solcher Prüfung auf sie zukommt, wie viele sind bereit, sie zu bestehen?

*

Um es genau zu sagen: der gegenwärtige amerikanische Vordergrund zeigt sich dem ruhigen Betrachter nicht weniger verworren und verwirrend wie der deutsche und europäische, man möchte von hoffnungslosem Chaos sprechen, wenn man nur nach den Zeitungen, den Funksendungen, dem ganzen aufdringlichen Gehabe all der „mittleren Intelligenzen" urteilt, wie Theodor Herzl sie so treffend bezeichnet hat. Da verkündete

beispielsweise – eine der letzten Zeitungsmeldungen, die ich auf der Rückreise las – ein amerikanischer Universitätsprofessor seinen Wunsch, die in den USA lebenden Neger in die weiße Bevölkerung einzumischen und er gab der dringenden Hoffnung Ausdruck, der Durchschnittsamerikaner möge „in einigen Jahrzehnten teebraun" sein. Nun, wenn das allgemeine amerikanische Wunschziel wirklich so beschaffen wäre, dann hätten die Russen es gewiß nicht nötig, den Atlantik militärisch zu bewältigen; sie könnten den Tag abwarten, an dem die „Teebraunen" von ein paar Putschisten überwältigt wären – wo kubanische Voraussetzungen gegeben sind, stellen sich auch kubanische Folgen ein.

Die an die Stelle der Pionieridee des kämpferischen Fortschritts gesetzte dürftige Ersatzparole „Schwarz-Weiß-Einheit durch Weiß-Schwarz-Mischung" – aufgewärmter „melting pot", wie Israel Zangwill ihn *nicht* verstanden wissen wollte – schließlich vielleicht: „Welteinheit durch Allerwelts-Mischung", ist zu plumpe Selbstzerstörungspropaganda, um nicht auch Lärmbetäubte zum Aufhorchen zu bringen. Der Blick auf die Fernsehschirme und in die Spalten der Tagesblätter täuscht drüben nicht weniger als bei uns. Es verdeutlichen sich zwar die vielen Untergangsmöglichkeiten unserer Welt, aber diese schrillen Signale setzen auch den instinktiven Widerstand der noch nicht erkrankten Volkskräfte in Bewegung.

Was einst der Dichter Hölderlin vom durcheinandergeratenen Deutschland des frühen 19. Jahrhunderts sagte, gilt heute noch und heute wieder, hier sowohl wie drüben: „Wo Gefahr ist, da wächst das Rettende auch!"

So nutzlos der amerikanische Kampfeinsatz damals gewesen ist: in der berühmten Ardennenschlacht des Dezember 1944, als Hitlers letzte Offensive mit überraschender Kraft in die durch schnelle Siege verwöhnte amerikanische Invasionsarmee vorstieß, hat wider alles Erwarten eine amerikanische Einheit in Bastogne unter schwersten Opfern und in verzweifelter Lage ihre Stellung gehalten und damit Hitlers ganzen „phantasievollen und waghalsigen Plan" (wie der britische General Fuller ihn nannte*) zum Scheitern gebracht.

---

* J. F. C. Fuller: Der Zweite Weltkrieg. Eine Darstellung seiner Strategie und Taktik. Deutsche Ausgabe Wien 1950, Seite 406.

Wer immer durch das weite amerikanische Land reist – er trifft überall genügend weitblickende und entschlossene Amerikaner von harter Prägung, um zu wissen: unter der Fassade des Irrtums und der Betäubung sind die Nachfahren der Pioniere noch nicht ausgestorben.

Sie werden sicherlich zur Stelle sein, wenn es auf sie ankommt; ich zweifle freilich, ob sie (wie manche ermüdete Europäer wohl hoffen mögen) in Zukunft noch einmal für irgend etwas anderes als genau ihre amerikanischen Nationalinteressen kämpfen – so wie sie ihre Staatsaufgabe nach der heutigen Zwischenzeit des Zweifels dann begreifen werden.

Der Anschauungsunterricht eines verfehlten Jahrhunderts war lehrreich genug. Der Aufstand der Gesunden wird vielleicht kein Gewitter sein, aber er wird trotzdem die Luft reinigen.

*

Noch ein Wort deutscher Kritik:

Den Russen gegenüber bleibe der Satz festgehalten: „Ihr müßt Deutschland aufgeben, nur dann könnt Ihr Deutschland gewinnen.“*

Der immer noch auf deutschem Boden stehenden amerikanischen Besatzungsmacht ist Ähnliches zu sagen: Gewiß – aus späten Einsichten und offenkundigen Erfordernissen hat sich ein Notverhältnis entwickelt, dem man angesichts der gegenwärtigen Lage Kraft und Gewißheit wünschen möchte. Doch genau betrachtet: es ist von Kreml-Drohungen veranlaßt worden und wird auch heute noch durch Kreml-Drohungen bestimmt. Niemand weiß, wie nah oder fern eine neue Prüfung bevorsteht, niemand vermag die Urteile oder auch Fehlurteile der Kremlstrategen vorauszusagen. Gewiß ist nur, daß unsere jeweilige westdeutsche Stärke oder Schwäche – militärisch wie moralisch – ein wichtiger Faktor der russischen Rechnung ist und bleiben wird. Unverkennbar war und ist dabei immer wieder manches Zögern, Stören, Verwirren das Morgenthau-Erbe im amerikanischen Handeln gegenüber dem bis heute kontrolliert gehaltenen und damit trotz aller eifrigen Freiheitspropaganda politisch und geistig nicht wirklich freien Deutschland.

---

* Vgl. „Das Erbe des falschen Propheten“ Seite 261.

Echte Bündnisse aber werden nicht im Zustand der Nötigung geschlossen, sie entwickeln sich von Nation zu Nation aus gemeinsamen Anliegen in unabhängiger Abwägung.

Und müssen wir beide, die Amerikaner und die Deutschen, nach so vielem Mißverstehen und so vielem Aneinandervorbeireden und so vielem sinnlosen Zerstören nicht unser eigenes Gesicht, unseren sicheren Willen und den klaren Begriff unserer künftigen Bedürfnisse und unserer ferneren Ziele erst wiederfinden?!

Der Publizist, der vor einiger Zeit das einprägsame Schlagwort erfand, die Zukunft habe schon begonnen, täuscht sich und uns.

Nein, wir alle sind noch auf der Suche. Und nur *eine* Hoffnung zeigt den Weg: die auf uns selbst.

Die Pioniere hatten es noch gewußt: Wer sich auf andere verläßt, ist verlassen. Wer seine Ärmel aufkrempelt, mag Unglück haben oder die Richtung verfehlen, untergehen wird er nicht.

Kanada und die weiße Welt von morgen

Zweimal während eines Nachmittagsfluges kommt aus der Kanzel der Maschine die Durchsage: Umstellung der Uhr um eine Stunde. Als wir schließlich in Edmonton landen, ist es immer noch taghell, obwohl wir nach der Zeit von Winnipeg bereits späten Abend haben.

Der Leser mittleren Alters, dem die geographische Einordnung Edmontons vielleicht ein Problem bedeutet, braucht gegen seine einstigen Lehrer keinen nachträglichen Vorwurf erheben. Die kanadische Provinz Alberta – Edmonton ist ihre Hauptstadt – hat erst vor einigen Jahren die fünfzigste Wiederkehr ihrer Regierungs- und Parlamentsbegründung begangen. Benannt nach dem Coburger Prinzen, Prinzgemahl der englischen Königin Victoria, dehnt sich Alberta entlang den Rocky Mountains von der USA-Grenze bis fast zum Ursprung des ins Eismeer abfließenden Mackenzie-Rivers und ist mit 621000 Quadratkilometern mehr als doppelt so groß wie die westdeutsche Bundesrepublik (248000 Quadratkilometer). Noch zwei Zahlen zum Vergleich: Alberta hat zur Zeit etwa 1 Million Einwohner, die Bundesrepublik über 50 Millionen. Auf einen Quadratkilometer treffen also rechnerisch in dieser kanadischen Provinz genau anderthalb, in der Bundesrepublik mehr als 200 Einwohner! Eine Besprechung dieser Verhältnisse erübrigt sich: hier „Volk ohne Raum", dort „Raum ohne Volk".

Seit Winnipeg haben wir die weiten, wie eine unendliche Fläche daliegenden, von den Straßen fast quadratisch aufgeteilten „Prärieprovinzen" Manitoba und Saskatchewan – man nennt sie die „Weizenfabriken" – überflogen, dann begann sich das andersgeartete Landschaftsbild Albertas abzuzeichnen: leichte Hügel als erste Anzeichen des im fernen Dunst aufsteigenden Gebirges, gewundene Straßen, und Flüsse, Gründlandfarmen, eingebettete Seen in lockender Vielfalt, nach Norden zu Wälder, unübersehbare Wälder. Fern am Horizont erkennt das Auge riesige Rauchwolken – die Mitreisenden wissen Bescheid: sommerliche Flächenbrände in menschenleeren Gebieten sind ein ernstes Problem für die Behörden Albertas.

Wir landen im Sonnenschein, der uns begleitet hat. Vom Flughafengebäude her winkt ein junger Deutscher – oder darf man von einem munteren 23 Jährigen noch sagen: ein deutscher Junge?!

Vor Jahresfrist ist es ihm zu Hause zu eng geworden und nun hat er hier seine ersten Erlebnisse und Erfahrungen hinter sich. Sie waren nicht gerade begeisternd: erst ein heißer Sommer, schwere Farmarbeit, dann Sägewerk im tiefsten kanadischen Busch bei 30 Grad Kälte (er meint: „Das merkt man gar nicht“), jetzt auf der Strecke der Canadian National Eisenbahn, die durch die Rocky Mountains nach Vancouver an die Pazifikküste führt. Blockhausleben irgendwo draußen, Stundenlohn 1,25 Dollar; das ist nicht viel angesichts der Preise, die man hier zahlen muß.

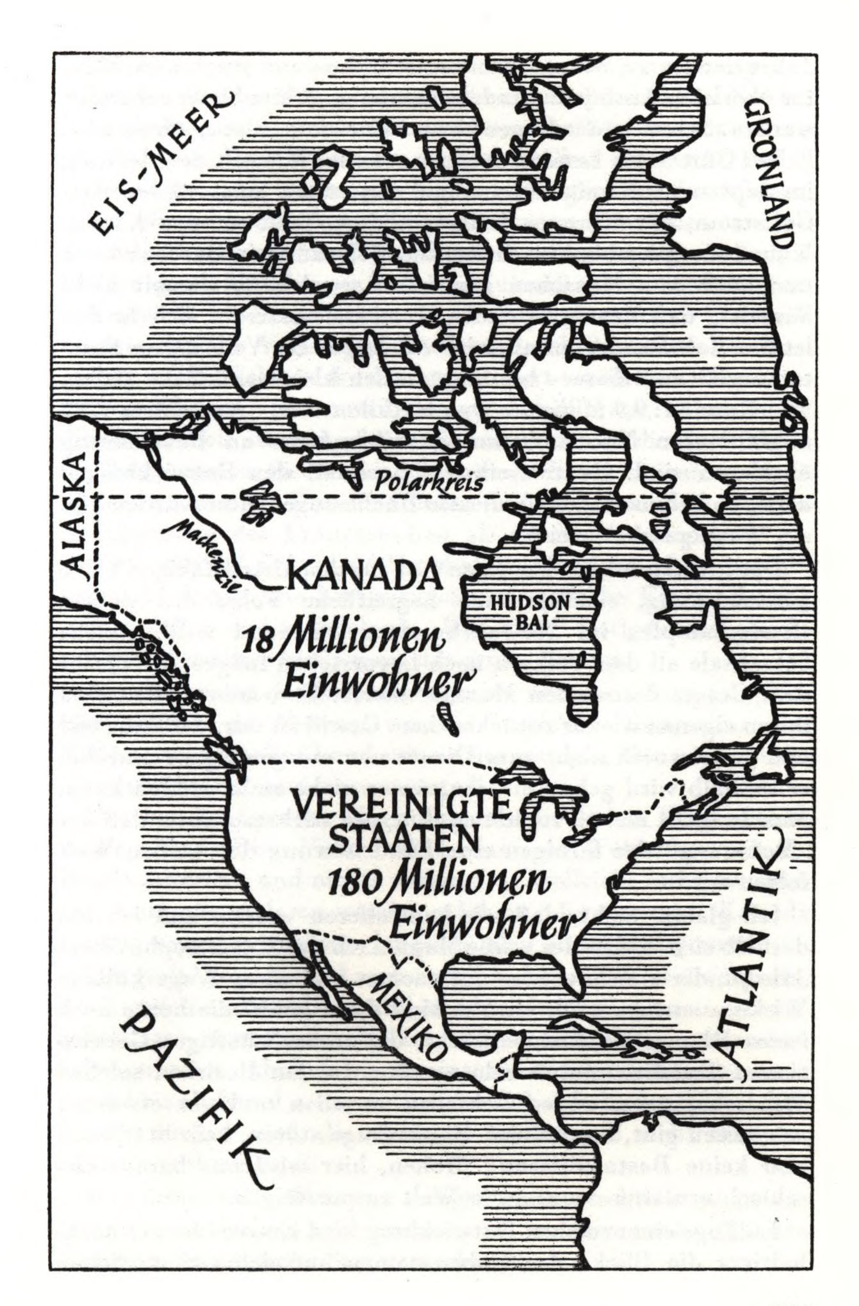
Mit einigem Zweifel frage ich: „Willst Du denn wirklich hier bleiben? Drüben bei uns wird das Geld leichter verdient.“

Ohne eine Sekunde Überlegung kommt die Antwort: „Aber gewiß bleibe ich hier; hier ist wenigstens Platz!“

Es ist klar, was Dieter nach dem Erlebnis unserer deutschen Enge so beeindruckt: die fast grenzenlose und oft noch wilde Leere dieses Landes. Noch drastischer als vom Flugzeug aus kommt sie auf tagelanger Fahrt über die wenigen Straßen zum Bewußtsein, die in die Berge und an ihnen entlang führen – viele Stunden durch meist ungerodetes Buschland, dann und wann von einsamen Farmen unterbrochen, deren Besitzer noch in Hütten hausen. Dazwischen freilich auch Zeugnisse des 20. Jahrhunderts: Ölbohrtürme, Industrieanlagen – alles mitten in der Einsamkeit.

Als der französische König vor zwei Jahrhunderten Kanada an die Engländer abtrat, tröstete sich der Spötter Voltaire mit der ironischen Bemerkung, Kanada sei nichts anderes als „ein Haufen Schnee, bewohnt von Bären, Bibern und Barbaren“. In Pariser Salons würde über dieses Land wohl heute noch ähnlich geurteilt werden, wäre nicht inzwischen die Bedeutung der Bodenschätze in den Blickpunkt gerückt und hätte sich nicht herausgestellt, daß Kanada darin unermeßlich reich ist. Was immer sich in der modernen Wirtschaft an Bedürfnissen geltend gemacht hat: Öl, Nickel, Kupfer, Gold, Radium, Uran – man muß im großen Kanada nur suchen und man findet jeden Vorrat.

Freilich verschenkt dieses Land nichts von seinem Überfluß. Schon die Weizenprovinzen fordern einen harten Farmer, der


EIS-MEER
GRÖNLAND
ALASKA
Polarkreis
Mackenzie
KANADA
18 Millionen
Einwohner
HUDSON
BAI
VEREINIGTE
STAATEN
180 Millionen
Einwohner
MEXIKO
ATLANTIK
PAZIFIK

Jahre der Dürre, Staubsturmkatastrophen und furchtbare Winter überlebt. Auch jeder andere Ertrag muß hier bitter erkämpft werden. Schon in der Gegend von Edmonton, also noch im südlichen Gürtel des Landes, rechnet man im Mai mit dem letzten, im September bereits wieder mit den ersten Schneefällen. Der Golfstrom, der Europas Klima mildert, fehlt an den Küsten Kanadas – ungehindert dringt die Polarkälte in das Land vor und muß vom Menschen gemeistert werden. Es nimmt nicht Wunder, daß der europäische Auswandererstrom sich in den letzten Jahrhunderten ungleich stärker in die Vereinigten Staaten ergoß und diese – bei beträchtlich kleinerer Fläche (USA: 7,8; Kanada: 9,9 Millionen Quadratkilometer) – heute dem 1783 abgetrennten Nordstaat um das Zehnfache an Bevölkerung überlegen sind. Heute freilich – nach all den Entwicklungen und Geschehnissen, die in diesem Buche angedeutet wurden – ist ein Wendepunkt erreicht.

Der „Aufstand der Farbigen" ist für den Urteilsfähigen keine Überraschung, sondern eine begreifliche Folge des weißen Bruderkampfes im 20. Jahrhundert. Niemand weiß, welche Schicksale all den Völkern noch bevorstehen mögen, die bisher dem Gesetz des weißen Mannes unterstellt waren und nun zu ihrem eigenen wieder zurücksuchen. Gewiß ist nur, daß der Herr von gestern sich nicht zum Diener von morgen eignet und daß er deshalb wird gehen müssen, wo er nicht mehr ordnen kann. Man braucht nicht Prophet zu sein, um vorherzusehen, daß der „Befreiung" der farbigen eine Ernüchterung der weißen Welt folgen wird.

Ich glaube nicht, daß wir kapitulieren werden und ich bin deshalb sicher, daß der weiße Mann nach der Katastrophe dieses Jahrhunderts sich wieder aufmachen und neue Wege kühnen Wirkens suchen wird. Und es sind dann gewiß die heute noch *leeren* Räume der Erdoberfläche, die unsere künftigen Generationen anziehen und fesseln werden. In den Bezirken solchen Wiederbeginnes, wo es nichts zu verteilen und nur etwas zu erarbeiten gibt, kann keine Rassenfrage stören, kein Städtetod und keine Bastardisierung drohen, hier wird aus harten Geschlechtern eine neue weiße Welt emporsteigen.

Im Zuge einer solchen Entwicklung wird Kanada immer nachhaltiger die Blicke der Unbeugsamen auf sich ziehen. Schon

heute haben die Bodenschätze und die Verteidigungsaufgaben die ersten Wegbereiter gelehrt, daß man auch im hohen Norden leben kann. Ja, man hat in den kurzen hellen Sommerwochen nördlich des Polarkreises an einigen Stellen sogar mit Erfolg Getreide gebaut – was mag sich alles an Möglichkeiten entfalten, wenn einmal echte Notwendigkeit den weißen Mann anregt, Kanada ernst zu nehmen?! Es fällt nicht schwer, sich große Aufgaben und große Erfüllungen in diesem Zukunftslande auszudenken.

Vielleicht wird man es einmal als einen glücklichen Umstand werten, daß die Vereinigten Staaten durch ihr eifervolles Ausgreifen in alle Weltbezirke daran gehindert wurden, sich Kanadas zu bemächtigen – was zweifellos geschehen wäre, hätten nicht die fernen Ziele stärker gelockt. So aber konnten die Nachfahren der französischen Siedler (sie bilden einen festen Volkstumsblock in der kanadischen Provinz Quebec und sie haben sich auch die Anerkennung des Französischen als zweite Staatssprache gesichert) und die Enkel und Urenkel der einstigen „Loyalisten“, verstärkt durch eine hartgesottene europäische Einwanderung sich staatlich und volklich als „Kanadier“ festigen und gleichzeitig realistischer bleiben als der große Bruder.

Ein Journalist in Toronto sagte es mir ganz knapp: „Was kümmert uns das Gestern, was die Geschichte Roosevelts oder Hitlers, unser großes Land mit seinen wenigen Menschen blickt nicht rückwärts sondern vorwärts.“

Das ist die Sprache einer Jugend, die keine Fragezeichen kennt – so darf ein Volk denken, das zwei Weltkriege nur am Rande miterlebt und nichts verloren, je vielleicht nur gewonnen hat, denn alle anderen wurden gelähmt oder verwirrt, Kanada aber ist weiter gewachsen, langsam, aber stetig und gesund.

Die große Zeit dieses Landes wird kommen, wenn die Epoche des Zweifels und der Ungewißheit überwunden ist, wenn wiedergekräftigte europäische Völker nach neuen Ufern Ausschau halten werden – ähnlich wie dereinst ein aus den bösen Träumen erwachtes Rußland seine natürliche Zukunft in den sibirischen Weiten suchen wird, die es längst besitzt und nicht erst von anderen erobern muß.

Wer diese weiße Welt von morgen ahnt, erschrickt nicht vor den Chruschtschows und Lumumbas, sondern weiß, daß den Pionieren immer neue Stunden schlagen.

Namenverzeichnis